REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 425 · 15.4.1999

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 58 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Stoppt den Krieg! Rettet die Menschen im Kosovo! - ak-Redaktion
2. Nullnazis in Bremen. Kein Naziaufmarsch am 1. Mai!
3. Bomben auf Belgrad. Ein Beitrag zur "humanitären Katastrophe" - Vo
4. Geschichte wird gemacht... und verdrängt: Deutscher Besatzungsterror in Serbien 1941/42 - Js.
5. Haupttendenz Harmonie. Burgfrieden auf dem Kriegsparteitag der SPD - Js.
6. "Selektive Wahrnehmung humanitärer Katastrophen": Gregor Gysi (PDS) zum NATO- Krieg gegen Jugoslawien am 25. März im BT
7. "Ein Bruch von historischer Dimension" Angriffsbündnis 90/Die NATO-Grünen? - Interview mit Jürgen Grässlin
8. Stoppt diesen Krieg - sofort! Aufruf ehemaliger Mandats- und FunktionsträgerInnen der Grünen
9. "Den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien sofort beenden!" Appell grüner Partei- Mitglieder
10. Willkommen im Club der Kriegstreiber! AntirassistInnen besetzten grüne Bundesgeschäftsstelle - Antirassistische Gruppe aus NRW
11. Frieden - marsch! Ostermarsch 1999 - Vo
12. Was kommt nach der dritten Phase? Brief eines Aktivisten in einer linken oppositionellen Gruppe in Belgrad
13. Gute Serben, böse Albaner. Gewöhnlicher Rassismus und linke Verschwörungstheorien - Js.
14. Nationalistische Abweichungen. Daten zur Entwicklung des serbisch-albanischen Konflikts - Js.
15. Stimmen der Kriegsparteien
16. Krieg gegen Frauen. Öffentliches Schweigen brechen! - Lobby für Menschenrechte
17. NATO-Angriffe sofort beenden! Erklärung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern
18. Rambouillet und die Folgen - Catherine Samary
19. "Humanitäre Krise", weil Interessen bedroht sind. Interview mit Noam Chomsky
20. Der Kampf der Petitionen. Frankreichs "Mitte" ist für den Krieg, Linke und Rechte sind dagegen - Bernhard Schmid
21. Weghauen oder einpacken?. Wie Atomstandorte wieder zur grünen Wiese werden
22. Italiens Rückkehr auf den Balkan - Js.
23. "Wir sind nicht bereit, Scheinalternativen zu akzeptieren." Erklärung französischer Intellektueller - Bourdieu u.a.
24. Menschenrechte zählen nicht. Ob schwarz-gelb oder rot-grün: Flüchtlinge werden rausgedrängt - Georg Classen
25. Antirassimus unter rot-grünen Bedingungen. Kampagne "kein mensch ist illegal" diskutierte in München - imo
26. Zerrissen zwischen "hier" und "dort". Fünf Jahre Chiapas-Solidarität in Deutschland - Bär, Brand, Gensler, Stoller
27. Zwischen amnesty international und Roter Hilfe. Konferenz "Befriedung oder Befreiung" - Peter Nowak
28. Mexiko: Patriotisches Himmelfahrtskommando. Oppositionelle Offiziere protestieren gegen Menschenrechtsverletzungen - Boris Kanzleiter
29. Der Kapitän und die Titanic. Ecuadors zäher Widerstand gegen den neoliberalen Untergang - Boris Siebert, Quito
30. Der Kampf der Häuptlinge. Bei der EU-Wahl geht es in Frankrech auch um das Erbe von 1968 - Bernhard Schmid
31. Philippinen: Lange Schatten der Marcos-Diktatur. Präsident Estradas Populismus wird unpopulärer - Rainer Werning
32. Wie eine Diktatur der Gesetze entsteht. Unterwegs mit Alexander Lebeds Bewegung "Ehrlichkeit und Heimat" - Kai Ehlers
33. Was zuviel ist, ist zuviel. Opel-Belegschaft in Bochum kämpft weiter gegen Artbeitsstreß - Mag Wompel

34. Aufstand im Call Center. Die Arbeitnehmerinitiative Citifinanzberatung kämpft gegen die Citibank - H. Oberlindober
35. Soziale Kämpfe ohne Grenzen. Französische Erwerbslose für europäische Vernetzung - Commission Revenu d"AC!
36. Die revanchistische Stadt. Herrschaft und Raumkontrolle in der neoliberalen Metropole - Klaus Ronneberger
37. Der Kongreß hat getanzt. Ambivalente Existenzgeldkonferenz in Berlin - dk.
38. Wir brauchen keine Zauberformeln. Die Existenzgelddebatte drückt sich um eine Kritik der Arbeit - Martin Rheinlaender
39. Strategie der Arbeitsverweigerung. Die Existenzgeldforderung klammert Hausarbeit aus - Frauengruppe
40. Freiheit für das Elektron. Liberalisierter Strommarkt in Deutschland - Jürgen Siebert
41. Anti-AKW-Bewegung will heißen Herbst. Frühjahrskonferenz in Heidelberg beschließt bundesweite Demo - DSe
42. Ist Konsens Nonsens? Replik von Michael Jäger auf Christoph Jünke
43. "Er spielte stets, er kämpfte nie...". Vor 60 Jahren starb Österreichs "Jahrhundertspieler" Matthias Sindelar - D. Schulze-Marmeling
44. Rot-Grün ist tot. Grüne "Modernisierer" starten durch - mb., Berlin
45. Verbrecherisch von Anfang an? Das "Schwarzbuch des Kommunismus" und die Debatte. Wochenendseminar des KB Nürnberg
46. Gegen EU- und G8-Gipfel. Aufruf des Bündnisses Köln "99
47. Quelldatei 18.htm
48. Quelldatei 49.htm
49. Quelldatei 50.htm
50. Die NATO wollte den Krieg
51. Kraftvoll zubeißen
52. Rechtlose Flüchtlinge
53. Rebellion und Poesie
54. Stoppt den Krieg!
55. Quelldatei leiste.htm
56. Quelldatei sp990412.htm
57. Spendensammlung für ak
58. Existenz und Geld

1. Stoppt den Krieg! Rettet die Menschen im Kosovo!

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:38

Deutschland ist an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beteiligt. Eine rotgrüne Regierung hat es zu verantworten, daß deutsche Soldaten wieder auf dem Balkan kämpfen und töten. Es ist noch nicht lange her, da war es bis weit ins konservative Lager hinein Konsens, daß deutsches Militär angesichts der von der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg begangenen Greueltaten und Verbrechen auf dem Balkan nichts zu suchen habe. Das ist Schnee von gestern. Jetzt heißt es: "NATO, NATO über alles" (so die griechische Zeitung Eleftherotypia). Nicht mehr nationales Machtstreben begründet angeblich den Einsatz, sondern die Solidarität mit den Partnern im Bündnis, welches im Kosovo lediglich militärisch eingreife, um eine "humanitäre Katastrophe" zu verhindern und ein Friedensabkommen durchzusetzen.

Das ist scheinheilig und unglaubwürdig. Die Situation der Menschen, denen man angeblich helfen wollte, hat sich seit Beginn der NATO-Luftangriffe noch verschlimmert. Nach dem Abzug der OSZE-Beobachter und der humanitären Hilfsorganisationen aus dem Kosovo können serbische Sicherheitskräfte völlig ungehindert ihren Terror gegen die albanische Zivilbevölkerung entfalten. Der antimilitaristischen und demokratischen Opposition in Serbien wird durch die NATO-Aggression die Luft zum Atmen genommen. Große Teile der serbischen Bevölkerung schließen sich noch enger hinter Milosevic zusammen. Das Friedensabkommen von Rambouillet wird von der serbischen Seite zu Recht als ein NATO-Diktat wahrgenommen, das unter dem Druck militärischer Drohung stand. Es ist durch die Ereignisse der letzten Tage zu Makulatur geworden.

Es mag Situationen geben, in denen Völkermord tatsächlich nur durch militärische Intervention von außen gestoppt werden kann - erinnert sei an die Intervention Vietnams in Kambodscha, um den Terror der Roten Khmer gegen das eigene Volk zu beenden. In der gegenwärtigen Lage im Kosovo ist das nicht der Fall. Wer - wie die rotgrüne Regierungstruppe - damit argumentiert, daß es keine Alternative zur NATO-Intervention gegeben habe, sagt wissentlich die Unwahrheit. Das Friedensabkommen von Rambouillet ist auch daran gescheitert, daß die NATO auf der Stationierung NATO-geführter militärischer Kräfte zur Überwachung des Abkommens im Kosovo bestanden hat - eine Alternative hierzu wäre die Ausweitung der OSZE-Mission und/oder die Stationierung von Blauhelmen gewesen. Interesse der NATO aber ist es, OSZE und UNO zu marginalisieren, Rußland zu demütigen und sich selbst als einzig handlungsfähige Weltordnungsmacht zu etablieren. In Serbien wird vorweggenommen und praktiziert, was die NATO auf ihrer Jubelfeier zu ihrem 50. Geburtstag im April in Washington als neues strategisches Konzept absegnen will: Die "Selbstmandatierung" für militärische Interventionen, wann immer und wo immer man das für richtig hält - mit anderen Worten: Die NATO beansprucht für sich das Recht, für die Durchsetzung der eigenen Interessen Krieg zu führen. Darum geht es - und nicht um "humanitäre" Beweggründe. Das Humanitätsgefasel der NATO-Oberen und "unserer" Regierungsleute ist widerlich und inhuman. Hier wird das Leid und Sterben von Menschen zum Vorwand genommen, um eine eiskalte Machtpolitik zu exekutieren. Selbstherrliche Machtpolitiker, die sich einen Dreck um tausend- und abertausendfaches Sterben in Ruanda, Sudan, Indonesien, Türkisch-Kurdistan und Dutzenden weiterer Kriegs- und Krisengebiete dieser Welt scheren bzw. geschert haben, entdecken plötzlich ihr weiches Herz und wissen sich nicht mehr anders zu helfen, als ihre Bombenflugzeuge loszuschicken.

Die umfassende deutsche militärische Beteiligung bedeutet einen qualitativen Sprung gegenüber allem, was zu Zeiten der Kohl-Regierung praktiziert wurde - nämlich die Beteiligung an einem Angriffskrieg in vorderster Front. Auch sie hat selbstverständlich zuallererst machtpolitische Gründe. Es geht darum zu beweisen, daß man zur Durchsetzung des deutschen Führungsanspruchs in Europa auch willens und in der Lage ist, massiv militärische Mittel einzusetzen. Die Zeiten machtpolitischer Selbstbeschränkung sollen endgültig vorbei sein.

Aufgabe linker, antimilitaristischer Politik ist es zu versuchen, der Kriegspolitik Einhalt zu gebieten und so die Situation scheinbarer Stärke der NATO in ihr Gegenteil zu verkehren. Sie ist zwar militärisch unschlagbar stark, aber politisch verwundbar. Sie selbst hat sich mit ihrer Aggression in eine Sackgasse manövriert, sie ist jetzt Gefangener der von ihr eingeleiteten militärischen Eskalationsdynamik - wie etwa die Diskussion über den Einsatz von Bodentruppen zeigt. In den Bevölkerungen der NATO-Staaten ist dieser Kurs zusehends schwerer vermittelbar. Trotz aller von den Massenmedien geschürten Kriegspropaganda stehen immer mehr Menschen dem Krieg skeptisch bis ablehnend gegenüber. In der NATO selber zeigen sich Risse (man denke an die Position Griechenlands und die Debatten in Italien).

Die NATO hat ihre öffentlich propagierten Ziele mit den Militäraktionen nicht erreicht. Damit verliert die von ihr zur Legitimation benutzte Ideologie, mit militärischen Mitteln "Frieden" schaffen und "Menschenrechte" durchsetzen zu können, an Glaubwürdigkeit. Die antimilitaristische Linke muß versuchen, die Legitimationsbasis der NATO und damit diese selbst zu schwächen, um die Alternative ziviler Konfliktbearbeitung stärken zu können. Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Argumente können dabei hilfreich sein, sollten aber nicht überbewertet werden. Im Kern geht es um politische Fragen. Kommt die NATO mit militärisch gestützter Machtpolitik durch, kann sie sich als Weltpolizist etablieren - oder gelingt es, ihr Knüppel zwischen die Beine zu werfen und damit den Raum für friedenspolitische Alternativen zu öffnen?

Eine solche gegen die NATO gerichtete Politik ist nicht mißzuverstehen als Unterstützung für die menschenverachtende Strategie und Praxis des Milosevic-Regimes, das im Kosovo mit brutalsten Mitteln eine nationalistische und rassistische Politik der ethnischen Vertreibung verfolgt. Es geht nicht um die Legitimierung der offiziellen serbischen Politik, sondern um Bekämpfung der Kriegspolitik der eigenen Oberen, getreu der Devise eines großen deutschen Antimilitaristen: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" Erst wenn die NATO-Aggression gestoppt werden kann, wird auch wieder der Raum geöffnet für Versuche einer politischen Lösung des Kosovo-Problems. Erst dann bekommen jene Kräfte auf serbischer und albanischer Seite eine Chance, die zu friedlicher Konfliktbearbeitung willens sind. Antimilitaristisch-friedenspolitische Doppelaufgabe ist mithin, dazu beizutragen, daß die NATO politisch stark beschädigt aus diesem Krieg herauskommt und den vertriebenen BewohnerInnen des Kosovo großzügig geholfen wird. Hier ist insbesondere die restriktive Flüchtlingspolitik der BRD und der übrigen EU-Staaten zu kritisieren. Sie zeigt im übrigen erneut, wie hohl das Gerede von der Sicherung der Menschenrechte in Wahrheit ist. Wo humanitäre Hilfe einfach zu leisten wäre, wird sie auf das Nötigste beschränkt oder ganz verweigert.

Es ist müßig, die rotgrüne Regierung an ihre Devise zu erinnern: "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik". Denn diese Regierung hat sich dazu entschieden, treibende Kraft der NATO-Kriegspolitik zu sein. Davon kann sie allenfalls massiver gesellschaftlicher Druck abbringen. Und insofern ist es nicht müßig, an Mitglieder der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen zu appellieren, Druck auf ihre Vorleute zu machen und sie unter Rechtfertigungszwang zu setzen. Wir denken, daß auch den "einfachen" Mitgliedern und vielen FunktionsträgerInnen von SPD und Grünen speiübel wurde, als sie "ihren" Schröder, Scharping, Fischer auf den TV-Bildschirmen sich als Kriegsherren spreizen sahen. Wir begrüßen es, daß in beiden Regierungsparteien sich nach einer Phase anfänglicher Lähmung antimilitaristische Stimmen verstärkt zu Wort melden. Wir begrüßen die klare und eindeutige Haltung der PDS-Bundestagsfraktion gegen die NATO-Aggression. Und wir sind besonders froh, daß sich verschiedene Gruppen der Friedensbewegung rasch und mit allen ihren (zugegeben bescheidenen) Kräften gegen den Kriegskurs gestellt haben. Auch die Ostermärsche und Demos der letzten Wochen haben Mut gemacht.

Wir fordern unsere Leserinnen und Leser auf, sich überall in die Diskussionen über Krieg und Frieden einzuschalten, für einen Stop der NATO-Aggression und der menschenverachtenden Vertreibungspolitik des serbischen Regimes einzutreten und sich an Demonstrationen und Aktionen zu beteiligen. Die NATO darf nicht durchkommen! Die Vertreibungspolitik des Milosevic-Regimes muß beendet werden!

ak-Redaktion

Das Humanitätsgefasel der NATO-Oberen und "unserer" Regierungsleute ist widerlich und inhuman. Hier wird das Leid und Sterben von Menschen zum Vorwand genommen, um eine eiskalte Machtpolitik zu exekutieren. Selbstherrliche Machtpolitiker, die sich einen Dreck um tausend- und abertausendfaches Sterben in Ruanda, Sudan, Indonesien, Türkisch-Kurdistan und Dutzenden weiterer Kriegs- und Krisengebiete dieser Welt scheren bzw. geschert haben, entdecken plötzlich ihr weiches Herz und wissen sich nicht mehr anders zu helfen, als ihre Bombenflugzeuge loszuschicken.

Die umfassende deutsche militärische Beteiligung bedeutet einen qualitativen Sprung gegenüber allem, was zu Zeiten der Kohl-Regierung praktiziert wurde - nämlich die Beteiligung an einem Angriffskrieg in vorderster Front. Auch sie hat selbstverständlich zuallererst machtpolitische Gründe. Es geht darum zu beweisen, daß man zur Durchsetzung des deutschen Führungsanspruchs in Europa auch willens und in der Lage ist, massiv militärische Mittel einzusetzen. Die Zeiten machtpolitischer Selbstbeschränkung sollen endgültig vorbei sein.

Aufgabe linker, antimilitaristischer Politik ist es zu versuchen, der Kriegspolitik Einhalt zu gebieten und so die Situation scheinbarer Stärke der NATO in ihr Gegenteil zu verkehren. Sie ist zwar militärisch unschlagbar stark, aber politisch verwundbar. Sie selbst hat sich mit ihrer Aggression in eine Sackgasse manövriert, sie ist jetzt Gefangener der von ihr eingeleiteten militärischen Eskalationsdynamik - wie etwa die Diskussion über den Einsatz von Bodentruppen zeigt. In den Bevölkerungen der NATO-Staaten ist dieser Kurs zusehends schwerer vermittelbar. Trotz aller von den Massenmedien geschürten Kriegspropaganda stehen immer mehr Menschen dem Krieg skeptisch bis ablehnend gegenüber. In der NATO selber zeigen sich Risse (man denke an die Position Griechenlands und die Debatten in Italien).

Die NATO hat ihre öffentlich propagierten Ziele mit den Militäraktionen nicht erreicht. Damit verliert die von ihr zur Legitimation benutzte Ideologie, mit militärischen Mitteln "Frieden" schaffen und "Menschenrechte" durchsetzen zu können, an Glaubwürdigkeit. Die antimilitaristische Linke muß versuchen, die Legitimationsbasis der NATO und damit diese selbst zu schwächen, um die Alternative ziviler Konfliktbearbeitung stärken zu können. Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Argumente können dabei hilfreich sein, sollten aber nicht überbewertet werden. Im Kern geht es um politische Fragen. Kommt die NATO mit militärisch gestützter Machtpolitik durch, kann sie sich als Weltpolizist etablieren - oder gelingt es, ihr Knüppel zwischen die Beine zu werfen und damit den Raum für friedenspolitische Alternativen zu öffnen?

Eine solche gegen die NATO gerichtete Politik ist nicht mißzuverstehen als Unterstützung für die menschenverachtende Strategie und Praxis des Milosevic-Regimes, das im Kosovo mit brutalsten Mitteln eine nationalistische und rassistische Politik der ethnischen Vertreibung verfolgt. Es geht nicht um die Legitimierung der offiziellen serbischen Politik, sondern um Bekämpfung der Kriegspolitik der eigenen Oberen, getreu der Devise eines großen deutschen Antimilitaristen: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" Erst wenn die NATO-Aggression gestoppt werden kann, wird auch wieder der Raum geöffnet für Versuche einer politischen Lösung des Kosovo-Problems. Erst dann bekommen jene Kräfte auf serbischer und albanischer Seite eine Chance, die zu friedlicher Konfliktbearbeitung willens sind. Antimilitaristisch-friedenspolitische Doppelaufgabe ist mithin, dazu beizutragen, daß die NATO politisch stark beschädigt aus diesem Krieg herauskommt und den vertriebenen BewohnerInnen des Kosovo großzügig geholfen wird. Hier ist insbesondere die restriktive Flüchtlingspolitik der BRD und der übrigen EU-Staaten zu kritisieren. Sie zeigt im übrigen erneut, wie hohl das Gerede von der Sicherung der Menschenrechte in Wahrheit ist. Wo humanitäre Hilfe einfach zu leisten wäre, wird sie auf das Nötigste beschränkt oder ganz verweigert.

Es ist müßig, die rotgrüne Regierung an ihre Devise zu erinnern: "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik". Denn diese Regierung hat sich dazu entschieden, treibende Kraft der NATO-Kriegspolitik zu sein. Davon kann sie allenfalls massiver gesellschaftlicher Druck abbringen. Und insofern ist es nicht müßig, an Mitglieder der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen zu appellieren, Druck auf ihre Vorleute zu machen und sie unter Rechtfertigungszwang zu setzen. Wir denken, daß auch den "einfachen" Mitgliedern und vielen FunktionsträgerInnen von SPD und Grünen speiübel wurde, als sie "ihren" Schröder, Scharping, Fischer auf den TV-Bildschirmen sich als Kriegsherren spreizen sahen. Wir begrüßen es, daß in beiden Regierungsparteien sich nach einer Phase anfänglicher Lähmung antimilitaristische Stimmen verstärkt zu Wort melden. Wir begrüßen die klare und eindeutige Haltung der PDS-Bundestagsfraktion gegen die NATO-Aggression. Und wir sind besonders froh, daß sich verschiedene Gruppen der Friedensbewegung rasch und mit allen ihren (zugegeben bescheidenen) Kräften gegen den Kriegskurs gestellt haben. Auch die Ostermärsche und Demos der letzten Wochen haben Mut gemacht.

Wir fordern unsere Leserinnen und Leser auf, sich überall in die Diskussionen über Krieg und Frieden einzuschalten, für einen Stop der NATO-Aggression und der menschenverachtenden Vertreibungspolitik des serbischen Regimes einzutreten und sich an Demonstrationen und Aktionen zu beteiligen. Die NATO darf nicht durchkommen! Die Vertreibungspolitik des Milosevic-Regimes muß beendet werden!

ak-Redaktion

2. Nullnazis in Bremen. Kein Naziaufmarsch am 1. Mai!

Kein Aufmarsch am 1. Mai!

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:47

Auch in diesem Jahr planen NPD und JN eine Demonstration am 1. Mai. Angesichts der im Juni bevorstehenden Bürgerschaftswahlen soll der Aufmarsch in Bremen stattfinden. Unter dem Motto "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" wollen die Nazis vom Stadtteil Tenever zum DaimlerChrysler-Werk in Sebaldsbrück marschieren. Wie im letzten Jahr in Leipzig vor dem Völkerschlachtdenkmal rechnet die NPD auch diesmal mit 5.000 TeilnehmerInnen, als Redner sind der NPD-Bundesparteivorsitzende Udo Voigt und der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Sascha Rößmüller angekündigt.

Seit einigen Jahren schon versuchen Neonazis, den 1. Mai mit ihren Inhalten zu besetzen und soziale und wirtschaftspolitische Fragen in den Mittelpunkt ihrer Propaganda zu stellen. Die geplante Abschlußkundgebung vor den Mercedes-Werken in Sebaldsbrück ist Teil dieser Strategie, mit rassistischen Parolen auch in das gewerkschaftliche Spektrum vorzudringen. Daß der diesjährige Aufmarsch in Bremen stattfinden soll, ist sicherlich auf mehrere Gründe zurückzuführen: Die bevorstehenden Wahlen erlauben es der NPD, die Demonstration als Wahlkampfveranstaltung zu begründen, was ein Verbot sehr unwahrscheinlich macht. Ein gelungener Aufmarsch in Bremen würde zudem auch die örtlichen NPD-Strukturen stärken, die in den letzten Jahren eine eher marginale Bedeutung hatten. Zwar wurde 1996 unter der Führung von Markus Privenau ein Bremer JN-Landesverband gegründet, doch nach internen NPD-Streitigkeiten löste sich der JN-Verband 1997 auf und bezeichnete sich fortan als "freie Kameradschaft", die wiederum eng mit dem "Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland" von Christian Worch und Thomas Wulff zusammenarbeitet. Heute stehen die Bremer NPD-Kader in gutem Kontakt zu den sogenannten "freien Nationalisten".

Gegen den Naziaufmarsch haben sich in Bremen mehrere Bündnisse gebildet. Allen voran will die Belegschaft der DaimlerChrysler-Werke eine Abschlußkundgebung vor ihrem Gelände verhindern. Sie fordern den Innensenator Bremens auf, den Aufmarsch zu verbieten und verwahren sich gegen den Versuch, "Kolleginnen und Kollegen in ‚Ausländer` und ‚Deutsche` zu spalten". Mit der Parole "1. Mai nazifrei" und der Ankündigung "Wir werden das Auftreten von Neonazis vor unseren Betrieben in Bremen nicht tatenlos hinnehmen!" mobilisiert die IG-Metall-Vertrauenskörperleitung von DaimlerChrysler die Gewerkschaftsmitglieder. Den Aufruf des DGB gegen "Haß und Gewalt" und den "Mißbrauch des 1. Mai" unterzeichneten auch Bremens Bürgermeister Henning Scherf (SPD) und Hartmut Perschau (CDU), wie auch die Landesverbände von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Eine große Zeitungsanzeige der Bürgermeister für ein Verbot des Aufmarsches erschien noch im März in der Regionalpresse. Die AntifaschistInnen des VVN/BdA rufen "Gewerkschafter, Demokraten und Antifaschisten" dazu auf, die Maidemonstration des DGB-Bremen zu einer Massenkundgebung nicht nur gegen die NPD, sondern auch gegen die CDU-Propaganda und die Abschiebepraxis des Berliner Innensenators zu machen. Schließlich gibt es noch das "Bündnis Kein Nazi-Aufmarsch in Bremen", das zu einer Demonstration am Ort des Naziaufmarsches aufruft.

Auf nach Bremen!

Anna Bartels

Veranstaltungen zum 1. Mai (alle in Bremen):

Mittwoch, 21.4., 19 Uhr, AstA-Etage: Antifaschistischer Film

Samstag, 24.4., 18 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof:

"Rechtsrock. Begleitmusik zu Mord und Totschlag."

Diavortrag zur Einschätzung der derzeitigen Bedeutung

der rechten Subkultur und Skinheadmusikszene

Samstag, 24.4., 21 Uhr, Schlachthof: Ska-Konzert

Sonntag, 25.4., 12 Uhr, Sielwallhaus, Sielwall 38: Frühstück mit Film

Sonntag, 25.4., 16 Uhr, Schlachthof: Diskussionsveranstaltung
mit Diavortrag über die NPD/JN und Referat über Faschisten
und die soziale Frage
Sonntag, 25.4., 17 Uhr, Mafalda, Kreuzstr. 29:
Frauentreffen zum Stand der Mobilisierung
Sonntag, 25.4., 19 Uhr, Schlachthof: Vollversammlung - aktuelle
Informationen zum NPD-Aufmarsch und antifaschistische
Gegenaktionen mit dem Ziel, den Aufmarsch zu verhindern
Weitere Infos:
Infoladen Umschlagplatz, St. Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen,
Tel./Fax: 0421-75682
http://www.vvn-bda.de/bremen
http://www.nadir.org/nullnazis

3. Bomben auf Belgrad. Ein Beitrag zur "humanitären Katastrophe"

Autor: Vo · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:23

Der juristische Tatbestand ist eindeutig: Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich an einem Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Das verstößt gegen Verfassungs- und Völkerrecht.

Das deutsche Grundgesetz läßt den Einsatz von Militär nur zur Verteidigung zu oder im Rahmen und nach den Regeln eines Systems Kollektiver Sicherheit, so das Bundesverfassungsgericht in seinem "out-of-area"-Urteil vom Juli 1994. Beides trifft im Fall des Angriffs auf Jugoslawien nicht zu. Der der deutschen Vereinigung zugrunde liegende 2+4-Vertrag legt überdies fest, daß das vereinte Deutschland "keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen".

Diesen Vertrag hat die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Kriegsbeteiligung gebrochen. Die UN-Charta verbietet jede Art der Anwendung militärischer Waffengewalt zwischen Staaten. Ausnahme sind lediglich kollektive militärische Sanktionen, die der UN-Sicherheitsrat gegen einen Aggressor verhängen kann (Art. 42 der UN-Charta), und das Recht der Notwehr sowie der Nothilfe zugunsten eines angegriffenen Staates (Artikel 51 UN-Charta), wenn und solange der UN-Sicherheitsrat noch keine Sanktionen gegen den Aggressor verhängt hat. Das trifft im Fall des Angriffs gegen Jugoslawien ebenfalls nicht zu. Der UN-Sicherheitsrat hat keine militärischen Zwangsmaßnahmen beschlossen, kein NATO-Staat ist militärisch angegriffen worden, kein angegriffener Staat hat um militärischen Beistand gebeten. Die NATO-Angriffe auf Jugoslawien erfüllen mithin den Tatbestand einer völkerrechtswidrigen Aggression.

Von Rechts wegen müßte "eigentlich" nun der UN-Sicherheitsrat militärische Sanktionen gegen die NATO-Aggressoren verhängen; die Bundesrepublik Jugoslawien wäre nach Art. 51 UN-Charta dazu berechtigt, in militärischer Selbstverteidigung den NATO-Aggressoren ihrerseits Bomben auf den Kopf zu schmeißen und andere Staaten - sagen wir einmal: Rußland - um Nothilfe gegen die Aggression zu ersuchen.

Soweit die juristische Seite. Wie allseits bekannt geht es aber in der Politik - in der internationalen Politik zumal - zumeist nicht nach Recht und Gesetz; im Verkehr der Staaten untereinander herrscht das Recht des Stärkeren und nicht die Stärke des Rechts. Genau das demonstriert der hier zur Debatte stehende Krieg einmal wieder aufs Schönste bzw. aufs Greulichste.

Alle Kriegsherren wissen, daß sie gegen internationales Recht verstoßen; ihre Bemühungen, dem Krieg doch noch einen Hauch von Legalität zu verleihen, sind halbherzig. Da ist von einer Art übergesetzlichem Notstand die Rede oder davon, daß sich allmählich eine neue völkerrechtliche Praxis und damit neues Völkergewohnheitsrecht herausbilde, da sich das bestehende Völkerrecht als unzureichend erwiesen habe. Letztlich liefe dieses neue Völkerrecht darauf hinaus, daß sich jene militärisch und ökonomisch mächtigsten Staaten der Erde, die im Militärpakt NATO zusammengeschlossen sind, das Recht herausnehmen, immer dann und immer dort militärisch einzugreifen, wann und wo sie es für geboten halten. Ein "Recht" also, daß selbst jeglicher bürgerlichen Rechtsauffassung, die vom Gleichheitsgrundsatz ausgeht, Hohn spricht. Denn was die NATO-Staaten für ihr "gutes Recht" ansehen, das gestehen sie anderen Staaten nie und nimmer zu. Man stelle sich vor, wie die NATO reagieren würde, wenn sich Rußland oder die VR China analog zur NATO das "Recht" auf humanitäre Intervention herausnehmen würden!

Mythos "humanitäre Intervention"

Um eine "humanitäre Intervention" soll es sich ja bei der NATO-Aggression gegen Jugoslawien handeln, zu der es angeblich "keine Alternative" gebe. Zum Anlaß wurde die Weigerung der serbischen Regierung genommen, das Friedensabkommen von Rambouillet zu unterzeichnen, welches der albanischstämmigen Bevölkerung im Kosovo bestimmte Autonomierechte garantieren und die Unterdrückung der Kosovaren durch die serbische Regierung beenden sollte.

Gescheitert ist das Abkommen letztlich daran, daß die NATO darauf beharrte, die Umsetzung des Abkommens durch eine NATO-geführte Friedenstruppe im Kosovo überwachen zu lassen. Henry Kissinger hat für dieses

Ansinnen folgenden Vergleich gefunden: "Von Jugoslawien, einem souveränen Staat, verlangt man die Übergabe der Kontrolle und Souveränität über eine Provinz mit etlichen nationalen Heiligtümern an ausländische Militärs. Analog dazu könnte man die Amerikaner auffordern, fremde Truppen in Alamo einmarschieren zu lassen, um die Stadt an Mexiko zurückzugeben, weil das ethnische Gleichgewicht sich verschoben hat."

Eine Zustimmung der serbischen Seite wäre einer völligen Unterwerfung gleichgekommen und war daher höchst unwahrscheinlich. Insofern hat die NATO das Scheitern des Friedensabkommens bewußt in Kauf genommen - und das, obgleich "eigentlich" sehr wohl Alternativen zur Verfügung standen, nämlich eine Überwachung des Abkommens durch die UNO (Blauhelme) oder die OSZE (gleichberechtigte Beteiligung Rußlands). Die OSZE war ja bereits mit einer Beobachter-Mission im Kosovo präsent.

Die OSZE-Beobachter mußten ebenso wie humanitäre Hilfsorganisationen nach der Angriffsdrohung der NATO den Kosovo verlassen. Erst danach konnten die serbischen Sicherheitskräfte ihren Vertreibungsterror gegen die albanische Bevölkerung des Kosovo voll entfalten. Dieser nahm dann nach Beginn der NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien dermaßen große Ausmaße an, daß tatsächlich von einer humanitären Katastrophe gesprochen werden muß. Die angeblich "alternativlosen" Bombardements haben sich - unter humanitären Gesichtspunkten - als die schlimmste Alternative überhaupt entpuppt.

Zwar bemüht sich die NATO nunmehr mit Macht, von dieser Tatsache abzulenken, weil damit ihre ganze "humanitäre" Begründung für den Krieg in sich zusammenfällt. So behauptet man, die Massenvertreibungen wären so oder so - also auch ohne den Auslöser NATO-Luftangriffe - durchgeführt worden. Dann aber hätte der ganze Rambouillet-Prozeß keinen Sinn gemacht, auf den die NATO-Regierungen die Öffentlichkeit in ihren Ländern orientiert hatten. Fest steht demgegenüber, daß die NATO durch das Beharren auf einer NATO-geführten Überwachungstruppe im Kosovo eine friedliche Lösung hintertrieben hat, die bei Einschaltung von UNO und/oder OSZE durchaus möglich (wenn auch selbstverständlich nicht hundertprozentig sicher) gewesen wäre. Der NATO ging es aber nicht um humanitäre Hilfe mit militärischen Mitteln, sondern um eiskalte Machtpolitik.

Die NATO will UNO und OSZE in der internationalen Politik an den Rand drängen und sich selbst als einzige (Welt-)Ordnungsmacht etablieren. Dieser Anspruch soll im Kosovo durchgekämpft werden. Das hat mit Interessen, aber nichts mit Humanität zu tun. Wäre man wirklich von der Notwendigkeit und Wirksamkeit militärischer humanitärer Interventionen überzeugt, so müßte man in Türkisch-Kurdistan und in nahezu jedem Krieg in der Dritten Welt "humanitär intervenieren". Das wird allerdings nicht geschehen, weil das Leiden und das Massensterben der Menschen dort den NATO-Oberen scheißegal ist, weil sie dort keine macht- und ordnungspolitischen Interessen durchzusetzen haben. Gregor Gysi hat das "die selektive Wahrnehmung humanitärer Katastrophen" genannt.

Zum Glück wird es solche "humanitären Interventionen" dort nicht geben, zeigt doch das Exempel Kosovo mit aller Deutlichkeit, daß mit militärischen Mitteln keine Konflikte bearbeitet und gelöst werden können. Im Gegenteil: Das Elend der Menschen im Kosovo hat sich nur vertieft, und es wird weiter wachsen. Denn mittlerweile sind alle Seiten in der militärischen Eskalationsdynamik befangen; Gewalt ruft noch mehr Gewalt und nochmals gesteigerte Gewalt hervor. Hat man einmal mit dem Kriegführen begonnen, so treibt die Logik der Anwendung kriegerischer Mittel immer neue Gewaltsteigerungen hervor. Die Opfer sind wie in allen modernen Kriegen vor allem die Zivilisten - Frauen, Kinder, Alte. Das nimmt der Potentat Milosevic ebenso billigend in Kauf wie die NATO-Oberen. Wenn letztere sich jetzt überrascht und entsetzt zeigen über das Ausmaß der Opfer und des Leidens im Kosovo und scheinbar nur zerknirscht und widerwillig an der Eskalationsspirale drehen, so ist das entweder Zeichen grenzenloser Dummheit oder eines abgrundtiefen Zynismus. Da die Grünen ja noch recht neu im Geschäft sind, kann man bei vielen von ihnen wohl eher Dummheit unterstellen, bei den anderen wird der Zynismus überwiegen.

Risiken für die NATO

Mit ihrer Aggression pokert die NATO hoch. Sie muß ihren Krieg unbedingt gewinnen und der Öffentlichkeit in den NATO-Ländern glaubhaft machen, daß alle die Ziele, für die man den Krieg angeblich geführt hat, auch erreicht werden konnten. Denn andernfalls würde die Legitimation der NATO einen großen Knacks bekommen. Deswegen ist leider damit zu rechnen, daß die NATO alles daransetzen wird, als eindeutiger

militärischer Sieger aus dem Schlammassel herauszukommen. Dazu wird sie den Einsatz immer weiter erhöhen müssen. Schon ist die Rede davon, wenn nötig doch Bodentruppen gegen die serbischen Militärs zu schicken - was bisher kategorisch ausgeschlossen worden war.

Je länger aber der Krieg dauert, desto größere Probleme bekommt die NATO aber, die Sinnhaftigkeit ihres Tuns der Öffentlichkeit und der Bevölkerung an der Heimatfront zu vermitteln. Zwar wird über die großen Massenmedien großteils widerwärtige Kriegspropaganda im Sinne der NATO verbreitet, doch haben auch kritische und oppositionelle Stimmen Äußerungsmöglichkeiten, die Presse ist keinesfalls gleichgeschaltet. Und so zeigt sich, daß trotz Kriegspropaganda erhebliche Teile der Bevölkerung (wie unter anderem Meinungsumfragen zeigen) dem Krieg skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen.

Die NATO hat ein Legitimationsproblem. Dieses zu verschärfen ist Aufgabe der antimilitaristischen Linken. Nichts fürchten die NATO-Oberen zur Zeit mehr, als daß die Kriegsunwilligkeit größerer Teile der Bevölkerungen und öffentlichen Meinung Risse und Spaltungen in die geschlossene NATO-Front treiben könnte. Deswegen die gebetsmühlenhafte Beschwörung der Einheit und Geschlossenheit der "westlichen Allianz" durch die NATO-Herren. Da den Spaltpilz hereinzutragen ist antimilitaristische Pflicht.

Grüner Scherbenhaufen

Genau dieser antimilitaristischen Pflicht wollen die deutschen Grünen scheints nicht nachkommen. Beteiligt an der Regierung eines der wichtigsten NATO-Länder hätten sie gute Gelegenheit dazu. Sie könnten Sand ins Getriebe der NATO streuen. Wenn das NATO-Land Griechenland aus der Kriegsfront gegen Jugoslawien ausscheren kann, warum dann nicht der NATO-Staat Deutschland? Das hätte natürlich sehr viel gravierendere Folgen; es würde den Zusammenhalt der NATO (und damit deren Kriegsführungsfähigkeit) ernsthaft in Frage stellen und die NATO deutlich schwächen. Aber war das nicht stets erklärtes Ziel grüner Friedenspolitik? Auch im letzten Bundestagswahlprogramm ist vollmundig vom "Zurückdrängen der NATO" die Rede.

Jetzt wäre die Zeit, wo man es ja mal damit versuchen könnte - und auch versuchen müßte, schließlich führt Deutschland Krieg. Doch nichts von dem. Vielmehr demonstrieren die Regierungsgrünen den Schulterschluß mit ihrem sozialdemokratischen Partner und mit diesem zusammen die absolute Zuverlässigkeit und Bündnistreue eines rotgrün regierten Deutschland in der NATO. Man will sich als der Treueste der Treuen und Härteste der Harten in der "Allianz" präsentieren (und nebenbei einmal mehr deutsche Vergangenheit entsorgen: Scharping redet munter von "Völkermord" und "Konzentrationslagern" der Serben im Kosovo und relativiert damit wieder einmal die einzigartigen Verbrechen Nazi-Deutschlands). Das ist nur konsequent, wenn man sich daran erinnert, daß die deutsche Anerkennungspolitik gegenüber Slowenien und Kroatien mit dazu beigetragen hat, das ganze gegenwärtige Elend auf dem Balkan anzurühren.

Grüne Friedenspolitik jedenfalls steht vor einem Scherbenhaufen. Zurückdrängung der NATO, Stärkung der UNO und OSZE, Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung unter Einschluß Rußlands, Zivile Konfliktbearbeitung statt militärischer Intervention, Abrüstung der Krisenreaktionskräfte - das alles kann man in der Pfeife rauchen, wenn die NATO mit ihrem aktuellen Kriegskurs durchkommt - und die Regierungsgrünen tun alles dafür, daß sie damit durchkommt.

Wenn sie aber durchkommt, dann ist der "Beweis" erbracht, daß "wir" Krisenreaktionskräfte brauchen, daß "wir" eine starke NATO brauchen, daß militärische Mittel zur "humanitären Intervention" tauglich sind. Dann kann zivile Konfliktbearbeitung allenfalls noch als Spielwiese für marginalisierte Linksgrüne dienen, dann werden OSZE und UNO ein Schattendasein von NATOs Gnaden führen.

Christian Ströbele, Uli Cremer und tutti quanti sollten sich beizeiten ernsthaft überlegen, wie lange sie noch den Pausenclown für Joschka Fischer machen wollen und weiter antimilitaristische und friedenspolitische Hoffnungen auf die Grünen fehlleiten wollen. In ak 265 vom 16. Dezember 1985 erschien ein programmatischer Artikel unter der Überschrift "Vergeßt die Grünen". Der Autor dieser Zeilen hielt das seinerzeit für politisch falsch. Aber was 1985 falsch war, kann 1999 ja durchaus richtig sein ...

Vo

4. Geschichte wird gemacht... und verdrängt: Deutscher Besatzungsterror in Serbien 1941/42

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:09

"Aus historischen Gründen", so erklärten noch vor wenigen Jahren deutsche Politiker aus Regierung und Opposition, sei der Balkan für die Soldaten der Bundeswehr kein geeignetes Betätigungsfeld. Ihr Auftauchen würde insbesondere bei der serbischen Bevölkerung unschöne Erinnerungen wachrufen und so Gefühle verletzen. Auch an "humanitären" Interventionen der "Staatengemeinschaft" dürften sie sich daher nicht gleichberechtigt beteiligen. Dieser Vorbehalt wurde zwar in der Praxis immer mehr aufgeweicht - so unterstützten deutsche Piloten von AWACS-Aufklärern den NATO-Einsatz in Bosnien, wachten deutsche Infanteristen als Teil der SFOR-Truppe über die Einhaltung des Dayton-Abkommens.

Aber erst unter Schröder und Fischer wurde mit dem deutschen Kriegseintritt auch die Vergangenheitspolitik den Erfordernissen der neuen Zeit angepaßt. Wer heute noch aus "historischen Gründen" den Verzicht auf deutsches Militär fordere, wolle nur den verhängnisvollen deutschen "Sonderweg" fortsetzen - wie immer in Kriegszeiten schlägt auch jetzt wieder die Stunde der Demagogen. Letztere werden - wenn die "Umstände" es erfordern - auch den Einsatz deutscher Bodentruppen gegen Serbien zu begründen wissen. Ein Argument könnte sein, daß die Deutschen ihren Partnern entscheidende Erfahrungen voraushaben.

April 1941: "Unternehmen Strafgericht"

Am 6. April 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht Jugoslawien und Griechenland. Der Überfall auf Jugoslawien, das "Unternehmen Strafgericht", begann ohne Kriegserklärung mit massiven Luftangriffen auf die völlig ungeschützte Hauptstadt Belgrad. Dabei wurden mehr Menschen getötet als bei den vorangegangenen Bombardierungen von Warschau, Coventry und Rotterdam zusammen.

Seit dem 11. April beteiligten sich auch die italienischen, ungarischen und bulgarischen Verbündeten an der Einkreisung der jugoslawischen Armee, die am 18. April kapitulierte. Der jugoslawische Staat wurde zerschlagen. Kroatien wurde zum formal unabhängigen Satellitenstaat des Deutschen Reiches, Ante Pavelic, der Führer der faschistischen Ustascha, als Statthalter eingesetzt. Serbien blieb den Besatzungstruppen der Wehrmacht unterstellt.

Noch vor der jugoslawischen Kapitulation wütete die Wehrmacht unter der Zivilbevölkerung. Nachdem in Pancevo zwei SS-Männer erschossen worden waren, wurden zur "Sühne" 36 Zivilisten ermordet. Die Leichen von 18 Jugoslawen, die im Rahmen dieses Massakers vom Wehrmachtsregiment "Großdeutschland" an der Friedhofsmauer erschossen worden waren, blieben dort zur Abschreckung drei Tage lang ausgestellt.

Der Terror der deutschen Besatzer eskalierte, als im Sommer 1941 die Kommunistische Partei den Partisanenkampf begann. Bis Ende August starben bei den Aktionen der Partisanen 32 Soldaten der Wehrmacht. Im selben Zeitraum wurden zur "Vergeltung" mehr als 1.000 jugoslawische Kommunisten und Juden ermordet, ihre Leichen in vielen Fällen öffentlich zur Schau gestellt.

Am 16. September 1941 erließ Feldmarschall Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), seinen Befehl zur Bekämpfung der "kommunistischen Aufstandsbewegung in den besetzten Gebieten". Danach galt "als Sühne für ein deutsches Soldatenleben die Todesstrafe für 50-100 Kommunisten als angemessen". General Franz Böhme, der von Hitler am selben Tag zum Bevollmächtigten Kommandierenden General in Serbien ernannt wurde, sorgte für die Einhaltung der Quote und verschärfte den Befehl von oben noch. Künftig seien "für jeden gefallenen oder ermordeten Soldaten (oder Volksdeutschen) 100, für jeden Verwundeten 50 Gefangene oder Geiseln zu erschießen".

Um den Massenmord unverzüglich ausführen zu können, nahm die Wehrmacht vorsorglich Hunderte von "Kommunisten, Nationalisten, Demokraten und Juden" als Geiseln, etliche Männer aus den selben Bevölkerungsgruppen wurden "auf der Flucht erschossen". Das sollte, ebenso wie das Niederbrennen von Dörfern, die teilweise militärisch überlegenen Partisanen vom Angriff abschrecken. Schon erste Anzeichen von Widerstand wurden mit Massenmord beantwortet. So heißt es in der Tagesmeldung der 717. Infanteriedivision vom 15.10.1941: "Gegen 18.00 Uhr Schüsse aus Häusern, 300 Serben erschossen." Einen Tag später wurde für das betroffene Gebiet, die Gegend um Kraljevo, eine weitere Eskalation des Terrors angedroht: "Mit dem

heutigen Tag tritt für das Volk dieses Gebietes das Gesetz schwerster Repressalien ein, d.h. es werden nicht nur 100 Serben für einen Deutschen erschossen, sondern es werden auch die Familien und der Besitz vernichtet."

Als die Partisanen und die Tschetnikverbände den Angriff auf Kraljevo begannen, schlug die Wehrmacht zurück - gegen die in ihrer Gewalt befindlichen Geiseln. An einem einzigen Tag wurden "1736 Männer und 19 kommunistische Frauen" niedergemacht. General Böhme stellte die militärischen Leistungen seiner Truppen in zynischer Offenheit heraus: "Der Feind verlor mindestens 80 Tote, 1755 Geiseln wurden als Sühne für die eigenen Verluste erschossen." Diese und "weitere in der letzten Zeit von der Truppen errungenen Erfolge", resümierte der deutsche Oberbefehlshaber in Serbien, trügen "dazu bei, das Ansehen der deutschen Wehrmacht in Serbien abermals zu stärken." Allen beteiligten Soldaten sprach Böhme im Tagesbefehl vom 20.10.1941 seine "besondere Anerkennung" aus. Sein Aufruf schloß mit den Worten: "Vorwärts zu neuen Taten!"

Das Massaker

in Kragujevac

Die in ihrem "Ansehen" gestärkte Wehrmacht erlitt zur gleichen Zeit im Gebiet von Kragujevac Verluste. Durch Aktionen der Partisanen starben zehn deutsche Soldaten, 26 wurden verwundet. Nach der festgelegten Quote waren dafür 2.300 jugoslawische Zivilisten zu ermorden. Deutsche Soldaten durchkämmten die umliegenden Dörfer und erschossen "422 männliche Personen ohne eigene Verluste an Ort und Stelle in den Dörfern", wie der Kreiskommandeur von Kragujevac, Hauptmann Bischofshausen, in seinem Bericht festhielt.

Zwei Tage nach Beginn der Aktion war das Ziel erreicht: "Insgesamt wurden 2.300 Serben verschiedenen Alters und Berufes erschossen", darunter auch Lehrlinge und Schüler, die aus Werkstätten und Schulen zusammengetrieben worden waren. Im Kriegstagebuch des Stabes wurde bilanziert, die "erfolgreichen Unternehmungen" ließen "auf eine erfreuliche Zunahme des Angriffsgeistes und der Initiative der bisher ohne Zweifel zur Passivität neigenden Truppe schließen".

Der mörderische "Angriffsgeist" ließ auch in den folgenden Monaten nicht nach. Bis Anfang Dezember 1941 wurden in Serbien zwischen 20.000 und 30.000 Zivilisten erschossen, darunter sämtliche erwachsenen männlichen Juden.

Die serbischen Juden fielen aber nicht nur den "Vergeltungsaktionen" nach Partisanenangriffen zum Opfer. Um ihre Verfolgung und Ermordung zu legitimieren, wurden "Juden und Zigeuner ganz allgemein" zum "Element der Unsicherheit und Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit" erklärt. Im Herbst 1941 begann die Internierung jüdischer Frauen und Kinder. Seit der Jahreswende 1941/42 wurden sie in dem neu entwickelten Gaswagen umgebracht.

Im Mai 1942, ein Jahr nach dem Überfall der Wehrmacht auf Jugoslawien, waren 17.000 serbische Jüdinnen und Juden erschossen oder vergast. Serbien war als zweites Land nach Estland "judenfrei".

Js.

P.S. Der grüne Abgeordnete und Außenpolitiker Helmut Lippelt, ein gelernter Historiker, demonstrierte in seiner Bundestagsrede vom 26. März Geschichtsbewußtsein der besonderen Art: In ein und demselben Satz kam er von den Nazi-Verbrechen in "Auschwitz, Treblinka, aber auch Oradour, Lidice, Marzabotto und Kragujevac" auf "eben jenes Kragujevac in jenem Serbien" zu sprechen, "dessen Bevölkerung jetzt von dem Regime Milosevic in seine Verbrechen verwickelt wird". Der Gewaltritt durch die Geschichte soll statt "Nie wieder!" die entgegengesetzte Lehre zwingend erscheinen lassen: "Jetzt erst recht!" Oder auch: "Wer, wenn nicht wir," ist berufen und verpflichtet, auf dem Balkan für Ordnung zu sorgen?!

Quellen:

Hannes Heer und Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944; Hamburger Edition 1995

Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944 (Ausstellungskatalog); Hamburger Edition 1996

Alle hier wiedergegebenen Zitate nach o.g. Veröffentlichungen.

5. Haupttendenz Harmonie. Burgfrieden auf dem Kriegsparteitag der SPD

Autor: Js. · Rubrik: Außenpolitik der BRD; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:54

Es sei der "Fluch des 20. Jahrhunderts über die Linken an der Regierung", schreibt Rossana Rossanda in il manifesto, "daß sie bei den Kriegen und Kriegskrediten nachgeben und am Schluß zerschmettert werden". So ganz treffend erscheint diese auch mit Blick auf den aktuellen NATO-Krieg formulierte Bemerkung nicht, zumindest nicht, wenn die regierende bundesdeutsche "Linke" mitgemeint ist: Sie hat niemandem "nachgegeben", sie wollte diesen ersten Grenzen sprengenden deutschen Beitrag zum Krieg auf fremdem Territorium; und ob sie nach getaner Arbeit "zerschmettert" wird, ist noch völlig offen.

Die Sozialdemokraten jedenfalls (und fast alle Grünen) haben die Gefahr erkannt. Den Delegierten des SPD-Sonderparteitags erklärte Schröder via Spiegel vom selben Tage den Ernst der Lage so, daß ihn auch der letzte verstand: "Ich denke, daß der Parteitag, den ja niemand vorhersehen konnte, vor der Entscheidung steht, ob wir mit unserer Regierung Erfolg haben sollen oder nicht." Die relativ geringe Zustimmung für den neuen Vorsitzenden Schröder (knapp 76% Ja-Stimmen) kann die Partei verschmerzen, da man sich in der Sache einig war (oder zumindest so tat): Die "humanitäre Intervention" gegen Jugoslawien muß weitergehen, auch wenn ihr militärisches und politisches Ziel unklar ist (von moralischen und juristischen Einwänden ganz zu schweigen).

Zu dem "Bild der Geschlossenheit" trugen die SPD-Linken maßgeblich bei. Sie verzichteten nicht nur auf jede Kritik an der Regierung; auch ein "Ausscheren aus dem Bündnis" war von vornherein außerhalb der Diskussion, wie Detlev Larcher vom "Frankfurter Kreis" beteuerte. Als "Alternative" blieb schließlich nichts weiter übrig als die Forderung nach einer "befristeten Feuerpause". Die Juso-Vorsitzende Andrea Nahles konkretisierte das auf sage und schreibe 48 Stunden, während derer "politische Initiativen" gestartet werden sollten! Letztere liefen ohnehin, ein Waffenstillstandsangebot dagegen werde von Milosevic nur als Zeichen der Schwäche aufgefaßt, argumentierte die Mehrheit - und mit ihr die Grünen, namentlich Joschka Fischer und sein Staatsminister Ludger Volmer.

Der Schulterschluß der Regierenden trug dazu bei, daß die linke Minderheit von vornherein auf verlorenem Posten stand. Das hatte wiederum den Vorteil, daß sie ohne taktische Winkelzüge eine halbwegs klare Position gegen den Krieg hätte formulieren können - eine Position, die außerhalb der Partei als Signal verstanden worden wäre. Eine solche Überlegung aber ist dieser "Linken" nicht nur fremd - sie verbietet sich einfach wegen der absehbaren Folgen. Am Ende findet man sich in einem Boot mit den sieben aufrechten Grünen um Christian Ströbele oder gar mit der PDS - nicht auszudenken! Da ist die Parteidisziplin (und die eigene Karriere) doch wichtiger als ein bißchen Frieden.

Wer sich jetzt an die SPD des Jahres 1914 erinnert fühlt, liegt nur teilweise richtig. Damals war die Partei so diszipliniert, daß sie für die Kriegskredite einen Mann sprechen lassen konnte, der vorher, in interner Sitzung der Reichstagsfraktion, dagegen gestimmt hatte: den Parteivorsitzenden Hugo Haase. Dieser sagte am 4. August 1914 im Reichstag all die Scheußlichkeiten, die gute Linke auch heute noch zu zitieren wissen und die in dem Satz von der "Stunde der Gefahr" gipfelten, in der die Sozialdemokraten "das eigene Vaterland nicht im Stich lassen" dürften.

Zugunsten des Genossen Haase muß allerdings hinzugefügt werden, daß er im März 1916 zu den 20 sozialdemokratischen Abgeordneten gehörte, die ihre Zustimmung zum Not-Haushalt der Reichsregierung verweigerten. Dem "Disziplinbruch" folgte im April 1917 die Gründung der USPD. Spätestens hier endet die historische Parallele. Schröder weiß, daß er von der heutigen SPD-Linken nichts zu befürchten hat. So konnte er auf dem Parteitag den versöhnenden Satz sagen: "Wer aus grundsätzlichen pazifistischen Überlegungen heraus gegen den Krieg ist, wird in der SPD weiterhin eine politische Heimat haben." Kriegsminister Scharping hatte schon vorher die Bedeutung der innerparteilichen Opposition korrekt eingeschätzt: "Bei allem Respekt vor einzelnen Stimmen: Es sind einzelne Stimmen."

So spricht der Machtpolitiker. Die gegen den Krieg demonstrierende Linke dagegen tut gut daran, auch Menschen mit SPD-Parteibuch als Bündnispartner zu akzeptieren - vorausgesetzt, sie verkaufen nicht eine 48stündige Feuerpause als Friedensinitiative.

Js.

6. "Selektive Wahrnehmung humanitärer Katastrophen": Gregor Gysi (PDS) zum NATO- Krieg gegen Jugoslawien am 25. März im BT

Gregor Gysi (PDS) zum NATO-Krieg am 25. März im Bundestag

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:42

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Ich möchte zunächst meinen ganz ehrlichen Respekt dafür zum Ausdruck bringen, daß sich der Bundestag in eigener Souveränität doch noch ganz kurzfristig zu dieser Debatte entschieden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Ich finde, es ist dieses Hauses würdig, das nicht im Rahmen einer GO-Debatte verhindert zu haben. Deshalb nehmen wir unseren Antrag selbstverständlich zurück.

Ich kann die hier genannten Argumente zu einem Großteil nicht teilen. Vor allen Dingen sind viele Fragen gar nicht angesprochen worden, zum Beispiel die nach der rechtlichen Grundlage für den Krieg, der gestern begonnen hat.

(Dr.-Ing. Rainer Jork, CDU/CSU: Es geht um Menschen!)

- Ich komme darauf zurück. - Sie alle wissen, daß die UN-Charta nur zwei Fälle des berechtigten militärischen Eingreifens kennt: den Fall der individuellen Selbstverteidigung oder kollektiven Selbstverteidigung im Rahmen eines Bündnisses und den Fall, daß der UN-Sicherheitsrat - kein anderer; nur er besitzt das Gewaltmonopol, was aus guten Gründen nach 1945 so festgelegt worden ist - anordnet, zur Herstellung des Friedens militärische Maßnahmen einzusetzen.

(Beifall bei der PDS sowie der Abg. Monika Knoche, Bündnis 90/Die Grünen)

Beide Voraussetzungen liegen nicht vor.

Die Bundesrepublik Jugoslawien - wie auch immer die inneren Zustände zu beurteilen sind - hat kein anderes Land angegriffen; deshalb liegt der Fall einer individuellen Selbstverteidigung oder kollektiven Selbstverteidigung nach Art. 51 der UN-Charta nicht vor. Sie wissen genauso gut wie ich, daß der UN-Sicherheitsrat keine militärischen Maßnahmen nach Kap. VII der UN-Charta - der anderen Möglichkeit, die militärisches Eingreifen erlaubt - beschlossen hat und daß er sich sogar ausdrücklich vorbehalten hat, über die weitere Situation zu beraten und zu entscheiden. Die NATO hat ihm diese Entscheidung aus der Hand genommen; sie hat sich damit von der UNO abgekoppelt.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen: Das zerstört eine Weltordnung; aber es schafft keine neue. Auch ich kann mir eine bessere Weltordnung als die gegenwärtige vorstellen.

(Wilhelm Schmidt, Salzgitter, SPD: Machen Sie doch einen Vorschlag! Werden Sie doch einmal konkret! - Zurufe von der CDU/CSU)

Die jetzige aber zu beseitigen, ohne eine neue zu haben, wird Europa und die Welt sehr grundsätzlich verändern. Was glauben Sie denn, wie wenig Rücksicht andere Staaten in Zukunft auf die UN- Charta nehmen werden, wenn die NATO und auch die Bundesrepublik Deutschland erst einmal bewiesen haben, daß sie bereit sind, die UN-Charta zu ignorieren und dennoch militärisch aktiv zu werden, und zwar in Form eines Krieges!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Juristisch gilt - auch wenn es Sie sehr ärgert -: Wenn man einen Krieg führt, ohne selbst angegriffen worden zu sein, dann ist das ein Angriffskrieg und kein Verteidigungskrieg. Genau diesen verbietet das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Auch dagegen haben Sie verstoßen.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Sie sprechen von der Sicherheit unserer Soldaten. Ich finde, die größte Unsicherheit besteht darin, sie in einen Krieg zu schicken, der weder völkerrechtlich noch durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland legitimiert ist.

(Beifall bei der PDS - Bernd Reuter, SPD: Was sagen Sie dazu, daß die NVA-Truppen der DDR in die Tschechoslowakei einmarschiert sind?)

- Dazu kann ich gerne etwas sagen.

Ich spreche jetzt über die selektive Wahrnehmung humanitärer Katastrophen. Die Situation ist doch in Wirklichkeit nicht neu. Es gab schon ganz häufig bewaffnete Bewegungen von Bevölkerungsgruppen, die aus einem Staatenverband ausscheiden wollten. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in solchen Fällen, wie andere Staaten auch, sehr unterschiedlich verhalten.

Ich erinnere Sie an ein noch viel verbrecherischeres Regime, an das Pol-Pot-Regime. Damals griff Vietnam ein. Das wurde international mit dem Hinweis darauf verurteilt, daß sich das kambodschanische Volk selbst befreien müsse, solange Kambodscha keinen anderen Staat angegriffen habe. Ein Angriff durch Vietnam auf Kambodscha sei nicht gerechtfertigt. So lautete damals die Argumentation.

Als der US-Präsident vor kurzem im Senat seines eigenen Landes gefragt worden ist, warum die NATO nicht in Kaschmir oder in Burundi militärisch eingreife, sondern gerade im Kosovo in Jugoslawien, hat er geantwortet: Dort haben wir andere Interessen. - Das ist eine Begründung, die mit Moral nichts zu tun hat.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wenn Menschenrechte gelten sollen, dann müssen sie universal gelten.

Südafrika hat über Jahrzehnte die große Mehrheit der Bevölkerung nicht nur unterdrückt, nicht nur der einfachsten Menschenrechte beraubt, sondern hat Menschen auch massakriert. Nicht einmal zu einem Wirtschaftsboykott konnte sich die Bundesrepublik Deutschland entschließen. Die Deutsche Bank und andere haben dort weiter große Geschäfte gemacht.

(Beifall bei der PDS)

Was passiert denn seit Jahrzehnten und Jahren in der Türkei? Sie wissen, daß die Rechte der Kurdinnen und Kurden erheblich beeinträchtigt werden. Sie wissen, daß sie nicht einmal das Recht auf eigene Sprache und eigene Kultur haben. Sie wissen, daß auch dort Militär und Polizei massakrieren, daß es auch militärische Gegenbewegungen gibt. Auch ich kritisiere die PKK; das ist nicht die Frage. Aber entstanden ist sie aus der Unterdrückung des kurdischen Volkes. Auch das ist eine Tatsache.

Die Türkei ist Partner im Bündnis, Partner der NATO, die jetzt sagt, aus humanitären Gründen müsse sie gegen Jugoslawien einen Angriffskrieg starten.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wie selektiv wollen wir denn diese Probleme in der Welt wahrnehmen? Damit ich hier nicht mißverstanden werde: Wenn Sie eines Tages auf die Idee kommen sollten, deshalb in die Türkei einzumarschieren, wäre ich auch dagegen - um das ganz klar zu sagen. Aber ich will Sie darauf aufmerksam machen, wie selektiv die Wahrnehmung ist.

Sie sagen immer, der Krieg richtet sich gegen Milosevic und nicht gegen das serbische Volk. Das sagt sich so leicht. Aber die Tatsachen sind doch andere. Was glauben Sie denn, wer kein Wasser hat, weil die Bomber gestern das Wasserwerk in Belgrad zerstört haben, die serbische Bevölkerung oder Milosevic? Ich kann Ihnen garantieren: Milosevic wird noch lange Wasser haben.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wer werden die Toten sein? Das werden Frauen und Kinder sowie Soldaten sein, darunter sehr viele Wehrpflichtige in Jugoslawien, die gar keine Chance haben, nicht zur Armee zu gehen, und es wird nicht Milosevic sein. Nein, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht: Ein solcher Krieg richtet sich immer gegen die Bevölkerung und nicht gegen einen einzelnen Diktator. Einen Krieg gegen einen einzelnen Diktator hat es noch nicht gegeben, auch im Irak nicht, und es wird ihn auch nicht in Jugoslawien geben. - Das macht mir alles größte Sorgen, muß ich Ihnen sagen.

Lassen Sie mich, weil die Redezeit um ist, nur noch eines sagen. Ich verstehe auch folgendes nicht: Hier wird immer gesagt: Milosevic ist völlig irrational, er kalkuliert den Krieg mit ein. Er trägt die alleinige Verantwortung. - Was aber ist das politische Ziel? Da wird mir gesagt: Nach zwei, drei Bombenangriffen wird der Mann rational. Dann denkt er plötzlich an sein Volk und unterschreibt, und damit ist der Krieg beendet.

Eine von beiden Thesen kann doch nur stimmen. Wenn er ein so irrationaler Diktator ist, wenn er sein eigenes Volk opfert, wie es mir die Regierung und die Vertreter der Fraktionen sagen, wie kommen Sie denn dann darauf, daß der nach zwei, drei Tagen unterschreiben würde? Und was ist, wenn er es nicht macht? Was ist denn dann die politische Lösung?

(Wilhelm Schmidt, Salzgitter, SPD: Was ist denn Ihre? - Weitere Zurufe von der SPD)

Das haben Sie noch nie gesagt. Sie haben nur gesagt, daß Sie auf eine Unterschrift von Milosevic hoffen. Ich erwarte sie nicht; das muß ich Ihnen ganz ernsthaft sagen.

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen: Mit Bomben verhindert man keine humanitären Katastrophen, man verschärft sie nur.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Deutschland hat in diesem Jahrhundert überhaupt kein Recht mehr, Bomben auf Belgrad zu werfen.

(Lebhafter Beifall bei der PDS - Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen - Ulla Schmidt, Aachen, SPD: Sie haben kein einziges Wort über die Kosovo- Albaner gesagt!)

7. "Ein Bruch von historischer Dimension" Angriffsbündnis 90/Die NATO-Grünen? - Interview mit Jürgen Grässlin

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:25

Jürgen Grässlin, Vorsitzender des Rüstungs-Informationsbüros Baden-Württemberg (RIB) und Autor u.a. des Buches "Lizenz zum Töten. Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe gemacht wird", kandidierte für die Grünen bei den Bundestagswahlen im September 1998. Das Interview führte Thomas Klein (Soziologe, freier Journalist und Pressereferent bei der Kampagne gegen Rüstungsexport).

Thomas Klein: Du bist als Zwölfter auf der baden-württembergischen Landesliste von Bündnis90/Die Grünen nach der Bundestagswahl im September 1998 nicht ins Parlament eingezogen. Eine Frage an das Parteimitglied und den erklärten Pazifisten Grässlin: Bist Du vor dem Hintergrund der augenblicklichen Entwicklung froh, nicht Teil der Bundestagsfraktion zu sein?

Jürgen Grässlin: Zweifelsohne ist es persönlich angenehm, nicht Mitglied einer Bundestagsfraktion zu sein, die mit großer Mehrheit für einen Kampfeinsatz der Bundeswehr gestimmt hat. Doch angesichts der unglaublichen Zustimmungsquote zählt die Stimme eines jeden, der das Rückgrat aufbringt, der Militärmaschinerie argumentativ entgegenzutreten.

Heute gilt es im Bundestag unmißverständlich für die Zivilisierung der Außenpolitik einzutreten und zu verkünden: Krieg kann nicht mit Krieg beendet werden. Der gleichsam grundgesetz- wie völkerrechtswidrige Militäreinsatz der NATO auf dem Balkan stellt einen Akt schwerster Menschenrechtsverletzung dar, führt zur weiteren Konflikteskalation, birgt das Risiko eines internationalen Flächenbrandes und ist - da er die Vereinten Nationen zur Statistin degradiert - auf dem Weg zu einer zivilen Weltfriedensordnung äußerst kontraproduktiv. Aus diesem Grund hätte ich gegen den Angriffskrieg der NATO votiert und bedanke mich bei den wenigen, die den Mut dazu aufgebracht haben.

Der Krieg gegen Jugoslawien - Schröder, Scharping und eine Reihe weiterer Entscheidungsträger sprechen bemerkenswerter Weise davon, daß es "keinen Krieg" gäbe; George Orwells "Neusprech", die komplette Verdrehung der Tatsachen, läßt grüßen - also nochmal, der Krieg hat die grüne Partei in eine Zerreißprobe gebracht. Nicht nur außenstehende Beobachter, sogar Parteimitglieder in führenden Stellungen sehen die Partei vor dem Abgrund. Überrascht Dich diese Entwicklung?

Nicht erst mit der Zustimmung zum Krieg gegen Serbien sind die meisten Funktionsträger unserer Partei Gefangene der Logik des Militärischen.

Allerdings bildet die von Bündnis90/Die Grünen mitgetragene Entscheidung zum heutigen Kampfeinsatz gegen Serbien einen neuerlichen Tiefpunkt im konsequent vorangetriebenen Prozeß der Aushöhlung pazifistischer Positionen. Mit der erteilten Zustimmung zum rechtswidrigen Kampfeinsatz gegen einen souveränen Staat führen die Grünen die Salamitaktik von Volker Rühe nahtlos fort. Dem früheren Verteidigungsminister ist es in den neunziger Jahren gelungen, die Bundeswehr schrittweise von einer Verteidigungs- zu einer Out-of-Area-Armee umzufunktionieren. Doch selbst ein Rühe hat es nicht gewagt, das Grundgesetz wie das Völkerrecht derart offensichtlich zu mißachten - diese historische Fehlentscheidung hat die rot-grüne Bundesregierung zu verantworten. Als Partei der Gewaltfreiheit stehen die Grünen heute vor der Zerreißprobe und tatsächlich vor dem Abgrund.

Zentrale friedenspolitische Forderungen der grünen Partei, wie Auflösung des Kommando Spezialkräfte, der Krisenreaktionskräfte, Senkung des Rüstungsetats um jährlich fünf Prozent (die Initiative "Fünf für Frieden") usw. sind vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung doch Makulatur, nicht das Papier wert auf dem sie stehen! Oder siehst Du das anders?

Zwar waren es schon immer zwei Paar Stiefel, was die Bundespartei beschließt und die Bundestagsfraktion entscheidet. Aber wie keine andere Fraktion hat die große Mehrheit unserer Abgeordneten das Wahlprogramm - für dessen Inhalt ich als Bundestagskandidat Wahlkampf geführt habe und für das die Grünen im Herbst

1998 in den Deutschen Bundestag gewählt worden sind - pervertiert. Den Wähler/innen gegenüber wäre es seitens der Fraktion ehrlicher gewesen, von vorneherein zu signalisieren, welche Entscheidungen man mittragen wird: den Erhalt des Verteidigungsetats auf der Höhe der Kalten Krieger, die Beschaffung milliardenschwerer High-Tech-Waffensysteme, Kampfeinsätze der Bundeswehr out-of-area, die Führung eines widerrechtlichen Angriffskrieges und die Entmachtung der Vereinten Nationen - denn genau all das passiert.

Ich bin maßlos enttäuscht, daß die Grünen bis zum heutigen Tage es nicht gewagt haben, den Militär- und Rüstungslobbyisten in der SPD mit dem nötigen Nachdruck entgegenzutreten. Rudolf Scharping - von seinen Genossen auf die Hardthöhe abgeschoben - hat sich offensichtlich zum Ziel gesetzt, der "bessere" Verteidigungsminister als sein Vorgänger zu sein. Das Ergebnis ist desaströs. Scharping arrangiert sich mit dem militärisch-industriellen Komplex - und die Grünen-Funktionäre nicken nahezu widerspruchslos ab.

Von der politischen, kurz einen Schwenk zur ‚formalen` Ebene: Der mehrheitlich von der bundnisgrünen Bundestagsfraktion getragene Beschluß zum Angriff der NATO auf Jugoslawien verstößt klar gegen Parteitagsbeschlüsse. Welchen Wert haben diese Beschlüsse noch, wenn sie in der Praxis keine Konsequenzen haben?

Die große Mehrheit unserer Bundestagsabgeordneten hat sich in den vergangenen Jahren kaum darum geschert, welche friedenspolitischen Positionen die Partei vertritt.

Auch darf nicht vergessen werden, daß es den Befürwortern militärischer Interventionen in den vergangenen Jahren in immer größerem Umfang gelungen ist, mit dem Argument der Realpolitik und jüngstens mit dem des Machterhalts Parteitagsbeschlüsse in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Na, andererseits ist es ja wohl so: Wer den Bruch des Völkerrechtsrechts und verfassungsrechtlicher Bestimmungen mitzutragen bereit ist, wird wohl kaum Skrupel haben, sich über Parteitagsbeschlüsse hinwegsetzen ...!?

... und es gibt in diesem Zusammenhang ja noch die Tatsache, daß pazifistisch eingestellte Leute in zurückliegender Zeit aus Enttäuschung die Partei verlassen haben.

Militärische Interventionen, die Teilnahme an Kriegen werden heute vielfach mit "neuen Legitimationsmustern" versehen: Es gehe, so die Begründung, um die Verhinderung "humanitärer Katastrophen" und des massenhaften Bruchs von Menschenrechten. Die Teilnahme an Militärinterventionen, so wird offiziellerseits u.a. dieser Tage auch argumentiert, sei eine Frage der Glaubwürdigkeit? Wie stellt sich für Dich diese Frage?

Zurecht stellen die Grünen Menschenrechtsfragen in den Mittelpunkt ihrer Außenpolitik. Der Kosovo-Krieg belegt aber, daß Menschenrechte nicht herbeigebombt werden können. Außerdem: Folter, Vertreibung und tausendfachen Mord erleben wir seit Jahren auch seitens der türkischen Armee in Kurdistan - dort allerdings mit legal gelieferten deutschen Waffen und bei nahezu schweigenden Medien. Wenn die rot-grüne Bundesregierung tatsächlich glaubt, Menschenrechte könnten herbeigebombt werden, dann müßte sie die sofortige Bombardierung von Ankara und Istanbul fordern. Ein Gedankengang der zeigt, wie abstrus der Krieg gegen Serbien ist. Auch die neue Bundesregierung muß sich den Vorwurf selektiver Menschenrechtswahrnehmungen gefallen lassen.

Zu einer Politik, die den Schutz von Menschenrechten stärker betonen will, müßte ja auch ein anderer Umgang mit Fluchtlingen gehören!

Unbedingt; warum hat sich Rot-grün nicht nach Kräften für eine Menschenrechtspolitik eingesetzt, die zur rechtzeitigen Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Kosovo in den Nachbarländern und auch in Deutschland geführt hätte? Warum wurden nicht bereits vor Wochen mit der Errichtung riesiger Flüchtlingslager in den Nachbarländern begonnen und der notwendige Transport der Flüchtlinge in weitere Staaten der EU rechtzeitig organisiert? Stattdessen beginnt nunmehr der zynische Streit um Zuteilungsquoten.

Ich bedauere dieses Versagen und die Zentrierung auf militärische Einsatzmittel sehr.

Ein anderes Thema: Auch wenn der jetzt gelegentlich vorgebrachte Vergleich "Sozialdemokratische Reichtagsfraktion erteilt die Zustimmung zu den Kriegskrediten für den 1. Weltkrieg" und "NATO-Bomben auf Jugoslawien mit Zustimmung der grünen Bundestagsfraktion" an vielen Ecken nicht vergleichbar und schwierig ist, dennoch die Frage: Damals wie heute wurde bei einer "Kriegsentscheidung" eine Grenze überschritten, die

von Teilen der Anhängerschaft als "Verrat von Grundprinzipien" verstanden wurde oder heute so verstanden wird. Beim Beispiel SPD ist der Wechsel von den sog. "Vaterlandsverrätern" zu einer staatstragenden Partei als historisches Ereignis anerkannt.

Vor dem Hintergrund der Bombardierungen Jugoslawiens auch mit Beteiligung deutscher Soldaten vollzieht sich ein vielleicht weniger weltgeschichtlicher, aber doch für die Bundesrepublik entscheidender Wechsel! Ist das oben benutzte Bild geeignet, diese Entwicklung kenntlich zu machen?

Tatsächlich stellt die Zustimmung zum Kampfeinsatz, zur Kriegsbeteiligung, einen Bruch von historischer Dimension, auch in Bezug auf die noch junge Geschichte unserer Partei dar. In Zukunft kann sich jeder Scheindemokrat oder Diktator Afrikas oder Lateinamerikas bei einem Angriff auf einen souveränen Nachbarstaat auf den Völkerrechtsbruch durch die NATO - und mit ihr der Bundeswehr bei Zustimmung der rot-grünen Bundesregierung - berufen. Gerade die Grünen wären gefragt gewesen, dieser Entscheidung mit Nachdruck entgegenzutreten.

Was wäre geschehen, wenn der deutsche Außenminister frühzeitig darauf hingewiesen hätte, daß der Vertrag von Rambouillet in der vorliegenden Form ein unannehmbares Diktat für die serbische Seite dargestellt hat und stattdessen an einer für alle Seiten annehmbaren Fassung mitgearbeitet hätte?

Die Bündnisgrünen hatten sich die Gewaltfreiheit auf ihre Fahnen geschrieben und wurden aus diesem Grund auch von antimilitaristisch eingestellten und von pazifistischen und in der Menschenrechtsarbeit sich engagierenden Menschen gewählt. Wie wollen wir nun unseren Wählerinnen und Wählern klarmachen, daß sie den Grünen erneut vertrauen sollen? Letztlich droht der Fall der Partei in die politische Bedeutungslosigkeit.

Ob der "Fall in die Bedeutungslosigkeit" droht oder vielleicht sogar erst wieder Spielräume eröffnet und aus antimilitaristischer Sicht sogar ein Chance bietet, wird im Augenblick kontrovers diskutiert. Die Frage an Dich: Überlebt, oder anders gefragt, wie überlebt die grüne Partei diese zugespitzte Situation?

Lange Zeit hat die Partei vom steigenden Pragmatismus ihrer Positionen profitiert. Diese Situation hat sich mit den letzten Wahlergebnissen dramatisch geändert, aktuelle Meinungsumfragen bestätigen den Abwärtstrend. Der große Unterschied besteht darin, ob man als Oppositionspartei im Bundestag den Anschein einer "vernünftigen" Realpolitik erweckt oder ob man in der Regierungsverantwortung aktiv politische "Kontinuität" im Sinne der Vorgängerregierung betreibt.

Wenn heute Bunker oder Schulen in Belgrad bombardiert werden, dann tragen Parlamentarier der Bündnisgrünen Mitverantwortung dafür. Entscheidend für die weitere Existenz der Partei ist die Frage, ob es gelingt, sich - vor allem gegen den Druck der SPD - aus der Un-Logik des Militärischen zu befreien.

Im positiven Fall engagiert sich die grüne Bundestagsfraktion endlich nach Kräften für die Fortentwicklung und Umsetzung einer gesamteuropäischen Friedensordnung, die einen solchen Namen verdient. Im negativen Fall - und wir steuern derzeit sehr zielstrebig darauf hin - sägt sich die Partei das Standbein der Gewaltfreiheit und des Pazifismus gänzlich ab. Dann aber wird sie fallen, denn die "besseren" Militärpolitiker sitzen immer noch in den Reihen der CDU/CSU.

Zur Durchsetzung der Forderung nach Tempo 30-Zonen brauche ich die Partei nicht.

8. Stoppt diesen Krieg - sofort! Aufruf ehemaliger Mandats- und FunktionsträgerInnen der Grünen

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:21

Der Krieg, den die Nato mit Beteiligung der Bundeswehr gegen Jugoslawien führt, ist eine Verletzung des Völkerrechts und eine unmittelbare Gefahr für die Menschen auf dem gesamten Balkan. Er muß sofort beendet werden.

Krieg taugt nicht als Mittel zur Herstellung von Frieden und zum Schutz von Menschenrechten. Was zu schützen vorgegeben wird, wird mehr als zuvor beschädigt und zerstört. Es werden nie nur militärische Einrichtungen getroffen. Dort, wo die Bomben und Raketen der Nato niederschlagen, sind immer auch Menschen - in Zivilkleidung oder in Uniform. Es gibt keinen "sauberen Krieg". Der militärische Angriff der Nato bedeutet wie jeder andere militärische Angriff Töten und Morden.

Es gab und gibt Greueltaten in Jugoslawien vor dem Angriff der Nato: Greueltaten, für die die Milosevic-Regierung die Verantwortung trägt, und Greueltaten, für die die UCK die Verantwortung trägt. Mit dem Angriff der Nato werden diese nicht beendet, es werden weitere hinzugefügt: Krieg bedeutet Greueltaten. Und dies wird nicht dadurch gerechtfertigt, daß bislang kein anderer Weg aus dem Kosovo-Konflikt gefunden wurde. Krieg ist allemal kein Weg aus diesem Konflikt.

Wir sind besorgt über die Art und Weise, mit der der Angriff der Nato in großen Teilen der Medien herbeigerufen wurde. Wir sind erschrocken, daß es eine rot-grüne Koalition ist, die diesen Angriff mit vorbereitet hat und mitträgt. Sie reklamiert das Recht und die Moral auf ihrer Seite, aber sie hat nicht einmal ein Mandat der UNO in ihrem Rücken. Was für sie einmal ein Einwand gegen den Einsatz der Bundeswehr war, ist heute zum Vorwand geworden. Da die UNO diesen Angriff nicht beschlossen hat, mußte die Nato ihn beschließen. Das ist der endgültige Beginn einer Weltordnung, die der alleinigen Entscheidung der militärisch mächtigen Staaten unterworfen wird. Es wird darauf gesetzt, daß die Mehrheit der Bevölkerung in den Führungsstaaten dieser neuen Weltordnung eine verlockende und stabile Perspektive darin sieht. Für die Menschen im großen "Rest" der Welt ist dies dagegen eine fortwährende Demütigung und für die internationalen Beziehungen eine unabsehbare Gefahr.

Wir fordern auf: Laßt diese Entwicklung nicht weiter zu. Wir appellieren an die rot-grüne Koalition und insbesondere an die Bundestagsabgeordneten und Bundesminister der Grünen: Vergeßt nicht, daß eure parlamentarische Geburtsurkunde vor zwanzig Jahren von der Friedensbewegung ausgestellt wurde. Stoppt diesen Krieg und holt die Bundeswehr aus dem Balkan zurück.

26.3.1999

Regula Bott, ehem. MdB und Sprecherin des Fraktionsvorstandes der Grünen; Birgit Daiber, ehem. MdEP der Grünen; Jutta Ditfurth, ehem. Sprecherin des Bundesvorstandes der Grünen; Gabriele Gottwald, ehem. MdB der Grünen; Günther Hopfenmüller, ehem. Bundesvorstandsmitglied der Grünen; Ellen Olms, ehem. MdB der Grünen; Dorothee Piermont, ehem. MdEP der Grünen; Jürgen Reents, ehem. MdB und Bundesvorstandsmitglied der Grünen; Walter Sauermilch, ehem. MdB der Grünen; Gertrud Schilling, ehem. MdB der Grünen; Christian Schmidt, ehem. MdB, Sprecher d. Fraktionsvorstandes und d. Bundesvorstandes d. Grünen; Anne Schulz, ehem. Bundesvorstandsmitglied der Grünen; Walter Schwenninger, ehem. MdB der Grünen; Ulrich Tost, ehem. Bundesvorstandsmitglied der Grünen; Manon Tuckfeld, ehem. Bundesvorstandsmitglied der Grünen; Marita Wagner, ehem. MdB der Grünen; Eberhard Walde, ehem. Bundesgeschäftsführer der Grünen.

9. "Den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien sofort beenden!" Appell grüner Partei- Mitglieder

Für eine friedliche und langfristige Lösung des Kosovo-Konflikts!" (Appell GRÜNER Parteimitglieder)

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:22

Seit über einem Jahr herrscht im Kosovo Bürgerkrieg. Gerade in den letzten Tagen haben nationalistische Exzesse und Vertreibung weiter zugenommen. Täglich werden Menschen getötet, tausende sind auf der Flucht. Dafür trägt die serbische Zentralregierung Verantwortung, die die Kosovo-AlbanerInnen seit Jahren unterdrückt und diskriminiert.

Am 24.3.99 hat die NATO Luftangriffe gegen die BR Jugoslawien und damit einen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat begonnen. Dabei ist nicht erkennbar, wie das Ziel, eine humanitäre Katastrophe im Kosovo, dadurch abgewendet werden soll. Wahrscheinlicher ist das Gegenteil, nämlich, daß die humanitäre Situation durch die Luftangriffe weiter verschärft und neuer Haß gesät wird. Auch wenn die Militärschläge in erster Linie auf militärische Objekte zielen, führt dieser Krieg wie jeder andere zu Opfern unter der Zivilbevölkerung.

Am Einsatz, der ohne UN-Mandat und gegen den ausdrücklichen Widerstand Rußlands erfolgte, ist auch die deutsche Bundeswehr beteiligt. Nachdem mittels einer Salamitaktik die friedenspolitischen Positionen in der bundesdeutschen Gesellschaft und bei den GRÜNEN in den letzten Jahren aufgeweicht worden sind, können wir heute sagen: Die Salami ist an ihrem Ende angekommen. Der Rubikon ist überschritten. Die BR Deutschland beteiligt sich an einem Angriffskrieg.

Wir mißbilligen, daß unsere GRÜNEN Regierungsmitglieder und die Mehrheit der GRÜNEN MdBs durch ihre Zustimmung zur Kosovo-Politik der NATO am 16.10.98, am 13.11.98, am 19.11.98 und am 25.2.99 im Bundestag die politische Grundlage für die deutsche Beteiligung geschaffen bzw. bekräftigt haben. Wir danken den 6 GRÜNEN MdBs, die auch im Februar noch ihre Zustimmung verweigert haben, dafür, daß sie trotz enormen politischen und medialen Drucks mit Mut und Rückgrat der Kriegslogik widerstanden haben.

Auch wenn wir die serbische Unterdrückungspolitik gegen die Kosovo-Albaner schärfstens verurteilen, teilen wir dennoch keineswegs die Position, daß es ausschließlich in der Hand der jugoslawischen Regierung liegt, den NATO-Angriffskrieg zu beenden. Die NATO selbst, und mit ihr die deutsche Bundesregierung trägt die Verantwortung für die Eskalation und kann ihre Kriegsaktivitäten jederzeit selbst beenden. Auch an ihrem Beharren auf der Stationierung von NATO-Truppen im Kosovo ist der Konfliktlösungsversuch von Rambouillet gescheitert. Alle politischen Funktionsträger, die in den letzten Monaten diese Politik unterstützt haben, tragen dafür Mitverantwortung.

Wir fordern alle Konfliktparteien im Kosovo, die Serben, Kosovaren und die NATO, auf, ab sofort alle bewaffneten Auseinandersetzungen einzustellen. Wir fordern, daß unter neutraler Vermittlung ein Friedensabkommen ausgehandelt wird. Dieses sollte durch friedenserhaltende Einheiten der zuständigen internationalen Organisationen, OSZE bzw. UNO, mandatiert nach Kapitel VI der UN-Charta überwacht werden, um so den vielen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Dörfer zu ermöglichen. An solchen internationalen Einheiten soll sich Deutschland in angemessener Form beteiligen. Wir sehen keine Alternative zu einer friedlichen Lösung, die die Interessen aller Konfliktparteien ausbalanciert.

Der Friedensprozeß muß mit wirtschaftlicher Unterstützung für das Kosovo einhergehen. Es ist sinnvoller, einen entsprechenden Fonds in der Größenordnung von 2 Milliarden Dollar pro Jahr zur Vermeidung eines langjährigen Krieges als erst nach dessen Ende bereitzustellen (wie beim Dayton-Frieden für Bosnien-Herzegovina). Verglichen mit den Kosten für eine militärische Lösung (allein der deutsche Beitrag für NATO-Bodentruppen ist mit 620 Mio. DM veranschlagt) ist die genannte Summe bescheiden. Hier ist der politische Wille und die Entschlossenheit der reichen westlichen Industriestaaten gefragt. Wir begrüßen deswegen, daß auf Einladung der schwedischen Regierung am 23.2.99 VertreterInnen von 60 Staaten und internationalen Organisationen zu einem ersten Treffen über den Wiederaufbau des Kosovo zusammengekommen sind.

Der Kosovo-Konflikt ist eng verknüpft mit der Formulierung der neuen NATO-Strategie, in der die NATO-Selbstmandatierung für Militäreinsätze über das Völkerrecht und damit faktisch das Gewaltmonopol der UNO außer Kraft gesetzt werden soll. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien ist als Probelauf für die beabsichtigte Strategie zu verstehen. Wir fordern, daß sich die deutsche Regierung auf dem NATO-Gipfel im April bei der Entscheidung über die neue NATO-Strategie entsprechend des Koalitionsvertrages der Selbstmandatierung der NATO für Einsätze jeder Art einen Riegel vorschiebt.

Wir fordern die GRÜNEN Regierungsmitglieder und MdBs auf, ihre Unterstützung der abenteuerlichen NATO-Politik zu beenden, auf die Beschlußlage der GRÜNEN Partei zurückzukehren und ihren Einfluß zu benutzen, den Angriffskrieg gegen Jugoslawien sofort zu beenden.

Wir rufen alle Mitglieder der GRÜNEN auf, an den Protestaktionen der nächsten Tage und insbesondere an den bevorstehenden Ostermärschen der Friedensbewegung teilzunehmen und damit deutlich zu machen, daß der politische Kurs der rotgrünen Bundesregierung von einem relevanten Teil der GRÜNEN Partei nicht mitgetragen wird.

25.03.99

Ilka Schröder (GAJB, EP-Kandidatin), Uli Cremer (KV HH-Eimsbüttel). Bislang haben an die 500 Parteimitglieder der Grünen diesen Appell unterschrieben. Die Initiative wird von den MdBs Christian Ströbele, Christian Simmert und Sylvia Voß unterstützt. Aus der bündnisgrünen Europafraktion wird die Initiative unterstützt von: Hiltrud Breyer, Elisabeth Schroedter, Wilfried Telkämper und Frieder Otto Wolf.

10. Willkommen im Club der Kriegstreiber! AntirassistInnen besetzten grüne Bundesgeschäftsstelle

Autor: Antirassistische Gruppe aus NRW · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:44

Am 7. April besetzten AktivistInnen antirassistischer Gruppen aus NRW für einige Stunden die Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen in Bonn. Ihrer Einladung an "die KriegsbefürworterInnen aus den Reihen der Grünen", dort öffentlich Stellung zu beziehen, kam niemand nach. Auch nicht die namentlich erwähnten Ludger Vollmer, Angelika Beer und Jürgen Trittin.

Do you remember Artikel 26 Grundgesetz?? Eure Doppelmoral kostet Menschenleben: "Humanitäre" Bomben auf Belgrad, Waffenlieferungen und Abschiebungen in die Türkei!!

Wir besetzen heute die Bundesgeschäftsstelle, um gegen den Krieg der NATO und die deutsche Beteiligung zu demonstrieren. Mit dieser Aktion wollen wir an die wenigen Menschen aus der Friedens-, Frauen- und aus anderen sozialen Bewegungen Jugoslawiens erinnern, die sich der rassistischen Politik Serbiens in den Weg gestellt haben. Wir wollen an die Soldaten erinnern, die sich weigern, sich an der Vertreibung der albanischen Bevölkerung zu beteiligen und die aus der serbischen Armee desertiert sind. Und wir wollen an die zahllosen Flüchtlinge erinnern, die vor dem Bürgerkrieg und den Massakern geflohen sind und die versuchen, aus den Armenhäusern und Elendszonen von Mazedonien und Albanien in die reichen Länder zu fliehen. Ihnen gehört unsere Solidarität, und hoffentlich gelingt es ihnen, an den Grenzen von Schengenland und an den Menschenjägern vom BGS vorbei Zuflucht zu finden.

Schließlich wollen wir an die Menschen der Generation in Jugoslawien erinnern, die jetzt zum zweiten Mal in ihrem Leben vor deutschen Bombern in Luftschutzkellern Zuflucht suchen müssen. Die noch genau wissen, wie die Mörder der deutschen Wehrmacht in Zusammenarbeit mit faschistischen Ustascha Zehntausende gemordet haben. Gestern vor 58 Jahren, am 6. April 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht zusammen mit ihrem Allianzpartner Italien Jugoslawien. Am Ende der Operation "Strafgericht", wie die Nazis ihren Angriffskrieg nannten, starben auf der jugoslawischen Seite über 1,7 Millionen Menschen, Zehntausende wurden zu Zwangsarbeit oder in Vernichtungslager verschleppt. Wir grüßen mit unserer Aktion die Überlebenden, insbesondere die Menschen aus den Partisanenverbänden, denen es gelang, Jugoslawien von der Nazibarbarei zu befreien. Sie sollen wissen, daß nicht alle in Deutschland dem Krieg zustimmen.

Das Morden im Kosovo zwänge halt zum Bomben, erklären uns heute die ehemals friedensbewegten Grünen-SpitzenpolitikerInnen. Mit der Bombardierung Jugoslawiens haben sie erfolgreich einen Präzedenzfall geschaffen, mit dem sich trefflich eine neue Weltordnung aufbauen läßt. Aber der moralisch begründete Angriffskrieg der NATO von heute wird augenscheinlich nur dann geführt, wenn die Empörung über "humane Katastrophen" mit geopolitischen Interessen einhergeht. Ein Minderheitenproblem muß nur entsprechend instrumentalisiert und medial aufbereitet werden, dann kann die NATO ihre humanitären Kämpfer schicken.

Und Deutschland ist dabei! Ganz anders verhält es sich mit der Türkei. Dort vermag das grünregierte Außenministerium nicht einmal in seinem Lagebericht zu erwähnen, daß dort ein Bürgerkrieg herrscht, daß gemordet, gefoltert und vertrieben wird. Dort gelingt es nicht einmal, einen Abschiebestopp für die 380 Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl zu erwirken. Für KurdInnen gilt der Menschenrechtseifer der grünen Juniorpartner nicht. Im Gegenteil: die ersten rot-grünen Waffenlieferungen an die Türkei werden gerade parlamentarisch auf den Weg gebracht.

Euer NATO-Krieg, den ihr wegen der albanischen Zivilbevölkerung mitveranstaltet, hat bisher keine Menschenleben gerettet. Im Gegenteil, dieser Angriffskrieg war der willkommene Katalysator für die Vertreibung und Massakrierung der albanischen Zivilbevölkerung. Die Opposition und die Reste von sozialer Bewegung gegen Milosevic haben unter den Bomben der NATO keine Chance mehr.

Der Krieg in Jugoslawien hat komplexe Ursachen. Die mörderische Politik der "ethnischen Säuberungen" basiert auf irrationalem Haß und langjähriger rassistischer Ausgrenzung der albanischen Bevölkerung. Sie ist nicht einfach durch Ausschaltung oder Domestizierung von Milosevic aus der Welt zu schaffen. Eine Lösung

liegt eher in der Schaffung von sozialer Gerechtigkeit und einem Leben ohne Not und Elend auch in den Peripherien Europas. Auch die kurdischen, nordirischen und baskischen Konflikte lassen sich wohl kaum durch Bombenangriffe auf die jeweiligen Hauptstädte lösen.

Wir ergreifen weder für Serben noch für Albaner Partei. Es ist nicht an uns, uns an einer Ethnisierung des Sozialen zu beteiligen. Der Kampf gegen jede Form von Rassismus und Nationalismus bleibt das Gebot der Stunde. Die Frauen und Kinder auf der Flucht und die Männer, die sich durch Flucht und Desertation der Beteiligung an der Gewaltmaschine entziehen, sind die Kriegspartei, auf deren Seite wir stehen.

Im Kampf um offene Grenzen und gegen die Internierung der Flüchtlinge in Lagern, in der Unterstützung der Flüchtlinge bei der Einreise in unsere reichen Länder, beim Grenzübertritt und in der Unterstützung gegenüber den Behörden könnten unsere Aufgaben liegen.

Der Aufruf von kein Mensch ist illegal, eigene Schleusungsstrukturen für den illegalen Grenzübertritt vorzubereiten, könnte ein praktischer Schritt sein, die Strategie der Herrschenden zu untergraben, die Flüchtlinge in den Armenhäusern Europas zu kasernieren und dort zu vernutzen.

Wir fordern:

Bleiberecht für alle Flüchtlinge und den Status als Bürgerkriegsflüchtlinge!

Keine Internierung in Lagern!

Grenzen auf!

Keine Waffenlieferungen! Schluß mit den Bombardierungen!

Antirassistische Gruppe aus NRW

11. Frieden - marsch! Ostermarsch 1999

Autor: Vo · Rubrik: Militarismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:36

Wie praktisch, daß es sie noch immer gibt: Die guten alten Ostermärsche der Friedensbewegung. Wenn ein die Menschen im Lande aufwühlender Krieg so terminiert beginnt, daß Ostern vor der Tür steht, hat man gleich alles für die Protestdemos parat. So auch heuer im Falle des NATO-Angriffskrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. An 150 Orten in der Republik fanden Ostermärsche statt; in Strasbourg gab es erstmals einen gemeinsamen deutsch-französischen Friedensmarsch.

Die OrganisatorInnen konnten TeilnehmerInnenzahlen vermelden, die weit über denen der Vorjahre lagen: Mehr als 10.000 in Berlin, 9.000 in Frankfurt/Main, 7.000 in Hamburg, 5.000 in Wittstock in der Freien Heide. Viele alte FriedenskämpferInnen aus den Hochzeiten der Friedensbewegung in den 80er Jahren waren wieder dabei; aber auch erfreulich viele junge Leute, SchülerInnen und Studierende beteiligten sich.

Die Märsche standen ganz im Zeichen des Protests gegen die NATO-Aggression. Kundgebungsrednerinnen und -redner verurteilten die NATO-Luftangriffe als Verstoß gegen Völkerrecht und Verfassung, prangerten insbesondere die deutsche Beteiligung an dem Krieg an, die angesichts der von der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg auf dem Balkan verübten Verbrechen besonders schändlich sei, und taten ihre Überzeugung kund, daß durch die Luftangriffe das Leiden der Menschen in der Kriegsregion nicht gemildert, sondern im Gegenteil weiter verstärkt werde. Auch die Vertreibungspolitik des Milosevic-Regimes wurde von zahlreichen RednerInnen angeklagt. In Resolutionen wurde der sofortige Stopp aller Kampfhandlungen in Jugoslawien gefordert.

Auf zahlreichen Transparenten und Schildern gaben MarschiererInnen auch ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß gerade eine rotgrüne Regierung Deutschland erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in einen Angriffskrieg geführt hat. So manche/r outete sich als Rot- oder Grün-Wählerin und versprach, das nie wieder tun zu wollen. Die PDS hatte es da leicht, sich als einzige konsequente Antikriegspartei mit einem parlamentarischen Arm zu profilieren; Grüne hingegen sahen sich (wie vor einigen Nummern in dieser Zeitung bereits vorausgesagt) in die Rolle der Jusos zu Helmut Schmidts Zeiten gedrängt und mußten gegen ihre eigene Partei- und Fraktionsführung demonstrieren. Grüne RednerInnen auf den Kundgebungen mußten denn auch Spott und Häme und die Aufforderung zum Parteiaustritt über sich ergehen lassen.

Mancherorts stellten serbische NationalistInnen, die sich den Ostermärschen anschlossen, ein Problem dar. Denn die große Mehrheit der OstermarschiererInnen wollte zwar hauptsächlich gegen die NATO-Aggression und für einen sofortigen Stop der Bombardierung Jugoslawiens demonstrieren, zugleich aber auch gegen die kriegstreiberische und menschenverachtende Vertreibungspolitik des Milosevic-Regimes gegenüber der albanischen Bevölkerung des Kosovos. Das aber war nicht Intention der serbischen NationalistInnen, die gegen die NATO und für Milosevic auf die Straße gingen. Eine Abgrenzung von diesen mit nationalistischen Parolen und jugoslawischen und serbischen Fahnen auflaufenden "BündnispartnerInnen" war nicht immer einfach und ließ anscheinend bisweilen an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Die Friedenskräfte sind gut beraten, aus den diesbezüglichen Erfahrungen der Ostermärsche für die in nächster Zukunft anstehenden Antikriegs-Aktionen ihre Schlüsse zu ziehen und sich klar vom serbischen Nationalismus zu distanzieren.

Vo

12. Was kommt nach der dritten Phase? Brief eines Aktivisten in einer linken oppositionellen Gruppe in Belgrad

Brief eines Aktivisten einer linken oppositionellen Gruppe in Belgrad

Rubrik: Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:48

Liebe FreundInnen,

ich schreibe diesen Brief bei Kerzenschein in der Nacht vom 25. auf den 26. März, während die Kampfjets der NATO den Stadtrand von Belgrad bombardieren. Der Krieg ist in mein Land gekommen.

Seit Ende der 80er habe ich mich zusammen mit vielen meiner FreundInnen engagiert - zunächst im Kampf für die Existenz der Sozialistischen Föderation Republik Jugoslawien.

Das ehemalige Jugoslawien bedeutete mir viel.

Während des Zweiten Weltkriegs habe ich als Partisanenkämpfer an der Gestaltung des titoistischen Jugoslawiens teilgenommen. Nach dem Krieg habe ich 40 Jahre lang nur auf der Bundesebene gearbeitet und habe während meiner unzähligen Besuche in allen Teilen Jugoslawiens viele Freunde in all seinen Teilrepubliken gefunden. Dazu kommt, daß ich der Sohn eines serbischen Vaters und einer slowenischen Mutter bin.

Aber meine Entscheidung für Jugoslawien hatte auch rationale Gründe. Die Existenz Jugoslawiens war ein großes historisches Experiment zur Lösung der drei Hauptfragen der heutigen Welt. Erstens war Jugoslawien ein multinationales Land, Menschen aus vielen verschiedenen Nationen (selbst mit unterschiedlichem historischen Hintergrund) lebten in einem Staat. Zweitens war Jugoslawien ein Land, in dem drei große Zivilisationen (orthodox, römisch-katholisch und islamisch) existierten. Drittens war Jugoslawien ein Land mit einem entwickelten Norden und einem unterentwickelten Süden. Und Jugoslawien existierte mit all seinen Schwächen und Problemen mehr als 70 Jahre lang. Für mich sind es genau diese drei spezifischen Merkmale Jugoslawiens, die ganz besonders für die Existenz Jugoslawiens gesprochen haben, denn diese drei Merkmale repräsentieren die Hauptfragen, deren Lösung über die Zukunft der Welt entscheiden wird.

Aus dieser Überzeugung und natürlich aus meinem klaren linken Internationalismus heraus war ich von Anfang an gegen Milosevic.

Indem er den serbischen Nationalismus zu seiner Politik machte, trieb er den Prozeß der Zerstörung Jugoslawiens voran.

Leider hatte Milosevics nationalistisches Projekt der Zerstörung Jugoslawiens Erfolg. Allerdings muß auch gesagt werden, daß Milosevic als Hauptakteur in der Zerstörung Jugoslawiens nicht der einzige war, der an dieser schlimmen Sache beteiligt war. Auch der kroatische Nationalismus und andere Nationalismen spielten bei der Zerstörung Jugoslawiens eine große Rolle. Und das ist noch nicht alles. Auch einige ausländische Staaten waren aktiv (wie zum Beispiel Deutschland) oder passiv an der Zerstörung Jugoslawiens beteiligt.

Als die Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina ausbrachen, war ich Teil der nicht sehr großen Gruppe guter und mutiger Menschen in Serbien, die Milosevics nationalistische, antidemokratische Kriegspolitik bekämpften. Ich habe mehrmals Bosnien-Herzegowina und Kroatien besucht.

1998 habe ich begonnen, mich intensiver für das Kosovo-Problem zu engagieren. Ich habe diese Frage mit serbischen und albanischen Intellektuellen diskutiert und habe meine Position in dieser Frage auch auf mehreren internationalen Tagungen dargelegt. Ich habe mich heftig gegen die despotische serbische Herrschaft über die Kosovo-Albaner gewandt und für den Kosovo als eine Art dritte jugoslawische Teilrepublik argumentiert.

Bezüglich des Kosovo-Problems habe ich immer versucht, ein aufrechter Internationalist zu sein, der für Demokratie (im Sinne einer Alternative zum Kapitalismus) kämpft. Als Internationalist habe ich vor allem den serbischen Nationalismus kritisiert. Als Kritiker des Nationalismus meiner eigenen Nation habe zugleich den

albanischen, wie auch jeden anderen Nationalismus kritisiert. Meiner Ansicht nach stehen sich im Kosovo zwei Nationalismen gegenüber.

Um meine Position im Hinblick auf das Bombardement der NATO deutlich zu machen, muß ich noch einen Punkt hinzufügen. Selbst unter meinen FreundInnen war ich einer der wenigen Menschen, der politische und ökonomische Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien befürwortet hat. Ich hielt sie aus zwei Gründen für gerechtfertigt. Zum einen, weil sie von der UNO beschlossen worden waren und zum anderen, weil ich geglaubt habe, daß sie der einzige Weg sein würden, um Milosevic dazu zu zwingen, sein militärisches Engagement in Bosnien-Herzegowina einzustellen. Diese Überzeugung war gerechtfertigt. Meiner Ansicht nach war Dayton in erster Linie das Ergebnis ökonomischer und politischer Sanktionen.

Aber aggressive Militäraktionen der NATO sind etwas anderes. Vom humanitären und rationalen Standpunkt aus verurteile ich das NATO-Bombardement entschieden, und dies aus drei Gründen: wegen dem Akt der Bombardierung an sich, wegen den möglichen Folgen des Bombardements und wegen der möglichen gefährlichen Logik seiner weiteren Entwicklung.

Mir scheint, daß die Tatsache des NATO-Bombardements folgendes bedeutet: Den Zusammenbruch der internationalen Rechtsordnung wie der politischen Ordnung, die in der UNO institutionalisiert ist, ein Zusammenbruch, der weitreichende und gefährliche Konsequenzen haben kann; die Einführung einer Praxis in die Weltpolitik, nach der ein Land mit seiner wirtschaftlichen, politischen und z.T. auch militärischen Macht nicht nur zur Weltpolizei wird, sondern auch zu der Macht, die allein über das Schicksal der Mehrheit der Weltbevölkerung entscheidet. Der Prozeß der Schaffung einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft zusammen mit Rußland wird ernsthaft in Frage gestellt, und nicht zuletzt wird der politische Prozeß für eine friedliche Lösung des Kosovo-Problems unterbrochen.

Bisher hat das NATO-Bombardement folgende Ergebnisse gezeigt: Es hat eine patriotische Homogenisierung der Bevölkerung stattgefunden, die verständlich ist, aber zwei schlimme und gefährliche Merkmale besitzt, nämlich das Ansteigen des serbischen Nationalismus und eine wachsende Unterstützung für das Milosevic-Regime; ein starkes Anwachsen des bereits bestehenden Drucks auf inländische nicht-nationalistische, demokratische Kräfte (besonders NGO's und Massenmedien) mit dem Ziel, ihre Aktivitäten zu unterbinden. Dieses Ziel verfolgt auch der in Folge des NATO-Bombardements ausgerufene Kriegszustand. In Zusammenhang mit dem Kriegszustand und der Aggression der NATO gegen Serbien und Montenegro hat die jugoslawische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland abgebrochen, eine Tatsache, die die Rückkehr zum Prozeß einer politischen Lösung des Kosovo-Problems erschwert. Die sogenannte Befreiungsarmee des Kosovo, die das NATO-Bombardement als Militärhilfe versteht, hat bereits mit einer militärischen und terroristischen Offensive im Gebiet des gesamten Kosovo begonnen. Diese Offensive hatte die Ausweitung der Offensive der jugoslawischen Polizeikräfte und des Militärs zur Folge. Diese Tatsachen können eine echte humanitäre Katastrophe auslösen (viele Menschen werden gezwungen sein, ihre Häuser zu verlassen), und sie werden das Kosovo-Problem mit Sicherheit erheblich verschärfen. Und nicht zuletzt sind nach offiziellen Meldungen allein in der ersten Nacht des NATO-Bombardements mindestens 10 Menschen getötet und 38 verwundet worden (Zahlen, die in Wirklichkeit wahrscheinlich viel höher liegen); militärische Ziele (einschließlich Kasernen), mehrere Fabriken und Fernsehsender wurden in über 20 serbischen und montenegrinischen Städten in der ersten Nacht bombardiert, aber auch verschiedene zivile Ziele wurden getroffen.

Während der Nächte, in denen ich diesen Brief schreibe, fürchte ich mich vor den Ergebnissen des Bombardements.

Neben den oben genannten Folgen des NATO-Bombardements muß auch betont werden, daß der Übergang zur Demokratie, zu einer entwickelten Zivilgesellschaft und zu einem modernen ökonomischen Markt (ein Übergang, der überhaupt noch nicht ernsthaft begonnen hat) nun noch unmöglicher ist als bisher.

Wie ich schon betont habe, ist der dritte Grund, warum ich das NATO-Bombardement so entschieden ablehne, der unklare Sinn und die Entwicklungslogik dieses Bombardements.

Genau jetzt, während ich diesen Brief schreibe, stehen wir schon seit 30 Stunden unter dem Bombardement der NATO. Was wird in der nahen Zukunft geschehen? Wesley Clark, der Chef des NATO-Hauptquartiers, hat heute gesagt, daß die NATO das Bombardement "systematisch und zunehmend ohne Rücksicht auf Verluste"

fortsetzen wird. Solana, der Generalsekretär der NATO, hat von drei Phasen des Bombardements gesprochen. Die erste Phase, in der wir uns jetzt befinden, soll drei Tage dauern. Nach einer kurzen Pause soll die zweite Phase folgen, die auch nicht-militärische Ziele einschließen soll. (Heißt das Kraftwerke, Wasserwerke, Brücken, Fabriken etc.?) Und was geschieht dann in der dritten Phase, eine Bombardierung der Bevölkerung? Ist das das "systematische und zunehmende" Bombardement, von dem W. Clark gesprochen hat?

Was kommt nach der dritten Phase, wenn die NATO-Bombardements viele tausend Menschen in Jugoslawien töten und die wirtschaftliche Grundlage des Landes zerstören? Natürlich haben sie vielfach betont, daß sie die Bombardierung stoppen, wenn die jugoslawische Regierung das Abkommen unterzeichnet, das die Präsenz von 28.000 NATO-Soldaten im Kosovo einschließt.

Was ist das wirkliche Ziel der NATO, oder besser gesagt, der USA?

Liebe FreundInnen, genau in diesem Moment fühle ich mich sehr allein und unglücklich. Dies gilt nicht nur für mich, sondern auch für meine FreundInnen. Während der letzten zehn Jahre unseres Kampfes wurden wir von vielen FreundInnen aus dem Ausland unterstützt.

Heute erhalten wir keinerlei Unterstützung. Denkt Ihr, daß wir im Unrecht sind, wenn wir das NATO-Bombardement ablehnen?

Ich würde mich über eine Antwort auf meinen Brief sehr freuen.

Viele herzliche Grüße

XX

(Der Autor hat nur einer anonymisierten Veröffentlichung seines Briefes zugestimmt, da er Repressionen befürchtet.)

13. Gute Serben, böse Albaner. Gewöhnlicher Rassismus und linke Verschwörungstheorien

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:07

Der Feind meines Feindes ist mein Freund - nach dieser simplen Devise verfahren etliche linke Kommentatoren auch bei der Bewertung des Kosovo-Konflikts. Ihre uneingeschränkte Sympathie gilt den Serben, die in der Tat Opfer sind - Opfer der Hetze und Verteufelung, Opfer terroristischer Anschläge der UCK und seit dem Beginn der NATO-Intervention Opfer von Bomben und Raketen. Daß zumindest serbische Soldaten und Polizisten seit Jahren auch Täter sind, wird schweigend übergangen oder offensiv geleugnet. Ursachen und Verlauf des Konflikts sind in den einschlägigen Betrachtungen ebensowenig Thema wie die Verbrechen gegen die albanische Bevölkerung des Kosovo.

Besonders borniert ist die Perspektive derjenigen Linken, die früher "Revis" genannt wurden: Bewunderer des "realen Sozialismus", die ihre schematische Weltsicht in das Jahr 1999 hinübergerettet haben. Offensichtlich ist für viele von ihnen die von Serbien dominierte Bundesrepublik Jugoslawien als Identifikationsobjekt an die Stelle der "friedliebenden Sowjetunion" getreten. Wer so unkritisch Partei ergreift, diskreditiert nicht nur sich selbst, sondern schadet auch der ohnehin viel zu schwachen Protestbewegung gegen den Krieg der NATO.

In der folgenden Presseschau sind ausschließlich Texte berücksichtigt, die vor Kriegsbeginn erschienen; für unkritische Solidarisierung mit Serbien nach Beginn des ungleichen Kampfes wären mildernde Umstände zuzubilligen.

In der Wochenzeitung der DKP, Unsere Zeit, werden die jugoslawischen Konfliktparteien besonders einprägsam charakterisiert - laut UZ stehen sich im Kosovo Terroristen und Ordnungshüter gegenüber: "Die UCK-Terroristen versuchen, die NATO-Intervention regelrecht herbeizumorden"; so wollen sie "die Bundesrepublik Jugoslawien an der Ausübung legitimer Hoheitsrechte eines souveränen Staates hindern." Daß die Soldaten dieses Staates - in Ausübung seiner Hoheitsrechte - auch gewaltsam gegen die kosovarische Zivilbevölkerung vorgehen, wird nicht erwähnt, und andere albanische Gruppierungen als die UCK kommen nur in Gestalt der "reaktionärsten Kräfte des Albanertums" vor. Die Serben dagegen verteidigen lediglich ihre Heimat: Sie "werden sich nicht kampflos ein Landstück entreißen lassen, in dem Kirchen und Klöster von den Ursprüngen ihrer nationalen Identität zeugen." (UZ, 19.3.)

Im Neuen Deutschland (Titelseite vom 11.3.) werden die Schuldigen ebenso eindeutig benannt: "Die von den Gewaltseparatisten der UCK immer wieder provozierten Kämpfe mit der jugoslawischen Armee lassen die serbische Provinz nicht zur Ruhe kommen", steht zum besseren Verständnis neben einem Bild, auf dem fliehende Kosovo-Albaner zu sehen sind. Insgesamt diplomatischer formuliert Gastkolumnist Hans Modrow. Abenteuerlich allerdings ist seine Gleichsetzung der Verhandlungen auf Schloß Rambouillet mit der Münchner Konferenz von September 1938: "Wohin es führt, wenn das Völkerrecht außer Kraft gesetzt und durch das Faustrecht ersetzt wird, zeigte einst München, als ein souveräner europäischer Staat, die Tschechoslowakei, zerschlagen wurde - ein Menetekel." (ND vom 20.3., ebenfalls auf der Titelseite: "Kosovo und das Menetekel von München")

Die Berliner Tageszeitung junge Welt beschäftigt sich ausgiebig mit dem Massaker von Racak, bei dem am 15. Januar dieses Jahres 45 Menschen getötet wurden - albanische Zivilisten, die von Serben ermordet worden seien, wie OSZE-Missionschef William Walker und die westlichen Medien ohne nähere Untersuchung der Umstände sogleich behaupteten. In der jW werden nun nicht nur Zweifel an dieser Version formuliert; vielmehr dreht man den Spieß einfach um und suggeriert eine Inszenierung durch die UCK: "Nach dem in Bosnien erprobten Vorbild kam es dann auch am 15. Januar 1999 zu dem ‚Massaker` von Racak... Danach lief eigentlich alles nach Plan..." (jW, 1.3.) Selbst wenn man den unwahrscheinlichen Fall unterstellt, bei den Toten von Racak handelte es sich ausnahmslos um eigens dort zur Schau gestellte, als Zivilisten kostümierte UCK-Kämpfer - der Verweis auf das "in Bosnien erprobte Vorbild" wäre selbst dann ein bodenloser Zynismus: Die dort begangenen Massaker erscheinen so als perfide Inszenierungen zur Diskreditierung der zu Unrecht beschuldigten Serben; die (unterstellte) Inszenierung von Racak wäre nur ein kleiner Beitrag zur großen antiserbischen Verschwörung. Um dem ungläubigen Publikum derlei Zumutungen näherzubringen, verzichtet man auch nicht auf rassistische Zuschreibungen. jW-Redakteur Werner Pirker kennt sie gut, die abgrundtiefe

Bosheit der Kosovo-Albaner: "Zur Erinnerung (?) sei noch erwähnt, daß immer dann, wenn fremde Heere die Balkanvölker unterjochten, sie unter den Kosovo-Albanern eifrige Kollaborateure fanden." (jW, 20.3.)

Vergleichsweise sachlich und informativ war die Berichterstattung der jW-Abspaltung Jungle World. Deren Mitherausgeber Jürgen Elsässer plazierte seinen Artikel über die "Drahtzieher der Kosovo-Connection" lieber in der Märzausgabe von konkret. Die Überschrift sagt schon fast alles: "Drogen und Deutschmark. Wie die albanische Mafia mit deutscher Hilfe zur UCK wurde." Als wichtigsten Zeugen der Anklage zitiert Elsässer gleich im ersten Satz einen Beamten des Belgrader Innenministeriums: "Die albanische Mafia und die sogenannte Befreiungsarmee Kosovo haben keine Berührungspunkte - sie sind ein und dasselbe...". Die im zweiten Teil des Artikels zusammengetragenen Indizien für eine deutsche Einmischung zugunsten der UCK wären, wenn sie zutreffen, schlimm genug. Statt ihnen nachzugehen rührt Elsässer sie mit Geschichten über eine direkte Steuerung der UCK durch das Bonner Verteidigungsministerium zusammen. Er endet bei 1,2 Mio. DM deutscher Flüchtlingshilfe an Albanien, die planvoll der UCK in die Hände gespielt worden seien: "Der Kampf konnte weitergehen."

Schon Anfang der 90er Jahre interpretierte konkret den jugoslawischen Bürgerkrieg ausschließlich als Produkt imperialistischer (vorzugsweise deutscher) Aufhetzung; Wolfgang Pohrt formulierte seinerzeit: "Erst hatte man Kroaten, Serben, Muselmanen etc. wie Kampfhunde aufeinander scharf gemacht... Dann schloß man die Verhetzten in der Arena ein, und was kommen mußte, ließ nicht lange auf sich warten." Verglichen mit solchen rassistischen Tiraden ist Elsässers Artikel eine Verschwörungstheorie der harmloseren Sorte. Sie wird vermutlich in allernächster Zeit überboten werden.

Js.

14. Nationalistische Abweichungen. Daten zur Entwicklung des serbisch-albanischen Konflikts

Daten zur Vorgeschichte des serbisch-albanischen Konflikts

Autor: Js. · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:08

Glaubt man den Verlautbarungen der pro-serbischen deutschen Linken, dann begann der Kosovo-Konflikt eigentlich erst mit den Aktionen der UCK. Auch unabhängige und an selbständiges Denken gewöhnte Linke wie die des Freiburger iz3w wissen es leider nicht viel besser. So läßt die iz3w-Redaktion in ihrer Erklärung gegen die NATO-Intervention die "Dynamik, die zur Eskalation im Kosovo erst geführt hat" im Jahre 1992 beginnen: "Als Bosnien-Herzegowina von Jugoslawien gelöst wurde und ein eigener Staat entstand, wurden auch im Kosovo Stimmen laut, die Autonomie und nationale Identität verlangten."

In Wahrheit begannen die Auseinandersetzungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern schon kurz nach dem Tod Titos, der die Föderative Volksrepublik Jugoslawien autoritär regiert, aber die sechs Republiken (Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Makedonien) und zwei autonomen Gebiete innerhalb Serbiens (Wojwodina und Kosovo) auch zusammengehalten hatte - u.a. durch administrative Maßnahmen gegen "nationalistische Abweichungen" auf kroatischer wie auf serbischer Seite. Die Verfassung von 1974 stärkte die Kompetenzen der Republiken und der autonomen Gebiete; die Bundesarmee wurde zur neunten "föderativen Kraft" erklärt.

In den achtziger Jahren fehlte Jugoslawien nicht nur eine charismatische Integrationsfigur; die schwere Wirtschaftskrise führte faktisch zum Staatsbankrott und verschärfte die Spannungen zwischen den einzelnen Regionen und Volksgruppen. Im Kosovo lag die Erwerbslosenquote bei 65% (in Slowenien bei 9%, in Serbien und Bosnien-Herzegowina bei 30%).

In der folgenden Chronologie soll die Vorgeschichte des Kosovo-Konflikts bis zum Beginn des jugoslawischen Krieges noch einmal in Erinnerung gerufen werden.

1980 Tito stirbt. (4.5.)

1981 Unruhen im Kosovo; kosovo-albanische Studenten fordern eine Republik Kosovo innerhalb Jugoslawiens. Die jugoslawische Polizei unterdrückt Demonstrationen; die Angaben über die Zahl der dabei Getöteten schwanken erheblich. Verhaftungswelle und Ausnahmezustand.

1982 Beginn der Kompetenzstreitigkeiten zwischen Serbien und den autonomen Gebieten Wojwodina und Kosovo.

1986 Slobodan Milosevic wird Chef der serbischen Sektion der kommunistischen Partei (BdKJ). (Mai) Ein "Offener Brief" serbischer Intellektueller wird zur Plattform des neuen serbischen Nationalismus. (Oktober)

1987 Milosevic wird Präsident der Serbischen Republik. Serbisch-nationalistische Massenkundgebungen im Kosovo und der Wojwodina. (Dezember)

1988 Proteste der Kosovo-Albaner gegen Eingriffe in die Autonomie der Provinz. Bei anti-albanischen Kundgebungen in vielen Städten Serbiens wird den Kosovo-Albanern "Genozid am serbischen Volk" vorgeworfen: Sie würden systematisch serbische Frauen vergewaltigen, ihre eigenen Frauen würden zu viele Kinder kriegen. Serbisch-nationalistische Kundgebung in Belgrad mit mehr als einer Million Teilnehmern; Milosevic erklärt, niemand könne die "Vereinigung Serbiens" aufhalten. (November)

1989 Generalstreik im Kosovo, Ausnahmezustand und Verhaftung der Streikführung; die Zahl der Toten wird offiziell mit 31 angegeben und liegt wahrscheinlich weit darüber. (Februar) In der serbischen Verfassung werden die Rechte der autonomen Gebiete Kosovo und Wojwodina eingeschränkt. (März) Etwa 1 Mio. Serben feiern den 600. Jahrestag ihrer Niederlage gegen die Türken auf dem Amselfeld (28.6.). Star der Veranstaltung ist Slobodan Milosevic.

1990 Die albanischen Abgeordneten des Kosovo-Parlaments proklamieren die Republik Kosovo innerhalb der jugoslawischen Föderation. Die serbische Regierung löst das Parlament des Kosovo auf und stellt die Provinz

unter Zwangsverwaltung. (Juli) Als Reaktion darauf beschließt das slowenische Parlament, alle zentralen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu blockieren, solange Zwangsmaßnahmen gegen den Kosovo angewendet werden. (6.9.) Die neue serbische Verfassung hebt die Autonomie der Provinzen Kosovo und Wojwodina auf. (28.9.) Die serbische Führung, die beide Provinzen vertritt, verfügt nun über zwei zusätzliche Stimmen in den Gremien der jugoslawischen Föderation.

1991 Nach den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens (25.6.) interveniert die Bundesarmee in Slowenien. Der Krieg beginnt und wird nach dem Rückzug der Bundesarmee aus Slowenien (Mitte Juli) in Kroatien fortgeführt; ab März 1992 wird auch in Bosnien-Herzegowina gekämpft.

Aus den hier in aller Kürze zusammengetragenen Daten und Fakten geht u.a. hervor:

- Schon in den 80er Jahren gab es unter den Serben einen verbreiteten anti-albanischen Rassismus, der von der serbischen Führung gezielt angeheizt wurde. Namentlich der von Slobodan Milosevic angeführte Flügel des BdKJ kombinierte aggressiven serbischen Nationalismus mit anti-albanischer Hetze. Die Abwanderung vieler Serben aus dem Kosovo ist vor allem eine Flucht vor der Armut; die serbisch-nationalistische Propaganda spricht dagegen von organisierter Vertreibung der serbischen Minderheit durch die albanische Mehrheit.

- Die "separatistischen" Bestrebungen der Kosovo-Albaner waren keineswegs von Anfang an auf Lostrennung und Proklamation eines eigenen Staates ausgerichtet. Erst 1990 beschlossen sie die Forderung nach einer eigenen Republik innerhalb der jugoslawischen Föderation - eine Reaktion auf die serbische Machtpolitik. Nicht diese Forderung führte zur Eskalation, sondern die Weigerung der serbischen Führung, die Beute (die zusätzlichen Stimmen in den Bundesgremien) herauszugeben und die Gleichberechtigung der Nationalitäten innerhalb Jugoslawiens wiederherzustellen. "Diese Entwicklung zerstörte die Geschäftsgrundlage der jugoslawischen Föderation, die auf einer komplizierten Balance der Kräfte beruhte." (1)

Der pro-serbische Teil der linken deutschen Presse sieht statt dessen die Serben als diejenigen, die stets für das Gute und gegen das Böse eingetreten seien: für Multikulti - gegen Nationalismus. In der jungen Welt vom 15.3. schreibt Werner Pirker: "Was für den Bundesstaat und Serbien gilt, muß auch für das Kosovo oberster Verfassungsgrundsatz sein: die Anerkennung seiner Multinationalität. Wäre das aber die Einstellung der kosovo-albanischen Führung, hätte es längst eine politische Lösung des Konflikts gegeben - bei Wahrung der Rechte aller Nationalitäten und ohne Kontaktgruppenplan." So erscheint der Zerfall Jugoslawiens nachträglich als Folge eines großen Mißverständnisses - und/oder als Werk finsterer Mächte; am guten Willen der Serben jedenfalls, das glaubt Pirker ganz fest, hat es nicht gefehlt.

Der naheliegende Gedanke, wenigstens in Rest-Jugoslawien zu Titos Hausordnung zurückzukehren, ist nicht praktikabel. Dieser Staat ist auf Serbien (inklusive Kosovo und Wojwodina) und Montenegro zusammengeschmolzen, eine Machtbalance zwischen gleichberechtigten Partnern nicht möglich. Hinzu kommen die Erfahrungen des gegenwärtig stattfindenden Krieges; es ist ein Gebot der Vernunft, die Todfeinde zu trennen und durch Grenzen voreinander zu schützen. So gesehen wäre die staatliche Lostrennung des Kosovo (oder eines lebensfähigen Teiles desselben) von Jugoslawien das kleinere Übel - auch wenn das daraus möglicherweise entstehende nationalistische "Groß-Albanien" Brechreiz verursacht.

Js.

Quellen:

1) Knut Mellenthin: Der jugoslawische Bürgerkrieg und die internationale Politik. Materialien der PDS-Bundestagsgruppe, 1996

2) Catherine Samary: Krieg in Jugoslawien; Köln (ISP) 1992

3) diverse Artikel aus ak - analyse & kritik; zuletzt: "Kosovo: Gehe zurück auf LOS!" (ak 417, 27.8.1998)

15. Stimmen der Kriegsparteien

Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:14

Ein moderner Krieg erfordert nicht nur "intelligente" Waffen, sondern auch mobilisierende Formeln und Parolen. So werden an die Kreativität von Politikern, Intellektuellen und Medienschaffenden derzeit höchste Anforderungen gestellt. In der folgenden Auswahl denkwürdiger Sätze kommen beide Kriegsparteien zu Wort.

Deutschlands Verantwortung

"Die Sonderrolle, die das geteilte Deutschland als Frontstaat der westlichen Welt spielen durfte, die es auch ertragen mußte, ist definitiv beendet. Das zur Formel erstarrte Reden über Deutschlands gewachsene Verantwortung hat sich, gewissermaßen über Nacht, mit Inhalt gefüllt."

Günther Nonnenmacher, Mitherausgeber der FAZ

Milosevics Reflexe

"Gegen Milosevics Machtinstinkt hilft nur der Einsatz von Gewalt. Jugoslawiens Präsident reagiert auf Schwäche mit dem Reflex des Nachstoßens."

Artikelüberschrift in der FAZ

Krieg und Frieden

"Unversehens und für viele unbegreifbar sind wir in einen Krieg hineingeraten."

Ludger Volmer, Staatsminister im Auswärtigen Amt

"Ich habe große Probleme mit dem Wort Krieg in diesem Zusammenhang."

Rudolf Scharping, Verteidigungsminister

Für Recht und Freiheit

"In Kosovo ist zum ersten Mal der Wille der NATO erkennbar geworden, Despoten das Handwerk zu legen und die Menschenrechte zu schützen."

Heiner Geißler, CDU-Politiker

"Wir intervenieren im Namen der Freiheit und des Rechts."

Lionel Jospin, französischer Ministerpräsident

"Wenn Verhandlungen nicht weiterführen, um Massenmord und Massenvertreibung zu verhindern, gibt es zu einem Einsatz von Streitkräften keine Alternative."

Sabine Nehls, DGB-Sprecherin

Krieg als moralischer Imperativ

"Die Geschichte lehrt uns, daß die Intervention in bestimmten Fällen ein moralischer Imperativ ist, auch wenn eine souveräne Nation angegriffen wird. Wenn in einem Land Unschuldige sterben, verfolgt und unterdrückt werden, muß man etwas tun, um das zu verhindern. Und die Aufgabe fällt den freien Ländern und den demokratischen Regierungen zu. Die es den Schlächtern nicht erlauben dürfen, ungestört ihre eigenen Opfer weiter zu quälen."

Elie Wiesel, Friedensnobelpreisträger

"Also ich bin der Meinung, daß das durchaus gerechtfertigt ist. Wenn man zur Zeit von München den Hitler angegriffen hätte, dann wäre der ganze Zweite Weltkrieg nicht passiert. So, wie es der Herr Milosevic treibt, das geht nun auch nicht."

Stefan Heym, Schriftsteller

A wie Angriff, B wie Bodentruppen

"Es war höchste Zeit, dort einzugreifen. Es ist spät, hoffentlich nicht zu spät. (...) Es liegt kein Konzept vor auf westlicher Seite. Das dauernde Herummogeln um die Notwendigkeit des Einsatzes von Bodentruppen ist ein Anzeichen dafür."

Günter Grass, Schriftsteller

Todesstrafe für Serbien

"Unser Verbrechen besteht darin, daß wir unsere Grenzen schützen, so wie das jedes andere Land auch getan hätte. Der Verlust des Kosovo wäre die Todesstrafe für Serbien."

Vuk Draskovic, Vize-Premier Jugoslawiens

Bis zum letzten Mann

"Als ich hörte, daß die NATO-Bombardierungen bis zum letzten Serben fortgesetzt werden sollen, habe ich mich entschlossen zu kommen und hier, in Serbien, mit euch zu sein."

Peter Handke, Schriftsteller

Arbeiten und der Führung vertrauen

"Alle Bürger tragen zur Verteidigung des Landes bei, indem sie erfolgreich ihre alltäglichen Pflichten in der Produktion, im Gesundheits- und Bildungswesen und in den kulturellen Institutionen erfüllen. Auf diese Weise können sie die Verteidigungskräfte unseres Landes, die Armee Jugoslawiens und die Truppen des Innenministeriums bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in der Verteidigung der Souveränität und der territorialen Integrität des Landes bestmöglich unterstützen."

Slobodan Milosevic, Präsident Jugoslawiens

Sensible Serben

"Von allen Nationalitätenkonflikten, von denen es fast mehr als Nationen gibt, hat sich das NATO-Befriedungskomitee genau den einen ausgesucht. Ausgerechnet in Jugoslawien, dem Land mit der höchsten Sensibilität für nationale Fragen - der Belgrader Plan für ein selbstverwaltetes, multinationales Kosovo ist ein Beispiel dafür - soll ein Minderheitenproblem erstmals durch eine westliche Intervention auf der Basis höchstentwickelter Militärtechnologie entschieden werden."

Werner Pirker, Redakteur der jungen Welt

Blut und Boden

"Nach jedem Bombenangriff wächst unsere Entschlossenheit, die heilige serbische Erde des Kosovo zu verteidigen. Zwischen Clinton und Hitler gibt es keinen großen Unterschied."

Vojislav Seselj, Vize-Premier Serbiens

16. Krieg gegen Frauen. Öffentliches Schweigen brechen!

Autor: Lobby für Menschenrechte · Rubrik: Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:15

Angesichts der sich zuspitzenden Lage im Kosovo-Krieg erklärt die Lobby für Menschenrechte e.V.: Wie in allen Kriegen, so wird auch im Kosovo die sexualisierte Kriegsgewalt gegen Frauen systematisch verschwiegen. Die Auswirkungen des Verschweigens sind für die Frauen und ihre Kinder katastrophal. Dabei ist seit Jahren aus wissenschaftlichen Studien und Berichten von NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) bekannt, daß heutzutage Kriege um so schneller gewonnen werden, je mehr Angehörige der jeweils "feindlichen" Soldaten getötet werden. Dies sind in der Regel Frauen und Kinder. Die moderne Kriegsführung hat zunehmend dazu geführt, daß sich das Verhältnis von getöteten Zivilist/innen und getöteten Soldaten umgekehrt hat. Bereits im Korea-Krieg betrug das Verhältnis 5:1; im Vietnamkrieg bereits 13:1. Fakt ist also, daß der Status des Soldaten die Wahrscheinlichkeit für das Überleben erhöht. Davon spricht zur Zeit jedoch niemand.

Niemand spricht auch davon, daß die Notrufstellen von serbischen Frauen überfüllt sind, die von ihren rückkehrenden Männern vergewaltigt wurden. So ergeht es den Frauen auf allen Seiten. Auch dieses Phänomen ist eigentlich bekannt. Es wird aber ebenfalls verschwiegen: Je schlimmer die Menschenrechtsverletzungen an der jeweils "feindlichen" Zivilbevölkerung waren, desto niedriger wird die Schwelle der Gewaltanwendung im eigenen Haus, gegen die eigene Partnerin. Krieg ist eben keine "humanitäre" Aktion, wie uns das Verteidigungsministerium augenblicklich "erklären" möchte ... Solche Äußerungen sind skandalös und einer demokratischen und friedlichen Gesellschaft unwürdig.

Man kann Menschenrechtsverletzungen nicht mit Menschenrechtsverletzungen bekämpfen. Kriege hinterlassen Spuren über Generationen hinweg! Sie kurbeln die Gewaltspirale in erheblichem Maße an. Vor diesem Hintergrund fordert die Lobby für Menschenrechte: daß friedliche und politische Instrumente sofort mit aller Konsequenz eingesetzt werden, daß NGOs grundsätzlich an den Tischen zur Konfliktbewältigung sitzen und ihr Einflußbereich erheblich ausgeweitet wird und daß die Bundesrepublik Deutschland endlich einen angemessenen Beitrag in den Topf des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (UNHCHR) einbezahlt; anstatt hier mit Almosen aufzuwarten. Dies wäre eine humanitäre Aktion und würde mittel- und langfristig dazu führen, daß Kriege nicht mehr stattfinden. Billiger wäre dies obendrein.

"Lobby für Menschenrechte"

"Lobby für Menschenrechte", PF 10 30, 72541 Metzingen Tel.: 07123 - 60655, FAX: 07123 - 14406, Lobby-fuer-Menschenrechte@schwaben.de

17. NATO-Angriffe sofort beenden! Erklärung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:41

1. Die NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien machen deutlich, daß militärische Mittel soziale und ethnische Konflikte nur verschärfen und kein Beitrag zu einer humanen Beendigung dieser Auseinandersetzung sind. Die NATO-Angriffe haben den Rückzug der OSZE-Kräfte aus dem Kosovo erzwungen und den serbischen Ultranationalen den Vorwand gegeben, mit einer Verschärfung von Unterdrückung und Verfolgung der Menschen im Kosovo zu reagieren. Sie stärken faktisch das revanchistische Milosevic-Regime. Wer meint, mit Bombenangriffen eine Konfliktlösung zu erreichen, wird mit der tatsächlichen Logik des Kriegs konfrontiert. Wir halten daran fest: "Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zivilem Wege ohne militärische Gewalt gelöst werden." (DGB-Grundsatzprogramm 1996)

2. Mit der Verletzung völkerrechtlicher Regeln und der Nichtbeachtung der Notwendigkeit eines UNO-Mandats sind ausgesprochen riskante Entscheidungen getroffen worden, die das bisher geltende System internationaler Beziehungen direkt in Frage stellen und die UNO auf ein Abstellgleis geschoben haben. Der völkerrechtswidrige Einsatz der NATO negiert alle demokratischen Verfahren, sobald diese als hinderlich erscheinen. In der Konsequenz bedeutet dies, daß der Eigenlogik des Krieges keine völkerrechtlichen Grenzen mehr gesetzt sind. Dadurch wird der Einsatz von Bodentruppen und damit die weitere Eskalation des Krieges erheblich erleichtert. An die Stelle politischer Regeln tritt eine rein militärische Sicht, und die NATO wird unter der Führung der USA zur demokratisch nicht mehr kontrollierbaren Weltmacht. Wir setzen uns weiterhin für eine Stärkung der UNO ein: "Die Vereinten Nationen müssen zur allgemein respektierten Weltorganisation für ein friedliches Zusammenleben der Völker, zur Achtung der Menschenrechte und der humanitären Hilfe weiterentwickelt werden." (DGB-Grundsatzprogramm 1996)

3. Die Politik der ehemals unionsgeführten Bundesregierungen hatte einen erheblichen Anteil an der Verschärfung der Lage auf dem Balkan. Mit der Unterstützung der Separation und durch vorschnelle Anerkennung der jugoslawischen Teilstaaten sind Chancen verspielt worden, den Schutz der Minderheiten und ein friedliches Nebeneinander zur Bedingung zu machen. So wurde zu einer Polarisierung beigetragen, an deren Ende nunmehr die Sackgasse militärischer Konfrontation steht. Daß diese militärische Konfrontation jetzt durch eine rot-grüne Bundesregierung vorangetrieben wird, beweist die außenpolitische Konzeptionslosigkeit, aber auch erschreckende Geschichtsvergessenheit dieser neuen Regierung. Nachdem die NATO-Bombenangriffe das angestrebte Ziel bisher nicht erreicht haben, mehren sich selbst sozialdemokratische und grüne Politikerstimmen, die nunmehr den Einsatz von Bodenkräften fordern. Dies zeigt, daß die Spirale der Kriegslogik sich fortzusetzen droht.

Im Gegensatz zum DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte, der der rot-grünen Koalition die Unterstützung des DGB zum Vorgehen in Jugoslawien zusicherte, treten wir weiterhin dafür ein, Krieg als Mittel der Politik zu ächten und fordern dazu auf, die NATO-Angriffe gegen Jugoslawien sofort zu beenden.

Die offenkundige Erfolglosigkeit der militärischen Angriffe sollte zum Anlaß einer Neubestimmung der Politik genommen werden, um gewaltfreie Lösungen in Verhandlungen anzustreben.

Die unterzeichnenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

fordern:

- den sofortigen Stop der Bombardements;

- das sofortige Ende von Verfolgung und Vertreibung der Menschen im Kosovo;

- die Einberufung einer Balkankonferenz unter Beteiligung der Regierungsvertreter und der Vertreter aller nationalen Gemeinschaften dieser Staaten;

- eine Konfliktregulierung unter der Regie der Vereinten Nationen;

- wirksame Soforthilfe für Flüchtlinge aus dem Kosovo.

Bertold Balzer, Landesbezirksvorsitzender IG Medien Hessen; Axel Becker, Mitglied im Hauptvorstand der IG Medien; Frauke Dittmann, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft NGG; Walter Essbauer, Landesbezirksvorsitzender IG Medien Bayern; Hinrich Feddersen, Landesbezirksvorsitzender HBV Hamburg; Christa Hasenmaile, stellv. Landesbezirksvorsitzende IG Medien Bayern; Gottfried Heil, 2. Bevollmächtigter IG Metall Friedrichshafen; Detlef Hensche, Vorsitzender der IG Medien; Ursula Herdt, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der GEW, Frankfurt/M.; Roland Hofmann, Landesbezirksvorsitzender HBV Sachsen; Rainer Hohner, Kreisvorsitzender ÖTV Frankfurt/M.; Roland Hornauer, Kreisvorsitzender und Mitglied im Hauptvorstand der ÖTV, Erlangen; Viktor Kalla, Betriebsratsvorsitzender Frankfurter Rundschau, IG Medien; Yilmaz Karahasan, ehem. Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall; Gisela Kessler, IG Medien Stuttgart; Joachim H. Klett, Gewerkschaftssekretär HBV Düsseldorf; Dieter Knauß, 1. Bevollmächtigter IG Metall Waiblingen; Otto König, Vorstandsmitglied und 1. Bevollmächtigter IG Metall Hattingen; Hansjörg Kretzschmar, Landesvorsitzender AFA-Sachsen; Hans Kroha, Landesbezirksvorsitzender HBV Hessen; Inez Kühn, stellv. Landesbezirksvorsitzende IG Medien Niedersachsen-Bremen; Angelo Lucifero, stellv. Landesvorsitzender HBV Thüringen; Holger Menze, Landesbezirksvorsitzender IG Medien Niedersachsen-Bremen; Margret Mönig-Raane, Vorsitzende der Gewerkschaft HBV; Manfred Moos, Gewerkschaftssekretär, Mitglied der Fachkommission Gewerkschaftspolitik von Bündnis 90/Grüne; Klaus Pickshaus, Gewerkschaftssekretär IG Medien Stuttgart; Bodo Ramelow, Landesvorsitzender HBV Thüringen; Uwe Reepen, Chefredakteur HBV Düsseldorf; Anne Rieger, 2. Bevollmächtigte IG Metall Waiblingen; Günther Schachner, Vorstandsmitglied und 1. Bevollmächtigter IG Metall Weilheim; Helmut Schauer, Gewerkschaftssekretär IG Metall Frankfurt; Horst Schmitthenner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall Frankfurt; Frank Spieth, Vorsitzender DGB-Landesbezirk Thüringen; Hans-Jürgen Urban, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall; Peter Völker, Bundessekretär IG Medien; Ewald Wehner, ehem. Mitglied im Vorstand der DPG; Michael Wendl, Landesvorsitzender der ÖTV-Bayern, sowie mehr als 380 weitere KollegInnen als ErstunterzeichnerInnen:

Aufgrund der sehr großen Resonanz in nur wenigen Tagen (seit Gründonnerstag mehr als 400 ErstunterzeichnerInnen!) werden bis zum 1. Mai weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner für die Erklärung geworben. Wer die Erklärung unterstützen möchte, wende sich unter Angabe von Namen, Vornamen, Gewerkschaft, Funktion und Anschrift an: Forum Gewerkschaften c/o VSA-Verlag, Fax 040/280 505 68 oder e-mail: vsa-verlag@t-online.de.

18. Rambouillet und die Folgen

Autor: Catherine Samary · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:40

Kaum war der Euro gestartet, wollten die europäischen Regierungen unter Beweis stellen, daß sie auch zu einer gemeinsamen "Außenpolitik" fähig sind. Sie hofften, Kosova würde für die EU, was Bosnien-Herzegowina für Clinton war, und Rambouillet würde ein zweites Dayton. Der politische Teil des für die Verhandlungen in Rambouillet von der sogenannten "Kontaktgruppe" (Vereinigte Staaten, Deutschland, Großbritannien, Italien und Rußland) vorgelegten Plans wurde in Wirklichkeit zuerst von den serbischen Unterhändlern als akzeptable Grundlage angesehen. Er forderte von den Kosovaren die Aufgabe jeder Hoffnung auf Unabhängigkeit.

Konkret wurde ihnen eine "substanzielle Autonomie" vorgeschlagen, wobei Kosova Bestandteil Serbiens oder des gegenwärtigen jugoslawischen Bundesstaates bleiben sollte. Die Durchführung einer wie auch immer gearteten Volksbefragung über die Selbstbestimmung war selbst nach Ablauf einer Übergangsperiode ausgeschlossen worden.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sollten die Kosovaren auch ihre Waffen abliefern. Die westlichen Regierungen brachten unverhohlen ihre Befürchtung zum Ausdruck, die Unabhängigkeit des Kosova werde in der albanischen Bevölkerung Mazedoniens (ca. 25% der mazedonischen Bevölkerung) und die bosnischen Serben im instabilen Bosnien-Herzegowina zu ähnlichen Forderungen bewegen.

Kosova-Albaner

in Rambouillet

Doch die westlichen Regierungen hatten die Delegation aus dem Kosova nicht "im Griff". Ihre Stütze war bis vor kurzem der Schriftsteller Ibrahim Rugova, Führer der LDK (Demokratischer Bund von Kosova), der im März 1998 als Präsident der "Republik Kosova" wiedergewählt worden war. Zu deren Boykott hatten mehrere Oppositionsparteien und die Befreiungsarmee des Kosova (UCK) ohne großen Erfolg aufgerufen.

Rugova hatte zehn Jahre lang an der Spitze von Doppelinstitutionen (Parlament, Schulen, Gesundheitseinrichtungen) einen friedlichen Widerstand angeführt und die serbisch kontrollierten Institutionen boykottiert. Das hat ihn zu einer nach wie vor geachteten Persönlichkeit gemacht. Dennoch wurde er immer öfter für seinen autoritären Stil wie auch für seine äußerst stark vom Wohlwollen des Westens abhängige Politik kritisiert. Darüber hinaus ging ein Teil der öffentlichen Meinung nach Dayton auf Distanz zur Situation in Kosova, die immer mehr einer Art von Apartheid gleicht und in eine Sackgasse gemündet hat.

Nach und nach breitete sich insbesondere unter den Jugendlichen das Gefühl aus, auf internationaler Ebene nur verstanden zu werden, wenn man zu den Waffen greift. Die UCK, die anfangs weitgehend unbedeutend war, gewann vor diesem Hintergrund und angesichts der Repression durch paramilitärische serbische Kräfte zunehmend an Gewicht. Bis vor kurzem wurde die UCK von Rugova als eine Machenschaft Milosevics dargestellt. Die ursprünglich aus einem kleinen Kreis ehemaliger "Marxisten-Leninisten" hervorgegangene UCK ist zu einer undurchschaubaren, aber zweifellos offenen, heterogenen Kraft geworden. Ihr bewaffneter Widerstand hat in den letzten Monaten die Dimension eines Guerillakampfes angenommen, der sich auf manche Dörfer stützt, die zur Zielscheibe der serbischen Repression werden. Zahlreiche aus der Emigration zurückkehrende Freiwillige haben sich ihr angeschlossen.

Wenn auch niemand den Vertretungsanspruch Rugovas in Frage stellen kann, ist er doch zu umstritten, um die Umsetzung von Verträgen durchsetzen zu können, die er allein unterzeichnet. Die zunehmende Popularität der UCK bewog die Parteien zum Versuch, sie in ihre politische Strategie miteinzubeziehen. Umgekehrt brauchte die UCK Rugovas internationales Renommee, um gehört zu werden.

Aus diesem Grund gehörten die Vertreter der Kosova-Albaner in Rambouillet schließlich verschiedenen politischen Richtungen an. Angesichts der Weigerung der serbischen Regierung, mit "Terroristen" zu verhandeln, war es sehr wichtig, daß der Sprecher der UCK in die Delegation integriert wurde. Diese setzte sich neben fünf Mitgliedern der LDK, darunter Rugova, aus sechs unabhängigen Persönlichkeiten oder Vertretern der Oppositionsparteien und fünf Mitgliedern der UCK zusammen. Diese gewannen damit trotz ihrer

Zurückhaltung gegenüber den westlichen Plänen an internationalem Ansehen. Das Ziel der westlichen Regierungen war es, sie im Gegenzug zu gemäßigteren Forderungen bezüglich der Unabhängigkeit zu bewegen.

Die Anwesenheit der UCK schweißte tatsächlich die Reihen der ganzen Delegation eher zusammen, und sie schworen sich gemeinsam auf eine unbeugsame Haltung ein. In der ersten Verhandlungsrunde beschlossen die Kosova-Albaner, ihre Basis zu befragen, und lehnten eine Unterzeichnung des Plans ab.

Damit brachten sie die Regierungen der europäischen Staaten und der USA in große Bedrängnis, da diese Milosevic für den Fall, daß er nicht zur Unterzeichnung bereit sei, schon mit NATO-Angriffen gedroht hatten. Niemand war davon ausgegangen, daß die Kosova-Albaner wagen würden, Widerstand zu leisten. Es war das schlimmste, was passieren konnte, wo doch Milosevic bereits als Feind auserkoren war.

Adem Demaci, ein führende Figur der Kosova-Albaner, der unter Tito 20 Jahre im Gefängnis saß, hatte sich geweigert, nach Rambouillet zu kommen. Er warnte vor der Annahme eines Plans, der sich als Falle erweisen würde, weil er eine Unabhängigkeit von vornherein ausschloß. Der Westen und insbesondere die USA übten enormen Druck aus. Sogar der albanische Schriftsteller Ismael Kadaré wurde aufgeboten, um die Presse des Kosova zu kritisieren, die "am Vorabend der Konferenz und während der Verhandlungen eine regelrechte antiwestliche Kampagne gestartet hat, die vor allem gegen die Vereinigten Staaten und gegen die NATO gerichtet ist" (lt. Courrier International, 4.-10. März 1999). Er prangerte einen Teil der Rambouillet-Delegation offen an: "Sie fordern die Hilfe der NATO an, um gegen die serbische Barbarei vorzugehen, und beginnen gleichzeitig in völlig unmoralischer und schamloser Weise, sich diesem Bündnis zu widersetzen." Es gehe darum, als ein Volk anerkannt zu werden, das der "europäischen Zivilisation" würdig sei, die von der NATO verteidigt werde.

Abgesehen von seinem Versuch, ideologisch Druck auszuüben, sprach Kadaré jedoch einen Punkt an, der für die Kosovaren ein tatsächliches Dilemma darstellt: Um "ein neues Drama, die Isolation Kosovas, zu verhindern", müsse der westliche Plan akzeptiert werden. Adem Demaci wurde also aus seiner Verantwortung "entlassen". Und die Kosova-Albaner unterzeichneten den Plan und willigten unter zwei Bedingungen in ihre Entwaffnung ein: Innerhalb von drei Jahren müsse eine Volksbefragung durchgeführt werden und die NATO müsse vor Ort präsent sein, um das Abkommen durchzusetzen. Alle wußten, daß die serbische Regierung dieser Bedingung nicht würde zustimmen können.

Kriegsgewinnler Milosevic

Man kann sich über die enorme Kurzsichtigkeit der westlichen Regierungen nur wundern, die damit rechneten, Milosevic werde sich dem Druck fügen. Um diese Hoffnung zu nähren, wurde im übrigen behauptet, er habe sich bereits in Bosnien dem Druck der NATO fügen und nachgeben müssen. Das ist eine absurde Verdrehung der Tatsachen.

Die serbische Seite hatte in Dayton die Bedingung gestellt, die "Republika Srpska" müsse als eine eigenständige Einheit innerhalb Bosniens anerkannt und Karadzics zugunsten Milosevics verdrängt werden, der im Namen aller Serben sprach. Das Dayton-Abkommen bedeutet alles in allem eine Legitimierung der ethnischen Säuberungen und die Konsolidierung der Herrschaft Milosevics, anstatt eines angeblichen "Nachgebens".

Erneut führen die Bomben der NATO eher dazu, die serbische Bevölkerung hinter Milosevic zusammenzuschweißen, als ihn zu schwächen. Und dies um so mehr, als die Opposition durch das Einschwenken Milosevics auf den Führer der Serbischen Erneuerungspartei, Vuk Draskovic, heute Vizeminister der Bundesrepublik, bereits stark geschwächt ist. Draskovic war einer der Führer der heterogenen Koalition, die vor zwei Jahren die Kommunalwahlen gewann. Die Bevölkerung lebt unter immer schlimmeren Bedingungen, sieht die Sozialistische Partei Milosevics aber als das kleinere Übel. Milosevic kann sich als gewählter Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien mit seiner Regierung nach wie vor auf die Unterstützung der JUL (Jugoslawische Linke, die sich auf Tito beruft), die Partei seiner Frau Mira Markovic, verlassen, die sowohl in der einfachen Bevölkerung als auch unter "sozialistischen" Managern Mitglieder gewinnt. In der Regierungskoalition in Serbien ist daneben auch die ultranationalistische Partei von Vojislav Seselj vertreten. Der Angriff der NATO kann ihm nur zu noch mehr Einfluß verhelfen.

Die jüngste Welle von Pressezensur durch die Regierung wurde dementsprechend mit der Notwendigkeit des Schutzes der "angegriffenen Heimat" gerechtfertigt. Die einzige Stimme, die zur Zeit aus dem Chor ausbricht, kommt aus Montenegro. Es ist Milo Djukanovic, der vor eineinhalb Jahren die Regierung übernommen hat und offensichtlich zu jenem Teil des ehemaligen kommunistischen Apparats gehört, der in den Vereinigten Staaten finanzielle und politische Unterstützung sucht und sich dafür als "Demokrat" gibt. Er hat bis jetzt den Kosova-Albanern keinerlei Unterstützung zukommen lassen. Was ihn in erster Linie kennzeichnet, ist der Wille, die Privatisierungen voranzutreiben und Montenegro die Devisen aus dem Tourismus zu sichern.

Die Distanzierung von Milosevic wird in dem Maße schwächer werden, als auch in Montenegro Bomben niedergehen, wie dies bereits der Fall ist. So kann man auch nicht ausschließen, daß Milosevic davon profitieren wird, um diese abweichende Stimme zum Schweigen zu bringen und die Position Bulatovics, der von Belgrad in Montenegro aufgebaut wird, zu stärken.

"Humanitäre Intervention"?

Die Gefahr ist groß, daß Kosova im Schatten der NATO-Bombardierungen eine Repressionswelle erleben könnte. Es ist sogar denkbar, daß Belgrad einen der Pläne umsetzt, die seit Monaten in den Regierungskreisen zirkulieren. Sie sehen vor, die Kosovaren loszuwerden, indem Kosova zerschnitten wird und sich Serbien nicht nur ein paar Klöster, sondern auch beträchtliche Bodenschätze sichert.

Der Krieg in den Medien ist natürlich nur eine Begleiterscheinung des Krieges an sich. Dies gilt auf seiten der NATO ebenso wie in Belgrad. Da sich im Kosova keine Journalisten aufhalten, können die Berichte über Racheakte an der albanischen Bevölkerung nicht nachgeprüft werden. Sie sind aber glaubhaft. Und der bereits in Kroatien und Bosnien zu zweifelhaftem Ruhm gekommene Söldner Arkan heuert immer schlimmere Personen für seine Truppen an.

Was momentan auch nicht überprüfbar ist, sind die "Verluste auf beiden Seiten", wie es so schon heißt. Doch steht fest, daß die NATO ihre Militärintervention verstärken wird müssen. Will sie diese weiterhin mit dem Schutz der Kosovaren legitimieren, muß sie auch die mobilen, in den bewohnten Gebieten operierenden Kräfte treffen, was die Gefahr von Opfern in der Zivilbevölkerung zusätzlich erhöht. Wenn sie die Logik ihrer Ziele ernst nimmt, müßte sie eigentlich Bodentruppen einsetzen. Das zieht keine der NATO-Regierungen ernsthaft in Erwägung. Das Selbstbestimmungsrecht der Kosova-Albaner wird explizit ebenso wenig in Erwägung gezogen. Mit anderen Worten: Die NATO müßte, um die Kosova-Albaner zu schützen, im Namen der Kosova-Albaner ihre Angriffe auf Serbien (auf die "serbische Spielart des Kommunismus"?) intensivieren. Gegen die Türkei im Namen der Kurden tut die NATO das nicht.

In Wirklichkeit geht es darum, die Rolle der NATO kurz vor ihrem fünfzigjährigen Bestehen neu zu definieren. Gleichzeitig geht es auch um die Form des zukünftigen Europa. Tony Blair hat bereits mehr Bombardierungen zugestimmt als all seine Vorgänger seit Bestehen der NATO. Die französische Linke hat sich schon ihre Lorbeeren mit den Privatisierungen verdient. Sie wird sich auch anrechnen können, einen NATO-Krieg legitimiert zu haben.

Unter der Führung reaktionärer Regime, die auf der Grundlage der Auflösung des ehemaligen Jugoslawien tiefgreifende soziale Rückschritte eingeleitet haben, bekämpfen sich die Völker am Balkan gegenseitig. Eine fortschrittliche Alternative, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennt und die Grenzen durchlässig macht, kann nur auf Ebene des ganzen Balkans entstehen.

Catherine Samary

Paris, 29.3.1999

Catherine Samary gehört zu den KennerInnen der Situation auf dem Balkan. Sie ist Mitglied der Ligue Communiste Revolutionnaire (LCR) und kandidiert auf Platz 6 der gemeinsamen Liste von Lutte ouvriére (LO) und LCR zu den Europawahlen.

Vorabdruck aus: Inprekorr 330, Übersetzung: Birgit Althaler. Überschriften: ak. Die Autorin benutzt die albanische Bezeichnung Kosova.

19. "Humanitäre Krise", weil Interessen bedroht sind. Interview mit Noam Chomsky

Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:43

ak: Welche Logik veranlaßt 19 NATO-Staaten unter Führung der einzigen Supermacht USA, gegen ein kleines Land wie Jugoslawien einen Aggressionskrieg vom Zaum brechen?

Chomsky: Da wir keinen Zugang zu internen Dokumenten haben, können wir nur über die bekannten Fakten diskutieren. Über die Ursachen der Aggression ist bisher also bestenfalls Spekulation möglich. Es gibt ein Konzept namens "humanitäre Krise", und es hat vor allem technische Bedeutung. Das heißt, daß die Frage, ob eine humanitäre Krise existiert oder nicht, unerheblich ist.

Mit "technisch" meine ich, daß auf dem Balkan ein Problem entstanden ist, das die Interessen der Reichen und Mächtigen bedroht. Darin besteht die "Krise". Die Mächtigen und Reichen der USA und Europas sehen mit jeder Turbulenz und jeder Erschütterung auf dem Balkan ihre Interessen verletzt. Das heißt dann "humanitäre Krise". Nicht aber, wenn sich zum Beispiel Menschen in Sierra Leone oder in der Republik Kongo abschlachten.

Clinton hat sich kürzlich geweigert, die lächerliche Summe von 100.000 US-Dollar für friedenserhaltende Maßnahmen in der Republik Kongo freizugeben, was ein riesiges Massaker verhindert hätte. Aber schließlich gab es dort auch keine "humanitäre Krise". Dasselbe gilt für die Türkei, einen äußerst wichtigen US-Bündnispartner. Im Südosten des Landes mit seinen Millionen von Flüchtlingen gibt es keine "humanitäre Krise". Was also tun gegen die Balkan-Krise? Das Naheliegendste, nämlich die UNO als verantwortliche internationale Institution mit der Krisenlösung zu beauftragen, lehnen die USA ab. Vor langem schon haben sie offen erklärt, daß sie Institutionen der Weltordnung wie UNO oder Weltgerichtshof verachten. Rechtsberater des US-Außenministeriums sagen ausdrücklich, daß die glorreichen Jahre, als die Mehrzahl der UNO-Mitgliedsstaaten hinter den USA stand, vorbei sind.

Die Reagansche Verachtung für internationale Institutionen steigerte sich unter Clinton weiter. Selbst rechte Falken machen sich deswegen inzwischen Sorgen. Einer von ihnen, der außenpolitische Analyst Samuel Huntington, warnte Washington in der aktuellen Ausgabe von Foreign Affairs, der größte Teil der Welt betrachte die USA als "Schurken-Supermacht" und als Bedrohung.

Die NATO wird dagegen eindeutig von den USA dominiert. Im Oktober wollte jedes kontinentaleuropäische NATO-Mitglied das Plazet des UNO-Sicherheitsrats für NATO-Aktivitäten. Die USA lehnten das ab. Als sich die Verhandlungen hinzogen und schließlich die Frage der Gewaltanwendung aufkam, bestanden die beiden Kriegerstaaten USA und England auf möglichst rascher Gewaltanwendung, was europäische Diplomaten zu Erklärungen vor der Presse veranlaßte, sie seien bestürzt über das Säbelrasseln aus Washington, vor allem von Außenministerin Albright.

Je näher man dem Balkan ist, desto mehr sträubt man sich offensichtlich vor Gewaltanwendung. Griechenland und Italien sind recht widerspenstig, England und die USA enthusiastisch, der Rest in der Mitte macht mit.

Worauf gründet sich die hohe Gewaltbereitschaft der USA?

Wer in eine Konfrontation verwickelt ist, spielt die stärkste Karte und versucht, den Gegner auf die Konfrontationsebene zu zerren, auf der man selbst am stärksten und erfahrensten ist. Für die USA ist das die Ebene der Gewalt, schließlich üben sie auf diesem Feld das Weltmonopol aus. Es war also vorauszusehen, daß die USA alles tun würden, um die NATO zur Gewaltanwendung zu veranlassen.

Die Konsequenzen waren von Anfang an klar. "Völlig vorhersehbar", meinte der kommandierende US-General, sei gewesen, daß die Bombardements das Maß an Übergriffen und Vertreibung verschärfen würden. Und sie taten es. Ebenfalls zu erwarten war, daß die Bomben der vielversprechenden und mutigen demokratischen Oppositionsbewegung Serbiens ein Ende bereiten würden und daß es in den angrenzenden Ländern zu nervösen Reaktionen kommen würde.

Das Niveau einer humanitären Krise, wie sie in der Türkei herrscht, ist noch nicht erreicht, aber sie ist erheblich. Aber das Schicksal hunderttausender Kosovo-Flüchtlinge kümmert Clinton und Blair wenig. Seit Beginn der Angriffe wiederholen sie, es gehe um die "Glaubwürdigkeit der NATO". Dahinter steckt aber nicht die Sorge um die Glaubwürdigkeit von NATO-Staaten wie Dänemark oder Frankreich, sondern einzig um die der USA. "Glaubwürdigkeit" heißt "Furcht". Die Furcht vor dem globalen Polizisten USA muß erhalten bleiben.

Alte Schlagworte wie "ethnische Säuberungen" und "Genozid" werden derzeit wieder ausgegraben, und neue wie "humanitäre Krise" tauchen auf. Je schwerer die NATO-Bombardements, desto schlimmer offenbar der serbische Gegner. Interessanterweise sind es die liberalen Eliten a la "New Labor", "Third way" und "Rot-Grün", die die Realität in Codes hüllen ...

Codierung war immer der Fall. Der Begriff "genocide" ist allerdings eine Beleidigung für die Opfer Hitlers. Da kommt die revisionistische Schule durch, ins Extrem gesteigert. Wenn die Vorgänge im Kosovo Genozid oder Völkermord sind, dann herrscht auf der ganzen Welt Völkermord, und Clinton und andere müßten dafür längst am Galgen baumeln, weil sie für einen Großteil der Grausamkeiten mit verantwortlich sind.

Die Zahl der Flüchtlinge ist riesig und fast halb so groß wie die der Palästina-Flüchtlinge. Wenn es so weitergeht, dann nähert sich die Zahl der der Flüchtlinge in Kolumbien an. Dort werden jährlich annähernd so viele Menschen vom Militär und seinen US-gesponserten Hilfstruppen ermordet wie letztes Jahr im Kosovo starben.

"Ethnische Säuberungen" sind reell, aber wiederum keine neue Grausamkeit, die nur auf den Balkan zuträfe. Woher kommt es nur, daß ich hier in Boston lebe, die Eingeborenen aber nicht. Sie sind wohl vor lauter Lebenslust verschwunden?

Einige der US-amerikanischen und europäischen Linken und Menschenrechtsaktivisten, die nicht zu aktiven NATO- und US-Fans geworden sind, lehnen sich zurück und hoffen, daß die jugoslawische Luftabwehr für die traurigen Leichensäcke sorgt. Erst dann werde eine Friedensbewegung in den USA und Europa stärker. Was ist Ihrer Ansicht nach zu tun?

Das ist Propaganda. Gegen die Grausamkeiten der USA in Zentralamerika entwickelte sich während der 80er Jahre in den USA eine überwältigende Opposition. Sie war so stark, daß sich die Reagan-Regierung auf ein internationales Terroristennetz stützen mußte, um ihre Operationen durchzuführen. Säcke mit amerikanischen Soldatenleichen waren für die Entstehung der Opposition nicht nötig.

Es gab eine starke Opposition gegen die US-Unterstützung der indonesischen Schlächterei in Ost-Timor. Body bags waren nicht notwendig. Während des Vietnam-Kriegs war die Tatsache, daß Amerikaner getötet wurden, ein Faktor, der zur Stärkung der Oppositionsbewegung beitrug, aber nicht der entscheidende.

Für die Träger des Propagandasystems ist es unerträglich und schlicht nicht zu begreifen, daß Menschen aus moralischen Instinkten heraus handeln. Aber sie tun es. Die Behauptung, Menschen würden nur aus Eigeninteresse heraus und in diesem Fall einzig aus der Furcht vor dem eigenen Sterben handeln, ist lächerlich. Aber so lauten die Propaganda- und Werbebotschaften.

Gegen die humanitäre Katastrophe, die hauptsächlich die USA, aber auch ihre europäischen NATO-Verbündeten mit herbeigeführt haben, ist einiges zu tun, damit die Eskalation zu einer Großkrise verhindert wird: Erziehung, Aufklärung, Erklärung, Organisationsarbeit, Demonstrationen, Gegendruck - das Übliche, das immer so schwer fällt.

Wie aber stellen Sie Umfragen in einen Antikriegs-Kontext, wenn Bevölkerungsmehrheiten für den Einsatz von NATO-Bodentruppen sind?

Die Leute erhalten die Marschordnung Tag und Nacht aus Washington, Paris, London und Berlin. Sie lautet: schaut über die Grausamkeiten in der Welt hinweg, auch über die, die noch schlimmer sind als die im Kosovo, und beachtet vor allem die Grausamkeiten nicht, in die Eure Regierung verwickelt ist. Schaut nur auf den Kosovo, und macht Euch permanent selber vor, daß die Krise wegen eines bösen Mannes entstanden ist, der den Völkermord seit langem geplant hat.

Wenn die Intellektuellen, wie leider meistens üblich, diese Marschordnung mit unterzeichnen, dann ist es bis zum Ruf nach Bodentruppen nicht mehr weit. Pentagon und europäische Militärs sind allerdings aus

technischen Gründen sehr gegen einen Bodenkrieg. Sie nehmen an, daß die Vorbereitung Monate dauern, der Krieg sich in einen riesigen Anti-Guerilla-Krieg verwandeln und die gesamte Region schließlich zu einem Schlachtfeld werden würde. In den USA ist jeder Kommentator, der noch einen Funken von Verstand hat, gegen Bodentruppen.

Das Interview führte Max Böhnel,

New York.

20. Der Kampf der Petitionen. Frankreichs "Mitte" ist für den Krieg, Linke und Rechte sind dagegen

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:31

Die französische Öffentlichkeit steht der NATO-Intervention in Jugoslawien offenkundig gespalten gegenüber. So zeitigten zwei Befragungen, die an den selben Tagen - am 26. und 27. März - erstellt wurden, auf den ersten Blick gegensätzliche Resultate. Der IPSOS-Befragung zufolge, die durch die Sonntagszeitung JDD publiziert wurde, befürworteten 57 Prozent das "militärische Eingreifen der NATO" (dagegen waren 30 Prozent) und 59 Prozent die Teilnahme Frankreichs daran. Folgt man hingegen der CSA-Umfrage, die am folgenden Tag in der Boulevardzeitung Le Parisien zu finden war, so waren die Gegner der Luftangriffe mit 46 Prozent gegenüber den Befürwortern (40 Prozent) in der Mehrheit. Das ganze Geheimnis dieser so unterschiedlichen Ergebnisse scheint freilich in der Formulierung der Fragestellung - "Intervention" hier, "Bombardierungen" dort - zu liegen. In einer neueren Umfrage war die Zustimmung zur "Intervention" allerdings, IPSOS zufolge, auf 63 Prozent angewachsen, mutmaßlich unter dem Eindruck der ständig gezeigten Bilder vom Flüchtlingselend der Kosovo-Albaner. Auch Le Parisien vom 8. April sah die Befürworter des Krieges mit 50 Prozent (gegenüber 40 Prozent ablehnenden Stimmen) in der Mehrheit.

Unterdessen geht zweifelsfrei aus den Untersuchungen hervor, daß zwei große Lager der Ablehnung der NATO-Luftangriffe an entgegengesetzten Polen des politischen Spektrums bestehen. Die kommunistische Wählerschaft auf der einen Seite (die beiden linksradikalen Parteien LO und LCR, die mit zu den Trägern der Anti-Kriegs-Demonstrationen der letzten Tage zählen, waren nicht mit aufgeführt) und die Wählerschaft des neofaschistischen Lagers andererseits zeigten sich in ausnahmslos allen Befragungen als mehrheitlich feindlich gegenüber der NATO-Intervention eingestellt. Die jeweiligen Parteien mobilisieren tatsächlich mit einem eigenen Diskurs gegen die NATO-Angriffe: Die KP benennt soziale und humanitäre Motive (im Hinblick auf die Zivilbevölkerung) sowie ihre Gegnerschaft zur NATO-Großmachtpolitik. Die Neofaschisten (beider Fronts Nationaux) hingegen prangern an, die USA würden ein "christliches Volk", jenes Serbiens, zum Schutz einer muslimischen Bevölkerung - der Albaner im Kosovo - bombardieren und wollten, mit Bosnien und Albanien, in Europa muslimische Staaten errichten, um das christliche Abendland zu zerstören.

Gründlich gespalten hingegen zeigte sich die grüne Wählerschaft: Steht sie bei IPSOS mehrheitlich im Lager der Befürworter des NATO-Einsatzes, sticht sie bei CSA gar durch den höchsten Anteil an Interventionsgegnern (66 Prozent) in allen politischen Lagern hervor. Die Anhängerschaft der Ökopartei ist offenkundig hin- und hergerissen zwischen ihrem klassischen Pazifismus, der an ihrer Basis noch immer stark verankert ist, und dem Diskurs von der Intervention zur Durchsetzung von Minderheits- und Menschenrechten, den die führenden Köpfe der Grünen und an erster Stelle ihr Spitzenkandidat Daniel Cohn-Bendit propagieren.

Ähnlich Cohn-Bendit zählen die lautesten Unterstützer der Luftangriffe auf Jugoslawien zum Lager der "links-modernen" und "antitotalitären" Intellektuellen, die teilweise bereits seit 1993 eine Militärintervention in Südosteuropa fordern. An vorderster Front steht dabei der unvermeidliche Jet-Set-Intellektuelle Bernard-Henri Lévy ("BHL"). Ziel der Operationen müsse es sein, so BHL, Milosevic dauerhaft von der Macht zu vertreiben.

Während im linksliberal-intellektuellen Milieu eine antifaschistische und Menschenrechts-Rhetorik bemüht wird, um die NATO-Attacken zu rechtfertigen, ähnelt ein Teil der Ablehnungsfront bedenklich der Karikatur, welche die "modernen Linken" von ihr zeichnen. So beschwören letztere gerne eine "rot-braune" Front unter den Interventionsgegnern. Nun haben die führenden Köpfe der "Neuen Rechten" um Alain de Benoist eine Petition unter dem Titel "Nein zum Krieg" lanciert. Diese trägt mittlerweile die Unterschriften einer Reihe von Persönlichkeiten außerhalb der extremen Rechten. Der Text hebt insbesondere auf die Gefahr einer Unterordnung der Europäer unter die amerikanische Hegemonie ab, ist jedoch politisch in einer Weise formuliert, die keine klare ideologische Urheberschaft erkennen läßt. Unterschrieben haben neben Alain de Benoist der pro-serbische und KP-nahe Schriftsteller Patrick Bresson - der bereits 1993 an einem "rot-braunen" Flirt zwischen Parteikommunisten und Rechtsextremen beteiligt war -, zwei Köpfe der Bruno Mégret unterstützenden neofaschistischen Zeitschrift Identité, der Le Pen nahestehende "neu-rechte" Autor Jean Mabire und der alt-gaullistische General a.D. Pierre-Marie Gallois.

Die beiden aus dem Front National hervorgegangenen Formationen unter Jean-Marie Le Pen und Bruno Mégret profilieren sich ebenfalls als scharfe Gegner der NATO-Bombardements. Le Pen erklärte in einem Interview mit der Boulevardzeitung Le Parisien: "Ich bin für das nationalistische Serbien". Der angebliche "Kommunist" Slobodan Milosevic sei nicht sein Problem - Le Pen hat einen politischen Verwandten in Belgrad: den Ultranationalisten Vojislav Seselj, Vize-Premierminister Serbiens (als Koalitionspartner von Milosevics "Sozialisten") und Chef der "Serbischen Radikalen Partei" SRS. Bruno Mégret betonte am letzten Märzwochenende, die USA bombardierten skandalöserweise "ein christliches Volk", um "eine muslimische Bevölkerung" zu schützen, und wollten durch die Errichtung muslimischer Staaten (Bosnien, Albanien) in Europa die abendländische Zivilisation zerstören. Frankreich drohe ein ähnliches Schicksal, wenn die Immigration anhalte: "Wenn das demnächst von Immigranten dominierte Marseille sich Algerien anschließen will und die französischen Behörden die Ordnung wiederherstellen, werden die USA dann Paris bombardieren?"

Auf nationalistischer Basis, nämlich wegen des "Verlusts an außenpolitischer Autonomie Frankreichs gegenüber den USA" - und, in geringerem Maße, gegenüber Deutschland - hat sich eine Reihe weiterer Opponenten gegen die NATO-Intervention zusammengefunden. Zu ihnen zählen der ex-gaullistische frühere Innenminister Charles Pasqua und der früher Mitterrand nahestehenden "linke" Schriftsteller Max Gallo, ein glühender Napoleon-Vertreter und Mitglied einer bonapartistischen Vereinigung. Für die strategische Unabhängigkeit gegenüber den USA ist auch Innenminister Jean-Pierre Chevènement. Er will die Menschenrechte offiziell der Staatsräson unterordnen, also in dem Fall außenpolitischen Erwägungen, denen zufolge der Irak und Serbien beide traditionelle Verbündete Frankreichs bildeten. Chevènements Tonfall gegenüber den NATO-Bombardements hat bisher nicht dieselbe Schärfe erreicht wie gegenüber den Angriffen auf den Irak 1991 - damals trat er zwölf Tage nach Beginn der "Operation Wüstensturm" als Verteidigungsminister zurück. Jetzt hat er angemerkt, das Auseinanderbrechen des föderativen Jugoslawien 1991 habe "die Büchse der Pandora geöffnet"; für dieses zu bedauernde Ereignis machte er die deutsche Politik (mit)verantwortlich. Damit hat er nicht nur einen Teil der Wahrheit getroffen, sondern auch einen klaren Interessengegensatz zwischen der französischen und der deutschen Politik in jener Phase benannt.

Um sich von den Rechten und Nationalisten abzusetzen, haben 25 linke Intellektuelle - unter ihnen der Soziologe Pierre Bourdieu, der Historiker Pierre Vidal-Naquet, die parteilose KP-Kandidatin Aline Pailler sowie der Philosoph Daniel Bensaid und die Ökonomieprofessorin Catherine Samary (beide LCR) - in Le Monde eine eigene Petition veröffentlicht. Diese grenzt sich ebenso scharf von der NATO ab, die eine "Legitimation außerhalb jeder internationalen Kontrolle" suche, wie von der "ultranationalistischen" und "diktatorischen" Regierung Slobodan Milosevics, um die herum durch die Luftangriffe "ein nationaler Konsens versammelt" worden sei. Der Text spricht sich ebenso für das "Recht der Kosovaren auf Selbstregierung" wie für den "Schutz der serbischen Minderheit" im Kosovo aus und fordert eine große Balkankonferenz aller Staaten und Bevölkerungsgruppen der Region, unter Einschluß der Nachbarländer Serbiens und Albaniens.

Von einer Unterstützung für das Milosevic-Regime grenzen sich auch jene linken Organisationen scharf ab, die (neben Angehörigen der serbischen Bevölkerung in Frankreich) das Gros der Anti-Kriegs-Demonstranten der letzten beiden Wochen stellten, also die KP und die beiden trotzkistischen Formationen LO und LCR. Unter den Forderungen der beiden letzteren rangieren obenan und gleichberechtigt der "Stopp der NATO-Bombardierungen" und "das Ende der ethnischen Säuberungen", wobei beide betonen, die NATO-Luftangriffe dienten nicht dem Schutz der Kosovo-Bevölkerung und würden deren Drangsalierung nur verschärfen. Die französische KP argumentiert in der Sache ähnlich. Drei der prominentesten Kandidaten auf ihrer (eher rechtslastigen) "Liste der Öffnung" zu den Europaparlamentswahlen äußerten sich zur selben Zeit zugunsten der Regierungsentscheidung für die NATO-Bombardierungen: Geneviève Fraisse, Philippe Herzog und Fodé Sylla.

Unterdessen gerät die KP unter gehörigen Druck. Sie sucht den Spagat auszuhalten, zugleich an der Regierung teilzunehmen (die sie, so betont Robert Hue, wegen dieser Differenz auch nicht zu verlassen gedenke) und auf der Straße gegen die von der Regierung beschlossene Teilnahme an der NATO-Operation zu mobilisieren. Ein unhaltbarer Zustand, tobt die konservative Opposition, die den Rücktritt der KP-Minister fordert. Die KP und der sozialistische Premierminister Jospin suchen unterdessen die Wogen zu glätten. Jospin, indem er die "Diskussion" innerhalb der Koalition, die "legitim" sei, von der "Entscheidung" des Kabinetts abtrennt, die letzlich Gültigkeit habe. Die KP, indem sie innerhalb der Regierung von Einigkeit über

die Ziele, aber einem Dissens über die gegen Milosevic angewandten Mittel spricht und ihre "Beunruhigung" über deren Wirksamkeit zum Ausdruck bringt.

Bernhard Schmid, Paris

21. Weghauen oder einpacken?. Wie Atomstandorte wieder zur grünen Wiese werden

Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:26

Ob mit oder ohne Rot-Grün in Bonn: Immer mehr Atomkraftwerke werden abgeschaltet und endgültig stillgelegt. Die Frage ist nur, wie werden die atomaren Altlasten am sinnvollsten beseitigt? Die Atombranche setzt inzwischen eindeutig auf den schnellen Abriß der Altanlagen. Dabei wird sie teilweise sogar von kritischen Gutachtern unterstützt. Einer der Gründe, warum die Atomwirtschaft diesen Weg forciert, ist die Hoffnung, im weltweiten Geschäft eine führende Rolle übernehmen zu können. Denn bis heute liegen weltweit nur wenige Erfahrungen über den Abriß von Atomanlagen unmittelbar nach der endgültigen Stillegung vor. Ein lukratives Geschäft also, wenn man bedenkt, daß weltweit der Neubau von Atomanlagen außer Mode geraten ist und in den kommenden Jahren einige zig AKWs abgeschaltet werden müssen. Wolfgang Neumann, Gutachter und Mitarbeiter der Gruppe Ökologie aus Hannover, hat sich mit den unterschiedlichen Konzepten auseinandergesetzt und diese gegenübergestellt.

In der BRD wurden bis heute 14 zur Stromproduktion genutzte Atomkraftwerke stillgelegt bzw. abgerissen. Gründe für die endgültige Außerbetriebnahme waren in der Regel Nachrüstmaßnahmen, die entweder aufgrund vorgefallener Störfälle oder zur Vorbeugung von Störfällen notwendig geworden wären. Die erforderlichen Nachrüstmaßnahmen hätten zu technischen Problemen geführt und/oder hohe Kosten verursacht. Für die Stillegung der Atomkraftwerke wurden als Konzept entweder der "Schnelle Abriß" oder der "Sichere Einschluß" gewählt. Das nächste Atomkraftwerk (AKW), für das eine Konzeptentscheidung getroffen werden muß, ist nach gegenwärtigem Stand das AKW Mülheim-Kärlich. Dieses Kraftwerk ist aufgrund eines höchstrichterlichen Urteils wegen Fehlern im Genehmigungsverfahren (u.a. bzgl. Erdbebensicherheit) abgeschaltet.

Stillegung bis zum Abriß

Nach dem endgültigen Abschalten eines AKWs folgt zunächst die sogenannte Nachbetriebsphase. Während dieser werden zunächst alle Kernbrennstoffe (hauptsächlich bestrahlte Brennelemente) aus der Anlage entfernt, angefallene Betriebsabfälle konditioniert und soweit möglich ebenfalls abtransportiert sowie die Dekontamination von bestimmten Komponenten und Gebäudestrukturen vorgenommen. Diese Arbeiten werden im Rahmen der Betriebsgenehmigung für die Anlage durchgeführt. Auch nach Abschluß der Nachbetriebsphase handelt es sich bei dem AKW nach wie vor um eine Atomanlage. Das Gesamtaktivitätsinventar der Anlage wird zwar vor allem durch den Abtransport der bestrahlten Brennelemente reduziert (von ca. 1020 Bq auf ca. 1017 Bq), bleibt aber dennoch sehr hoch. Das heißt, während der Stillegungs- und Abrißarbeiten sind die Beschäftigten einer Strahlenbelastung ausgesetzt. Auch sind nach wie vor Störfälle mit Freisetzungen radioaktiver Stoffe möglich. Deren Auswirkungen können allerdings aufgrund des geringeren Gefährdungspotentials (kein Kernbrennstoff mehr vorhanden, bestimmte Störfallabläufe sind nicht mehr möglich usw.) nicht mehr so katastrophal sein wie bei einem in Betrieb befindlichen Reaktor.

Daher ist für die Stillegung bis zum Abriß des Reaktors ein eigenständiges atomrechtliches Genehmigungsverfahren erforderlich. Dabei werden jeweils einzelne Phasen bis hin zum Abriß des letzten Gebäudeteiles genehmigt. In der ersten an den Nachbetrieb anschließenden Stilllegungsphase wird ein Teil der aktiven Sicherheitseinrichtungen außer Betrieb genommen werden, die Systeme, Komponenten und Rohrleitungen des Reaktors entleert und gespült, weitergehende Dekontaminationsmaßnahmen von Oberflächen in Kontrollbereichen vorgenommen sowie eventuell mit dem Abriß konventionell genutzter Gebäude begonnen. Für die folgenden Stillegungsphasen wird eine Instandsetzung (Ertüchtigung) technischer Einrichtungen und eventuell auch von Gebäudestrukturen vorgenommen, deren Umfang von Zustand und Alter des Reaktors und der Komponenten abhängt. Danach können zunächst die Demontage und der Abbau von relativ gering radioaktiv belasteten Einrichtungen erfolgen und im weiteren Verlauf die Kerneinbauten aus dem Reaktordruckbehälter entfernt werden. Der Abbau der Rohre und Komponenten des Primärkreislaufes sowie Ausbau und Zerlegung des Reaktordruckbehälters bilden den Abschluß. Der letzte Akt, bevor das Gelände wieder eine "grüne Wiese" und damit zur Nutzung frei verfügbar ist, ist der Abriß der inneren Abschirmung (biologischer Schild) des Reaktors und des Reaktorgebäudes. Während der gesamten

Stillegungszeit bis einschließlich Abriß des Reaktorgebäudes werden sukzessive die entstehenden radioaktiven Abfälle gesammelt und behandelt.

Für den bisher beschriebenen generellen Ablauf von der endgültigen Abschaltung eines Reaktors bis zu seinem Abriß gibt es die zwei Konzepte "Schneller Abriß" und "Sicherer Einschluß", die einen unterschiedlichen Zeitrahmen erfordern. Mit der Bezeichnung Schneller Abriß (es wird gelegentlich auch "Sofortiger Abbau" oder "Direkter Rückbau" verwendet) soll jedoch lediglich ausgedrückt werden, daß die oben beschriebene Stillegung bis zum Abriß Schritt auf Schritt ohne konzeptbedingte Verzögerung durchgeführt wird. Wegen des nach wie vor hohen Gefährdungspotentials und der notwendigen Sorgfalt beim Ausbau und Zerlegen von Systemen und Komponenten sowie beim Abriß von Gebäudestrukturen bedarf auch dieses Vorgehenskonzept mehrerer Jahre zur Umsetzung. Insofern ist die Bezeichnung "Schneller Abriß" irreführend. Für das 1994 abgeschaltete Atomkraftwerk Würgassen wird zum Beispiel mit einem Zeitraum von 12 Jahren von der Erteilung der ersten Stilllegungsgenehmigung (1997) bis zur "Grünen Wiese" geplant.

Das Stillegungskonzept Sicherer Einschluß beinhaltet eine Phase der Unterbrechung der Arbeiten. Nach der Ertüchtigung von Systemen und Strukturen sowie dem Abbau eines Teiles von Einrichtungen mit geringem Aktivitätsinventar wird die Phase des "Sicheren Einschlusses" eingeleitet. Dazu werden Belüftung, Beleuchtung und Möglichkeiten zur Radioaktivitätsmessung im Sicherheitsbehälter (Containment) sowie eventuell einigen angrenzenden Gebäudeteilen eines Atomkraftwerkes sichergestellt und alle anderen Rohr- bzw. elektrischen Leitungen an diesen räumlichen Grenzen unterbrochen und abgedichtet. Gleichfalls werden mit Ausnahme eines Zuganges alle anderen Öffnungen zugemauert, -betoniert oder verschweißt. Damit entsteht (sofern die Gebäudestruktur dafür geeignet ist) ein relativ leicht zu überwachender, dicht verschlossener Bereich, der "Sichere Einschluß". "Sicher" muß allerdings in dem Sinne relativiert werden, daß auch hier Störfälle denkbar sind, die zu Freisetzungen führen können. In ihm können auch die bis zu diesem Zeitpunkt bei den Stillegungsarbeiten angefallenen Abfälle zwischengelagert werden. Außerhalb des "Sicheren Einschlusses" können die Arbeiten an aus dem Zuständigkeitsbereich des Atomgesetzes entlassenen Gebäuden fortgesetzt werden. In der BRD war für die Phase "Sicherer Einschluß" in der Vergangenheit ein Zeitraum von etwa 30 Jahren vorgesehen. International sind Zeiten bis zu 100 Jahren Planungsgrundlage.

Vergleich der Stillegungskonzepte

Das Aktivitätsinventar eines Atomkraftwerkes, das abgeschaltet ist und aus dem die Brennstoffe sowie radioaktiv belastete Flüssigkeiten entfernt sind, ist im wesentlichen in den Materialien von Komponenten, Teilen und Gebäudestrukturen enthalten (durch die radioaktive Strahlung während des Reaktorbetriebes aktivierte Bestandteile des Materials) oder an sie gebunden (während des Reaktorbetriebes freigesetzte radioaktive Stoffe, die sich an Oberflächen abgelagert haben). Das Aktivitätsinventar besteht aus einem großen Spektrum von Radionukliden aller drei Strahlungsarten (a-, b-, g-Strahlung) mit sehr unterschiedlichen Halbwertszeiten. In bezug auf die Frage nach dem sinnvollsten Stillegungskonzept sind vor allem die Radionuklide mit Halbwertszeiten bis zu wenigen Zehnerjahren relevant. Für die aktivierten und kontaminierten Komponenten sind dies vor allem Co-60, Cs-137 sowie FE-55 und für den aktivierten Beton z.B. Ba-133, Eu-152/154, Co-60 und Cs-134.

Die Radionuklide erzeugen auf mehreren Pfaden Strahlenbelastungen für auf dem Atomkraftwerksgelände arbeitendes Personal und/oder die Bevölkerung. Bei den Demontage-, Zerlege- und Abrißarbeiten werden Radionuklide freigesetzt, die die Aktivität in der Gebäudeatmosphäre erhöhen, aber auch - trotz Filter - luftgetragen oder über Abwasser zu einem gewissen Prozentsatz in die Umgebung gelangen. Gleiches gilt für Störfälle während der Stillegungsarbeiten, wobei in diesem Fall die Freisetzungsmengen erheblich größer sind. Wie hoch die Strahlenbelastungen durch Freisetzung von Radionukliden sind, hängt von der Aktivität ab, die zur Freisetzung zur Verfügung steht. Bei Abbau und Zerlegung von Komponenten und Anlagenteilen sowie beim Abriß von Gebäudestrukturen tritt für das Personal auch eine radioaktive Belastung durch Direktstrahlung auf. Sie wird vor allem durch relativ kurzlebige g-Strahler und das Isotop Fe-55 verursacht. Bei den Arbeiten fällt eine große Zahl von Abfallgebinden an. Da diese gelagert und transportiert werden müssen, kann auch die Bevölkerung außerhalb des Anlagengeländes betroffen sein.

Eine Strahlenbelastung über die aufgeführten Pfade während der Stillegung für den Normalbetrieb ist grundsätzlich nicht zu vermeiden. Eine wesentliche Einflußgröße für deren Höhe ist der Zeitpunkt, zu dem bestimmte Arbeiten und Transporte durchgeführt werden. Durch die physikalische Halbwertzeit der

Radionuklide wird die Aktivität mit zunehmender Zeitdauer ab dem Abschaltzeitpunkt des Reaktors geringer. Dies gilt insbesondere für die oben genannten Radionuklide mit relativ kurzen Halbwertszeiten. Das Stillegungskonzept mit "Sicherem Einschluß" bewirkt bei sonst gleichen Randbedingungen also eine geringere Strahlenbelastung. Die Kollektivdosis für das Personal wird in einer deutschen Studie zur Stillegung von Atomkraftwerken (1994) bei einem "Sicheren Einschluß" um den Faktor 1,5 niedriger angegeben. In einer US-amerikanischen Studie von 1988 wird abgeschätzt, daß die Kollektivdosisbelastung bei einem "Schnellen Abriß" für das Personal knapp 4mal und für die Bevölkerung etwa 7mal so hoch ist wie bei Abriß nach einem "Sicheren Einschluß" über 30 Jahre. Die Wahrscheinlichkeit für Aktivitätsfreisetzungen nach Störfällen, die oberhalb zulässiger Werte liegen, ist für den "Schnellen Abriß" nach Untersuchungen für bundesdeutsche Reaktoren etwa um den Faktor 5 häufiger.

Für die Entscheidung über das Stillegungskonzept sind eine Reihe technischer Aspekte zu beachten. Der Betonzustand von Gebäudestrukturen ist hier von wesentlicher Bedeutung. Durch Alterung des Betons kann dessen Belastungsfähigkeit verringert sein oder können Risse auftreten. Kontaminiertes Wasser könnte in den Boden unter dem Baugrund sickern und langfristig das Grundwasser belasten. Ist ein eindeutiger Befund gegeben und mit angemessenem Aufwand keine Abhilfe zu schaffen, ist ein zügiger Abbau der Anlage zu empfehlen. Ist jedoch kein Befund vorhanden, sondern besteht "nur" die Gefahr für entsprechende Schäden, so kann ein "Sicherer Einschluß" herbeigeführt werden und eine intensive Überwachung veranlaßt werden. Ggf. kann der weitere Abbau jederzeit wiederaufgenommen werden. Konkrete Probleme mit Betonstrukturen, die einen "Sicheren Einschluß" nicht erlauben, sind der Literatur bisher allerdings nicht zu entnehmen. Gelegentlich wird auch angeführt, daß für den "Sicheren Einschluß" eine Nachrüstung von Anlagenteilen und Gebäudestrukturen erforderlich ist. Dieses Argument trifft nur zum Teil zu, da bei älteren Anlagen auch für den "Schnellen Abriß" Nachrüstmaßnahmen erforderlich sind.

Ein Argument für den "Schnellen Abriß" könnte der Erfahrungsgewinn und die dadurch mögliche Weiterentwicklung der Technologie sein. In den letzten Jahren sind zum Beispiel Fortschritte auf den Gebieten der Fernhantierungstechnik und der Unterwasserzerlegung von Komponenten erreicht worden, die zu einer Verringerung der Strahlenbelastung des Personals führen können. Diese Entwicklungen finden jedoch außerhalb von Atomanlagen statt und müssen dann allenfalls in einzelnen Modellprojekten qualifiziert werden. Als Begründung für eine grundsätzliche Konzeptentscheidung gegen den "Sicheren Einschluß" ist dies nicht geeignet.

Untersuchungen zu den bei den beiden Stillegungskonzepten anfallenden Abfallmengen haben immer ein geringeres Aufkommen für den "Sicheren Einschluß" ergeben. Aufgrund der Aktivitätsverteilung in stillgelegten Atomkraftwerken fällt der Vorteil mit ca. 5% geringeren Mengen allerdings sehr gering aus. Auf jeden Fall sind pro Kraftwerk mehrere 1.000 t radioaktiver Abfälle (genaue Menge hängt vom Reaktortyp ab) zu behandeln und endzulagern. Werden mehrere Atomkraftwerke gleichzeitig stillgelegt - das ist bei der Altersstruktur in der BRD unabhängig von der weiteren Atomenergienutzung der Fall - so ergäben sich bei einem Stillegungskonzept mit "Schnellem Abriß" logistische Probleme in externen Anlagen (Zwischenlager, Konditionierungsanlagen, Endlager).

In bezug auf die Personalsituation für das Atomkraftwerk wird von Betreiberseite in letzter Zeit vor allem mit zwei Argumenten gegen den "Sicheren Einschluß" Position bezogen. Es wird darauf verwiesen, daß nach 30 Jahren kein anlagenkundiges Personal mehr zur Verfügung steht. Dies wird in vielen Fällen zutreffen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß dies auch bei "Schnellem Abriß" eintreten kann. Die Arbeiten, für die anlagenkundiges Personal vor allem hilfreich sein kann, beginnen nach ca. acht Jahren. Bei den gefragten Beschäftigten handelt es sich um Ingenieure und Techniker der mittleren Führungsebene, also hochqualifiziertes Personal. Gerade diese Personengruppe wird aber, wenn keine mittelfristige Beschäftigungsmöglichkeit mehr existiert, vom Zeitpunkt der Abschaltung an eine andere Arbeitsstelle suchen. In beiden Fällen müssen die Arbeiten also hauptsächlich aufgrund der Dokumentation vorgenommen werden. Die Dokumentation muß beim Genehmigungsantrag für die Stillegung vorgelegt werden und kann mit Hilfe der zu diesem Zeitpunkt noch beschäftigten Personen vorgenommen werden. Das Problem ist damit erheblich reduziert.

Als zweites Argument gegen den "Sicheren Einschluß" wird der Verlust von Arbeitsplätzen am Standort herangezogen. Bei einer Bewertung dieser Frage ist das Ergebnis sehr stark davon abhängig, welche Aspekte wie berücksichtigt werden. Für die erste Stillegungsphase von einigen Jahren ist für beide Konzepte der

Personalbedarf etwa gleich groß. Es ist also zunächst Zeit, Arbeitsplatzalternativen aufzubauen. Nach dem Erreichen des Zustandes "Sicherer Einschluß" wird allerdings weniger Personal gebraucht als bei unmittelbar fortschreitendem Abriß. Die Arbeitskräfte für den Abriß werden jedoch nach der Einschlußphase wieder gebraucht. Eine bestimmte Zahl von Arbeitsplätzen wird durch einen "Sicheren Einschluß" über einen erheblich längeren Zeitraum aufrechterhalten. Unter dem Strich ist also davon auszugehen, daß die Gesamtpersonenstunden von Eintritt in die Stillegungsphase bis zur "Grünen Wiese" mit "Sicherem Einschluß" höher ist. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil der Abrißarbeiten mit Fremdpersonal durchgeführt wird. Die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze für ortsfestes Personal werden dadurch deutlich relativiert.

Für die Entscheidung über das Stillegungskonzept können auch die Kosten eine Rolle spielen. Vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebene Studien haben entweder keine Kostenunterschiede ergeben oder solche um 10-20% zugunsten des "Sicheren Einschlusses". Die Kostenhöhe kann also - wenn überhaupt - nur ein Hilfsargument bei der Konzeptentscheidung sein und spricht eher für den "Sicheren Einschluß". Zusätzlich sind auch extern entstehende Kosten zu berücksichtigen. Steht zum Beispiel zum Zeitpunkt des Abrisses kein Endlager zur Verfügung, in das die Abfälle direkt gebracht werden können, muß der Bau von Zwischenlagern finanziert werden, und es fallen zusätzliche Lagerkosten an.

In einer Kalkulation ist jedoch nicht nur die absolute Höhe der Gesamtkosten von Bedeutung, sondern auch, wann sie anfallen. Hier bietet das Konzept mit "Sicherem Einschluß" die Möglichkeit einer zeitlichen Verlagerung des größten Teils der Investition für die Stillegung. Dies wird finanztechnisch allgemein als Vorteil angesehen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für das zu verfolgende Stillegungskonzept ist die Kompatibilität mit der Entsorgungsstrategie für den Atommüll überhaupt. Der Vorteil für den "Schnellen Abriß" ist die Kenntnis der genauen Abfallmengen zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Als schwerwiegender Nachteil muß allerdings angesehen werden, wenn während der Abrißarbeiten kein Endlager zur Verfügung steht, in das die Abfälle verbracht werden können. Zum einen stehen erst nach genauer Festlegung des Endlagerungskonzeptes die Bedingungen fest, die an eine Konditionierung der Abfälle zu stellen sind. Zum anderen müßten zunächst Zwischenlager errichtet werden, in die die Abfälle gebracht werden können, um von dort später ins Endlager zu kommen. Bei "Sicherem Einschluß" ließe sich der größte Teil der Abfälle direkt nach ihrer Entstehung endlagerfähig verpacken und direkt zum Endlager transportieren und einlagern. Zu einer "Entsorgungs"strategie, die auf eine wissenschaftlich fundierte Standortsuche sowie eine Eignungsüberprüfung des Endlagerstandortes mit festgelegten Kriterien setzt und bis zum Erreichen der Endlagerinbetriebnahme einen dezentralen Umgang mit allen radioaktiven Abfällen (Konditionierung und Zwischenlagerung) vorsieht, paßt nur ein Stillegungskonzept mit "Sicherem Einschluß". Das Konzept mit "Schnellem Abriß" ist aus Sicht einer Gesamtentsorgungsstrategie nur sinnvoll, wenn ein Endlager bereits zur Verfügung steht. Nach gegenwärtigem Stand ist mit der Festlegung eines Endlagerungskonzeptes erst mittelfristig und mit der Inbetriebnahme eines Endlagers nur langfristig zu rechnen.

Allgemeine politische Probleme stellen vor allem die Nachnutzung des Standortes und die Akzeptanz der Gesellschaft für das Stillegungskonzept dar. Bei einem "Sicheren Einschluß" steht der Standort über einen längeren Zeitraum nicht für andere Nutzungen zur Verfügung. Wie hoch der Stellenwert einer möglichst schnellen Nachnutzung einzuordnen ist, hängt generell vom Einzelfall ab. Die Frage stellt sich allerdings nicht, wenn sich die dezentrale Zwischenlagerung der Brennelemente durchsetzt. Für diesen Fall sind die meisten Standorte für die nächsten 30 - 40 Jahre ohnehin kaum anders nutzbar.

Inwieweit ein im "Sicheren Einschluß" befindlicher Reaktor in der Öffentlichkeit als lästige Altlast angesehen und ob diese Einschätzung bezüglich des Standortes durch das Verschwinden der Gebäude verringert wird, ist schwer zu bewerten. Der Makel des Atomkraftwerksstandortes wird eher auch so erhalten bleiben. Auch diese Frage löst sich von selbst, wenn sich die dezentrale Zwischenlagerung von Brennelementen durchsetzt. Bei "Schnellem Abriß" wird nach gegenwärtigem Stand bis zum Abrißzeitpunkt der meisten heute in Betrieb befindlichen Reaktoren kein Endlager zur Verfügung stehen. Das heißt, es müßten Zwischenlagerkapazitäten geschaffen werden. Egal wo, würde dies ebenfalls auf Akzeptanzprobleme treffen.

Einschließen

Weltweit wird gegenwärtig überwiegend das Stillegungskonzept mit "Sicherem Einschluß" bevorzugt. Dies galt lange Zeit auch für die Bundesrepublik. Der in letzter Zeit zunehmende "Schnelle Abriß" von Atomkraftwerken in der BRD hat unter bestimmten Randbedingungen stattgefunden, die in Zukunft z.T. nicht mehr gegeben sein werden. Zu nennen sind hier das relativ geringe Aktivitätsinventar einiger Anlagen, die Verfügbarkeit des Endlagers in Morsleben, die geplante Inbetriebnahme von Konrad etwa zum Jahr 2000, Demonstrationsvorhaben zur Erprobung von Techniken, Förderungsprogramme des Bundes, fehlendes Containment und sonstige Gebäudestrukturen in den DDR-Reaktoren. Insofern muß auch hier für die künftig abzuschaltenden Reaktoren eine grundsätzliche Konzeptentscheidung getroffen werden. Sollte es zu einer Vereinbarung über die Atomenergienutzung in der Bundesrepublik kommen, wäre es sinnvoll, diese Konzeptentscheidung im Rahmen der dort festgelegten "Entsorgungs"strategie zu treffen.

Die Aspekte Technologieentwicklung, Abfallmengen, Personalsituation, Kosten und öffentliche Akzeptanz können jeweils keine entscheidenden Kriterien für die Wahl des Stillegungskonzeptes sein. Bei einer Bewertung sind gegenwärtig für alle diese Aspekte geringe Vorteile für den "Sicheren Einschluß" festzustellen. Auch die Strahlenbelastung von Personal und Bevölkerung ist für den "Sicheren Einschluß" eher geringer. Dieser Vorteil würde deutlicher ausfallen, wenn die Einschlußzeit über 30 Jahre hinaus verlängert würde.

Neben der Strahlenbelastung bleiben als relevanteste Entscheidungskriterien die Fragen "wie sicher ist der Einschluß?" und "wie paßt das Stillegungskonzept in eine Gesamtentsorgungsstrategie?". Die erste Frage, bei der es vor allem um die Integrität des Betons in den Gebäudestrukturen geht, ist nur durch eine Einzelfallprüfung zu beantworten. Dabei sollte berücksichtigt werden, daß für den Fall eines konkreten Befundes ein "Sicherer Einschluß" jederzeit wieder aufgehoben und der Abbau zügig fortgeführt werden kann. Bezüglich der Gesamtentsorgungsstrategie muß vor allem berücksichtigt werden, zu welchem Zeitpunkt ein Endlager zu Verfügung steht, in das die Abfälle mehr oder weniger direkt nach ihrem Anfall verbracht werden können. Ist ein solches Vorgehen möglich, hat dies eine Reihe positiver Auswirkungen. Die wichtigsten sind die Minimierung von Strahlenbelastungen für Personal und Bevölkerung durch Umgang (einschließlich Transporte) mit den Abfällen und die nicht notwendige Einrichtung von Zwischenlagerkapazitäten.

Unter Abwägung aller Aspekte ist für die BRD als grundsätzliches Stillegungskonzept der "Sichere Einschluß" zu empfehlen. In Einzelfällen kann hiervon abgewichen werden, insbesondere wenn die Sicherheit des Einschlusses nicht gewährleistet werden kann.

Wolfgang Neumann

22. Italiens Rückkehr auf den Balkan

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:34

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach der Niederlage des Faschismus wird auch Italien von seiner Vergangenheit eingeholt. Über den bislang letzten Krieg auf dem Balkan schreibt Luigi Pintor, der mittlerweile 73jährige Mitbegründer der kommunistischen Tageszeitung il manifesto: "Italien ist bei diesem Abenteuer in vorderster Linie dabei, nicht nur aus geographischen Gründen, sondern auch, weil es auf dem Balkan eine Geschichte hat (und keine schöne Geschichte). Es ist nicht mehr ‚nur` ein Flugzeugträger, und manch einer seiner Minister exponiert sich mit Gedankenspielen über einen Einsatz von Bodentruppen. Das ist nicht das faschistische Italien, es ist das republikanische Italien: Dies ist die historische Entwicklung, die wir uns nicht vorstellen konnten."

Die seit 1941 in Jugoslawien begangenen Kriegsverbrechen, vor allem gegen Serben und Juden, werden zu Recht mit dem Vernichtungskrieg der Deutschen Wehrmacht verbunden. (vgl. Artikel in dieser ak-Ausgabe) An ihrer Seite aber kämpften auch italienische Soldaten, machte sich General Roatta als Schlächter der Partisanen einen Namen, der bis heute nicht vergessen ist. Der überstürzte und improvisierte deutsche Überfall auf Jugoslawien war - zu diesem Zeitpunkt - mittelbar sogar die Folge von "Eigenmächtigkeiten" des Stahlpakt-Partners Italien: Mussolini, der sich mit Hitler auf Gedeih und Verderb verbunden hatte, meinte, an dessen Seite Eroberungen machen zu können. Voraussetzung für italienische Expansion aber sei, daß man nach dem Sieg am Verhandlungstisch "eine Handvoll Tote" vorzuweisen habe. Als die im Oktober 1940 begonnene italienische Balkan-Offensive wenig später ins Stocken geriet, entschloß sich Hitler zum Eingreifen. Mit den bekannten Folgen: Bei den am 6. April ohne Kriegserklärung begonnenen Luftangriffen auf Belgrad starben mehr Menschen als bei den vorangegangenen Bombardierungen von Warschau, Coventry und Rotterdam zusammen.

Wie in Deutschland ist auch in Italien die historische Schuld des eigenen Landes ein Minderheitenthema. Die Mitte-Links-Regierung unter dem Ex-Kommunisten Massimo D'Alema (Linksdemokraten - DS) zog ohne Zögern mit in den Krieg - aus den bekannten "humanitären" Gründen und offenbar in dem ehrlichen Glauben, in wenigen Tagen in Serbien für "Ordnung" sorgen zu können. Schon unmittelbar nach Beginn der Bombenangriffe meinte D'Alema Anzeichen für ein Einlenken Serbiens auszumachen - eine peinliche Fehleinschätzung, die seinem Ansehen im Club der starken Männer Europas und der USA sicher nicht förderlich war.

Mit Fortdauer des Krieges nehmen seine italienischen Befürworter Zuflucht zu einem eher defensiven Argument: Man habe als Mitglied der G7 und mit Rücksicht auf die NATO-Partner mitmachen müssen. Das Gebot der "Bündnistreue" um jeden Preis aber müßte nach den Erfahrungen der Jahre 1940 bis 1945 eigentlich als historisch widerlegt gelten - Unbelehrbarkeit ist, wie man sieht, keine rein deutsche Untugend.

Ziemlich vertraut klingen auch die Argumente der mitregierenden Comunisti Italiani (PdCI), die sich im Oktober vergangenen Jahres von Rifondazione Comunista (RC) abgespalten haben. (vgl. ak 419 und 420). Nach siebenstündiger Debatte beschloß die nationale Koordination der Partei am Ostersamstag, weiterhin innerhalb der kriegführenden Regierung gegen den Krieg zu sein. Stillschweigend wurde ein Ultimatum zurückgezogen: Vorübergehend hatte der PdCI seinen Verbleib in der Regierung von einem Waffenstillstand zu Ostern abhängig machen wollen. Nun erklärte PdCI-Führer Armando Cossutta: "Wir bleiben mit unseren Ministern und Staatssekretären in der Regierung, weil man, um den Frieden zu retten, konkrete Ergebnisse braucht. Um sie zu erreichen, muß man drinbleiben und der Stachel sein. Wenn wir rausgingen, würden wir Kräften Platz machen, die vollständig mit der NATO verbunden sind." Ähnlich äußerten sich die Grünen.

Der Opportunismus der Regierungslinken entlarvt sich selbst - sachlich richtig ist Cossuttas Hinweis auf bereitstehenden rechten Ersatz. Auch in dieser Hinsicht geht es in Italien ähnlich zu wie in Deutschland. Der "linken" Regierung steht eine rechte "Opposition" zur Seite, die von sich aus Burgfrieden hält und allenfalls die Widersprüche im Lager des politischen Gegners zu vertiefen sucht. Cossuttas machtlose Regierungskommunisten ernten vor allem Spott. Der Sprecher der neofaschistischen Senatoren, Giulio Maceratini, kommentierte Cossuttas Oster-"Ultimatum" mit dem leider zutreffenden Satz: "Der einzige Oster-Waffenstillstand ist der zwischen Cossutta und D'Alema."

Zur selben Zeit, da die Comunisti Italiani sich zum Weitermachen entschlossen, demonstrierten in Rom mehr als 100.000 Menschen gegen den Krieg - nach Aussagen der Veranstalter die größte Friedensdemo der letzten 20 Jahre. Aufgerufen hatten neben den Kommunisten von RC diverse Friedensgruppen, Gewerkschafter und humanitäre Organisationen. Auch AnhängerInnen der Regierungsparteien (vor allem Linksdemokraten und Grüne, aber auch Mitglieder der christdemokratischen Volkspartei PPI) beteiligten sich an den Protesten. Einziger anwesender Parteisekretär war Fausto Bertinotti (Rifondazione Comunista), prominentester und immer noch mitreißender Redner Altkommunist Pietro Ingrao, heute parteilos. Er forderte die Anwesenden auf, den Protest in jedes Dorf, in die Betriebe, die Kirchen und ins Parlament zu tragen.

Eine humanitäre Aktion, die Flüchtlingshilfe der "Mission Regenbogen", geht auf die Initiative dreier weiterer "großer alter Männer" zurück: des Philosophen Norberto Bobbio und der Publizisten Indro Montanelli und Eugenio Scalfari. Auch die Regierung wendet für die Versorgung der Kosovo-Flüchtlinge beträchtliche Mittel auf. Damit soll allerdings auch verhindert werden, daß größere Massen von ihnen nach Italien kommen. Argumentiert wird, die Aufnahme der Flüchtlinge in Italien (und anderen europäischen Ländern) würde den Sieg der serbischen Vertreibungspolitik komplett machen. Hinter vorgehaltener Hand allerdings werden auch eigennützige Einwände erhoben: Die massenhafte Aufnahme von Flüchtlingen könnte die Regierungsparteien bei den bevorstehenden Europawahlen Stimmen kosten; außerdem sei, vor allem an der Adria, mit spürbaren Einbußen im Tourismus zu rechnen.

Js.

23. "Wir sind nicht bereit, Scheinalternativen zu akzeptieren." Erklärung französischer Intellektueller

Autor: Bourdieu u.a. · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:45

Wir sind nicht bereit, Scheinalternativen zu akzeptieren, die da lauten:

- Die Alternative lautet nicht, entweder die NATO-Intervention oder die reaktionäre Politik der serbischen Regierung im Kosovo zu unterstützen.

Die Bombardierungen der NATO haben zum Rückzug der OSZE-Kräfte aus dem Kosovo geführt und eine Bodenoffensive der paramilitärischen serbischen Truppen erleichtert, anstatt sie zu verhindern; sie fördern den schlimmsten Revanchismus der serbischen Ultranationalisten gegen die Bevölkerung Kosovos; sie festigen die diktatorische Macht Slobodan Milosevics, der die unabhängigen Medien mundtot macht und um sich herum einen nationalen Konsens hergestellt hat, den es im Gegenteil zu durchbrechen gilt, um den Weg zu friedlichen politischen Verhandlungen für den Kosovo zu ebnen.

- Die Alternative lautet nicht, entweder den "Friedensplan", der von den Regierungen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union vorgelegt wurde, zu akzeptieren oder Serbien zu bombardieren.

Eine dauerhafte Lösung eines politischen Konfliktes innerhalb eines Staates kann nicht von außen gewaltsam erzwungen werden. Es stimmt nicht, daß "alles versucht wurde", um eine Lösung und einen akzeptablen Verhandlungsrahmen zu finden. Die Verhandlungsführer aus dem Kosovo wurden gezwungen, einen Plan zu unterzeichnen, den sie ursprünglich abgelehnt haben, und sie wurden in dem Glauben gelassen, die NATO würde sich vor Ort engagieren, um ihre Sache zu verteidigen.

Das ist eine Lüge, die eine völlige Illusion aufrechterhält, denn keine der Regierungen, die die NATO-Angriffe unterstützen, ist gewillt, einen Krieg gegen die serbische Regierung zu führen, um die Unabhängigkeit des Kosovo durchzusetzen. Die Angriffe werden vielleicht einen Teil des serbischen Militärpotentials zerstören, aber weder die Granatwerfer aufhalten, die vor Ort die albanischen Häuser zerstören, noch die paramilitärischen Kräfte, die die Kämpfer der Befreiungsarmee des Kosovo (UCK) exekutieren. Die NATO war nicht der einzige und schon gar nicht der beste Ausgangspunkt für ein Abkommen. Man hätte im Rahmen der OSZE die Bedingungen für eine gemischtnationale (insbesondere aus Serben und Albanern zusammengesetzte) Polizei finden können, um ein Übergangsabkommen durchzusetzen. Vor allem hätte man den Verhandlungsrahmen auf die Balkanstaaten ausweiten können, die durch den Konflikt geschwächt sind: Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Albanien u.a. Man hätte gleichzeitig das Recht der Kosovaren auf Selbstverwaltung der Provinz und den Schutz der serbischen Minderheiten im Kosovo verteidigen können. Man hätte versuchen können, auf die Erwartungen und die Ängste der verschiedenen Volksgruppen zu antworten, indem die Zusammenarbeit und Abkommen zwischen den benachbarten Staaten Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Albanien u.a. angestrebt worden wären. Nichts von all dem wurde versucht.

Wir sind nicht bereit, die Argumente zu akzeptieren, die eine Legitimierung der NATO-Intervention versuchen:

- Es ist nicht wahr, daß die NATO-Angriffe das Übergreifen des Konfliktes auf die ganze Region, auf Mazedonien und Bosnien-Herzegowina verhindern, sondern sie werden es im Gegenteil beschleunigen. Sie werden Bosnien-Herzegowina schwächen und die multinationalen Truppen, die mit der Umsetzung des unsicheren Dayton-Abkommens beauftragt sind, bedrohen. Sie haben in Mazedonien bereits den Konflikt geschürt.

- Es ist nicht wahr, daß die NATO die Bevölkerung des Kosovo oder ihre Rechte schützt.

- Es ist nicht wahr, daß die Bombardierung Serbiens den Weg zu einer demokratischen serbischen Regierung ebnet.

Die Regierungen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten mögen gehofft haben, daß diese Demonstration von Stärke Slobodan Milosevic zur Unterzeichnung ihres Plans zwingen würde. Ist es ein

Beweis ihrer Naivität oder Heuchelei? Auf jeden Fall führt diese Politik nicht nur in eine politische Sackgasse, sondern legitimiert die Rolle der NATO jenseits jeden Rahmens internationaler Kontrolle.

Deshalb fordern wir:

1. Die unmittelbare Einstellung der Bombardierungen.

2. Die Organisierung einer Balkankonferenz, an der neben den Vertretern der Staaten auch Vertreter aller nationalen Gemeinschaften innerhalb dieser Staaten teilnehmen.

3. Die Verteidigung des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker, unter der einzigen Bedingung, daß dieses Recht nicht auf dem Rücken eines anderen Volks und durch ethnische Säuberungen von Gebieten verwirklicht wird.

4. Eine parlamentarische Debatte über den Platz Frankreichs in der NATO.

Pierre Bourdieu (Soziologe), Pauline Boutron, Suzanne de Brunhoff (ÖkonomInnen), Noëlle Burgi-Golub (Politologin), Jean-Christophe Chaumeron (CGT-Finances), Thomas Coutrot (Ökonom), Daniel Bensaïd (Philosoph), Daniel Durand (Mouvement de la paix), Robin Foot (Soziologe), Ana-Maria Galano (Soziologin), Philip Golub (Journalist), Michel Husson (Ökonom), Paul Jacquin (Mediziner), Marcel-Francis Kahn (Mediziner), Bernard Langlois (Journalist), Ariane Lantz (Philosoph), Pierre Lantz (Soziologe), Florence Lefresne, Catherine Lévy (SoziologInnen) , Jean-Philippe Milésy, Patrick Mony, Aline Pailler (Europaabgeordnete), Catherine Samary (Ökonomin), Rolande Trempé (Historikerin), Pierre Vidal-Naquet (Historiker).

24. Menschenrechte zählen nicht. Ob schwarz-gelb oder rot-grün: Flüchtlinge werden rausgedrängt

Autor: Georg Classen · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:20

Mit dem "Asylkompromiß" wurde im Mai 1993 das Grundrecht auf Asyl für diejenigen abgeschafft, die Deutschland nur auf dem Landweg erreichen können. Die Gesetzesänderung war die Reaktion einer großen Koalition aus CDU, CSU, FDP und SPD auf eine steigende Zahl von asylsuchenden Flüchtlingen einerseits und auf die pogromartigen Ausschreitungen und Brandanschläge gegen Flüchtlinge andererseits. Als Gegenleistung (das Ganze war ja ein "Kompromiß") war ein eigenständiger Aufenthaltsstatus für Kriegsflüchtlinge vereinbart, der mit einer Arbeitserlaubnis verbunden sein sollte. Erforderliche Sozialhilfekosten sollte gegebenenfalls der Bund tragen. Obwohl im Ausländergesetz geregelt, wurde dieser Status in der Praxis nie angewandt - weder auf bosnische Kriegsflüchtlinge noch auf Flüchtlinge aus dem Kosovo, aus Afghanistan, Angola, Somalia, Eritrea oder sonstwoher - in der Praxis erhalten die betroffenen Kriegsflüchtlinge in der Regel nur "Duldungen" (= "Aussetzung der Abschiebung" für jeweils drei bis sechs Monate), teils auch nur "Grenzübertrittsbescheinigungen", meist mit einem (durch den Arbeitsmarktvorrang Deutscher und bevorrechtigter AusländerInnen zumindest faktischen) Arbeitsverbot verbunden. Die Folge dieses Arbeitsverbotes ist, daß die Flüchtlinge auf staatliche Fürsorgeleistungen angewiesen sind. Mangels Arbeit ist auch kein Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung möglich, so daß auch die Krankenhilfe vom Sozialamt erbracht werden muß.

Bestandteil des "Asylkompromisses" war auch das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), mit dem die Fürsorgeleistungen für Flüchtlinge seit November 1993 in einem Sondergesetz außerhalb des Bundessozialhilfegesetzes geregelt werden. Dieses Gesetz sah in der Fassung von 1993 vor, daß Asylsuchende im ersten Jahr des Asylverfahrens im Vergleich zur Sozialhilfe deutlich weniger Leistungen erhalten, daß sie vorrangig mit Sachleistungen versorgt werden sollen und nur eine eingeschränkte medizinische Versorgung genießen. Asylsuchende mit mehr als einem Jahr Verfahrensdauer sowie geduldete AusländerInnen erhielten danach ungekürzte Leistungen, deren Form und Höhe den Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz entsprach.

Viele Bundesländer, darunter Bayern, Baden-Württemberg, alle neuen Bundesländer und teilweise auch Nordrhein-Westfalen weiteten die seinerzeit nur für Asylsuchende im ersten Jahr vorgesehenen Einschränkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes jedoch rechtswidrig auf alle Asylsuchenden aus. Diese rechtswidrige Praxis konnte in den meisten der genannten Länder mittels Klagen der betroffenen Flüchtlinge bei den Verwaltungsgerichten gestoppt werden. Eine weitere Form der rechtswidrigen Leistungseinschränkung war die Verweigerung der gesetzlich möglichen Mietkostenübernahme für eine Wohnung selbst dann, wenn durch die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft erhebliche Mehrkosten verursacht wurden. Vor allem in Niedersachsen haben Flüchtlinge hiergegen erfolgreich vor Gericht geklagt.

Die Reaktion der beklagten Länder war, über den Bundesrat eine Gesetzesverschärfung zu betreiben, um die bislang rechtswidrig praktizierten Leistungseinschränkungen zu legalisieren. Als "Hardliner" taten sich dabei neben Bayern und Baden-Württemberg besonders die SPD-Länder Niedersachsen und Brandenburg hervor. Nach zweijährigen Verhandlungen im Vermittlungsausschuß wurde zum Juni 1997 in einem neuerlichen "Kompromiß" das AsylbLG dahingehend verschärft, daß von nun an die Leistungseinschränkungen für alle Flüchtlinge drei Jahre lang gelten sollten. Die Dreijahresfrist für die Leistungseinschränkungen gilt jedoch nicht ab Einreise, sondern für alle derzeit hier lebenden Leistungsberechtigten ab Inkrafttreten der Gesetzesänderung - unabhängig davon, wie lange sie schon hier leben. Diese zusätzliche Verschärfung der Dreijahresfrist hatte das Land Berlin im Vermittlungsausschuß einen Tag vor der endgültigen Verabschiedung der Gesetzesverschärfung im Bundestag eingebracht. Keine der RednerInnen in der Parlamentsdebatte ging auf diese zusätzliche Verschärfung ein. Damit erhalten auch Asylsuchende, die schon fünf Jahre oder noch länger hier leben, vom Juni 1997 bis zum Juni 2000 abgesenkte (Sach)leistungen.

Kein Geld

Mit der ersten AsylbLG-Novelle wurde zugleich der gesetzliche Vorrang für Sachleistungen gelockert, um den Ländern die politische Möglichkeit zu geben, über die Gewährung (gekürzter) Geldleistungen oder die Mietkostenübernahme zu entscheiden, ohne den betroffenen Flüchtlingen hierauf einen einklagbaren Rechtsanspruch einzuräumen. Während Sachsen-Anhalt und viele Landkreise in Schleswig-Holstein dies nutzten, um von Sach- auf Geldleistungen umzustellen, verschärfte das Berliner Landessozialamt seine Praxis und führte für die etwa 2.500 Asylsuchenden in Berlin eine Versorgung mittels Sonderläden ein. Nach Protesten wurden statt dessen Chipkarten eingeführt. Die meisten Bezirkssozialämter, wo die etwa 30.000 in Berlin geduldeten Flüchtlinge Leistungen erhalten, gewähren bislang noch Bargeld.

Ausnahmslos alle Berliner Bezirke verweigern seit Juni 1997 die Mietkostenübernahme für unter das AsylbLG fallende Flüchtlinge. Für eine vorhandene Wohnung werden zwar weiterhin die Mietkosten übernommen, aber niemand darf in eine andere Wohnung umziehen oder aus einer Gemeinschaftsunterkunft in eine Wohnung wechseln. Mit dem gesetzlichen "Vorrang für Sachleistungen" wird begründet, daß das Sozialamt dem Heimbetreiber für die Unterkunft einer Familie mit drei Kindern in einem Zimmer in einer Gemeinschaftsunterkunft ohne Verpflegung in Berlin etwa 3.500 DM monatlich bezahlt, der gleichen Familie aber regelmäßig verbietet, eine Zweizimmerwohnung zum Preis von 900 DM warm anzumieten. Die jährlichen Kosten für dieses bei allen Berliner Sozialämtern im Bereich der Unterbringung hartnäckig praktizierte Sachleistungs- bzw. besser gesagt Abschreckungsprinzip dürften einen mindestens zweistelligen Millionenbetrag erreichen. Insgesamt gibt Berlin etwa 500 Millionen DM im Jahr für Leistungen nach dem AsylbLG aus, wovon etwa 2/3 auf die Kosten der Gemeinschaftsunterkünfte (ohne Verpflegung) entfallen dürften.

Nachdem das Bundesverwaltungsgericht im September 1997 in einer Grundsatzentscheidung Ausländern, die in absehbarer Zeit nicht abgeschoben werden können, den Anspruch auf Erteilung einer "Duldung" zuspricht und die Berliner Praxis der Ausstellung von "Grenzübertrittsbescheinigungen" als rechtswidrig verurteilt, werden in Berlin weitere Rufe nach einer Verschärfung der geltenden Gesetze laut. So will die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John künftig verhindern, daß AusländerInnen "Duldungen und Sozialhilfe erhalten", solange sie aufgrund der fehlenden Aufnahmebereitschaft ihrer Herkunftsländer nicht abgeschoben werden können. Aufgrund der Initiativen Johns legt Berlin im September 1997 im Bundesrat einen Entwurf zu einer Änderung des AsylbLG vor. Bayern, Baden-Württemberg und insbesondere Niedersachsen bringen weitere Verschärfungen ein. Im März 1998 wird im Bundestag in erster Lesung ein Gesetzentwurf verabschiedet, der für mindestens 250.000 geduldete Flüchtlinge, darunter praktisch alle geduldeten bosnischen Kriegsflüchtlinge, die Streichung sämtlicher Hilfen nach dem AsylbLG bedeuten würde. Daraufhin bricht bei Flüchtlingsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen eine Welle des Protestes gegen das geplante "Aushungern und obdachlos Aussetzen" los, mit deren Hilfe die schlimmste Variante verhindert werden kann.

Gesetz wird schließlich eine in einem neuen "§1a AsylbLG - Leistungseinschränkung" festgeschriebene Mißbrauchsregelung, die zum September 1998 in Kraft getreten ist (vgl. ak 416 und ak 420) und in zwei Fällen eine Leistungseinschränkung "auf das im Einzelfall Unabweisbare" vorsieht:

- Die Leistungseinschränkung gilt zum einen für Flüchtlinge, denen unterstellt wird, sie seien seinerzeit (auch vor Inkrafttreten der Gesetzesänderung!) nur deshalb nach Deutschland eingereist, um hier auf Kosten der Sozialhilfe bzw. des AsylbLG zu leben.

- Zum anderen betrifft die Leistungseinschränkung Flüchtlinge, die verdächtigt werden, daß sie durch ihr Handeln (z.B. "Verschleierung ihrer Identität" oder "fehlende Mitwirkung bei der Paßbeschaffung") ihre an sich mögliche und auch rechtlich zulässige Abschiebung verhindern wollen.

Wie aber kann der ohnehin schon erheblich gegenüber der Sozialhilfe abgesenkte Leistungsumfang noch weiter eingeschränkt werden? Die Gesetzesbegründung sowie die Ausführungsbestimmungen einiger Bundesländer (z.B. Bayern, Brandenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein, Saarland) sehen vor, im Falle einer Leistungseinschränkung das Taschengeld zu kürzen oder zu streichen. Aus Gründen des verfassungsrechtlich zu gewährleistenden Existenzminimums und des Rechts auf Leben und Menschenwürde ist nach Auffassung dieser Bundesländer die Gewährung von Unterkunft, Ernährung, Kleidung, Hygiene und von medizinischer Versorgung "stets unabweisbar geboten".

Keine Unterkunft

Berlin steht in der Härte seiner Praxis bundesweit einzig da. Bei neu ankommenden Kriegsflüchtlingen aus dem Kosovo scheint die Verweigerung sämtlicher Hilfen eher die Regel als die Ausnahme zu sein. Allenfalls Unterkunft wird - längst nicht in allen Fällen - gewährt, es gibt meist keine Kleidung, keine Hygieneartikel, keinen Pfennig Bargeld, keine Fahrscheine für die BVG, vielfach nichts zu essen und keine Krankenscheine. Die Flüchtlinge werden ausgehungert, obdachlos ausgesetzt, und ärztliche Versorgung wird verweigert. Sie werden durch den Entzug jeglichen Bargeldes gezwungen, mit der BVG schwarz zu fahren - schon um zur Ausländerbehörde, zum häufig am anderen Ende der Stadt gelegenen zuständigen Sozialamt oder zu einer Beratungsstelle zu gelangen. Zahlungsaufforderungen der BVG sowie Strafbefehle häufen sich. Die Flüchtlinge werden so kriminalisiert - damit schafft man Gründe für eine Abschiebung.

Viele Sozialämter unterstellen Kriegsflüchtlingen aus dem Kosovo generell, sie seien nur wegen der Sozialhilfe nach Deutschland gekommen. Zum Beweis wird angeführt, sie hätten ja in einem auf der Reise nach Deutschland durchquerten Land bleiben können. Diese Argumentation wurde nunmehr vom Oberverwaltungsgericht Berlin als unzulässig zurückgewiesen, da sie im Ergebnis eine vom Gesetzgeber nicht gewollte Drittstaatenregelung für geduldete Kriegsflüchtlinge wäre, die z.B. einen Leistungsausschluß auch aller auf dem Landweg eingereisten bosnischen Flüchtlinge bedeuten würde. Die Senatssozialverwaltung erklärte hierzu allerdings, der Beschluß sei eine "Einzelfallentscheidung", und eine Änderung der Praxis der Sozialämter sei nicht erforderlich.

Die zweite Möglichkeit, Leistungen nach §1a AsylbLG einzuschränken, wird von den Behörden wie im folgenden Fall genutzt: Wenn etwa Kosovo-Kriegsflüchtlinge keinen Paß, sondern nur einen Personalausweis besitzen, wird ihnen unterstellt, sie würden ihre Identität verschleiern, da dieses Dokument nicht fälschungssicher sei und somit gefälscht sein könne. Die Ausländerbehörde stempelt deshalb - trotz erkennungsdienstlicher Behandlung und obwohl im konkreten Fall gar keine Anhaltspunkte für eine Fälschung vorliegen - "Identität ungeklärt" in die Duldung. Das Sozialamt schickt dann die Flüchtlinge zur jugoslawischen Botschaft, um als Identitätsnachweis einen Paß zu beantragen - und streicht so lange alle Leistungen. Die Botschaft stellt Flüchtlingen aber keine Pässe, sondern lediglich ein Paßersatzpapier zur einmaligen Einreise in die BR Jugoslawien aus. Und sie nimmt Anträge nur gegen Vorlage des Original-Personalausweises entgegen. Die Ausweise gibt die Ausländerbehörde aber nicht heraus, um im Falle einer Abschiebung gegebenenfalls selbst den Antrag auf den Paßersatz bei der Botschaft stellen zu können.

Das Berliner Verwaltungsgericht verlangte in einem solchen Fall, daß der Flüchtling bei der Botschaft eine beglaubigte Kopie des Personalausweises vorlegen solle, um so den Paß beantragen zu können. Die Botschaft akzeptiert aber keine beglaubigten Kopien. So war der betroffene Flüchtling über zwanzigmal bei der Botschaft und erhält dennoch seit mehr als vier Monaten vom Sozialamt Wedding für sich, seine Frau und zwei Kinder nichts zu essen, keine Krankenscheine, keine BVG-Fahrscheine und keinen Pfennig Bargeld!

Kein Krankenschein

Die Verweigerung von Krankenscheinen für Flüchtlinge ist die Regel. Viele SachbearbeiterInnen erklären dem Flüchtling, der mit akuten Krankheitssymptomen und Schmerzen um Krankenscheine bittet, "das interessiert uns nicht!" Gegenüber dem Verwaltungsgericht führte etwa das Sozialamt Wedding zur Verweigerung der Krankenscheine aus: "Zwecks Gewährung von Krankenhilfe ist die Vorlage eines Attestes eines niedergelassenen Arztes unter Angabe der akuten Erkrankung erforderlich." Wie die Flüchtlinge sich ohne einen Pfennig Bargeld und ohne Krankenschein solche Atteste beschaffen sollen, bleibt offen. Inzwischen mußte eine betroffene Mutter blutspuckend ins Krankenhaus eingewiesen werden; dort wurde eine schwere bakterielle Infektion diagnostiziert. Auch ihr Kind wird inzwischen wegen einer Lungeninfektion stationär behandelt.

Die Rechtsstelle des Sozialamtes Prenzlauer Berg erklärte gegenüber dem Verwaltungsgericht zur Verweigerung von Krankenscheinen, daß die "behaupteten Schmerzzustände unglaubwürdig" seien, da "jedes Krankenhaus akute Erkrankungen behandeln würde". Das Verwaltungsgericht hat diese Entscheidung in zwei Instanzen als von §1a AsylbLG gedeckt bestätigt: "Die behaupteten Zahn- und Augenschmerzen hat der Antragsteller nicht glaubhaft gemacht. Es ist auch weder dargelegt noch sonst ersichtlich, daß insoweit ein unaufschiebbarer Behandlungsbedarf besteht." Auf welche Weise der Flüchtling seine Schmerzen, deren

Diagnose er nicht kennt, und wie er deren akuten Behandlungsbedarf näher glaubhaft machen bzw. darlegen soll, ohne die Möglichkeit zu haben, zum Arzt zu gehen, bleibt allein das Geheimnis der VerwaltungsrichterInnen. Eine 63jährige Kosovo-Albanerin, die vom Sozialamt Steglitz nur Unterkunft ohne Verpflegung erhält, hat mit dem geliehenen Taschengeld anderer Flüchtlinge einen Arzt aufgesucht und dort 39 DM bezahlt. Die Ärztin hat ihr eine behandlungsbedürftige akute Gastritis bescheinigt. Beim Sozialamt erklärte man ihr, solange der Eilantrag auf Leistungen beim Verwaltungsgericht nicht zu ihren Gunsten entschieden sei, dürfe sie beim Sozialamt nicht mehr erscheinen und bekäme auch keine Krankenscheine.

Einem Kosovo-Flüchtling wurden vom Sozialamt Reinickendorf der Barbetrag von 80 auf 20 DM gekürzt, die Chipkarte entzogen, und er wurde in die DRK-Sammelunterkunft Streitstr. (500 Flüchtlinge) eingewiesen. Er erhält Unterkunft und Vollverpflegung, aber keine Kleidung und keine Krankenscheine. Auf dem Bauch hat er seitdem einen rotfleckigen Ausschlag unbekannter Ursache. Dennoch wurde ihm der Krankenschein verweigert. Erst nach wochenlangen Auseinandersetzungen, nachdem ein Eilantrag beim Verwaltungsgericht gestellt worden war und nachdem der Flüchtling auf Aufforderung des Sozialamtes mit einer von einer Arztpraxis ausgestellten "Terminkarte" einen Arzttermin nachweisen konnte (eine weitverbreitete Schikane der Sozialämter gegenüber Flüchtlingen), erhielt er den Krankenschein. Der Arzt diagnostizierte eine Herzerkrankung sowie eine kriegsbedingte psychische Traumatisierung. Der Ausschlag wurde als Krätze diagnostiziert, der Flüchtling erhielt die erforderlichen Medikamente. Mangels Kleidung zum Wechseln kann er die Krätze allerdings noch immer nicht behandeln. Ein - zugegebenermaßen noch harmloses - Beispiel, wie durch §1a AsylbLG vorsätzlich die Ausbreitung von Krankheiten in Massenunterkünften gefördert wird. Festzustellen ist, daß regelmäßig VerwaltungssachbearbeiterInnen der Sozialämter, JuristInnen der Rechtsstellen der Bezirksämter sowie VerwaltungsrichterInnen die Behandlung von Krankheiten verweigern, ohne daß jemals eine ÄrztIn oder AmtsärztIn die PatientIn gesehen und eine Diagnose gestellt hat.

Die Kammern des Berliner Verwaltungsgerichtes haben diese Praxis der Berliner Behörden in vielen Fällen bestätigt: Bargeld, Unterkunft, Kleidung und medizinische Versorgung können Berliner Flüchtlinge demnach nicht beanspruchen. Und für den prinzipiell möglichen Beschwerdezulassungsantrag beim Oberverwaltungsgericht besteht Anwaltszwang, so daß viele Flüchtlinge mangels Geld und vertretungsbereiter AnwältInnen gegen die Urteile der Verwaltungsgerichte keinen Einspruch einlegen können.

Im rot-grünen Koalitionsvertrag steht nichts zur endlich fälligen Umsetzung des Kriegsflüchtlingsstatus aus dem Asylkompromiß, nichts zur Aufhebung des Arbeitsverbotes für Flüchtlinge, nichts zur Umsetzung von Abschiebestoppregelungen und auch nichts zum Asylbewerberleistungsgesetz. Hört man SPD oder Bündnisgrüne über MigrantInnen reden, geht es nur um die Auseinandersetzung über das Staatsbürgerschaftsrecht. In der von der CDU-Unterschriftenkampagne angeheizten Stimmung dürfe man keine zusätzlichen Dinge fordern - etwa die Rücknahme des AsylbLG oder zumindest seiner Verschärfungen von 1997 und 1998. Diskutiert man mit grünen SpezialistInnen auf fachlicher Ebene, geht es gegebenenfalls auch noch um einige Mängel im Ausländergesetz, allenfalls um Mängel bei den sozialen Rechten anerkannter Flüchtlinge. Von Asylsuchenden, von Kriegsflüchtlingen ohne gesicherten Status, von "illegalen" bzw. illegalisierten AusländerInnen spricht bei Rot-Grün niemand mehr. Daß Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge nicht arbeiten dürfen, in Lager eingewiesen werden, mit Sachleistungen versorgt werden, mancherorts vielleicht auch gar nichts mehr erhalten, scheint gesellschaftlicher Konsens geworden zu sein - auch bei Rot-Grün. Öffentlichkeit zu schaffen ist nach unseren Erfahrungen in den letzten Monaten kaum möglich. Vielfach - etwa beim Berliner Tagesspiegel - glaubt man uns einfach nicht, daß in Berlin Kriegsflüchtlinge von den Sozialämtern ausgehungert, obdachlos ausgesetzt und kriminalisiert werden. Andere Zeitungen, wie z.B. die taz, aber auch viele Leute in der linken Szene, scheinen SORAT-Sonderläden oder Chipkarten viel schlimmer zu finden als die vollständige Verweigerung jeglicher Hilfe.

Georg Classen

Der Autor ist Flüchtlingsberater bei der Passionskirche, Schleiermacherstr. 24a, 10961 Berlin, Tel./Fax: 030 - 69 40 12 42,

E-Mail: georg.classen@berlin.de

Er arbeitet derzeit für PRO ASYL an einem Leitfaden zum AsylbLG.

Ausführliche weitere Materialien zum Thema im Internet unter http://www.proasyl.de im Verzeichnis "aktuell".

25. Antirassimus unter rot-grünen Bedingungen. Kampagne "kein mensch ist illegal" diskutierte in München

Die Kampagne kein mensch ist illegal diskutierte in München

Autor: imo · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:28

Die neue Regierung hat ihre Probezeit längst bestanden, und einige, die geglaubt hatten, es würde sich viel ändern, bedauern jetzt, es sei alles beim alten geblieben. Die Schlaueren freilich hatten sich von vorneherein nicht viel erwartet von Rot-Grün.

Auch für die Kampagne kein mensch ist illegal galt nach dem Regierungswechsel die unausgesprochene Devise "Kontinuität". War es doch bisher die Stärke der Kampagne, unabhängig vom politischen Tagesgeschehen die Konstruktion der Illegalität thematisieren zu können. Dennoch gab es Zweifel, ob man einfach so weitermachen könne wie vor dem Regierungswechsel. Auf einer Konferenz in der Münchner Kunstakademie vom 26.-28. März stellten sich Aktivisten der Kampagne nun der Frage, was sich geändert habe im Kampf für das Recht eines jeden, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will.

In Bundesländern mit rot-grüner Landesregierung hatte man schon früher die Erfahrung machen müssen, was den kleinen Unterschied zwischen grüner Oppositionsrhetorik und Regierungsräson ausmacht. In keinem wesentlichen Punkt der Flüchtlingspolitik gab es seit dem Regierungswechsel eine Verbesserung. Stattdessen gehen die Abschiebungen weiter, und die Abschiebemaschinerie wird sogar noch effektiviert.

Jetzt sind die Aktivisten der Kampagne kein mensch ist illegal bundesweit mit dem weitgehenden Verlust der ohnehin recht dürftigen Unterstützung konfrontiert. SPD und Grüne sind seit dem Regierungswechsel kaum daran interessiert, eine antirassistische Bewegung irgendwie zu unterstützen. Auch fließt jetzt tendenziell weniger Geld zur Unterstützung antirassistischer Arbeit aus den Töpfen der beiden Parteien.

Für die Informationsgewinnung über parlamentarische Anfragen sind die Flüchtlingsunterstützergruppen im Bund jetzt ganz auf die PDS angewiesen. In den westlichen Ländern kommt dieser Weg, an Information zu gelangen, allerdings mangels parlamentarischer Existenz der PDS gar nicht in Frage.

Etablierte Lobbygroups aus dem Bereich, wie z.B. Pro Asyl, betreiben zur Zeit immer noch eine abwartende Politik gegenüber der rot-grünen Bundesregierung. Sie wurden dafür auf der Konferenz in München scharf kritisiert. Doch auch Aktivisten der Kampagne kein mensch ist illegal bekommen Gesprächsangebote von offizieller Seite, und die Reaktionen darauf sind so verschieden wie die Gruppen, die diese Kampagne tragen. Einige teilen die Einschätzung der NGOs, wonach es positiv zu bewerten sei, daß Rot-Grün überhaupt gesprächsbereit sei. Man solle deshalb an "Migrationspolitischen Runden" und ähnlichem teilnehmen. Andere wiederum halten den Aufwand für überflüssig. Angesichts der Überarbeitung vieler Aktivisten, sei es nicht sinnvoll, an folgenlosen Gesprächen teilzunehmen. Die Gefahr eines Dialogs mit den Mächtigen liege im Verlust der Autonomie der Kampagne. Einigkeit bestand jedoch darin, daß man sich nicht spalten lassen wolle in gesprächsbereite "Reformisten" und aktionistische "Radikale". "Die Stärke der Kampagne", betonte ein Redner, "liegt in ihrer Vielfalt".

Nur eine Woche vor der Konferenz fand in München eine zweitägige Dauerdemonstration gegen eine Massenabschiebung nach Togo statt. Der Protest war in Zusammenarbeit der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, der Kampagne kein mensch ist illegal und der togoischen Exilopposition organisiert worden. In den Medienberichten über die Aktion wurden jedoch vor allem Landtagsabgeordnete von SPD und Grünen zitiert, die kurz anwesend waren und lediglich das "unsensible" Vorgehen der Behörden bei der Vorbereitung der Abschiebung, nicht aber die Planung einer Abschiebung als solche kritisierten.

Wenn Mitglieder von Regierungsparteien die Rolle einer Pseudoopposition einnehmen wie in diesem Fall, gibt das Anlaß zu der Frage, inwiefern von der Kampagne politische Spielräume bisher zu wenig genutzt wurden. Ein anderes Beispiel ist der Protest gegen die rassistische Unterschriftenkampagne der Unionsparteien zur doppelten Staatsbürgerschaft: Konnten antirassistische Gruppen die parlamentarische Opposition angreifen, ohne dabei ein Gesetz zu verteidigen, das hinter allen Erwartungen zurückbleibt und, wenn man es ernst

nimmt, den größten Teil der MigrantInnen die hier leben, von einer Gleichberechtigung ausschließt? Müßte eine linke außerparlamentarische Kritik der Regierungspolitik nicht noch viel offensiver und gezielter vorgetragen werden? Und würde sie dann eventuell von einer liberalen Öffentlichkeit gehört werden?

Geklärt wurden die Fragen bei dem Münchner Treffen keineswegs. Klar schien jedoch, daß es darum gehen müsse, die eigenen Inhalte und Forderungen als Ausgangspunkt zu nehmen und damit die realpolitischen Ansätze zum Thema Asyl zu konfrontieren. Das dürfte jedoch nicht bedeuten, daß deshalb die Unberechenbarkeit der Kampage, die sich aus den unüberschaubaren Aktivitäten der verschiedenen Gruppen ergibt, aufgegeben wird, um dadurch einen festen Platz im politischen Zirkus zu erreichen.

Planungen, nicht nur für den Sommer

Letztes Frühjahr wurde im Rahmen der Kampagne kein mensch ist illegal ein "antirassistischer Sommer" ausgerufen. Ein Jahr später ist die Notwendigkeit von Flüchtlingsunterstützung und antirassistischer Öffentlichkeit kein Stück geringer geworden. So wird es auch in diesem Sommer eine Reihe von Aktivitäten geben, bei denen der Slogan "kein mensch ist illegal" eine zentrale Rolle spielen wird.

Auf der Konferenz der Kampagne kein mensch ist illegal in München wurden zahlreiche Aktivitäten der nächsten Zeit vorgestellt. Ein Schwerpunkt wird die Teilnahme an den Gegenaktivitäten zu den Kölner Gipfeltreffen (EU, G8) im Juni sein. Auf dem Gegenkongreß am 17./18. Juni wird die Kampagne zusammen mit der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen zum Thema Migration und Rassismus präsent sein. Zuvor findet in Neuss am 12. Juni 1999 die Demonstration gegen den dortigen Frauenabschiebeknast statt.

Den Sommerurlaub wird die Kampagne dann in der Nähe von Zittau verbringen. Vom 7.-15. August findet wieder ein Aktionscamp an der Grenze statt. Mit vielfältigen Aktivitäten soll "die Festung Europa, wenn nicht ins Wanken gebracht, so doch zumindest thematisiert" werden. Partys, Konzerte, Besetzungen, Fluchthilfen, Diskussionsrunden, Spaß-Aktionen, Demonstrationen, Radio, Internet-Aktivitäten, Grenzöffnungen und mehr sind geplant oder eben ungeplant.

Für alle diese Ereignisse wird es eine weitere Ausgabe der Kampagnen-Zeitung kein mensch ist illegal geben. Ausführlicher wird man sich in einem Handbuch informieren können, das demnächst ebenfalls unter dem Titel "kein mensch ist illegal" erscheint.

Trotz der verschiedenen Großaktionen wird einen wesentlichen Schwerpunkt weiterhin die Arbeit vor Ort ausmachen: In immer mehr Städten gibt es Projekte zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne Papiere. Nach wie vor wird der Slogan "kein mensch ist illegal" ein bißchen wahrer gemacht durch Zufluchtsprojekte, Beratungsarbeit und andere Fluchthilfen. Die politische und praktische Zusammenarbeit mit Gruppierungen von Flüchtlingen und MigrantInnen bringt immer wieder Erfolge bei der Verhinderung von Abschiebungen.

Bei dem nächsten Treffen (das auch in Köln stattfindet) der beteiligten Gruppen werden dann am 25./26. September die gemeinsamen Aktionen des Sommers sowie die lokale Arbeit reflektiert und Neues geplant, um dem Recht eines jeden Menschen, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will, immer mehr Geltung zu verschaffen.

imo

26. Zerrissen zwischen "hier" und "dort". Fünf Jahre Chiapas-Solidarität in Deutschland

Autor: Bär, Brand, Gensler, Stoller · Rubrik: Internationale Solidarität; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:27

Als im Januar 1994 der Aufstand in Chiapas begann, herrschte nicht nur hierzulande große Verwunderung. In Zeiten offiziell proklamierter und von vielen Linken bestätigter Alternativlosigkeit zur neoliberalen Modernisierung des Kapitalismus erhoben sich in dem südostmexikanischen Bundesstaat indigene BäuerInnen und riefen "Ya basta!"

Hierzulande weckte die Rebellion zu Beginn ein relativ großes Interesse, das in der bürgerlichen Öffentlichkeit allerdings schnell nachließ. "Chiapas" ist dort nur noch Thema, wenn es um militärische Repression geht (z.B. im Februar 1995 während und nach einer großen Militärintervention oder nach dem Massaker von Acteal im Dezember 1997). Im internationalistischen Spektrum wurde "Chiapas" schnell zum meist positiv besetzten Begriff, auch wenn sich keine auch nur annähernd so große Soli-Bewegung formierte, wie noch 15 Jahre vorher zu Nicaragua. Insbesondere die umfassende Klammer, daß sich die Kämpfe in Chiapas mit anderen unter dem Banner "Gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft" verbinden sollten, regt viele an - und manche auf.

Anregungen aus Chiapas wurden gerade zu Beginn vielfältig aufgenommen: Die Notwendigkeit, eine neue politische Sprache zu finden und Sprache selbst als Teil von Politik zu verstehen und nicht als Medium zur Verlautbarung von "Wahrheiten", war genauso irritierend und anregend wie die Tatsache, daß eine bewaffnete Guerilla einen sehr weiten Machtbegriff hatte und gerade nicht um die Erlangung staatlicher Macht kämpfte. Politik wurde als "Suchprozeß" verstanden, was sich in einem zentralen "Motto" der Zapatistas spiegelt: Preguntando caminamos (Fragend gehen wir weiter, ak). Attraktiv schien und scheint bis heute vielen auch, daß die Zapatistas zwar Positionen radikaler Gesellschaftsveränderung formulierten und selbst versuchten, sie im eigenen Umfeld zu verwirklichen (etwa hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse), dabei aber gerade nicht ein geschlossenes Weltbild liefern wollen. Ihre große Offenheit war und ist nicht nur in Mexiko ein zentrales Element ihrer demokratischen Bündnispolitik, sondern motiviert viele, sich genauer mit dem Phänomen auseinanderzusetzen. Überzeugend war auch, daß die EZLN historische Erfahrungen von anderen Guerillakämpfen reflektiert aufnahm und gegebenenfalls veränderte. Es gibt demzufolge keinen Masterplan politischer Kämpfe mehr, sondern diese haben sich auf die konkreten historischen Situationen in verschiedenen Teilen der Welt einzulassen - ohne die Gemeinsamkeiten zu negieren, ohne Erfahrungen von anderswo geringzuschätzen. Vielfach wird auch betont, daß der für die Zapatistas zentrale Begriff der Würde bzw. der Kampf um eben diese eine entscheidende Klammer der Kämpfe in Chiapas und anderswo ist.

Nach gut fünf Jahren wollen wir eine kleine Zwischenbilanz der bundesdeutschen Chiapas-Solidarität ziehen, die zugleich ein Ausblick sein soll. Dabei möchten wir betonen, daß wir natürlich nicht alle Gruppen und Organisationen im Blick haben, die sich in Deutschland solidarisch mit den Kämpfen in Chiapas verhalten. Vielmehr geht es uns um das internationalistische Spektrum, das nicht nur den Aufstand ideell und materiell unterstützen möchte, sondern die Anregungen aus Chiapas auch für politisches Handeln aufnehmen will. Kirchliche Gruppen oder Nichtregierungsorganisationen, die in der Regel konkrete Projekte in Chiapas durchführen oder hierzulande Öffentlichkeitsarbeit betreiben, bleiben damit bei der folgenden Einschätzung außen vor. Dasselbe gilt für die vielen Individuen, die sich mehr oder weniger intensiv mit Chiapas beschäftigen. Wir fragen auch nicht nach der relativ großen Beachtung, die der Aufstand in der linken Szene immer noch hat, sondern blicken stärker auf die organisierten Gruppen.

Wichtig ist natürlich, die hiesige Chiapas-Solidarität zumindest teilweise im Spiegel der dortigen Verhältnisse zu beurteilen. Angesichts der brutalen Militarisierung im Südosten Mexikos ist heute der Kampf gegen die Militarisierung und staatliche Repression ein entscheidender Punkt der Politik der EZLN, während von 1994 bis 1996 noch sehr viele politische Initiativen von ihr ausgingen: Das Foro Indígena in Mexiko, die damals noch nicht festgefahrenen Dialoge, die erste Consulta (Befragung), die nationalen Initiativen zur Organisierung der "Zivilgesellschaft", die kontinentalen und das interkontinentale Treffen. Das hat damals den Bezug auf "Chiapas" in gewisser Weise attraktiver gemacht als heute.

Öffentlichkeit

für den Aufstand

Im Jahr 1994 formierten sich in einigen deutschen Städten Gruppen, die sich drei- bis viermal jährlich auf Bundestreffen austauschten. Im Mittelpunkt stand die Schaffung von "Öffentlichkeit" für den Aufstand (Bücher, Artikel, Interviews), Veranstaltungen wurden organisiert und die teilweise schon vorher bestehenden Kontakte nach Chiapas intensiviert. Organisatorische Fragen standen stark im Vordergrund sowie der Wunsch, über den Aufstand zu diskutieren. Auffallend war schon damals - und ist bis heute -, daß in den lokalen Gruppen überdurchschnittlich viele Frauen aktiv sind und daß der Anspruch der Zapatistas, ein neues Politikverständnis zu entwickeln, ernst genommen wurde.

Zu Beginn des Jahres 1996 erhielt die spärliche Bewegung personellen Zulauf und eine erhöhte Aufmerksamkeit. Grund war die Einladung der EZLN zum "Ersten Interkontinentalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus". Außerdem schlugen die Zapatistas ein europäisches Vorbereitungstreffen vor - und zwar in Berlin. Es wurde eine unglaubliche organisatorische Energie entwickelt, und schließlich nahmen an dem Berliner Treffen über 1000 Menschen teil, nach Chiapas fuhren zwei Monate später aus Deutschland über 100 Internacionalistas. Schon damals wurde allgemein beklagt, daß die inhaltlichen Diskussionen zu kurz kamen. Dieses Defizit der fehlenden Diskussionen verstärkte sich nach dem Treffen in Chiapas, als die inhaltliche Aufarbeitung des "Intergalaktischen" auf ein (großes) Treffen in Frankfurt/M. beschränkt blieb.

Bei der Abschlußveranstaltung des Chiapas-Treffens wurde vorgeschlagen, das nächste Treffen in Spanien zu veranstalten, was sofort in Angriff genommen wurde. Die Bundestreffen wurden ab Herbst wieder größer und in der ersten Jahreshälfte 1997 standen die meisten Aktivitäten unter dem Stichwort des "2. Interkontinentalen", an dem aus der BRD dann schließlich ca. 250 Leute teilnahmen. Bei diesem Treffen war der Aufstand in Chiapas zwar die verbindende Klammer, aber thematisch ging es - ganz im Sinne der Zapatistas - um viel mehr. Es gab teilweise hochinteressante Diskussionen, und der Austausch war motivierend. Einige Aktive gründeten unmittelbar im Anschluß an das Interkontinentale Treffen im südspanischen El Indiano das Netzwerk "PGA - Weltweite Aktion gegen ‚Frei`-handel und die WTO".

In der Folgezeit verstärkte sich eine langsame Umorientierung des Bundeszusammenhanges und auch einiger lokaler Gruppen. Der Anspruch der Zapatistas, daß die radikalste Variante der internationalistischen Politik jene ist, die die eigenen Verhältnisse in Frage stellt und verändert, wurde in größerem Maße aufgenommen. Die Bundestreffen wurden in Ya- Basta!-Treffen umbenannt, die Themen erweiterten sich nach und nach. Das Motto "Gegen Neoliberalismus" wurde über die Welthandelsorganisation (WTO), das Multililaterale Investitionsabkommen (MAI) oder die Europäische Zentralbank thematisiert. Neben den üblichen Treffen wurden von Aktiven aus dem Wendland mehrtägige Camps organisiert, bei denen die inhaltliche Debatte im Vordergrund stand.

De-Konzentrierung und Vernetzungs-Dilemma

Dennoch wurden einige Dilemmata immer stärker deutlich und diskutiert, für die sich bislang aber kein geeigneter Umgang ergab:

1. Inhaltlich gab es eine "De-Konzentrierung", d.h. das Thema Chiapas blieb zwar das einigende Band vieler lokaler Gruppen und des Bundeszusammenhangs (wie auch des europäischen), aber die dortigen Verhältnisse und vor allem die von hier geleistete politische Arbeit in direkter Verbindung mit den Aufständischen traten in den Hintergrund. Die Chiapas-Solidarität war höchstens in ihren Anfängen eine "klassische" Ländersolidarität, hat sich aber davon bald und sinnvollerweise verabschiedet. Allerdings bestand die Gefahr, die neuen Themen wie etwa das der europäischen oder gar weltweiten "Vernetzung" von Widerständen gegen neoliberale Politiken, das Sicheinmischen in den Protest gegen die WTO oder gegen das MAI nicht ausreichend zu diskutieren und die eigenen politischen und organisatorischen Kapazitäten zu überschätzen: Oft war die politisch-strategische Ausrichtung bestimmter Aktivitäten, ja sogar der Treffen selbst unklar. Die Integration neuer Themen überforderte viele, und die Bedeutung, warum sich der Bundeszusammenhang damit beschäftigen sollte, blieb häufig unklar. Der Hinweis, daß es sich dabei auch um Kämpfe gegen Neoliberalismus handelt, genügte oft schon, um sich mit einem Thema auseinanderzusetzen.

2. Viele Leute, die zuvor die lokalen Gruppen und die bundesweiten Treffen getragen hatten, blieben weg, weil ihnen die Ausrichtung in den Gruppen und bei Bundestreffen immer unklarer wurde. Einige beschränkten sich als Einzelpersonen auf das Schreiben von Artikeln, weitere blieben zumindest in ihren lokalen Gruppen aktiv, wieder andere wandten sich anderen Zusammenhängen zu. Die Mitglieder eines Verlages, der das Thema Chiapas im deutschsprachigen Raum entscheidend beförderte, zogen sich genauso aus den bundesweiten Zusammenhängen zurück wie die früher viel präsenteren Redaktionsmitglieder zweier bundesdeutscher Lateinamerika-Zeitungen. Dieses Wegbleiben wurde nie zum Problem gemacht.

3. Die immer spärlichere Auseinandersetzung mit dem Aufstand in Chiapas führte auch dazu, daß auf die dortigen Verhältnisse und politischen Botschaften immer oberflächlicher eingegangen wurde. Obwohl immer wieder der allgemeine Konsens beschworen wurde, daß man die Verhältnisse von Mexiko nicht auf die hiesigen übertragen könne, wurden Begriffe wie "Neoliberalismus" oder "Zivilgesellschaft" recht unreflektiert übernommen. Oft wurde Neoliberalismus als diffuse Worthülse für alles Schlechte und Bekämpfenswerte gebraucht. (Eine Sichtweise, der die Zapatistas mit ihren Comunicados durchaus Vorschub leisteten.) Dabei wäre es gerade beim Thema Neoliberalismus notwendig, diesen nicht abstrakt als Kapitalismus zu verstehen, sondern als sich dramatisch verändernde Form kapitalistischer Vergesellschaftung - mitsamt den Konsequenzen für eine radikale politische Praxis.

4. Zentral ist in dieser Debatte etwas, was vielleicht das "Vernetzungs-Dilemma" genannt werden kann. Die Zapatistas schlugen in der Abschlußerklärung des Treffens in Chiapas vor, daß sich weltweit die Widerstände gegen den Neoliberalismus vernetzen sollten. Diese Metapher wurde organisatorisch sehr ernst genommen, und in der Tat sind ein stringenter Austausch und international gemeinsam organisierte Aktionen sinnvoll. Es wurde sehr ausführlich, teilweise mit einer gewissen Internet-Euphorie, über eine "Vernetzung von Widerständen" nachgedacht, die dezentral funktionieren sollte (dafür wurde in Anlehnung an den mexikanischen Ethnologen Gustavo Esteva die Metapher einer Hängematte benutzt). Bei den vielen methodisch-organisatorischen Debatten scheinen sich allerdings die zu vernetzenden Inhalte immer mehr verflüchtigt zu haben. Der europäische Ya- Basta!-Zusammenhang blieb und bleibt in eher formalen Aktivitäten stecken. Außerdem laufen die vom Anspruch her dezentralen Netze Gefahr, wegen unklarer Verantwortlichkeiten eher informell hierarchisch strukturiert zu sein.

5. 1994/95 gab es eine Debatte darum, ob nach dem Vorbild der Mittelamerika-Solidarität eine Art bundesweites "Chiapas/Mexiko-Informationsbüro" eingerichtet werden sollte, vielleicht sogar mit festen Ressourcen (Büro, Stellen etc.). Dieser Vorschlag wurde mit guten Gründen abgelehnt, dezentrale Strukturen als sinnvollere Art der Koordination von lokalen Aktivitäten erachtet. Das hatte und hat Vor- und Nachteile. Der dezentrale Anspruch, soweit herrschte aber damals Einigkeit, legt den lokalen Gruppen eine größere Verantwortung und Verbindlichkeit auf. Diese Verbindlichkeit und Verantwortung wird von einigen Gruppen durchaus übernommen, allerdings scheint die politische Arbeit auf Bundesebene insgesamt wenig strukturiert und kontinuierlich zu sein. Außerdem wurde die Frage konkreter Bündnispolitik viel zu wenig gestellt.

6. Trotz gegenteiliger Versicherungen scheint in Teilen der Chiapas-Solidarität immer noch eine Romantisierung der zapatistischen Bewegung verbunden mit gewissen Projektionen mitzuschwingen: die poetische Sprache des Subcomandante Marcos, die indigene Tradition und Lebensweise als solche. Viele Begriffe und Kategorien werden einfach übernommen und überhöht. In der Konsequenz führt dies auch zur Gefahr einer gewissen Beliebigkeit von Positionen, die dann noch nicht einmal diskutiert, sondern in vermeintlich "zapatistischer" Manier zugekleistert werden ("...unsere Unterschiedlichkeiten nebeneinander stehen lassen können").

Weniger ist mehr...

Unser zugegebenermaßen sehr subjektiver Eindruck ist, daß sich bei vielen Chiapas-Bewegten ein gewisser Frust festgesetzt hat, der sich im Wegbleiben von lokalen Gruppen oder von bundes- oder europaweiten Treffen äußert. Einige versuchen ihr Unwohlsein durch verstärkte Aktivitäten zu kompensieren. Wieder andere sind in anderen, viel dynamischeren Bewegungen aktiv und haben vielleicht von dort aus einen verkürzten Blick auf die etwas lahmende bundesweite Chiapas-Solidarität. Insgesamt geht recht wenig politische Initiative von den Gruppen, die sich mit Chiapas beschäftigen, auf ein breiteres internationalistisches Spektrum aus - was natürlich nicht nur die Schuld dieser Gruppen ist!

Seit 1998 ist ein Trend zu beobachten, der auf eine erneute bzw. stärkere Beschäftigung mit Chiapas hinweist. So sollen für Friedenscamps in Chiapas mehr Leute gewonnen und besser auf die Camps vorbereitet werden, Ende 1998 hat sich bundesweit eine Frauen-AG zum Thema Frauen im Aufstand gegründet. Und nach dem Massaker von Acteal im Dezember 1997 zeigten die Gruppen, daß sie in bestimmten Situationen durchaus mobilisierungsfähig sind.

Wir sind selbst unsicher, wie es weitergehen soll und formulieren diesen Text in kritisch-solidarischer Absicht. Dringend angebracht scheint eine politisch-strategische Bestandsaufnahme der (kurzen) Geschichte der Gruppen und Spektren, die sich mit Chiapas auseinandersetzen bzw. den dortigen Aufstand und sein Politikverständnis als Anregung für eigenes politisches Handeln aufnehmen. Es scheint in der momentanen Situation sinnvoll, sich wieder bewußt auf einige wenige Aspekte zu konzentrieren.

Zugespitzt könnte folgende Erfahrung formuliert werden: Eine neue Qualität des Aufstandes in Chiapas war, daß er Konsequenzen für die internationalistische Praxis hierzulande nahelegte. Das wurde auch anfangs so diskutiert. Allerdings hat sich die recht schwache Bewegung teilweise damit überfordert, Solidaritätsarbeit zu leisten und die hiesigen Zusammenhänge in die eigene Praxis zu integrieren. Zur Zeit dominiert im Ya-Basta!-Zusammenhang eine Position, die sich als Kern einer Vernetzung der bestehenden oder neu entstehenden, aber zersplitterten radikalen Linken versteht (so formulierte es jedenfalls ein Berliner Genosse). Unseres Erachtens geschieht dies um den Preis, daß der Aufstand in Chiapas zu kurz kommt. Insbesondere die zunehmende Repression in Chiapas und wie damit umgegangen werden könnte, wurde zu wenig systematisch diskutiert. Das führte und führt bis heute zu einer gewissen Zerrissenheit zwischen, ja sogar in den Gruppen. Diese Zerrissenheit müßte dringend aufgearbeitet und diskutiert werden. Dazu wäre unter anderem nötig, verstärkt selbst zu diskutieren und Positionen nach außen zu vertreten, warum bestimmte Arten von Politik gemacht werden - und warum andere nicht. Relativ leere Formeln wie Autonomie oder Demokratie ersetzen das nicht. Internationalistische Praxis heute muß sich also immer wieder der schwierigen Frage stellen, wo sie steht, warum sie wie agiert und welche Konsequenzen bestimmte Politikformen haben.

Uli Bär, Uli Brand, Marlis Gensler,

Robin Stoller

Bei den AutorInnen handelt es sich um einen spontanen Zusammenschluß von Mitgliedern des BUKO-Arbeitsschwerpunktes, die in verschiedenster Weise mit Chiapas zu tun haben. Wir danken der Berliner Mexiko-Gruppe im FDCL, der Frankfurter Mexiko-Gruppe Penumbra und den AutorInnen eines anonymen Kommentars zu unserem Textentwurf für Diskussionen und Anregungen.

Literatur:

Gruppe 2828: Netze aus Seifenblasen. Die Verstrickungen internationaler Solidarität. In: Blätter des iz3w, Dezember 1997

Huffschmid, Anne: Zapatismus - eine Low Intensity Revolution. In: Widerspruch, Dezember 1997

REDaktion (Hg.): Chiapas und die Internationale der Hoffnung. Köln 1997

Schmidt, Gerold: Der Indio-Aufstand in Chiapas. München 1996

Marcos: Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald. Hamburg 1996

Topitas (Hg.): Ya Basta! Der Indio-Aufstand in Chiapas. Hamburg 1994.

Winter, Jens: Eselsbrücken sind Holzwege. Mexiko, der EZLN und die Chiapas-Solidarität drei Jahre danach. In: Blätter des iz3w, Februar 1997

Dieser Artikel erscheint im April in der Köln-99-Broschüre des BUKO-Arbeitskreises Weltwirtschaft. Zu beziehen bei: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32, 22765 Hamburg.

27. Zwischen amnesty international und Roter Hilfe. Konferenz "Befriedung oder Befreiung"

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:29

300 Menschen aus fast 30 Ländern diskutierten über Ostern in Berlin auf der Konferenz "Befriedung oder Befreiung" über internationale Solidarität

"1969 war ich das letzte Mal in Berlin. Damals bin ich hier verhaftet und an Händen und Füßen gefesselt in die USA geflogen worden. Bis 1984 war ich im Gefängnis, zehn Jahre davon in totaler Isolationshaft. Jetzt bin ich hier, weil ich im Knast den Wert der Solidarität schätzen lernte." So leitete Jo Lawson, ein ehemaliges Mitglied der Black Panther, seinen Vorstellungsbeitrag ein. Viele seiner ZuhörerInnen haben ähnliche Erfahrungen mit Knast und Repression gemacht. Über 300 Menschen aus beinahe 30 Ländern waren nach Berlin gekommen, um auf einer Arbeitskonferenz über die Perspektiven internationaler Solidarität zur Freilassung aller politischen Gefangenen zu diskutieren.

In sechs Arbeitsgruppen saßen junge AntifaschistInnen aus Nürnberg neben kurdischen MenschenrechtsaktivistInnen, Delegierten von gualtemaltekischen Verschwundenenorganisationen sowie Mitgliedern eines irischen Gefangenenkomitees und tauschten ihre Erfahrungen mit staatlicher Repression aus. Zwar gab es auf der Konferenz keine Verständigungsprobleme, die vielen DolmetscherInnen machten es möglich, aber trotzdem fiel es nicht immer leicht, eine gemeinsame Sprache zu finden.

Mehrmals intervenierten lateinamerikanische Delegierte, weil sie die spezifischen Probleme ihrer Ländern auf dem Kongreß nicht genügend berücksichtigt sahen. Der Vorwurf des Eurozentrismus machte schnell die Runde, wurde von der Kongreßvorbereitung allerdings zurückgewiesen. Dort war die Gruppe Libertad! aus dem Rhein-Main-Gebiet federführend. Seit sieben Jahren verfolgte sie allen Rückschlägen zum Trotz mit Ausdauer das Konferenzprojekt.

Ursprünglich hatte sich das Veranstalterspektrum aus der BRD für die Freilassung der Gefangenen aus der RAF engagiert. Seit Anfang der 90er Jahre setzte aber ein Zerfallsprozeß ein, der die immer schon kleine Gefangenensolidarität zusammenbrechen ließ. Während sich viele AktivistInnen ganz aus der politischen Arbeit zurückgezogen haben, propagierte Libertad! die internationale Ausweitung ihrer Arbeit. "Wir haben einfach gemerkt, daß eine auf ein Land begrenzte Solidaritätsarbeit zum Scheitern verurteilt ist", meinte eine der Mitorganisatorinnen.

Ob diese Art der internationalen Solidaritätarbeit in der Praxis umsetzbar ist, wird die Zukunft zeigen. Die Vorschläge für die weitere Arbeit lesen sich wie eine Mischung aus amnesty international und Roter Hilfe. So soll ein internationales Netzwerk aktuelle Informationen über die Situation der Gefangenen in den verschiedenen Ländern liefern. Bei akuter Bedrohung einzelner Gefangen sollen nach dem Vorbild der "Urgent Actions" von amnesty international per Internet Solidaritätskampagnen in Gang gesetzt werden. Sowohl eine internationale Zeitung als auch ein Taschenkalender mit dem Schwerpunkt "politische Gefangene" sollen in mehreren Sprachen gedruckt werden.

Auch ein internationaler Solidaritätstag für die politischen Gefangenen weltweit soll bestimmt werden. Das ist in der Theorie allerdings leichter als in der Praxis. Stehen doch mit dem aus der lateinamerikanischen Tradition kommenden 10. Dezember und dem 18. März aus der Tradition der Pariser Kommune und der europäischen ArbeiterInnenbewegung gleich zwei Solidaritätstage zur Auswahl. Weitere Terminvorschläge kamen auf der Konferenz noch dazu. Wie meinte doch ein Hamburger Delegierter so treffend: "Nicht an Vorschlägen, sondern an Menschen, die sie umsetzen, mangelt es."

Das war nicht die einzige nachdenkliche Stimme auf der Konferenz, auch wenn sich die Konferenzleitung die Aufbruchsstimmung nicht vermiesen ließ. Das wurde auf der Abschußveranstaltung deutlich, die ganz auf die Wahrung der politischen Identität ausgerichtet war. Als Überraschungsgast überbrachte ein Vertreter der in Deutschland verbotenen PKK-Europavertretung ERNK solidarische Grüße. Ein kurz zuvor geführtes Telefonat mit Gefangenen der peruanischen Guerillaorganisation MRTA Tupac Amaru wurde eingespielt. Zum Schluß spielte die Hamburger Gruppe Coincidence Lieder aus dem jüdischen Widerstand.

Deren Auftritt war etwas unvermittelt und paßte nicht ganz in den sonstigen Ablauf der Konferenz. Auf großen Transparenten, auf denen in vielen Sprachen das Wort Freiheit prangte, fehlte die hebräische Übersetzung des Wortes. VertreterInnen von israelischen Menschenrechtsvereinen waren erst gar nicht eingeladen worden. Statt dessen geißelte auf der Auftaktveranstaltung ein als palästinensischer Linker vorgestellter Delegierter wie in den Hochzeiten der Intifada-Solidarität die "Judaisierung Jerusalems" und den "Weltzionismus", der das palästinensische Volk spalte.

"Die Konferenz ist zu Ende. Die Arbeit aber beginnt jetzt erst", sagte Gabi Hanke von der Kongreßvorbereitung auf der Abschußkundgebung in der Berliner Volksbühne. Da viele Vorschläge über vage Absichtserklärungen nicht hinausgingen, ist besonders viel Arbeit nötig, soll sich die Warnung einer iranischen Delegierten nicht bestätigen: "Ich war schon häufiger auf solchen Konferenzen. Tagelang wird diskutiert, und alle Übel dieser Welt werden gegeißelt. Weil aber konkrete Vorschläge zur Umsetzung fehlten, hat sich für die politischen Gefangenen nichts geändert."

Peter Nowak

28. Mexiko: Patriotisches Himmelfahrtskommando. Oppositionelle Offiziere protestieren gegen Menschenrechtsverletzungen

Oppositionelle Offiziere protestieren gegen Menschenrechtsverletzungen und landen dafür im Knast

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:19

Der scheinbar monolithische Block, den die mexikanische Bundesarmee bisher darstellte, hat Risse bekommen. Mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion beklagten oppositionelle Militärs Willkürjustiz und Schikanen innerhalb der Armee. Auch wenn der Protest mittlerweile unterdrückt wurde, hat er doch eines bewirkt: In Mexiko wird erstmals öffentlich über die politische Rolle und den inneren Zustand der Armee diskutiert.

Verschwörungstheorien genießen in Mexiko ungemeine Beliebtheit. Dafür gibt es einen einfachen Grund: In einem Land, das sieben Jahrzehnte lang von nur einer Partei regiert wurde, deren interne Machtverhältnisse und Fraktionskämpfe zudem immer hinter verschlossenen Türen verborgen blieben, liegt es für den politischen Beobachter nahe, hinter jedem politischen Ereignis eine finstere Macht zu wähnen, die die Marionetten auf der öffentlichen Bühne tanzen läßt. So war es denn kein Wunder, daß ein illustrer vierstündiger Aufzug von 51 Militärs, die am 18. Dezember letzten Jahres über die hauptstädtische Magistrale Paseo de la Reforma marschierten, für großes Aufsehen sorgte und wilde Spekulationen auslöste. Denn es handelte sich keineswegs um eine der zahlreichen offiziellen Militärparaden, sondern um eine regelrechte politische Demonstration bewaffneter Uniformträger.

Ein Novum in Mexiko, drang doch bisher über das Innenleben der Bundesarmee kaum etwas an die Öffentlichkeit. Unter der Führung des Oberstleutnant Hildegardo Bacilio Gómez protestierte das selbsternannte Patriotische Kommando zur Bewußtseinsbildung des Volkes (CPCP) mit der Aktion gegen die Verletzung elementarer Menschenrechte innerhalb der Armee. Sogleich wurde darüber gemutmaßt, welche der unzähligen politischen Fraktionen oder Cliquen innerhalb des Staatsapparates und der Regierungspartei PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution) mit dem Manöver welches politisches Ziel erreichen, und wer wem warum eine Ohrfeige verpassen wolle. Letztlich scheinen sich alle Spekulationen als Luftblase erwiesen zu haben: Hinter dem CPCP steht tatsächlich nur eine Gruppe von inkonformen Soldaten, die die unhaltbaren Zustände innerhalb der Bundesarmee anprangern wollten.

Willkürjustiz

Die CPCP-Mitglieder beklagten, daß etwa 1.500 Angehörige der Streitkräfte wegen angeblicher Vergehen wie Befehlsverweigerung oder Ungehorsam in Militärgefängnissen inhaftiert seien. Bei den Verurteilungen würde teilweise willkürlich vorgegangen und rechtssaatliche Prinzipien mißachtet. So säßen viele Soldaten langjährige Strafen für Taten ab, die sie gar nicht begangen hätten. Bacilio Gómez und seine Anhänger forderten daher, daß die armeeinterne Rechtsprechung (fuero militar) aufgehoben und die Armee der zivilen Jurisdiktion unterworfen werden solle. "Für Militärs existieren keine Menschenrechte und sie kommen auch nicht in den Genuß der Garantien, die die Verfassung gewährt. Arm dran ist im Militär derjenige, welcher versucht, auf seine Bürgerrechte zu pochen", erklärte Enriquez del Valle, ein ehemaliger Hauptmann, der als zweiter Anführer des CPCP gilt, Ende Feburar.

Bisher drang über die internen Verhältnisse in der Bundesarmee wenig nach außen. Lediglich der Fall des General José Francisco Gallardo wurde in der Presse öfter erwähnt. Wenn man dem CPCP Glauben schenkt, kann er als symptomatisch gelten. Gallardo hatte sich 1993, ähnlich wie das Patriotische Kommando heute, über das innermilitärische Justizsystem beklagt und einen Ombudsmann für die Soldaten gefordert. Dieser sollte Beschwerden über Willkürhandlungen von Offizieren entgegennehmen und ihnen nachgehen. Doch Gallardo wurde schnell selbst zum Opfer der Militärgerichtsbarkeit. Unter einer fadenscheinigen Anklage wurde er zu 28 Jahren Haft verurteilt. Der Vorwurf: Er soll Pferdefutter aus einem Armeestall gestohlen haben. Gallardo und seine Angehörigen ließen sich durch das Urteil nicht entmutigen und führen seit Jahren eine unermüdliche Kampagne für seine Freilassung. Mittlerweile hat amnesty international Gallardo zum

"Gefangenen aus Gewissensgründen" erklärt. Auch die Interamerikanische Menschenrechtskommission, die der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) untersteht, bezeichnet ihn als "politischen Gefangenen".

Den Angehörigen des CPCP ergeht es nach ihren Protesten nicht viel besser. Mittlerweile sitzen acht Mitglieder im Militärknast. Oberstleutnant Hildegardo Bacilio konnte diesem Schicksal bis jetzt entgehen und verbirgt sich irgendwo in Mexiko. Er beschränkt sich momentan auf die Forderung nach Freilassung seiner Gesinnungsfreunde.

Politische Opposition im Militär?

Daß eine Organisation wie die mexikanische Armee, die beschuldigt wird, systematisch Menschenrechte zu verletzten, auch innerhalb ihrer Strukturen nicht zimperlich gegen Kritiker vorgeht, verwundert kaum. Interessant ist dagegen, daß die Äußerungen Oberstleutnants Bacilio Gómez einen deutlich politischen Anstrich hatten. So listete er eine Reihe politischer Vorbilder auf. Darunter befanden sich Che Guevara, der Subcomandante Marcos von den Zapatistas in Chiapas, Gerry Adams von der IRA-nahen Partei Sinn Fein aus Nordirland und der kürzlich zum Präsident gewählte Exputschist und Linkspopulist Hugo Chavez aus Venezuela. Doch nicht nur für bewaffnete Freiheitshelden - oder solche, die sich dafür halten - schlägt sein Herz, sondern auch für Samuel Ruiz, den als Befreiungstheologen bekannten Bischof aus Chiapas.

Auf einer (mittlerweile wieder verschwundenen) Internetseite, die das CPCP einrichtete, fanden sich nicht nur Links zur Homepage der südmexikanischen Guerilla EZLN, sondern auch zur Seite von Rosario Ibarra, die momentan im Auftrag der Zapatistas eine Volksbefragung über den Gesetzesvorschlag über indianische Rechte und Kultur organisiert. Rosario Ibarra ist eine der bekanntesten Menschenrechtsaktivistinnen in Mexiko. Ihr Sohn wurde als Mitglied einer Stadtguerilla in den 70er Jahren vom Militär entführt und ist seitdem verschwunden. In Interviews erklärte Bacilio Gómez außerdem, daß er nicht damit einverstanden sei, daß die Bundesarmee dazu eingesetzt werde, protestierende Indígenas und Menschenrechtsaktivisten zu ermorden.

Diese Äußerungen sind vor allem vor dem Hintergrund interessant, daß schon seit geraumer Zeit über eine angebliche oppositionelle Strömung in der mexikanischen Armee gemunkelt wird. Sie soll sich in der Tradition des postrevolutionären Linksnationalismus verorten, der über Jahrzehnte von Teilen der PRI gepflegt wurde und heute von der oppositionellen Partei der Demokratischen Revolution (PRD) weiter repräsentiert wird. Immerhin soll PRD-Kandidat Cuauhtémoc Cárdenas bei den Präsidentschaftswahlen 1988 über die Hälfte der Stimmen der Armeeangehörigen gewonnen haben. Dies ist durchaus plausibel, war doch sein Vater, der Revolutionsgeneral Lázaro Cárdenas, nach seiner durch Sozialreformen geprägten Präsidentschaftperiode von 1934-40 noch jahrelang Verteidigungsminister. Auch der General und Rektor der Armeeuniversität im Ruhestand Luis Garfias Magaña meint: "Das mexikanische Militär identifiziert sich mehr mit dem Volk als mit den hohen Klassen."

Obwohl man getrost davon ausgehen kann, daß die mexikanische Armee sich nicht auf einmal der EZLN anschließen wird, zeigt doch allein die Diskussion über den inneren Zustand der Armee, daß es dort rumort. Es wäre keine Überraschung, würde irgendwann ein mexikanischer Hugo Chavez auf den Plan treten und das Vaterland retten wollen. Das meinen zumindest die Militärsoziologen José Luis Piñeros und Guillermo Garduño. Sie schrieben Ende Januar in der Tageszeitung Excelsior: "Die Militärs, die auf die Straße gegangen sind, um die Differenzen innerhalb der Streitkräfte deutlich zu machen, könnten in absehbarer Zeit auch soziale Anliegen auf ihre Fahnen schreiben und als Führer auftreten. Anlaß dazu gibt die wirtschaftliche, politische und soziale Krise im Land, vor allem aber das Fehlen rechtmäßiger Führer, die sich an die Spitze des Kampfes für die Umgestaltung stellen."

Boris Kanzleiter

29. Der Kapitän und die Titanic. Ecuadors zäher Widerstand gegen den neoliberalen Untergang

Autor: Boris Siebert, Quito · Rubrik: Ecuador · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:37

Die schwerste Krise seit Bestehen des Landes brachte die Regierung Jamil Mahuad im März diesen Jahres beinahe zum Sturz. Eine fehlende Mehrheit im Abgeordnetenhaus und der erbitterte Widerstand der Bevölkerung gegen ein wirtschaftliches Maßnahmepaket der Regierung führten zwei Wochen lang zum vollständigen Chaos.

Ausschlaggebend für die bürgerkriegsähnliche Situation, die tagelang das Straßenbild in den Städten bestimmte, war zum einen die desolate Lage der Banken, die vor dem Konkurs gerettet werden sollten, und zum anderen ein Haushaltsloch von rund 1800 Millionen Dollar, über dessen Beseitigung sich der Nationalkongreß nicht einigen konnte. Während die inoffizielle Koalitionspartnerin der Regierung, die PSC (Christlich Soziale Partei), eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 5% kategorisch ablehnte, wehrte sich die linke Opposition gegen die umfassenden Privatisierungspläne Mahuads sowie gegen die Abschaffung der Vermögenssteuer. Diese war im Januar (mit der Begründung, daß sie sowieso niemand zahle) einer Regelung gewichen, nach der sämtliche Transaktionen in den Banken mit 1% besteuert werden. Hinzu kam die Freigabe des Tauschkurses für den US-Dollar durch die Zentralbank, in dessen Folge die nordamerikanische Währung Schwankungen von bis zu 100% an einem Tag erlebte. Spekulanten verdienten sich eine goldene Nase, während all jene, die Kredite in Dollar aufgenommen hatten, sich in den Ruin getrieben sahen.

Wichtige Banken des Landes standen kurz vor dem Zusammenbruch, und so ließ die Regierung am Montag, den 8. März per Dekret alle Banken für eine Woche schließen. Am Mittwoch und Donnerstag der selben Woche kam es zum dritten landesweiten Generalstreik seit der Amtsübernahme Mahuads im August letzten Jahres. Gewerkschaften und soziale Bewegungen protestierten gegen die bevorstehende Privatisierung der staatlichen Erdöl-, Strom-, Telefon-, und Sozialversicherungsgesellschaften, sowie gegen die Einfrierung ihrer Löhne. Die Regierung erklärte, es sei kein Geld da, um die vom Kongreß im Vorjahr verabschiedeten Lohnerhöhungen für LehrerInnen und Angestellte des Gesundheitswesens zu realisieren. Eine LehrerIn verdient im Monat zwischen zwei- und dreihundert Mark, und Krankenpfleger und Ärzte kommen mit ihren Hungerlöhnen ebenfalls kaum über die Runden. Seit Anfang Februar findet an den staatlichen Schulen kein Unterricht statt, weil die Regierung die Löhne seit Januar schuldig bleibt.

Einen Tag vor dem Generalstreik wurde der nationale Ausnahmezustand verhängt, der wiederum Demonstrationsverbote und Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluß ermöglichte. Dennoch gingen landesweit tausende von Menschen auf die Straßen. In allen größeren Städten kam es zu blutigen Straßenschlachten, brennenden Barrikaden, über 400 Verhaftungen und zu dutzenden Verletzten, einige davon durch Schußwunden. VertreterInnenn von Menschenrechtsorganisationen wurden die Wohnungen auf den Kopf gestellt und Unterlagen beschlagnahmt, während die Indígenas auf dem Land die wichtigsten Straßen sperrten und sich ebenfalls heftige Auseinadersetzungen mit den Militärs lieferten. Die Gewerkschaft der LehrerInnen trat in den Hungerstreik und besetzte die italienische Botschaft, aus der sie tags drauf vertrieben wurde.

Schiffbruch und Müllberge

Am Donnerstag Abend kam es dann zu der lang erwarteten Ansprache des Präsidenten, in der dieser seinem Volk die neuen Maßnahmen der Regierung verkündete. Anstatt auf die Forderungen der Opposition und des Streiks einzugehen, brachte es der selbsternannte "Kapitän der Titanic" (Zitat Mahuad im Januar) zum Schiffbruch und zum Schock für Ecuador. Um die Banken zu retten, wurden alle Konten in Sucres und Dollar zu 50%, und Sparbücher in Dollar zu 100 %, für ein Jahr lang beschlagnahmt. Der Benzinpreis stieg über Nacht per Regierungsverordnung um 165%. Sofort nach der Ankündigung dieser Neuigkeit schloßen alle Tankstellen. Außerdem schickte Mahuad dem Parlament ein 10-Punkte-Programm, das dieses in 30 Tagen zu verabschieden habe, wie es die Sonderregelungen des nationalen Ausnahmezustandes vorschreiben. Stimme der Kongreß für die Erhöhung der Mehrwertsteuer, könne auch der Benzinpreis wieder fallen, so Mahuad. Als sozialer Ausgleich für derart drastische Maßnahmen wurde die seit Dezember eingerichtete Armenhilfe ab April von umgerechnet ca. acht DM auf zwölf DM monatlich erhöht und eine Steuer für Luxusautos

eingerichtet. Die angeblich gute Nachricht, die sich der Präsident in seiner Ansprache bis zum Schluß aufgehoben hatte, war, daß der Kredit des IWF so gut wie sicher sei. Dem entgegnete ein Delegierter des IWF allerdings am Tag darauf, Ecuador müsse noch härtere und unpopulärere Maßnahmen ergreifen, und ein Abkommen sei in weiter Ferne.

Die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen luden in der sogenannten "Patriotischen Front" zu einem Volkskongreß ein, der der Regierung ein Ultimatum zur Rücknahme der Maßnahmen stellte. Ab Montag, den 15. März blockierten landesweit 16.000 TaxifahrerInnen mit ihren Autos die wichtigsten Städte des Landes und protestierten gegen den "Mord" an ihrem Gewerbe. Die Indigenas blockierten die Zufahrtsstraßen in die Städte, und die Lebensmittel wurden knapp. Am darauffolgenden Tag schloßen sich die Busfahrer der Blockade an, obwohl ihnen ebenso wie den Taxifahrern drei Jahre Gefängnis angedroht wurden. Das Militär schwärmte aus, konnte die Blockaden jedoch nur geringfügig vermindern. Wieder kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen, Verhaftungen und Verletzten. Hubschrauber flogen dicht über den Köpfen der Demonstrierenden, und im Süden Quitos wurde ein Militärfahrzeug in Brand gesteckt. In den Volksradios riefen schreiende Mütter zur Revolution auf, und der Widerstand gegen den Hunger wuchs. Die nichtabgeholten Müllberge brachten Quito an den Rand der Seuchengefahr. Da halfen auch die Solidaritätserklärungen Bill Clintons nichts, der Mahuad die volle Unterstützung der US-Regierung kundtat, und darum bat, den harten Kurs durchzuhalten.

Zwei Tage später wurden die Chefs der links- und sozialdemokratischen Parteien sowie die Vertreter der Gewerkschaften in den Palast gerufen wurden, um zu verhandeln. Viel zu verhandeln hatte die Regierung allerdings nicht mehr. Das Volk auf den Straßen und die Organisationen der Patriotischen Front forderten den Rücktritt des Präsidenten. Auf der anderen Seite rief Alvaro Noboa - Führer der populistischen Rechten (Partido Roldosista Ecuatoriano, PRE) und Kontrahent Mahuads in der Stichwahl 1998 - in einer Radio- und Fernsehansprache zu Neuwahlen auf, und verkündete er sei der wahre Präsident, schließlich hätten ihn "die Computer bei der Wahl betrogen". Die PSC zeigte mit ihrem Dauerslogan "Nicht noch mehr Steuern für das Volk" (was bedeutet: keine Steuern für die Oberschicht) keine Verhandlungsbereitschaft mit der Regierung an.

Kapitulationen

und Teilerfolge

Um 2.00 Uhr nachts gingen die Verhandlungen im Präsidentenpalast zu Ende, und Mahuad gab die Ergebnisse des erzielten Abkommens bekannt: Der Benzinpreis wurde nahezu auf seinen alten Preis heruntergesetzt und die Vermögenssteuer wiedereingeführt. Die Mehrwertsteuer wurde nicht erhöht, und nicht zuletzt wurde eine Reduzierung der Auslandsschuldenzahlung bekannt gegeben. Außerdem sichert das Abkommen die Bezahlung und gesetzmäßige Lohnerhöhung der LehrerInnen und der Angestellten im Gesundheitswesen zu und verspricht, die Privatisierungen und die damit verbundenen Massenentlassungen zumindest zu verschieben. Die Gefangenen des Streiks wurden freigelassen und der nationale Ausnahmezustand zurückgenommen. Mahuad hatte kapituliert.

Die Taxi- und Busgesellschaften räumten noch in der Nacht die Barrikaden. Die Indígenas sperrten die Landstraßen noch für zwei weitere Tage, bis ihnen die Schaffung eines Sonderfonds zur ländlichen Entwicklung in ihren Dorfgemeinschaften zugesagt wurde. Der Konflikt hatte sich augenscheinlich beruhigt. Die Einhaltung der Versprechungen an das Erziehungs- und Gesundheitswesen wurden im nachhinein allerdings vertagt, so daß die LehrerInnengewerkschaft UNE ihren Streik, sowie den Hungerstreik einiger KollegInnen fortsetzte. Aus den staatlichen Krankenhäusern kam die Forderung, dort den Ausnahmezustand zu verhängen.

Unzufrieden mit dem Erfolg des Streiks waren selbstverständlich auch die untereinander verfeindeten Rechtsparteien PSC und PRE, die der Regierung die "totale Opposition" erklärten. Beide vertreten Machtgruppen der Küstenregion und der größten Stadt des Landes Guayaquil, während die Regierungspartei DP, die Sozialdemokraten und die Linke, sowie die Gewerkschaften hauptsächlich im Hochland und in Quito stark sind. Der stets schwelende Regionalkonflikt zwischen diesen in sich äußerst heterogenen Machtgruppen kam zum vollen Ausbruch, als am Montag, dem 22. März, die wichtigste Bank Guayaquils bankrott ging. Von einer bevorzugten Behandlung der Banken Quitos war die Rede, und auf Großdemonstrationen in Guayaquil wurde die Unabhängigkeit der Küstenregion gefordert.

Die Konstellation der sogenannten "neuen Mehrheit" im Parlament ist mehr als wackelig, und die Feindseligkeit, mit der die Rechte dem Präsidenten entgegentritt, ist bedrohlich. Außerdem setzt Mahuad, dessen Popularität im Volk mittlerweile auf null sein dürfte, nach wie vor auf die Rettung des Landes durch den IWF und die Weltbank. Diese bestehen bekanntlich auf der unmittelbaren Privatisierung der staatlichen Unternehmen im Kontext neoliberaler Umstrukturierung, was in Ecuador durch den breiten Widerstand der Bevölkerung und ihrer Organisationen in den letzten Jahren immer wieder verhindert werden konnte. Die für dieses Jahr prognostizierte Inflationsrate ist mit 60% die mit Abstand höchste Lateinamerikas, und in keinem Land des Kontinents ist die Konzentration des Reichtums in den Händen weniger Familien der Oberschicht gröber als in Ecuador. Schon vor den Unruhen im März lebten UNO-Angaben zufolge 70% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Ähnlich hoch werden Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung veranschlagt.

Ecuador ist am Ende, und der wachsende Widerstand gegen das Chaos sieht sich einer Repression gegenübergestellt, die auch vor Morden nicht zurückschreckt: Der Gewerkschaftsführer Saul Cañar, und der Abgeordnete der Demokratischen Volksbewegung (MPD) Jaime Hurtado wurden von paramilitärischen Einheiten ermordet. Die angebliche "Gefahr des Kommunismus" durch die Nähe der kolumbianischen Guerrilla legitimiert die ständige Bedrohung der FührerInnen der ecuatorianischen Linken durch anonyme Anrufe, Hausdurchsuchungen, sowie die Existenz "schwarzer Listen", auf denen die Namen dieser AktivistInnen demnächst durchgestrichen werden sollen. Die Zukunft ist mehr als düster, auch wenn das ecuadorianische Volk gegenwärtig inmitten von Chaos, Krise und Armut einen erneuten Teilerfolg im Kampf gegen den Neoliberalismus feiern kann.

Boris Siebert, Quito

30. Der Kampf der Häuptlinge. Bei der EU-Wahl geht es in Frankrech auch um das Erbe von 1968

Bei der EU-Wahl geht es in Frankreich auch um das Erbe von 1968

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:35

"Elections, piège à cons!" (Wahlen, Deppenfalle!) hatten Daniel Cohn-Bendit und seine Mitkämpfer in den Jahren 1967 und 1968 gerufen. Dieser Slogan scheint den ehemaligen Wortführer der universitären Rebellen, mittlerweile längst zum grünen "Realpolitiker" geläutert, heute wieder einzuholen. "Elections, piège à Cohn!" - mit dieser gleichklingenden Abwandlung des Mottos aus alten Maitagen begrüßte die von linksgrünen Jugendlichen herausgegebene Zeitschrift La Vache folle (in etwa "der Rinderwahn") den Spitzenkandidaten der französischen Grünen für die Europaparlamentswahl. Auf einer Karikatur zeigten die frechen Nachwuchsgrünen den Ex-Rebellen in einem Supermannkostüm mit der Aufschrift "Cohn-Bendit, der Retter" und ließen ihn dabei sagen : "Ich kann den Front National mit einer Hand aufhalten. Und den Grünen eine neue Dynamik geben. Und meinen Namen mit verbundenen Augen schreiben."

Die grüne Partei nimmt die Probleme mit ihrem Spitzenkandidaten weniger humorvoll. Ende Januar forderte der "interregionale nationale Rat" von Les Verts Cohn-Bendit demonstrativ auf, doch in seinem Wahlkampf auch ab und zu mal die politischen Positionen der Grünen zu vertreten und nicht nur seine eigenen. Kritisiert wurde auch, daß der Kandidat "mit allen redet - außer den Grünen".

Tatsächlich gefiel sich Cohn-Bendit monatelang als großer Kommunikator, der vor allem mit dezidiert anti-grünen Gruppen (u.a. Jägern und atomenergiefreundlichen Gewerkschaftern) das Gespräch sucht. Für diese Gruppen ist er zur Zielscheibe haßerfüllter Kritik geworden. Teile der "Lobbygruppen", welche die agrarische Intensivproduktion ohne Rücksichtnahme auf die Umwelt, das fast unbeschränkte Jagdrecht oder die Arbeitsplätze im Nuklearsektor verteidigen, holzen gegen den "ausländischen Eindringling" bzw. "Betrüger, der keine Nationalität hat".

Dany le Vert: Versöhnen statt spalten

Ende Februar traf Cohn-Bendit in einem Pariser Nobelhotel mit dem Oberherrn aller Jägervereinigungen, Pierre Daillant, zusammen, um eine Art Waffenstillstandsabkommen zwischen Jägern und Ökologen zu schließen und den Gewaltverzicht zu beschwören. Heraus kam zwar nur ein nichtssagender Formelkompromiß, doch Cohn-Bendit meint offensichtlich, damit sein störendes Aufrührer-Image abgelegt zu haben - "meine politische Erfahrung hat mich vom Aufwiegler zum politischen Vermittler gemacht", betonte er. Ob damit der Abwärtstrend seiner Umfrageergebnisse (von 10 auf 7 Prozent bzw. von 9 auf 5 Prozent) gestoppt werden kann, ist fraglich. "Provokationen", wie der Besuch in der Atomanlage La Hague, hatten ihm gerade Publizität gesichert, die er mit politischen Inhalten allein nicht erzielt hätte - sofern man bei ihm von Inhalten überhaupt sprechen kann. Denn seine Message besteht im wesentlichen aus zwei Teilen. Zum einen: "Man muß sich zusammensetzen und über alles konstruktiv reden, damit man einen Kompromiß findet", beispielsweise müßten "die Demokraten mit dem Front National reden, damit seine Wähler aufhören, sich ausgegrenzt zu fühlen". Anfang März hat er seine Position noch zugespitzt: "Regen wir uns nicht auf, seien wir cool und reichen wir uns die Hand. Man kann ein guter Aktivist des (gaullistischen) RPR sein und die biologische Landwirtschaft mögen. Man kann ein guter Aktivist der (liberalen) UDF sein, und man kann selbst rechtsextrem sein und für die Sonnenenergie sein. Sehen wir diese Dinge für Frankreich und für Europa." Alles Fertigmachen zum Händeschütteln mit Lepenisten, Mégretisten und sonstigen Neofaschisten!

Zu diesem Versöhnungsaufruf kommt als zweiter Teil seiner Botschaft eine Riesenportion Euphorie hinzu über den laufenden EU-Vereinigungsprozeß, der grenzensprengend und befreiend wirke. Seine These von den positiven Wirkungen des EU-Wirtschaftsblocks hatte Cohn-Bendit Ende 1998 der Wirtschaftszeitschrift Capital präsentiert: "Einheitswährung gleich Reduzierung der Austauschkosten gleich Intensivierung der Warenströme gleich Wachstum gleich kollektiver Reichtum." Die Armen und prekär Beschäftigten dürften über diese Aussicht auf kollektiven Reichtum durch mehr Wachstum ebenso begeistert sein wie die Ökologen, die seit Jahren das Desaster stetig wachsender Warenströme auf den Straßen anprangern.

Es wundert also wenig, daß die am meisten von Cohn-Bendit begeisterte soziale Gruppe die der leitenden Angestellten über 50 ist (von ihnen hatten im Dezember 52 Prozent eine positive Meinung von dem grünen Spitzenkandidaten, im Februar waren es noch 36 Prozent). Die Angehörigen dieser Gruppe haben oftmals ihre Karriere als junge Rebellen begonnen, die während der 50er oder 60er Jahre die Enge und Starrheit des "Systems" beklagten - in dem sie später dann bequem ihren Platz gefunden haben.

Unterdessen hat Cohn-Bendit auch im intellektuellen Milieu Unterstützer gefunden, allen voran in Gestalt der Professoren Alain Touraine und Edgar Morin sowie des Philosophen André Glucksmann - also bei jenen Wortführern einer selbsternannten "modernen Linken", die den Streikenden vom Herbst 1995 "konservative Besitzstandswahrung" vorwarfen. In Touraines Sympathieerklärung für Cohn-Bendit, abgedruckt im Wochenmagazin L'É vènement vom 14. Januar, fiel in zweieinhalb Spalten ein gutes halbes Dutzend Mal das Wort "modern", ergänzt durch die Begriffe "intelligent(e Politik)" sowie "renoviert(e Linke)" - letzterer Ausdruck bezeichnet "eine mehrheitsfähige Sozialdemokratie und eine neue Formation, welche die Grünen sein könnten, eine Lösung deutschen Typs gewissermaßen". Weitere inhaltliche Argumente tauchen nicht auf. Auch der Soziologe Edgar Morin, Vorsitzender einer "Vereinigung für komplexes Denken", lobt Cohn-Bendit. Beide haben ihn übrigens bereits im Mai 1968, als junge Hochschullehrer, kennengelernt und unterstützt.

Alain le Rouge und das Bündnis der Linken

Drei führende Protagonisten hatte die rebellische Bewegung an ihrem Ausgangspunkt, anläßlich der Protestaktion vom 3. Mai 1968 im Innenhof der Sorbonne, die durch die massive polizeiliche Repression zum auslösenden Funken für alle weiteren "Ereignisse" wurde: Daniel Cohn-Bendit, Jacques Sauvageot und Alain Krivine. Hinzu gesellte sich in den folgenden Tagen ein vierter Wortführer als Vertreter des jungen akademischen Lehrpersonals: Alain Geismar, der damalige Sprecher der Gewerkschaft der Hochschullehrer. Während Cohn-Bendit heute grüner "Realpolitiker" und "Modernisierer" ist, amtiert Geismar als Staatssekretär im Kabinett des französischen Bildungsministers Claude Allègre - eines der reaktionärsten und antisozialsten Minister der Regierung Jospin, der derzeit für massive Protestmobilisierungen der LehrerInnenschaft sorgt. Sauvageot lehrt an einer Kunstakademie im westfranzösischen Rennes und scheint seine früheren Ideen weitgehend beibehalten zu haben.

Der Vierte im Bunde, Alain Krivine, kandidiert im Juni 1999, zur gleichen Zeit wie Cohn-Bendit, an der Spitze einer Liste zum Europaparlament. Der heute 57jährige Krivine wurde 1965 wegen "Linksabweichlertums" aus der Studentenorganisation der französischen KP ausgeschlossen. Bei der bevorstehenden EU-Wahl ist er "zweiter Spitzenkandidat" einer linksradikalen Bündnisliste, die von der früheren Präsidentschaftskandidatin Arlette Laguiller angeführt wird. Hinter dieser Kandidatur im Doppelpack stehen die beiden wichtigsten Gruppen der französischen radikalen Linken - links von der KP: die Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) und Lutte Ouvrière (LO - "Arbeiterkampf"). Zum ersten Mal seit 1979, als LO und die LCR bei einer gemeinsamen Kandidatur zum Europaparlament 3,1 Prozent holten, treten die beiden revolutionär-marxistischen Gruppen gemeinsam zur Wahl an.

Beide Formationen gehören dem weiten Feld des Trotzkismus an; in ihnen sind jeweils grob 1.500 bis 2.000 Aktive organisiert. Daß sie zusammen kandidieren, ist alles andere als selbstverständlich. Tatsächlich unterschieden sich in der Vergangenheit die politischen Verhaltensweisen beider Organisationen häufig wie Tag und Nacht. Die LCR unter Krivine, die direkt aus dem Mai 1968 und den Bewegungen von Studierenden und Jugendlichen heraus entstand, ist auf einer Vielzahl politischer und sozialer Felder - Feminismus, Antirassismus, Antifaschismus - aktiv. Von LO wurden solche Aktivitäten außerhalb des Klassenkampfs im engen, ökonomischen Sinne lange Zeit als "kleinbürgerlicher" Luxus abgetan. LO ging in den frühen 40er Jahren aus einer Abspaltung von anderen trotzkistischen Gruppen hervor. Angesichts der damaligen Hegemonie der stalinistisch geprägten KP über die Arbeiterklasse schlußfolgerten die LO-Gründer, die seit Mitte der 30er Jahre in Frankreich bestehenden trotzkistischen Zirkel müßten dringend ihren intellektuellen Charakter ablegen und die absolute Priorität auf die Verankerung in der Arbeiterschaft legen.

Noch in den letzten Jahren konzentrierte LO sich auf den Lohnkampf und auf Konflikte in den Betrieben, während Themen wie die Links-Rechts-Polarisierung und der Antirassismus häufig als störend bei der Verankerung in der Arbeiterklasse abgetan wurden. Zwar öffnet sich LO unter dem Druck eines breiten Publikums, das sie bei Wahlen erfolgreich ansprechen konnte, seit kurzem zögerlich gegenüber anderen sozialen Bewegungen und beteiligt sich an den Mobilisierungen zugunsten der Sans-papiers ("illegale"

ImmigrantInnen). Innerhalb der nach außen abgeschlossenen und teilweise sektenhaft funktionierenden Organisation dürften diese "neuen" Themen jedoch noch wenig verankert sein.

Dennoch ist es LO und nicht die LCR, die in den vergangenen Jahren bei Wahlen stets die Nase vorn hatte. Mit 5,3 Prozent (und 1,6 Millionen Stimmen) bei der Präsidentschaftswahl 1995 und Durchschnittswerten von 4,7 Prozent dort, wo sie bei Regionalparlamentswahlen im März 1998 antrat, liegt LO deutlich vor der Organisation von Alain Krivine, die bei ihren (seltenen) Wahlbeteiligungen durchschnittlich 1,5 Prozent der Stimmen einfährt. Mit ihren seit 25 Jahren gleichen Slogans ("Gegen die Entlassungen, die Arbeitslosigkeit und das Elend", "Arbeiterinnen, Arbeiter, man belügt euch, man bestiehlt euch") haben sich die LO-GenossInnen in Teilen der Bevölkerung Anerkennung erworben als "jene, die zu ihren Ansichten stehen und keinen Opportunismus betreiben". Die LCR hingegen war häufig entweder bei den Wahlen nicht präsent - da sie an Bündniskandidaturen bastelte, die nicht zustande kamen - oder trat unter anderen, vermeintlich ein breiteres Publikum ansprechenden Namen an, die häufig genug nichtssagend blieben (z.B. "100 Prozent links").

Nach scharfen internen Kontroversen sprachen sich bei einer Urabstimmung Ende Januar 78 Prozent der LCR-Mitglieder für die gemeinsame Liste aus. Auch viele KritikerInnen der sektiererischen und antifeministischen LO-Politik ließen sich schließlich von dem Argument überzeugen, ein gutes Abschneiden dieser Liste könne auch als Druckmittel gegenüber der KP und den Grünen benutzt werden und, gestützt auf soziale Bewegungen, politische Umgruppierungen ermöglichen. Diese Botschaft soll bereits ab dem Wahlabend des 13. Juni an die Adresse der anderen Linkskräfte ausgesandt werden. Die gewöhnlich disziplinierten RevolutionärInnen von LO sprachen sich zur selben Zeit mit 95 Prozent Ja-Stimmen für die gemeinsame Liste mit der LCR aus.

LO/LCR als Nutznießer der KP-Krise?

Nach Umfragen ist ein Ergebnis zwischen 5 und 8 Prozent zu erwarten. Die anhaltende Orientierungskrise der französischen KP dürfte sich nach der Wahl verschärfen. Natürlich profitiert die Liste LO/LCR von den Problemen der KP. Deren Liste zu den Europaparlamentswahlen wurde nach dem Prinzip der "doppelten Parität" aufgestellt: je 50 Prozent Männer und Frauen, je 50 Prozent kommunistische und nicht-kommunistische KandidatInnen. KP-Sekretär Robert Hue präsentierte dieses Verfahren als Ausgeburt der "Offenheit" und der Öffnung zur "Zivilgesellschaft". Zu den prominentesten Nicht-KP-KandidatInnen zählen die bisherige "interministerielle Beauftragte zur Gleichstellung der Frauen" der Jospin-Regierung, Geneviève Fraisse; der frühere Chef der regierungsnahen Gruppe SOS Racisme, Fodé Sylla, der für seine Nähe zum linken Flügel der Sozialdemokratie bekannt ist; und der mittlerweile sozialliberale ehemalige Chefökonom der KP, Philippe Herzog. Letzterer trat auf dem letzten Parteitag im Dezember 1996 mit der Begründung aus der KP aus, diese vertrete nicht genügend die Interessen der Unternehmen gegenüber den Wettbewerbszwängen.

"Doppelte Parität" und "Offenheit" der Liste stößt längst nicht bei allen KP-WählerInnen auf Begeisterung. Für manche von ihnen könnte die linksradikale Bündnisliste eine Alternative sein. Schon früher hatte LO in einer traditionellen KP-Hochburg wie der Pariser Vorstadt Aubervilliers bis zu 12 Prozent der Stimmen eingefahren und war damit in Teile der alten Arbeiter- Wählerschaft des Parti Communiste Francais eingebrochen.

Auf der gemeinsamen Großveranstaltung zum Auftakt des LO/LCR-Wahlkampfs, die am 5. Februar im traditionsreichen Pariser Versammlungssaal La Mutualité stattfand, lauschten rund 3.000 ZuhörerInnen den Reden von Arlette Laguiller und Alain Krivine, bevor sie in dem mit 48 roten Fahnen geschmückten Saal stehend und mit geballter Faust die "Internationale" sangen. Alain Krivine betonte, es gebe heute "hundert Mal mehr Gründe zu rebellieren als im Mai 1968: damals kannten wir keine Massenarbeitslosigkeit, kein Tschernobyl und keinen Le Pen." Krivine unterstrich die Bedeutung von Kampffeldern wie Antirassismus (wobei er die Ursachen des Rassismus fast ausschließlich auf die Arbeitslosigkeit zurückführte) oder Ökologie. Letztere dürfe man freilich nicht, wie die Grünen und Cohn-Bendit, zum "bloßen politischen Etikett" machen, sondern "als Problemfeld auf seinem gesellschaftlichen Hintergrund" sehen: "Da ist das Problem der Städtebaupolitik, des Abdrängens bestimmter Bevölkerungsgruppen in der Banlieue, der langen Transportwege in die städtischen Zentren. So stellen sich die Fragen des Autoverkehrs, des Lärms. Und man stellt fest, daß die gleichen, die unter diesen Folgen und einer katastrophalen Städtebauweise leiden, dieselben sind, die auch die ersten Leidtragenden der sozialen Misere sind."

Arlette Laguiller widmete ihre Rede fast nur der Arbeitslosigkeit und den Entlassungen; dagegen setzte sie die Forderung nach "sofortiger Enteignung der Unternehmen, die Gewinne machen und gleichzeitig entlassen" - um das realisierbar zu machen, forderte sie die "Aufhebung des Banken- und Geschäftsgeheimnisses". Im Diskurs der beiden führenden Köpfe der revolutionär-marxistischen Linken ist ein deutlicher Unterschied festzustellen: Während Krivine eher versucht, eine Vielzahl gesellschaftlicher Themenfelder abzuhandeln und so "den Kapitalismus" umfassend zu beschreiben, attackiert Laguiller eher eine personifizierbare Gruppe profitgieriger Individuen, also gewissermaßen "die Kapitalisten". Und so argumentiert die LO-Kandidatin gegen den Rassismus: "Den Arbeitern in den Werkshallen, den Fabriken und den Büros, die aus allen Ländern kommen und alle Sprachen sprechen, gegenüber sind nur die Angehörigen jener winzigkleinen Minderheit von Parasiten und Ausbeutern étrangers (Ausländer, Fremde) in der Arbeitswelt."

Über einen Punkt sind sich jedoch beide einig: Nicht die Wahlen sondern die sozialen Kämpfe außerhalb der Parlamente sind die Hauptsache; jene zu stärken und als ihr "Sprachrohr" aufzutreten, dafür trete man gemeinsam zur Wahl an. Und was wird danach mit dem Bündnis? "Ob dem Paar ‚Alain und Arlette` rasch wieder die Scheidung droht", wollte ein Teilnehmer an ihrer Veranstaltung im Gewerkschaftshaus von Saint-Denis bei Paris wissen. Alain Krivine antwortete: "Man weiß ja heute, daß man auch ohne Trauschein zusammenleben kann. Wir (die LCR und LO) gehen daher keine Ehe ein, und so braucht es auch keine Scheidung zu geben."

Eines steht zweifellos fest: Schon sehr lange nicht mehr hat man in der großen Presse - und zwar ausnahmslos in allen Zeitungen - so viel und so detailliert über die radikale Linke berichtet wie in den vergangenen Wochen.

Bernhard Schmid, Paris

31. Philippinen: Lange Schatten der Marcos-Diktatur. Präsident Estradas Populismus wird unpopulärer

Präsident Estradas Populismus wird zusehends unpopulärer

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:10

Seine besten Auftritte hatte der Schauspieler Joseph "Ejercito" in Billigproduktionen, in denen er sich als tropischer Robin-Hood-Verschnitt den Weg für die Armen und Geschundenen in den Straßen Manilas freischoß. Seit Ende Juni 1998 ist Joseph "Ejercito" Estrada Präsident der Philippinen. Eine Rolle, die offensichtlich zu groß für den kleinen Schauspieler von einst ist und die er gemäß einem Skript spielt, das den Restposten der Marcos-Diktatur vorzüglich ins eigene Konzept paßt.

"Präsident Estradas zweifelhaftes Bekenntnis zur Demokratie hat damit zu tun", erregte sich der bekannte philippinische Kolumnist Amando Doronila im Philippine Daily Inquirer (26.2.99), "daß er zu den Marcos-Loyalisten zählte und während des großen politischen Umbruchs im Februar 1986, als dessen Diktatur jäh endete, marginalisiert wurde". Bissig setzte der ansonsten besonnene, keineswegs linkslastige Doronila noch eins drauf: "Mr. Estrada ist außerdem geneigt, den faschistischen Apparat des Marcos-Regime wieder flott zu machen - unter anderem mit der Wiedereinführung von Inhaftierungen ohne richterlichen Haftbefehl."

Estradas Berater haben während des Präsidentschaftswahlkampfs im vergangenen Mai stets das volksnahe Image des Kandidaten poliert. Sein Spitzname "Erap", das rückwärts gelesen für "Pare" steht und Kumpel bedeutet, bürge für Volksnähe und unterscheide den "Mann der Massen" wohltuend von der alten Politikerkaste. Während seiner ersten Ansprache als frischgekürter Präsident erklärte "Erap" am 30. Juni 1998, er werde den Armen und Marginalisierten eine Stimme verleihen, die Verbesserung ihrer Lebenslage zum Eckpfeiler seines Regierungsprogramms machen, die allgegenwärtige Korruption mit Stumpf und Stiel ausrotten und die Friedenspolitik seines Vorgängers fortsetzen. Um diese Versprechen publikumswirksam zu inszenieren, wurde zumindest dieser Tag den versammelten Armen im Stil einer biblischen Massenspeisung mit gegrillten Schweinen und Hähnchen versüßt.

Um das Kumpelimage zu stärken, war sich "Erap" nicht zu schade, auch in die Niederungen des Lebens einzutauchen und sich vom Troß ergebener Medienvertreter bei der Müllbeseitigung und Toilettenreinigung in Slums ablichten zu lassen. Das kam als Unterhaltungseinlage gut an und schürte überdies den Mythos, Estrada sei politisch unbelastet bzw. tatsächlich imstande, eine saubere Politik zu betreiben.

Doch entgegen dieser Mythenbildung war Estrada als langjähriger Bürgermeister von San Juan, einem Stadtbezirk in Manila, Teil der politischen und administrativen Infrastruktur der Marcos-Diktatur. Als diese im Februar 1986 nicht zuletzt aufgrund der aufgekündigten Gefolgschaft seitens relevanter Kreise des Militärs endgültig zusammenbrach, stand Estrada abseits.

Unter dem einstigen Marcos-Vertrauten, stellvertretenden Generalstabschef und von 1992 bis 1998 amtierenden Präsidenten Fidel V. Ramos stieg er dann zum obersten Verbrechensbekämpfer im Lande und Vizepräsidenten auf. Doch im Gegensatz zu dem schillernden Ramos, der sich seit 1986 tunlichst gehütet hatte, in der Öffentlichkeit mit dem Marcos-Clan anzubändeln, hofiert Estrada ungeniert dessen Mitglieder und Anhänger.

Ein Herz für Marcos

Den ersten Affront gegen die zahlreichen Opfer, Hinterbliebenen und Gegner des einstigen Diktators leistete sich Estrada, als er öffentlich dafür plädierte, dieses dunkle Kapitel der Geschichte mit der Beisetzung von Marcos' Leichnam auf dem Heldenfriedhof von Manila zu entsorgen. Eine Woge öffentlicher Empörung schlug ihm entgegen und zwang Estrada zum Rückzugsgefecht. Doch wer geglaubt hatte, dies sei lediglich ein Fehltritt des noch unerfahrenen Präsidenten gewesen, mußte rasch umdenken. Die Hofierung der Marcoses und ihrer "Cronies", wie die Günstlinge der ausgewucherten Vetternwirtschaft während des Terrorregimes genannt wurden, bildet eine auffällige Konstante der Estrada-Politik.

Senator Franklin Drilon geriet außer sich: "Diese Klausel macht aus der Justiz eine Travestie. Sie negiert gerade Geist und Sinn dieses Abkommens, nämlich den Opfern von Menschenrechtsverletzungen während

der bleiernen Zeit des Kriegsrechts endlich Gerechtigkeit zu verschaffen". Was Drilon und mit ihm die offiziell 9.539 KlägerInnen gegen den Marcos-Clan auf die Palme brachte, war ein kurzerhand von den Marcoses in die bereits zwischen ihnen und der Regierung in Manila ausgehandelte Entschädigungsvereinbarung eingeschobener Paragraph, der sie ein für allemal von dem Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen freisprechen und keine weiteren Klagen gegen sie dulden soll.

Bereits vor Jahren hatte der District Court im US-Bundesstaat Hawaii die Sammelklage der knapp 10.000 Marcos-Opfer positiv beschieden und eine Gesamtentschädigung in Höhe von umgerechnet ca. zwei Mrd. US-Dollar angeordnet. Frau Marcos wähnte sich daraufhin als mittelloses Justizopfer und setzte auf Zeit. Nach zähen Verhandlungen wurde zur Jahreswende 1997/98 ein Teilbetrag des Marcos-Vermögens (560 Mio. US-Dollar) auf Schweizer Banken von Zürich aus auf ein Sperrkonto der Philippine National Bank in Manila transferiert. Mittlerweile ist dieser Betrag auf 590 Mio. US-Dollar angewachsen, von denen nunmehr 150 Mio. Dollar unter die SammelklägerInnen aufgeteilt werden und der Rest in die Staatssäckel fließen sollen. Den KlägerInnen steht ihr Anteil allerdings nur nach erneuter entwürdigender Prozedur zu, wenn sie nämlich bis Ende März nochmalig einen entsprechenden Antrag ordnungsgemäß mit ihrem Rechtsbeistand eingereicht haben.

Daß es zu einer zügigen Auszahlung an die Betroffenen kommt, ist nicht zu erwarten. Denn auf einmal erhebt auch die Finanzbehörde (Bureau of Internal Revenue) eine nachträgliche Steuerforderung gegen die Marcoses. Abgesehen davon bleibt die Perfidie, daß die Marcoses durch den Deal exkulpiert wären und unabhängig von dem auf ihr Drängen hin veranlaßten Einschub in die Kompensationsvereinbarung - offensichtlich ein weiteres Manöver, um Zeit zu schinden - deren einstige Herrschaft jenseits von Reue, Scham und Entschuldigung als normales Politbusiness reingewaschen würde.

Während Imelda Marcos heute schamlos verkündet, zahlreiche Großunternehmen im Lande gehörten eigentlich zu ihrem Familienbesitz, verhöhnen ungestraft die Marcos-Tochter Imee als Kongreßabgeordnete und der Marcos-Sohn "Bongbong" Ferdinand Jr. als Gouverneur der Provinz Ilocos Norte die Opfer ihres Vaters und werfen ihnen vor, nicht Gerechtigkeit, sondern schlichtweg dem schnöden Mammon nachzujagen.

"... dann kriegen sie halt Krieg!"

Die Friedenspolitik auf der Südinsel Mindanao wird für den Präsidenten zwangsläufig zum Lackmustest seiner Administration. Zwar konnte dort Anfang September 1996 durch ein Friedensabkommen zwischen der vormals größten muslimischen Widerstandsorganisation, der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF), und dem Estrada-Vorgänger Ramos ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg beendet werden. Doch dieser Friede blieb brüchig und erwies sich zunehmend als Diktatfrieden, den jetzt die Moro Islamische Befreiungsfront (MILF) vehement bekämpft. Die MILF, eine Abspaltung von der MNLF seit Ende der 70er Jahre, hat nach dem Schulterschluß von MNLF-Chef Nur Misuari mit Manila dessen "Kapitulation und Ausverkauf der Moro-Interessen" gegeißelt und statt Autonomie ihre alte Forderung nach Sezession.

Unverzüglich ließ Estrada die in Mindanao stationierten Militärverbände aufstocken, torpedierte die laufenden Waffenstillstandsverhandlungen und verkündete in Rambo-Manier, "wenn sie dort Krieg wollen, so sollen sie ihn halt kriegen". Und genau das geschah: Im Januar und Februar kam es zum offenen militärischen Showdown zwischen MILF-Einheiten und Regierungstruppen, die von der Luftwaffe unterstützt wurden.

Als der Präsident auch noch in schnoddrig-arroganter Manier den an Kairos angesehener Al Azhar-Universität ausgebildeten MILF-Vorsitzenden Hashim Salamat als Kriminellen abkanzelte und die Moros insgesamt verächtlich herabsetzte, riß das alte Wunden auf und ließ den um Ausgleich bedachten Misuari vollends als begossenen Pudel dastehen. Ein hinter den Kulissen eingefädelter Dialog mit der MILF-Führung ließ kurz die Hoffnung keimen, es könne doch noch ein Zusammentreffen zwischen Estrada und Salamat Ende Februar arrangiert werden. Doch dieses Treffen platzte, weil beide Seiten sich nicht über Sicherheitsbelange verständigen konnten.

Estrada glaubte allen Ernstes, den MILF-Vorsitzenden auf seine Präsidentenjacht beordern zu können. Der korpulente Präsident erschien zudem ausgerechnet in Kampfuniform und vergaß aufs neue, daß mit seiner alten Rolle keine neue Politik zu machen ist. Jedenfalls sahen sich die Moros in ihrer zählebigen Ansicht bestärkt, daß Manila kein Gespür für ihre Belange hat, sich vielmehr als Kolonialherr aufführt.

Ebenfalls im Februar erfolgte Gefangennahme von Brigadegeneral Victor Obillo und seinem Adjutanten, Hauptmann Eduardo Montealto, durch Mitglieder des Medardo Arce Command-Southern Mindanao Regional Operational Command, der seit nunmehr 30 Jahren landesweit operierenden und von der CPP befehligten Neuen Volksarmee (NPA). Obillo, Kommandeur der 55. Engineering Brigade der philippinischen Armee, und Montealto, die außerhalb Davaos entführt wurden, wird von der Guerilla vorgeworfen, sich jahrelang an aktiven Aufstandsbekämpfungs-Programmen beteiligt und dabei Zivilisten terrorisiert zu haben. Am 4. März erklärte der Vorsitzende des Verhandlungsteams der Nationalen Demokratischen Front (NDFP), Luis G. Jalandoni, daß Obillo und Montealto als Kriegsgefangene betrachtet und im Sinne des erst vor einem Jahr mit der Ramos-Regierung im Zuge von Friedensverhandlungen unterzeichneten Comprehensive Agreement on Respect for Human Rights and International Humanitarian Law (CARHRIHL) behandelt würden.

Estrada hat nun diese Gespräche einseitig für beendet erklärt, Militäroperationen gegen tatsächliche und vermeintliche Kader der CPP angeordnet und nicht erkennen lassen, wann und ob sie überhaupt wieder aufgenommen werden. In militärischen Geheimdienstberichten wird derweil von einem landesweiten Erstarken der NPA gesprochen, die in der Endphase der Marcos-Herrschaft vom US-amerikanischen Außen- und Verteidigungsministerium mit annähernd 30.000 Kombattanten als "weltweit am schnellsten wachsende Guerilla" eingestuft worden war, allerdings nach erbitterten CPP-internen Auseinandersetzungen zu Beginn der neunziger Jahre beträchtlich an Stärke eingebüßt hatte.

US-Präsenz durch die Hintertür?

Estrada wäre nicht Estrada, wenn er nicht auch noch auf einen anderen "Sieg" setzen würde, daß nämlich das seit Januar 1998 avisierte sogenannte Visiting Forces Agreement (VFA) alsbald vom philippinischen Senat verabschiedet und somit die Bereitschaft der USA erhöht wird, dem Land bei der Bewältigung interner und sicherheitspolitischer Probleme behilflich zu sein. Letzteres beträfe vor allem die Auseinandersetzung um die im Südchinesischen Meer gelegene Spratly-Inselgruppe, auf die neben anderen südostasiatischen Ländern auch die Philippinen und die VR China (Teil-)Ansprüche erheben und um die es in den vergangenen Jahren wiederholt zu politisch-diplomatischen Mißstimmungen in der Region gekommen ist.

Estradas Naivität hinsichtlich Inhalt und Bestimmungen des VFA, das den USA die Nutzung von landesweit 22 Häfen gestattete und ihren Truppen extraterritoriale Rechte und Immunität vor philippinischer Strafverfolgung und Gerichtsbarkeit garantierte, war selbst seinen außen- und sicherheitspolitischen Beratern peinlich. Estrada hatte offensichtlich vergessen, daß sein Land im Sinne seines Sicherheitskalküls bereits seit 1951 durch den noch immer existierenden Mutual Defense Treaty "geschützt" ist. Selbst dieser Gegenseitige Verteidigungsvertrag sah zu keiner Zeit eine US-amerikanische Parteinahme in Landdisputen und Gebietsansprüchen vor, in die die Philippinen verwickelt waren und noch sind.

Der bis in die siebziger Jahre (zeitweilig vehement) angemeldete Anspruch Manilas auf das ostmalaysische Sabah ebenso wie der heutige Spratly-Disput wurde und ist seitens der USA kein Thema. Im Falle Sabahs galt die strikte Politik, keine wie auch immer geartete Grenzänderung innerhalb des seit 1967 bestehenden Regionalbündnisses ASEAN (Vereinigung südostasiatischer Nationen) zu dulden, da dies unwägbaren, nicht kontrollierbaren zentrifugalen Kräften in solchen Mitgliedsstaaten wie Indonesien, Malaysia und Thailand Auftrieb gegeben und mithin die regionale Sicherheitspolitik gefährdet hätte. Und im Falle der Spartlys sind den USA die normalen Beziehungen zur VR China wichtiger als die Parteinahme für eine - heute vergleichsweise unbedeutende - Ex-Kolonie (die Philippinen).

Bleibt letztlich die innenpolitische Bedeutung des VFA, das von zahlreichen gesellschaftlichen Verbänden, Nicht-Regierungsorganisationen, Frauengruppen und linken Parteien und selbst von der mächtigen Katholischen Bischofskonferenz der Philippinen bereits am 13. Juli 1998 in einer pastoralen Erklärung kritisiert wurde. Hauptpunkte dieser Kritik: Das VFA verletzt die Verfassung aus dem Jahre 1987, die ein Nuklearwaffenverbot vorschreibt und die Lagerung solcher Waffen verbietet, die jedoch nach Inkrafttreten des VFA höchstwahrscheinlich an Bord anlandender US-Kriegsschiffe und -Kampfflugzeuge mitgeführt würden, ohne daß Manila darüber vorab auch nur informiert oder in Kenntnis gesetzt werden müßte. Der Nationale Vorsitzende der Nuclear-Free Philippines Coalition, Roland G. Simbulan, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das Pentagon konkrete Pläne habe, in General Santos City und in der Sarangani-Bucht (auf Mindanao) US-Kriegsmaterial zu lagern.

Die BefürworterInnen des VFA verweisen neben dem von Präsident Estrada bemühten Argument auf die mögliche Eindämmung interner Konflikte, die das Abkommen durch verstärkte Anbindung an die USA zuließe. Im Klartext: Sollte beispielsweise auf Mindanao die "Subversion" zunehmen oder Sezessionsforderungen die territoriale Souveränität der Republik der Philippinen bedrohen, könnten nach ihrer Meinung dann auch US-amerikanische Kontingente in Kampfhandlungen einbezogen werden. Und gerade auf Mindanao gibt es gewichtige Stimmen und einflußreiche Kreise von Politikern, Großgrundbesitzern und Geschäftsleuten, die just für diese Eventualität ganz offen optieren.

Innerphilippinische Konfliktregelung mittels US-Truppen? Gänzlich abwegig ist diese Vorstellung nicht: Nachdem die spanischen Kolonialisten 1898 endgültig die Philippinen räumen mußten, eine kurzlebige Republik der Filipinos bestand und die Inseln dann endgültig auf dem Pariser Friedensvertrag im Dezember 1898 von den USA für 20 Mio. Dollar gekauft wurden, begann vor genau 100 Jahren der Philippinisch-Amerikanische Krieg und damit das größte Kolonialmassaker um die Jahrhundertwende. Offiziell endete dieser Krieg 1901, doch in einigen Regionen Mindanaos wurde er bis 1916 erbittert fortgesetzt.

Rainer Werning

32. Wie eine Diktatur der Gesetze entsteht. Unterwegs mit Alexander Lebeds Bewegung "Ehrlichkeit und Heimat"

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:01

Alexander Lebed, in der russischen Staatskrise vom August 1998 vorübergehend als möglicher Ersatzmann für Viktor Tschernomyrdin gehandelt, ist auf seinen Posten als Gouverneur nach Krasnojarsk, mehr als 3.000 km östlich von Moskau, zurückgekehrt. Dort, in einer der reichsten Regionen Rußlands, bereitet er den politischen Boden für seine Wahl zum russischen Präsidenten im Jahr 2000 vor. Am 7. Oktober sah man ihn an der Spitze von 20.000 Unzufriedenen gegen die Politik Moskaus protestieren. Kai Ehlers, zur Zeit der Krise in Krasnojarsk, berichtet von einer Reise mit dem Presseoffizier der Bewegung "Ehrlichkeit und Heimat". Er beantwortet u.a. die Fragen: Wer stützt Alexander Lebed? Welche Kräfte mobilisiert er? Wie groß ist die Gefahr, daß Lebed zum Führer einer neuen Diktatur wird?

Den ersten Halt gibt es in Saschurgni, einem dieser "von Gott vergessenen Winkel". In einer winzigen Seitenkammer des ehemaligen Kulturpalastes entsteht das örtliche Büro der Bewegung. Ein ehemaliger Offizier versucht hier die Stellung auszubauen. "Wir wollen, daß die Politik unseres Gouverneurs umgesetzt wird", sagt er; "die Leute kommen zu uns. Wir versuchen mit dem Bürgermeister zu reden." Für den ehemaligen Offizier ist Lebed einfach die Zukunft.

Im Foyer des Kulturpalastes und auf der Straße erfahre ich, daß die Pensionen für den letzten Monat noch ausstehen. Eine Frau klagt, daß sie ihr Kindergeld seit Monaten nicht bekommen habe. Ein Alter schimpft, die Preise seien um das Drei- bis Vierfache in den letzten Wochen gestiegen! "Und dies alles, obwohl er uns versprochen hat, daß es bei ihm so etwas nicht geben wird."

"Wir fangen erst an", räumt der örtliche Vorsitzende ein. "aber ehrlich gesagt, uns fehlt das Geld. Uns fehlen die Kader. Uns fehlen die Verbindungen. In drei Monaten ist noch nicht viel zu schaffen." An anderen Orten des Krasnojarsker Verwaltungsbezirks wird möglicherweise pünktlich gezahlt. Das Beispiel von Saschurgni zeigt aber, daß auch das beste Programm, der härteste Wille zu seiner Durchsetzung, getragen von einem ausgesuchten Kommando von Spezialisten, sich immer wieder an den örtlichen Verhältnissen bricht.

Anhänger und Gegner einer Militärdiktatur

Von Saschurgni geht es weiter über die Kohlestadt Borodino. Hier hat die Bewegung eine starke Basis. Als oppositionelle Kraft organisierte sie schon Lebeds Kampagne zur Präsidentenwahl 1995, danach 1997 die zur Wahl des Gouverneurs von Krasnojarsk. Jetzt sind solche Gruppen wie die von Borodino unvermittelt zur "Partei der Macht" geworden, ohne aber direkt in den örtlichen Administrationen vertreten zu sein. Seitdem bewegt sich der Einfluß Alexander Lebeds auf drei Ebenen: Die Bewegung "Ehrlichkeit und Vaterland" sammelt alle ein, die mit Lebeds Politik sympathisieren, und versucht, seinen politischen Einfluß damit zu erweitern. In die "Russische republikanische Volkspartei" werden die Aktivisten aufgenommen, die zu besonderem Einsatz bereit sind. Die Gebietsadministration bildet das politische Kommando im Staatsapparat. Als Gouverneur und Führer von Partei und Bewegung vereint Alexander Lebed alle drei Ebenen.

Sein Führungsstil, der sich durch Administration, Partei und Bewegung hindurchzieht, ist klar: Er ist "Kommandir" einer pyramidalen Struktur. "Ich bin Spezialist für Krisenbewältigung", sagt Lebed von sich. Das Credo, unter dem sich Spezialisten, Aktivisten und Wähler seinem Kommando unterordnen, lautet: Diktatur des Gesetzes. Eine Führerstruktur wie die der Partei Wladimir Schirinowskis, die jede Wendung ihres Spitzenmannes bedingungslos mitmachen muß, lehnen Lebeds Anhänger jedoch ebenso ab wie die Ein-Mann-Diktatur Boris Jelzins. Lebeds Parteigänger bestehen auf Kontrolle ihrer Führung durch Sachverstand in der Administration und auf einer politischen Programmatik für Partei und Bewegung. Die allgemeine Linie dieser Programmatik ist sehr einfach: Herstellung eines sicheren gesetzlichen Rahmens für die ruhige Entwicklung einer gesunden Ökonomie und die Gesundung der Gesellschaft. Manch ein Parteigänger, manche Parteigängerin verbindet diese Vorstellungen mit dem Wunsch nach einer Diktatur wie der des chilenischen Diktators Pinochet. Solche Stimmen finden sich unter Direktoren ebenso wie unter

einfachen Leuten. Die Mehrheit der Mitarbeiter in Lebeds Krasnojarsker Administration, in Partei und Bewegung wie die der einfachen Sympathisanten jedoch lehnt den "blutigen Weg" zur Herstellung der gewünschten Ordnung ab.

Ähnliche Differenzierungen gelten auch für die Bewegungen anderer Gebiete wie etwa für die von Nowosibirsk, die Alexander Lebeds Wahl zum Präsidenten vorbereiten wollen. Direktoren etwa, die die Bewegung in Nowosibirsk finanzieren, sind sich einig in der Forderung nach einer "harten Hand". Der Direktor der "Eisen-Beton-Fabrik Nr. 4" versteht darunter die Hand Pinochets. "Hat Pinochet die Wirtschaft in Ordnung gebracht? Hat er!" konstatiert er knapp. Danach könne man weitersehen. Ein anderer, Direktor der Maschinenfabrik "Stankosib" wendet sich gegen jedes Blutvergießen. "Davon hatten wir bereits genug", wehrt er ab, "da macht die Bevölkerung nicht mehr mit."

Drohung mit dem Volkszorn

In Kansk kann ich sehen, wie eine Ortsgruppe der Bewegung "Ehrlichkeit und Heimat" unter der Bedingung, Partei der Macht, aber noch nicht Teil des Apparates zu sein, tätig ist. Der Sowjet der Bewegung, gut dreißig Männer und Frauen, Direktoren örtlicher Firmen, kleine Geschäftsleute, Abgeordnete, VertreterInnen von Instituten - man könnte sagen: die aktiven und einflußreichen Leute der Stadt - haben sich zu einem "Tag der Anhörung" versammelt, um Probleme zu besprechen, für die es bisher keine Lösung gab. Das Komitee ist für viele Menschen der Stadt Kansk heute die "letzte Adresse".

Den "Tagen der Anhörung" geht der einfache "Empfang" von Mitbürgern durch das Komitee der Bewegung voraus. Sie tragen ihre Anliegen vor. Wenn nicht sofort Rat gegeben werden kann, wird eine Anhörung der Konfliktparteien vor dem Komitee organisiert. Es spricht für den Einfluß, den die Bewegung in Kansk hat, daß sich alle Konfliktparteien bereit erklären, vor dem Komitee zu erscheinen und auszusagen.

Drei Punkte stehen zur Verhandlung, als wir kommen: Die Verwahrlosung des Kulturparks der Stadt, eine Kritik an der örtlichen amtlichen Zeitung und die drohende Schließung eines öffentlichen Wohnhauses, das vor der Privatisierung vom "Kombinat Verkehr und Transport" finanziert wurde. Fall eins: Eine Mitarbeiterin des Parks schildert die Verwahrlosung der Anlagen. Keine Eingabe bei der örtlichen Verwaltung hat genützt; die Administration ist desinteressiert und unfähig, etwas zu ändern. Beiträge aus der Runde zeigen, daß der Park nur ein Beispiel für die allgemeine Verrottung öffentlicher Einrichtungen ist. Wer ist verantwortlich? Was tun? Die Versammelten sind ratlos. Peinliches Schweigen. Da geht der Vorsitzende zu einer stechenden Strafrede über, fordert Initiative ein. Er endet mit der Festellung, daß man den Magistrat unter Druck müsse. Klar? Klar!

Fall zwei: Die Stadtzeitung wird kritisiert. Früher war sie politisches Parteiorgan; jetzt ist sie nur noch ein Amtsblatt. Notdürftig von der Administration finanziert, hält sie sich nur noch mit Anzeigen über Wasser; politischer Inhalt nahe Null. Es hagelt Kritiken. Man will das Blatt wieder als politische Zeitung sehen - als Zeitung des Aufbruchs der eigenen Erneuerungsbewegung. Danach tritt, bemerkenswertes Ritual, der Vorsitzende wieder zu einer Strafpredigt an. Die anwesende Vertreterin der Zeitung verteidigt sich hilflos. Es ist ganz offensichtlich, daß sie die Kritiken nicht versteht. Aber sie verspricht Besserung und Kooperation mit dem Komitee.

Fall drei: Das als Aktiengesellschaft privatisierte ehemalige "Kombinat Verkehr und Transport" läßt seine früher von ihm unterhaltenen öffentlichen Wohnanlagen verkommen. Von ca. 100 Familien sind 50 bereits ausgezogen; der anderen Hälfte fehlen die Mittel. Ihnen droht ein Winter ohne Heizung. Die Kansker Verwaltung hat sich für nicht zuständig erklärt, ebenso Krasnojarsker Stellen. Der anwesende Vertreter der AG weist jede Verantwortung von sich. Als er sich zu rechtfertigen beginnt, wird es laut. "Nicht reden, handeln!" hallt es ihm entgegen. Man macht Vorschläge zur Lösung des Problems, etwa den, übergangsweise elektrische Heizungen zu installieren. "Geld ist doch vorhanden", ruft einer der Direktoren, "es ist doch alles nur eine Frage der Bereitschaft, Verantwortung auf sich zu nehmen!"

Der Direktor macht den Vertreter der Transport-AG für zukünftige Unruhen im Bezirk verantwortlich, warnt ihn davor, daß das Volk ihn letztlich persönlich zur Verantwortung ziehen werde, wenn es hungern und frieren müsse. Es folgt eine nochmalige Strafpredigt des Vorstands.

Entschieden wird auch in dieser Frage nichts. Die Ortsgruppe Kansk hat bisher keinen Arm in der Administration. Klar wird aber trotzdem, daß hier eine Kraft heranwächst, die entschlossen ist, den

gegenwärtigen Zuständen verantwortungsloser Schlamperei und räuberischer Bereicherung ein Ende zu bereiten. Seit Alexander Lebed Gouverneur geworden ist, bekommt diese Kraft eine Stellung, der sich unterzuordnen für andere Kräfte opportun werden könnte. Auf diese Weise könnte sich die von Lebed und seinem Kommando angestrebte Ordnung im Krasnojarsker Gebiet tatsächlich etablieren, mehr noch, sie könnte, wie es manche hier formulieren, zu einem Modell für die ganze Russische Föderation werden. Das logische Resultat wäre die Ablösung des jetzigen Präsidenten Boris Jelzin durch Alexander Lebed im Jahre 2000.

In den rituellen Strafreden des Vorstands der Kansker Bewegung, in der Erwartung ihres Sowjets, die ehemalige Parteizeitung zum Organ der politischen Erneuerung machen zu können, wie ebenso in der Bereitschaft der Versammelten, den in der Anhörung Beschuldigten mit der Gewalt des Volkes zu drohen wie seinerzeit mit der sowjetischen Macht, werden allerdings auch die Schatten sichtbar, die Alexander Lebeds Herrschaft werfen kann, wenn alte Kader mit altem Denken in traditionellen Strukturen eine Diktatur der Gesetze errichten wollen.

Ein Kommissar unterrichtet

Die zweite Fahrt führte in den Norden, den Jenessei hinauf bis in die Siedlung Podjossowo, 50 km nördlich der Bezirkshauptstadt Jenessejsk. Als Vertreter der Bewegung begrüßte mich der Kommandir Igor Labrikow. Er war mir beim ersten Kontakt mit der Gruppe bereits als "Ideologe" vorgestellt worden. Auf ihn paßt das Klischee des bolschewistischen Agitators aus der Revolutionsliteratur der zwanziger Jahre: wortgewandt, bestimmt und - proletarisch. Von Haus aus Ingenieur, riß ihn die Welle der Perestroika in die Politik. Von den Ergebnissen der Jelzinschen Politik angewidert, wandte er sich Alexander Lebed zu. Lebed ist für ihn die letzte Hoffnung, daß Rußland noch einmal zu "normalen Verhältnissen" zurückfindet. Damit meint er die Bedingungen eines entwickelten Industriestaates von heute. Lebeds Programm findet er "einfach vernünftig".

Die Siedlung Podjossowo, der nördlichste Ort unserer kleinen Reise, ist ein ehemaliger Militärstandort; Raumfahrt und Reparatur von Flußschiffen waren dort konzentriert. Heute rostet der Reparaturhafen vor sich hin, die Raumbasis ist nur noch bedingt in Betrieb und halb mit ausländischem, vor allem amerikanischem Personal besetzt. Ein großangelegtes Kulturhaus, ein Sportpalast, eine überdachte kleine Marktanlage lassen noch erkennen, daß der Ort einst wohlversorgt war. Heute ist das Elend der Entlassungen in die Häuser eingezogen.

In der Bürgermeisterei erwarten uns in einem kahlen, eiskalten Raum fünf Männer mit ernsten, entschlossenen Gesichtern; drei tragen Uniform. Ihr Credo ist glasklar, und sie scheuen sich nicht, es vor dem Mikrofon eines Ausländers auszusprechen: Sie fordern eine Militärdiktatur von der Art Pinochets. "Zehntausend Tote? Was ist das gegenüber den Tausenden, die jetzt jährlich durch die gegenwärtige Politik umkommen", lautet die Antwort auf meinen Einwand, daß Pinochets Diktatur zehntausende Todesopfer gefordert habe. Die Forderung nach einem Pinochet sei wohl zu sehr aus dem Herzen gesprochen, relativierte Igor später. Nur übergroße Verbitterung lasse die Menschen so reden. In Wirklichkeit wüßten gerade die Spezis aus Militärkreisen nur allzu gut, daß mit einer Militärdiktatur heute keins der für Rußland anstehenden Probleme zu lösen sei.

Kurz und bündig versah Igor die fünf Männer mit Informationen aus dem Zentrum der Bewegung. Zur Lage: Nach der Wahl und angesichts der aktuellen Krise Gesamtrußlands sei eine schwierige Situation für Alexander Iwanowitsch, also Lebed, und für die Bewegung entstanden. Die Versprechungen, die Alexander Iwanowitsch gegeben habe, habe er nicht einhalten können; erste Verbündete wendeten sich von ihm ab; die Bevölkerung beginne sich zu beklagen, daß er seine Versprechungen nicht einhalte, vielmehr auch unter seiner Regierung die Löhne, die Pensionen ausblieben usw. Punkt eins der Botschaft aus dem Zentrum laute daher: Alexander Iwanowitsch brauche die Hilfe der örtlichen Gruppen. Sie müßten sich bemühen, die Bevölkerung weiter von der Richtigkeit seiner Politik zu überzeugen. Punkt zwei: Die örtlichen "Aktive" sollten daran arbeiten, den Widerstand der Administrationen gegen die Politik Lebeds zu überwinden. Punkt drei: Die Wahlkampagne für die Wahl des Präsidenten im Jahr 2000 werde demnächst beginnen. Auch darauf müsse man sich vorbereiten.

Gut 80% der Landbevölkerung des Krasnojarsker Verwaltungsbezirks hat für Lebed gestimmt, höre ich. Aber es sind auch gut 80% der örtlichen Administration gegen ihn; letzteres gilt übrigens auch für Krasnojarsk, wo zudem noch die Mehrheit der Bevölkerung (ca. 60%) für den alten Gouverneur Subow gestimmt hat.

Das "Aktiv" der Jennesejsker Lebed-Gruppe erwartete uns in einem nicht minder kahlen Raum wie die Männer von Podjossowo. Auch sie nahmen die Informationen aus Krasnojarsk begierig auf. Auch hier bilden Uniformierte den Hauptteil des "Aktivs". Im Unterschied zu Podjossowo rekrutiert es sich allerdings nicht allein aus Kreisen des Militärs, sondern aus denen der Polizei. Chef ist allerdings ein Geschäftsmann, ehemaliger Kommunist. Freimütig begründete er sein Interesse an einer starken Hand damit, daß er eine Zuckerfabrik in der Region bauen will. Das leuchtet ein: Ohne zuverlässige Rahmenbedingungen bekommt er die notwendigen Kredite nicht.

Mit eisernem Besen gegen Bürokraten

Auch in Jennessejsk dominiert die Entschlossenheit zum Aufräumen. Nicht anders als in Podjossowo wird jedoch deutlich, daß man keineswegs im Besitze der Macht, schon gar nicht Alleinherrscher ist. Der Administrator des Gebietes ist ein Parteigänger Lebeds. Lieber heute als morgen sähe er das Land mit eisernem Besen von korrupten Bürokraten gesäubert, die seine Anordnungen sabotieren. Aber der Gebietsadministrator ebenso wie die städtische Lebed-Gruppe können nur versuchen, politischen Einfluß auf die Administration zu nehmen. In Podjossowo ist zwar der Bürgermeister mit von der Partie, aber die tatsächliche Macht liegt bei der Verwaltung der Militärbasis. Ohne sie läuft überhaupt nichts. Auch hier muß der Kampf politisch geführt werden.

Die dritte Station unserer Reise ist Lesnisibirsk, eine Stadt, die von der Holzgewinnung und -verarbeitung lebt. Das übliche Bild: Ein Teil der Produktion fault vor sich hin; "Holzfriedhof", kommentiert Igor, "die eigene Produktion steht still, keiner ist verantwortlich. Nicht einmal einen Beschluß zur Freigabe der Bretter an Datschenbesitzer kriegt man zustande. Nur die Exportbetriebe arbeiten mit Profit." In Lesnisibirsk treffe ich noch einmal auf eine andere Situation. Igor hatte sie mir zuvor mit den Worten angekündigt, die hiesige Gruppe werde bei ihnen der "bunte Haufen" genannt. Ich erlebte die konstituierende Versammlung der Gruppe. Einstimmig zum Vorsitzenden gewählt wird ein Advokat, der in seiner Vorstellungsrede für ein pragmatisch orientiertes Programm warb: Zusammenarbeit mit der örtlichen Administration und "erste Hilfe" für die Stadt. "Wenn ihr mich wählt, bin ich der Chef ", betonte er. "Alles geht über mich! Wenn ihr damit einverstanden seid, wählt mich, sonst wählt einen anderen."

Nach seiner Wahl zog er die Versammlung in dem angekündigten Stil durch - Diskussion anstehender Fragen, eins, zwei, drei, Klarstellung der Kompetenzen und ihrer Unterordnung unter den Vorsitzenden, dann Mehrheitsentscheidungen. Alles sehr demokratisch, dabei weit entfernt von Selbstdarstellungen aller Art. Im Vordergrund steht die Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen und beschlossene Maßnahmen durchzuführen. Das sind solche wie die Einführung einer öffentlichen Anhörung als ständige Einrichtung der Gruppe in der Art, wie ich es in Kansk erlebt hatte, wo die Bevölkerung ihre Probleme vortragen und zur Entscheidung bringen kann; das ist die Benennung eines Gehilfen, der dem Bürgermeister zuarbeiten soll; das ist die Schaffung einer geschäftlichen Basis für die Finanzierung der Arbeit.

Schließlich trat ein Lehrer mit der Frage auf, wie er sich gegenüber den angekündigten Streiks der Lehrerschaft verhalten solle. Die Stimmung in der Versammlung war spontan für Unterstützung. Auch Igor, der bis dahin schweigend zugehört hatte, nahm im Namen der Zentrale klar für eine Teilnahme an den Streiks Stellung, mehr noch, er teilte die Empfehlung der Zentrale mit, berechtigte Streik, die von der Basis der Bevölkerung ausgingen, nicht nur zu unterstützen, sondern sich an deren Spitze zu stellen. Die Versammlung war mit dieser Linie sichtlich einverstanden.

Eine Bewegung mit mehreren Gesichtern

Damit war die Reihe komplett: Vier verschiedene Gruppen, vier verschiedene Aspekte: Kansk - altes Denken im neuen Gewande, aber neue Leute, welche die alte Führung bald stürzen werden. Podjossowo - Forderung nach einer Militärdiktatur, aber ausgesprochen von Leuten, die keine Macht haben. Jenessejsk - Verlangen nach Ordnung im Sinne einer Kooperation zwischen Administration und Kapital. Lesnisibirsk schließlich - ein Revolutionsrat ohne Revolution. Das bedeutet: Diese Bewegung ist so vielfältig wie die russische Wirklichkeit selbst.

Alexander Lebed selbst hat sein Programm als "Ideologie des rechten Denkens" vorgestellt. Ob diese Ideologie sich in schrittweiser Überzeugungsarbeit verwirklichen kann, wie Lebed es jetzt in Krasnojarsk vorzuführen versucht, oder ob sie zu Gewalttätigkeiten schreitet, ist auch eine Frage der Umstände. Wenig

spricht allerdings dafür, daß unter den Bedingungen der heutigen russischen Krise die Kräfte für eine gewaltsame Diktatur ausreichen. Diese Einsicht dürfte sich auch hinter einem der Plakate verbergen, mit denen Lebed für seine Politik wirbt. Es zeigt sein Porträt in Uniform und darunter den Satz: "Zwei Kriege habe ich schon beendet." Dies ist zumindest nicht das Programm, mit dem Pinochet seinerzeit antrat.

Kai Ehlers

Von Kai Ehlers erschien zuletzt das Buch "Herausforderung Rußland. Vom Zwangskollektiv zur selbstbestimmten Gemeinschaft? - Eine Bilanz der Privatisierung", Schmetterlingverlag, Stuttgart, 250 Seiten, 29,80 DM

33. Was zuviel ist, ist zuviel. Opel-Belegschaft in Bochum kämpft weiter gegen Artbeitsstreß

Opel-Belegschaft in Bochum kämpft weiter gegen Arbeitsstreß

Autor: Mag Wompel · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:13

In ak 419 haben wir über eine spontane Arbeitsniederlegung bei Opel Bochum berichtet, die uns deswegen bemerkenswert erschien, weil dort in erster Linie gegen eine zunehmend unerträgliche Arbeitshetze gekämpft wurde. Mittlerweile haben die ArbeiterInnen bei Opel weitere Aktionen gegen den Flexibilisierungsdruck und für Neueinstellungen durchgeführt. Der folgende Beitrag zeichnet diesen Kampf für mehr Arbeits- und Lebensqualität bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach.

Alle reden vom Bündnis für Arbeit und von fehlender "Beschäftigung". Eine radikale Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich, ohne weitere Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit ist das einfachste Mittel zur Umverteilung des vorhandenen Volumens an bezahlter Arbeit auf alle, die diese wünschen. Dies wäre auch eine Lösung für ein anderes Problem, das viel weniger Beachtung findet. Ein immer größerer Anteil von Menschen, die (noch) einen Arbeitsplatz "besitzen", braucht dringend ein "Bündnis für Arbeits- und Lebensqualität". (1) Massive Arbeitsverdichtung, Streß und Überstunden bei wachsenden Freischichtkonten kennzeichnen die Situation vieler Beschäftigter. Viele klagen darüber, nach der Schicht einfach nur noch "platt" zu sein.

Ein gutes Beispiel für die aktuellen Arbeitsbedingungen ist die Automobilindustrie. Ein besonders gutes Beispiel für beginnende Gegenwehr - der Angst um den Arbeitsplatz zum Trotz - ist das Bochumer Werk von Opel. Seit dem Oktober letzten Jahres haben hier drei spontane Arbeitsniederlegungen für die Entfristung aller Verträge und für Neueinstellungen stattgefunden. Opel Bochum ist aber ebenfalls ein gutes Beispiel für die (noch wirksamen) Managementstrategien, den wachsenden Unmut der Belegschaften abzupuffern.

Schluß mit dem Streß!

Am 7. Oktober 1998 hatten ca. 1.800 KollegInnen des Werks 1 bei Opel Bochum die Arbeit für etwa 40 Minuten niedergelegt. (2) Über Vertrauensleute wurde der Werksleitung ein Ultimatum überbracht, bis zum Freitag, dem 9. Oktober, 11 Uhr sollten 300 Neueinstellungen zugesagt werden. Bei Opel Bochum herrscht seit langem eine sehr angespannte Personalsituation. Der Unmut darüber, daß Freischichten und Pausen kaum noch wahrgenommen werden konnten, eine Ablösung durch sog. Springer nicht möglich war etc., hatte sich nun erstmals durch eine Arbeitsniederlegung geäußert, durchaus zum Schrecken des Managements. Doch nach Ablauf des Ultimatums hatte sich der Betriebsrat mit 50 befristeten Neueinstellungen und der Verlängerung von 35 Zeitverträgen um weitere sechs Monate zufrieden gegeben. Hierzu kam eine befristete Reduzierung der Bandgeschwindigkeiten. Faktisch ist es jedoch kaum möglich gewesen, die Einhaltung der Versprechen des Managements zu überprüfen. Ursache waren ständig wechselnde Produktionszahlen und Taktung der Bänder sowie massive, alltägliche Versetzungen.

Im wesentlichen hat sich an der beklagten Situation nichts geändert. Die hohe Arbeitsbelastung führt zu einem höheren Krankenstand, als er geplant und in der Personalplanung berücksichtigt wurde. Dadurch steigt wiederum die Arbeitsbelastung, und die KollegInnen können nicht vom Band abgelöst werden: weder für die Gänge zum Sanitäter, noch zur Toilette oder zum Betriebsrat. Auch wird immer wieder die Gewährung der persönlichen Verteilzeit (individuelle Pausen, für die dann eine Ablösung nötig ist) verweigert. In Einzelfällen wurden ArbeiterInnen bereits mündlich abgemahnt, nachdem sie aufgrund fehlender Ablösemöglichkeit das Band einfach abgestellt hatten, um zur Toilette zu gehen. Erzählt wird auch ein Fall, in dem ein Kollege mit einem Fieberanfall nicht zum Sani konnte. Der Meister hat diesen Gang für ihn erledigt, um Tabletten zu holen. Diese als Dauerstreß empfundene Situation ist auch das Ergebnis einer seit Jahren kontinuierlich wachsenden Arbeitsverdichtung durch "Standortsicherungsverträge" und Betriebsvereinbarungen über Personalabbau, Pausenkürzungen, Arbeitszeitflexibilisierung, Überstunden sowie Druck auf Kranke. (3)

Dennoch wurden die aktuell auslaufenden befristeten Verträge nur teilweise verlängert: 35 bis 31. Mai 1999, 50 bis 30. Juni 1999 und noch mal 50 bis 30. September 1999. Zur "personellen Entspannung" wurden zudem

sofort 50 Studenten herangeholt. Die KollegInnen wissen aber, daß auch im Oktober, wenn alle Verträge ausgelaufen sind, mindestens gleich viele Autos produziert werden sollen und daß die Entlassenen dann bitter fehlen. Auch bekommen sie tagtäglich zu spüren, daß die "Stammleute" diejenigen sind, die "Neue" immer wieder anlernen müssen. Dies geschieht zudem nur für die einfachsten Arbeitsschritte, während die schwereren den "Stammleuten" "vorbehalten" bleiben. Ein Belastungsausgleich durch Rotation ist so kaum noch möglich.

Nicht unerwartet fand am 9. März diesen Jahres eine erneute spontane Arbeitsniederlegung statt, als die Verlängerungskonditionen bekannt wurden. Zwischen 10.45 und 11.50 Uhr sind gut 300 Beschäftigte aus der Fertigmontage und der Lackiererei im Werk I spontan von ihrem Arbeitsplatz zur Personalabteilung marschiert. Durch Vertrauensleute wurden gegenüber der Personalleitung des Werks folgende Forderungen gestellt:

Sofortige Entfristung aller Zeitverträge

- Freistellung aller Gruppensprecher (sie sollen eigentlich nur als "Springer" bereitstehen, können dies aber nicht, weil sie voll mitarbeiten müssen)

- 200 Neueinstellungen

- 2.000,- DM Bonus für alle als Sonderprämie zum 100sten Opel-Geburtstag

- besseres Material als Arbeitserleichterung.

Zusätzlichen Unmut riefen die unterschiedlichen Laufzeiten der Vertragsverlängerung (zwischen zwei und sechs Monaten) und die willkürliche Ungleichbehandlung hervor. Es ist jetzt schon absehbar, daß die abgestuften Laufzeiten einen Kampf gegen das Auslaufen dieser Verträge erschweren werden. Vielen ist klar, daß eine längerfristige und spürbare Entspannung der Situation nur über Festverträge und weitere Neueinstellungen möglich ist. Dies wird aber von der Werksleitung auch nach dieser Arbeitsniederlegung vehement abgelehnt.

Unmut wird kanalisiert

Demgegenüber schreibt eine Belegschaftszeitung: " Klar ist, daß die Programmzahlen mit der vorhandenen Belegschaftszahl nicht mehr zu schaffen sind. (...) Eine spürbare, längerfristige Entspannung der personellen Situation ist nur über Festverträge zu realisieren. Die temporäre Einstellung von 50 Studenten kann daher nur verstanden werden als Ausgleich für eine erhöhte Urlaubsgewährung während den Ferienzeiten. Inzwischen hat sich Opel an der Ruhruni (Ruhruniversität Bochum, ak) eine qualifizierte Reservearmee geschaffen, die je nach Bedarf Anwesenheits- und Absatzschwankungen ausgleichen soll. Damit werden auf Dauer Festarbeitsplätze verhindert und die Notwendigkeit von Neueinstellungen umgangen."(Standorte, Nr. 34, März 1999)

Bei der Arbeitsniederlegung vom 9. März ist kein Ultimatum gestellt und kein Erfolg erzielt worden. Der Unmut in der Belegschaft blieb. Er ist allerdings erfolgreich kanalisiert worden. Denn im Rahmen der Umsetzung des Tarifabschlusses hat der Gesamtbetriebsrat einen "Nachschlag" von 2.000 DM zum 100jährigen Bestehen von Opel für alle der ca. 40.000 Opel-Beschäftigten gefordert. Er hat damit den Unmut über das ohnehin magere Ergebnis, das bei Opel - entsprechend der geltenden Standortsicherungsvereinbarung - zusätzlich um 1,25% geschmählert wurde, aufgegriffen. Die Verhandlungen zwischen der Konzernleitung und dem Gesamtbetriebsrat um die Zahlung dieser Sonderprämie - nur eine von mehreren Forderungen in Bochum - fanden in Rüsselsheim am 18.3.99 statt. An diesem Tag ruhte in Rüsselsheim, Kaiserslautern und in allen drei Werken von Opel Bochum knapp über eine Stunde lang die Arbeit. In Bochum marschierten zwischen 11 Uhr und 12.15 Uhr ca. 2.000 ArbeiterInnen zur Werksleitung, um den Stand der Verhandlungen in Rüsselsheim zu erfahren. (4) Zumindest in Bochum stellt das kategorische Nein der Unternehmensleitung zu der Bonus-Forderung lediglich den berühmten Tropfen dar, der das Faß in der Belegschaft zum Überlaufen brachte. So lautete auch an diesem Tag eine Transparentaufschrift: "Entfristung sofort!"

Die Arbeitsniederlegungen schienen die Unternehmensleitung unter Druck zu bringen. So wurde eine erneute Vorstandssitzung für Montag, den 22.3. anberaumt, während der Gesamtbetriebsratsvorsitzende ein Ultimatum stellte, bis Mittwoch, den 24.3. eine "angemessene Bonuszahlung" zu verkünden. Für den darauf folgenden Tag plante die Belegschaft in Bochum hinter vorgehaltener Hand bereits erneute Arbeitskämpfe.

Hierfür gab es zwischenzeitlich einen zusätzlichen Grund, aber auch eine Abschreckung: Die Geschäftsleitung ließ an alle "lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter", die sich am 18.3. an der Arbeitsniederlegung beteiligt hatten, Serienbriefe verschicken. Ihr Inhalt: Androhung einer Abmahnung im Wiederholungsfall.

Doch nach der Vorstandssitzung ließ sich der Betriebsrat auf einen erneuten Verhandlungstermin ein, der erst nach dem Ablauf des Ultimatums terminiert war, auf Freitag, den 26.3., 16.00. Das ruhige Wochenende schien damit gerettet. Um den Betriebsfrieden auch bis zur Verhandlung zu retten, schwor die Betriebsratsmehrheit die Belegschaft in Bochum darauf ein, bis dahin "einen kühlen Kopf zu bewahren". Vielen hat dieses Vorgehen genausowenig gefallen wie die Absicht, in diesem Verhandlungen ausschließlich über die Bonuszahlung zu verhandelt, zumal selbst das sehr halbherzig erfolgte. So hat der Bochumer Betriebsratsvorsitzende bei der Belegschaftsversammlung am Samstag vor den Verhandlungen lautstark an die Geschäftsleitung appelliert: "Zahlen Sie einen Bonus, egal wieviel!" - um Tage später, nach den Verhandlungen, wieder vehement 2.000 DM zu fordern. Doch außer Unmutsäußerungen wie "Verarschung" ist nichts passiert. Dies wird im Nachhinein von vielen in der Bochumer Belegschaft bereut. Denn während die für den 24.3. erfolgte Mobilisierung nun zu verpuffen droht, stellt das Verhandlungsergebnis allerhöchstens ein "Zuckerle" dar.

Trügerisches Vertrauen auf Betriebsräte

Das Ergebnis - vom Bochumer Betriebsratsvorsitzenden als "akzeptabel" bezeichnet - sieht vor, daß Opel zusätzlich 100 Jugendliche ausbildet, davon 40 in Bochum. In Bochum sollen 50 der derzeit befristet eingestellten KollegInnen eine Festanstellung bekommen, der 24. und 31. Dezember 1999 soll ohne Arbeitsleistung bezahlt werden, und die Abmahnungsandrohungen in Bochum kommen nicht in die Personalakte. Zwei weitere "Zuckerle" haben eher für Gelächter gesorgt: Freikarten für das Jubiläumsspektakel "Opel live" sowie 1.000,- DM Bonus in diesem Jahr - allerdings nur beim Autokauf.

Erneutes Murren geht durch die Bochumer Opel-Hallen: "Stinkesauer" sind die KollegInnen, einen "Trauerfall" nennen sie das Ergebnis. Auch wird bereits spekuliert, nach welchen Kriterien die 50 der aktuell 614 befristeten KollegInnen für die Festanstellung ausgewählt werden sollen. Breit bekannt ist, daß auch nur ein Tag krankheitsbedingte Abwesenheit eine Übernahme in einen unbefristetes Arbeitsverhältnis verhindert. Freude über 50 zusätzliche neue Verträge kann ohnehin nicht aufkommen, denn das sind lediglich vorgezogene Übernahmen der 50 Einstellungen je Geltungsjahr, die im Standortsicherungsvertrag sowieso zugesagt waren.

Der Unmut richtet sich gegen den Betriebsrat. Viele der KollegInnen verkünden frustriert: "Ich geh hier nicht mehr raus!" (aus der Halle für eine erneute Arbeitsniederlegung), weil der Betriebsrat einen sowieso im Stich lasse. Bei der geschilderten "Konsequenz" der Interessenvertretung ist eine solche Haltung verständlich, und die Betriebsratsmehrheit steht aufgrund solcher Erfahrungen ohnehin in wachsender Kritik. Es muß aber auch angemerkt werden, daß zu dem beklagten Kniefall vor dem Management auch eine gute Portion des Frusts auf das Konto der - sagen wir mal - Naivität geht. Das Management hat es nämlich im geschilderten Fall wiederholt gut verstanden, den Betriebsrat als Puffer zwischen sich und die empörte Belegschaft zu schieben. Wer dies zuläßt, darf nicht über die Frontverschiebung klagen.

So entlädt sich der Frust bei der passiven Vertrauenskörperleitung und den Betriebsräten, von denen - ungeachtet der jeweiligen Fraktionen - die Organisation der Arbeitskämpfe und Unterstützung erwartet wird. Doch viele der Betriebsräte verfolgen andere Ziele, und einige sind überfordert - und dem Betriebsfrieden nach dem Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet. Hier scheint sich zu rächen, sich auf der Zauberformel des "guten Betriebsrats" ausgeruht zu haben: "Ich regel das für Dich, Kollege!" So wurde in Bochum die nach wie vor dringende Frage der Entfristung und der notwendigen Neueinstellungen auf jeden Fall nicht gelöst. "Unbefristete Neueinstellungen zu fordern ist eine Sache, sie durchzusetzen weitaus schwieriger. Wenn die abgeforderte Arbeitsleistung des/der Einzelnen und der Gruppe immer unerträglicher wird, ist es offensichtlich erforderlich, diese Arbeitsleistung zu verweigern, um die Situation zu verändern." (Standorte, Nr. 34, März 1999) Denn es gilt auch nach den geschilderten Erfahrungen, daß wer nicht kämpft, schon verloren hat. Wer klagt, ohne sich selbst zu organisieren, eben oft auch.

Mag Wompel

Anmerkungen:

1) Siehe hierzu Mag Wompel: "Fetisch Arbeit und Gewerkschaftslinke. Anmerkungen zum neuen ‚Bündnis für Arbeit`", in: ak - analyse & kritik, Nr.422 , 21. Januar 1999, (Kurzfassung)

2) Die Hintergründe der Arbeitsniederlegung im Oktober 1998, aber auch derjenigen bei Mercedes Bremen und Opel Eisenach, sind nachzulesen in: Mag Wompel: Ein Anfang vom Ende der Auspreßbarkeit? Zu den Hintergründen der jüngsten Arbeitsniederlegungen nicht nur bei Opel, in: express 10/1998, erhältlich auch unter http://www.germany.labournet.org

3) Erzeugt wird dieser Druck, trotz stark gestiegener Belastungen krank zur Arbeit zu erscheinen, durch die kollektive Strafe eines reduzierten Weihnachtsgeldes bei einem durchschnittlichen Fehlstand von über 6 Prozent in Verbindung mit einem verringerten bis aufgehobenen Personalausgleich in den Arbeitsgruppen.

4) Unter Bezug auf die Wahrnehmung des Informationsrechtes wird momentan in Bochum über die Bezahlung dieser Zeit verhandelt.

34. Aufstand im Call Center. Die Arbeitnehmerinitiative Citifinanzberatung kämpft gegen die Citibank

Autor: H. Oberlindober · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:46

Arbeitswelt verkehrt: Während überall Konzerne wirkungsvoll mit Standortdrohungen agieren, um sich ArbeitnehmerInnen, Betriebsräte und Gewerkschaften gefügig zu machen, wird im Arbeitskampf, der die Call Center der Citibank in Duisburg und Bochum erfaßt hat, von Beschäftigten sogar die Forderung "Schließung sofort!" erhoben.

Am 13.08.1998 wurde den 450 Beschäftigten des "Citiphone Banking" der Citibank in Bochum die Schließung der Betriebsstätte zum 30.06.1999 verkündet. Eine generelle Übernahme der Beschäftigten in ein neues Service-Center in Duisburg sei nicht geplant, hieß es von Seiten der Citicorp Deutschland AG. Dennoch betonten die Sanierer die "soziale Dimension" ihrer Ankündigung: JedeR Beschäftigte der Citifinanzberatung "dürfe sich für Duisburg bewerben", und der Neuanfang sei, wenn ein Arbeitsvertrag zustandekomme, eine Riesenchance. Damals ahnten weder die Verantwortlichen bei der Citibank noch die betreuende Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (hbv), daß etwa ein dreiviertel Jahr später die überwiegende Mehrheit der Call-Center-Agents das Angebot eines Arbeitsvertrages für das Duisburger Service-Center als schreckliche Drohung empfinden würde.

Die Telebanker des "Citiphone Banking" waren von Anfang an eine vom Rest der Citibank ausgegrenzte Belegschaft. Sie sind aber auch eine Belegschaft, die sich selbst gezielt vom sogenannten "Citiway", den globalen, "ethischen Grundsätzen" der Citibank abgrenzt.

Die Citibank gründete 1989 das "Citiphone Banking" als eine outgesourcte Unternehmenseinheit, die nicht dem Bankentarif unterlag. All das, was insbesondere im Banken- und Versicherungsbereich mittlerweile Standard ist, wurde hier von der Citibank vorexerziert: die Auslagerung von standardisierten Tätigkeiten in formell selbständige Call-Center mit Billiglöhnen. Aber während das Rezept der Zentralisierung des Massengeschäftes in Call Centern vorbildlich aufging und die Citibank zum Marktführer im Telebanking machte, verhob man sich gründlich bei dem Versuch, Mitbestimmung und gewerkschaftliches Engagement herauszuhalten.

Renitente Telebanker

In Bochum wurden vorwiegend studentische Beschäftigte eingestellt. Das Management ging dabei von einer geringen Durchschnittsverweildauer der ArbeitnehmerInnen und einer ebenso geringen Schnittmenge von StudentInnen und Gewerkschaftsmitgliedern aus und glaubte so, die Gefahr einer Einschränkung totaler unternehmerischer Freiheit klein halten zu können. Dabei hat man sich gründlich verkalkuliert.

Bereits 1991 gründete sich aus einem Kern ASTA-erfahrener Beschäftigter ein äußerst schlagkräftiger Betriebsrat, der im Laufe der nächsten Jahre übertarifliche Lohnstrukturen und Arbeitsbedingungen durchsetzte und auch bei Standort- und Verlagerungsdrohungen nicht einknickte. Das Argument, bestimmte Standards seien im Citibank-Konzern "weltweit" so, veranlaßte die Bochumer Beschäftigten und ihre Interessenvertretung erst recht dazu, ihren Ruf als "kleines, gallisches Dorf" in der von Citibank-Unternehmen besetzten Welt zu kultivieren: eine Oase des Widerstandes gegen eine Konzernpolitik, die auf die globale Gleichmacherei der Beschäftigten bis in den Bereich des Verhaltens, der Ethik und der Gesinnung setzte.

Nach der Fusion der Citibank mit der Investment-Bank Travelers beschloß das neue Management die Zusammenfassung der sechs Call-Center-Einheiten in Duisburg, Bremen, Mannheim, Köln, Gelsenkirchen und Bochum in einer neuen Zentrale in Duisburg. Damit sollte auch das "Bochumer Ärgernis" elegant aus der Welt geschafft werden.

Während alle anderen Einheiten dem Bankentarifvertrag unterliegen und somit Rationalisierungsschutz, Betriebsübergang und Mitbestimmungsrechte bei personellen Einzelmaßnahmen erhalten blieben, gilt dies für das Bochumer Unternehmen nicht. Die Citibank-Manager gaben zu verstehen, daß man die überwiegende Mehrheit der Bochumer Beschäftigten gerne in Duisburg sehen wolle; von einigen würde man sich jedoch trennen, drei mal darf man raten von welchen.

Das Management verließ sich darauf, daß die Scharen bereits fertig geschulter Telebanker sich bewerben würden, so daß man die Guten ins Töpfchen und die Schlechten ins Kröpfchen packen könne. Allerhöchstens rechnete man mit einigen kurzfristigen Protesten und Arbeitsniederlegungen. Doch bereits bei der nächsten Betriebsversammlung wurde die Bank unangenehm überrascht. Die Versammlung endete mit einem Aufruf, sich nicht weiter bei diesem Konzern zu bewerben, eine Aufforderung, der die große Mehrheit der Beschäftigten bis heute folgt. Ein überwiegender Teil der Beschäftigten hält es nicht mehr für moralisch vertretbar, bei einem Konzern mit einer derartigen Personalpolitik weiter zu arbeiten. Trotz oder gerade aufgrund der Lage auf dem Arbeitsmarkt wollen die Beschäftigten ein deutliches Zeichen setzen - daß man durch drohenden Arbeitsplatzverlust nicht erpreßbar ist und lieber das politisch Richtige als das von der Angst Diktierte tut.

Zwar gehen bis heute die Beschäftigten - entgegen den Befürchtungen der Bank - ganz normal ihrer Arbeit nach. Aber sie ließen und lassen die Citibank deutlich und öffentlich spüren, daß man sie mit allen legalen Mitteln als einen Gegner bekämpft, dessen Methoden, Menschenbild und Personalpolitik zum "Vorbild" für die gesamte Dienstleistungsgesellschaft zu werden droht; ein Gegner, zu dem man in keinem Abhängigkeitsverhältnis, auch nicht in dem der Lohnabhängigkeit, stehen darf.

Die Bochumer Beschäftigten kalkulierten bei ihren Strategien zur Bekämpfung des "Citivirus" kühl die negativen Folgen ihrer Bewerbungsverweigerung für die Citibank einerseits und ihren eigenen, aufgrund des steigenden Bedarfs an Call-Center-Agenten wachsenden Marktwert andererseits ein.

Der Call-Center-Markt boomt, qualifiziertes Personal wird gesucht. Die Citibank selbst hat die grundsätzliche Trennung vom Bochumer Personal offiziell mit veränderten und höheren Anforderungen im neuen Service-Center in Duisburg begründet. Nun sucht sie in Duisburg vergebens nach geeigneten Beschäftigten. Zwar ist die Arbeitsmarktsituation in Duisburg miserabel, doch der Markt für Call-Center-Agenten, an die relativ hohe Anforderungen im kommunikativen und psychologischen Bereich gestellt sind, ist abgegrast. Zu viele Call-Center-Betreiber sind bereits mit verlockenden Angeboten nach Duisburg geholt worden, schließlich werden solche Ansiedlungen z.Z. massiv mit öffentlichen Mitteln unterstützt. Jetzt wirbt die Citibank per Stadionsprecher im Duisburger Wedau-Stadion und mit Bewerbungsvordrucken am Duisburger Bahnhof um Personal. Ob man aber mittels dieser Anwerbestrategien Beschäftigte findet, die auch nur annährend über die Qualifikationen und Erfahrung der Bochumer TelefonistInnen verfügen, ist zumindest fraglich.

Unternehmensgründung als Widerstand

Besonders bitter ist für die Citibank, daß die Bochumer Beschäftigten eine "Arbeitnehmerinitiative" (Anicif) zur Neugründung eines eigenen Unternehmens vorangetrieben hat, die offen mit der Citibank um Personal konkurriert. Diese Initiative ist der Hauptgrund, warum viele Beschäftigte das Angebot eines zumutbaren Arbeitsvertrages in Duisburg wie ein Damoklesschwert über ihrem Haupt fürchten.

Das Selbstbewußtsein der Bochumer Beschäftigten ist nicht nur ausgeprägt in bezug auf ihre Kampfkraft, sondern auch in bezug auf ihre eigenen Qualifikationen und Fähigkeiten. Viele studentisch Beschäftigte im Bochumer Call Center arbeiten dort seit langem und verfügen über langjährige Erfahrungen sowohl im telefonischen Service als auch im Telemarketing. Die Bochumer Beschäftigten sahen hier rasch die Chance, die in der Gründung eines eigenen Unternehmens besteht.

Der ArbeitnehmerInneninitiative zur Neugründung eines eigenen Service-Centers sind bis heute über 100 Beschäftigte beigetreten, gerade mal halb so viele haben sich für die neue Einheit in Duisburg beworben. Wichtige Voraussetzung zur Neugründung ist ein hoher Eigenkapitalanteil. Der Betriebsrat hat einen ordentlichen Sozialplan ausgehandelt, der für die einen den wirtschaftlichen Nachteil mildert und für die, die an der Neugründung teilhaben, die Basis für den Eigenkapitalanteil bildet. Nicht auszudenken, wenn dieses Grundkapital nicht zusammenkäme, weil man zumutbare Arbeitsverträge in Duisburg angeboten bekommt. Die Gründer hätten dann die Wahl zwischen Pest und Cholera: entweder unter Verzicht auf die Abfindung nach Duisburg gehen, oder den Arbeitsvertrag ablehnen und ebenfalls auf die Abfindung verzichten. So kam es in Bochum zu der seltsamen Angst der ArbeitnehmerInnen vor dem Angebot eines Arbeitsplatzes in Duisburg.

Der zweite, strategische Eckpfeiler für den "langen Marsch" gegen die Citibank besteht in einer gezielten, alle Medien miteinbeziehenden Öffentlichkeitsarbeit als Bestandteil einer "Image-Kampagne" gegen die Citibank. Über die Grenzen des Citibank-Konzerns hinaus klären die Bochumer Beschäftigten Kunden und möglichen

ArbeitnehmerInnen über die Citibank auf. Egal, ob im "world wide web", im Radio, im regionalen und bundesweiten Fernsehen - keine Gelegenheit wird ausgelassen, um die personalpolitischen und wirtschaftlichen Machenschaften des "global players" zu kritisieren und den Konzern unattraktiv zu machen.

Wer geht schon von einem bedrohten Arbeitsplatz zum nächsten? Die Bochumer Beschäftigten wissen, daß der Mutterkonzern weitere Rationalisierungsmaßnahmen plant. Weltweit ist der Abbau von 10.600 Stellen beabsichtigt, das Gros davon im Call-Center-Bereich in Deutschland und Großbritannien. Offenbar hat sich die Citibank mit der Beteiligung an Großkrediten in Rußland und der Fusion mit Travelers verkalkuliert. Es gibt sogar Gerüchte, die Citigroup stehe vor dem Konkurs, was aufgeschreckte Kunden zur Zeit dazu veranlaßt, bei den vor der Kündigung stehenden TelefonistInnen nach der Sicherheit ihrer Ersparnisse zu fragen. Und wer geht andererseits etwa als Investment-Kunde gerne zu einer Bank, die wegen Verstoßes gegen das amerikanische "Anti-Geldwäsche-Gesetz" ins Gerede kommt, wie jüngst in der spektakulären "Salinas-Affäre", über die die Times berichtete?

Um ihrer "Image-Kampagne" gegen die Citibank Durchschlagskraft zu verleihen, wendet sich die kämpfende Belegschaft gerne an Organe, die eigentlich wenig mit ArbeitnehmerInneninteressen am Hut haben, dafür aber von Kunden und Konkurrenten der Citibank gelesen werden, wie etwa das Handelsblatt oder Capital, die beide über die zweifelhafte Personalpolitik der Citibank berichteten.

Die Gewerkschaft unterstützt den Kampf

Der dritte Eckpfeiler neben der Bindung von Personal an die erwähnte ArbeitnehmerInneninitiative und eine gezielte Informationspolitik ist die Kooperation mit der zuständigen Gewerkschaft hbv. Um diese effektiv zu gestalten, mußten zunächst einige Hindernisse behoben werden. Die betreuende Gewerkschaft hbv sah zunächst vor allem das Projekt "Selbständigkeit" mit äußerster Skepsis. Ihre Strategie zielte darauf ab, einen Betriebsübergang für die Bochumer Einheit nach Duisburg zu erkämpfen.

Gewerkschaftspolitisch ist dies nachvollziehbar. Der Betriebsübergang würde dem Bochumer Betriebsrat als Interessenvertretung der numerisch stärksten übergehenden Einheit zumindest ein Übergangsmandat sichern. Zudem ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Bochumer Einheit mit über 60% für ein Call Center enorm hoch. Dies wäre für die hbv eine exzellente Basis für eine offensive Tarifpolitik im Call-Center-Bereich mit Signalwirkung über die Citibank hinaus auf die ganze Branche. Zudem teilen Gewerkschaften und Arbeitgeber die Skepsis vor zuviel Selbständigkeit der ArbeitnehmerInnen. Wozu brauchen ArbeitnehmerInnen die Gewerkschaften, wenn sie ihre Probleme ohne deren Hilfe lösen?

Seitdem sich aber die Bochumer ArbeitnehmerInneninitiative als der Kern auch des gewerkschaftlichen Widerstandes in Bochum (und darüber hinaus) erweist und mit ihrer Hilfe in Bochum der weltweit erste Call-Center-Streik initiiert wurde, hat sich die Lage verändert. Die hbv hat in ihren Forderungskatalog an die Citibank, mit der man ab dem 13. April in Verhandlungen über einen Tarifvertrag für das Duisburger Service-Center eintritt, die aktive Unterstützung der ArbeitnehmerInneninitiative mit Geld- und Sachmitteln aufgenommen. Das prinzipielle Ziel der Initiative deckt sich mit den gewerkschaftlichen Zielen: Arbeitsplatzerhalt am Standort, Schaffung von guten Arbeitsbedingungen, Wahrung der Mitbestimmungsrechte. Für die Initiative besteht kein Widerspruch darin, der Citibank den Rücken kehren zu wollen und trotzdem für den Standorterhalt wie für die KollegInnen in der neuen Duisburger Einheit zu kämpfen.

Die Gründung eines eigenen Unternehmens ist ein Segment im Kampf um die Emanzipation der noch relativ jungen Arbeitnehmerschaft im Bereich der neuen, computergestützten Teledienstleistungen. Ziel ist ein höheres Maß an lokaler Unabhängigkeit von den globalen Strategien der Konzerne. Call Center sind einfach auf- und auch wieder abzubauen. Sie werden daher von den Banken und Versicherungskonzernen im großen Stil als Instrument der Rationalisierung und als Drohmittel gegen die ArbeitnehmerInnen im Kerngeschäft genutzt: Fordern Bankkaufleute höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Mitbestimmung, so werden sie ganz schnell in ein nicht-tarifgebundenes Call Center ausgelagert.

Die Bochumer ArbeitnehmerInneninitiative läßt sich von derartigen Drohgebärden jedoch nicht beeindrucken. Eine Signalwirkung über den Bochumer Standort hinaus ist gewollt. Dazu bedarf es öffentlichkeitswirksamer Aktionen. Die Gewerkschaft hbv und die ArbeitnehmerInneninitiative nutzen hier Synergieeffekte: Indem die Mitglieder der Initiative sich an Aktionen der Gewerkschaft hbv gegen die Personalpolitik der Citibank

beteiligen und die hbv wiederum die ArbeitnehmerInneninitiative öffentlich in Szene setzt und ihre Aktivitäten unterstützt, bringen sie sich gegenseitig ins Gespräch.

Die einzigen, die die ArbeitnehmerInnneinitiative nicht gerne sehen, sind die Manager der Citibank. Sie machen die Initiative nicht nur dafür verantwortlich, daß Bewerbungen von Beschäftigten aus Bochum entgegen den eigenen Erwartungen ausfallen, sondern auch für die massive Image-Kampagne gegen die Citibank auf allen öffentlichen Ebenen. Vor allem die Präsenz im Internet unter http://www.hirondelle.de/cif (demnächst unter http://www.germany.labournet.org/call-op) ist dem Konzern äußerst unangenehm.

Bleibt im Interesse selbstbewußter ArbeitnehmerInnen und der gesellschaftspolitisch einflußreicher Gewerkschaften zu hoffen, daß die Gewerkschaft(en) die äußerst schlagkräftige "Anicif" auch über den 30.06.1999 in ihre Planungen aktiv miteinbeziehen; an diesem Tag schließt die Citifinanzberatung in Bochum ihre Pforten.

Ähnliches gilt im übrigen für die nordrhein-westfälische Landesregierung. Die Citibank hat an das Land einen Förderantrag über 7,23 Mio. DM für die Einrichtung in Duisburg gestellt; die von Arbeitslosigkeit bedrohten Citibanker würden so den Verlust ihrer Arbeitsplätze auch noch über ihre Steuergelder mitfinanzieren. Statt darüber nachzudenken, ob man diesen Antrag positiv bescheidet, sollte das Land NRW alles tun, um der "Arbeitnehmerinitiative Citifinanzberatung" beim Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen unter die zwar starken, aber finanziell "nackten" Arme zu greifen. Es ist schließlich nicht verboten, die Eigeninitiative der Arbeitnehmer statt den Rationalisierungswahn der Konzerne öffentlich zu fördern.

Hannes Oberlindober

Der Autor ist Sprecher der Arbeitnehmerinitiative Citifinanzberatung

35. Soziale Kämpfe ohne Grenzen. Französische Erwerbslose für europäische Vernetzung

Autor: Commission Revenu d"AC! · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:06

Mit einem "Aufruf zu einem europäischen Netzwerk. Für das Einkommen" wendet sich die Einkommenskommission der französischen Erwerbslosenorganisation AC! an Einzelpersonen, Kollektive und soziale Bewegungen in Europa. AC! schlägt den Aufbau eines organisierten Diskussionszusammenhangs unterschiedlicher politischer und sozialer Initiativen entlang umfassender Einkommensforderungen vor. Dies umfaßt die Parole von einem garantierten Einkommen genauso wie Lohnkämpfe und die Kritik an den kapitalistischen Arbeitsbedingungen. Der Vorschlag bezieht sich ausdrücklich auf die Euromärsche und die Existenzgeld-Konferenz von F.e.l.S. und anderen vom 19.-21.3.1999 in Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,

AC! (Agir ensemble contre le chômage! - Gemeinsam handeln gegen Erwerbslosigkeit!) vereinigt in Frankreich rund 180 Kollektive. Sie setzen sich zusammen aus Empfängern aller Arten von Löhnen, handle es sich um Gehälter, um Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Ausbildungsunterstützung oder Rente. Dieses Kollektivnetz definiert seine Orientierung während seiner nationalen Tagungen (zwei- oder dreimal pro Jahr). Aus verschiedenen Arbeitsgruppen entstanden Kommissionen, deren Aufgabe es ist, kollektiv zu analysieren, zu debattieren, Aktionskampagnen vorzuschlagen und vorzubereiten oder Agitationsmaterial zur Verfügung zu stellen und Militante (vor allem in Frankreich, Spanien und Italien sind damit Kader oder AktivistInnen gemeint, ak) auszubilden. Es gibt die Kommissionen "Einkommen", "Verkehrsmittel zum Nulltarif", "Recht und soziale Selbstverteidigung", "Erwerbslose/Unternehmen", "Arbeitszeitverkürzung" usw.

Während der Nationalen Tagung von AC! im Oktober 1995 wurde die Forderung eines Einkommens für jeden, mit oder ohne Arbeit, angenommen. Zahlreiche tiefgehende und widersprüchliche Debatten gingen der Annahme dieser neuen Orientierung voraus. Nach und nach wurde die Hypothese einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung, die anfangs von zahlreichen Genossen (vor allem von Gewerkschaftern aus dem öffentlichen Dienst, die am Ursprung von AC! stehen) verteidigt wurde, relativiert, da sich immer mehr Arbeitslose und prekär Beschäftigte zu dem sich rasch ausbreitenden Netz gesellten.

Europas "Neue Mitte" gegen Lohnabhängige

Im Wesentlichen bewegen sich die Forderungen der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten um den Anspruch auf ein Existenzrecht, unabhängig vom Arbeitsplatz. Eine Lohn- und Geldforderung auf diesem Gebiet ermöglicht es, eine strukturierende Achse unserer politischen Intervention zu definieren. Die Forderung eines garantierten Einkommens für alle ermöglicht es, sowohl an das Erreichte aus den früheren Arbeitslosenbewegungen anzuknüpfen, als auch das Verweigern der Erwerbslosigkeit wieder in eine globalere Perspektive der Kritik der Lohnarbeit zu integrieren. Ein Jahr später wurde definiert, daß die Höhe dieses garantierten Mindesteinkommens für alle auf Höhe des SMIC (der monatliche Mindestlohn in Frankreich) sein soll.

Versuchen wir, die Kämpfe der letzten Jahre zu analysieren, so stellen wir fest, daß die Forderungen rund um das Einkommen eine entscheidende Rolle sowohl hinsichtlich der internen Organisation als auch für das öffentliche Hervortreten der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten in Frankreich gespielt haben, auf besonders spektakuläre Weise im Winter 97/98 : Forderung nach Erhöhung der Sozialhilfe, Anspruch auf ein Einkommen für Jugendliche, finanzielle Nothilfe (z.B. die "Weihnachtsprämien"), Schwarzfahraktionen, kollektive Wiederaneignungsaktionen von Reichtümern ("Einkaufswagenaktionen" in Supermärkten, Gratisessen in Luxusrestaurants oder Unternehmenskantinen usw.)

Zwischen Februar und September 1998, während der monatlichen Aktionstage der Bewegung der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten in Deutschland, lautete die erste Forderung Einführung eines garantierten Mindesteinkommens von 1.500 DM + Warmmiete. Ähnliche Forderungen existieren oder erscheinen in den anderen europäischen Ländern. Aber obwohl das garantierte Mindesteinkommen für alle von der Mobilisierung der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten in den Vordergrund der sozialen und

politischen Szene Europas gerückt wurde, sind unsere verschiedenen Regierungen (fast alle sozialdemokratisch) dabei, sich für eine neoliberale Version eines europäischen Mindesteinkommens zu entscheiden, die Armut, Lohnsenkungen und disziplinierende soziale Kontrolle verschlimmern wird. "Workfare", mickrige Unterstützungen, Zwangsarbeit mit der Androhung, sonst aus den Karteien gestrichen zu werden, "Anreiz" zur Arbeit mit Maßnahmen wie dem "Kombilohn", "Aktivierung der passiven Ausgaben", Kontrolle, Denunziation und Leistungsstreichungen bei Erwerbslosen und prekär Beschäftigten usw.

Praktisch alle europäischen Länder sind dabei, ihre Maßnahmen im Sinne von Prekarität, von Armut und sozialer Kontrolle zu verstärken, gemäß den in den Erklärungen der Europäischen Kommission aufgestellten Prinzipien:

- "Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um Arbeitslose durch administrative Kontrolle und sozialen Druck zur Arbeit anzureizen" (Erklärung der EK vom 23.4.98)

- "Darüber hinaus muß die Lohnskala durch eine Reduzierung der Lohnkosten wenig qualifizierter Arbeit um 20-30% nach unten erweitert werden, wie das z. B. in den USA in den 70er und 80er Jahren der Fall war. Um wirksam zu sein, verlangt eine solche Maßnahme in Europa nach einer ebenso hohen Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe, um nicht in die Schlingen der Armut zu geraten." (Erklärung der EK vom 25.2.98)

Infolge des Gipfels von Luxemburg stehen wir heute in den verschiedenen europäischen Ländern vor Arbeitsbeschaffungsplänen, die alle eins gemeinsam haben, nämlich die Erwerbslosen zu zwingen, jegliche untertariflich bezahlte Arbeit zu akzeptieren und das Lohndumping zu verschlimmern. Deshalb erscheint es uns entscheidend, uns auf europäischem Niveau zu organisieren, um diese "Arbeitspolitiken" radikal abzulehnen, um unsere Forderung eines garantierten Mindesteinkommens für alle geltend zu machen, um unsere Informationen, Analysen und Kampferfahrungen auszutauschen.

AC! hat in der Erstellung des Netzes der Euromärsche eine wesentliche Rolle gespielt. Die Einkommenskommission von AC! spielt im übrigen eine aktive Rolle im Sekretariat der Märsche in Frankreich, und wir werden in diesem Rahmen weiterarbeiten, denn er ermöglicht eine breite Mobilisation, die für Initiativen von europäischem Ausmaß, wie die Demonstration von Juni 1997 in Amsterdam oder jene in Köln am 5. Juni 1999, notwendig ist. Uns erscheint dies jedoch bei einer so entscheidenden Frage wie jener des garantierten Einkommens unabdingbar,

- daß wir mit all jenen in Kontakt stehen, die in diesem Sinne arbeiten, selbst wenn sie aus verschiedenen Gründen selbst nicht an den Euromärschen teilnehmen wollen.

- daß wir mit anderen Kampfvereinigungen an diesen Fragen arbeiten. In Frankreich wird AC! beispielsweise noch Diskussionen und Aktionen zum Thema Einkommen mit verschiedenen Kollektiven verstärken. Mit den Koordinationen der "Papierlosen" (Sozialrechte der Immigranten, Bewegungsfreiheit, gegen Diskriminierung von Unverheirateten), mit Selbsthilfegruppen von Aidskranken (Sozialrechte der Aidskranken, Individualisierung der Sozialrechte, garantiertes Einkommen für Inhaftierte), mit Frauenrechtsgruppen (Gratisarbeit, zu niedrige Löhne für teilzeitbeschäftigte Frauen), mit Obdachlosengruppen (Recht auf Wohnung), mit Studenten und Schülern (Jugendliche unter 25 Jahren sind in Frankreich von Mindesteinkommen ausgeschlossen, Verbreitung von prekären Arbeitsplätzen, Anrecht auf ein Einkommen während der Ausbildung). Diese Aufzählung gibt einen Einblick darin, was auf europäischem Niveau gemacht werden könnte und sollte.

- daß wir mit anderen Personen, Forschungsgruppen und Zeitschriften zusammenarbeiten, die nicht in direktem Kontakt zu sozialen, militanten oder Gewerkschaftsgruppen stehen.

- daß wir uns die Zeit nehmen, Materialien, Analysen, Erfahrungen und Gedanken auszutauschen, was das Thema Einkommen und prekäre Beschäftigung in Europa betrifft (Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Löhne usw.): Während der Koordinationsversammlungen oder der Kongresse der Euromärsche spielen Terminfragen eine so überragende Rolle, daß für tiefergehende Analysen und Debatten nicht genügend Platz blieb. Unsere Ideen über Themen wie Einkommen, unbezahlte Arbeit, die "klassische" marxistische Differenzierung zwischen "produktiver" und "unproduktiver" Arbeit, "Post-Fordismus", prekäre Beschäftigung, immaterielle Arbeit, Kontrollgesellschaft, "Workfare" usw. auszutauschen, kann durchaus fruchtbar sein.

- daß wir unsere Beziehungen zu den Gruppen formalisieren, die im Rahmen der Euromärsche die Forderung nach einem garantierten Einkommen, nach "Existenzgeld" oder auch "sozialem Lohn" und selbst nach "Produktivitätsgeld" hervorheben (Es wäre zweifellos sehr interessant, über solche Definitionsprobleme auf europäischem Niveau zu diskutieren, denn jeder kennt wohl die Beziehung zwischen den Worten und den Dingen.).

Forderungen jenseits

von Vollbeschäftigung

AC!, ebenso wie das Netz der Euromärsche, bietet eine relativ breite Spanne von Positionen, was die Frage Erwerbslosigkeit und Prekarität betrifft, und dies führt manchmal zu notwendigen Spannungen und Kompromissen . Der berühmt gewordene Slogan von AC! "Un emploi est un droit, un revenu est un dû" (ein Arbeitsplatz ist ein Recht, ein Einkommen eine Schuldigkeit) spiegelt diese Situation wider. Selbst wenn wir uns dafür entschieden haben, "alle zusammen" zu kämpfen, erscheint es uns dennoch notwendig, unsere Positionen deutlich kundzutun und unseren Kampf in das neue produktive Sozialumfeld einzuschreiben.

Die soziale Bewegung bleibt logischerweise von den Gewohnheiten und von der Erinnerung einer Arbeiterbewegung gekennzeichnet, die jahrzehntelang innerhalb der Unternehmen Rechte errungen hat. Aber wir greifen heute die aktuellen Formen der kapitalistischen Ausbeutung an. Wir müssen erfinderisch sein; der Kampf bezieht sich auf neue Produktionsformen, auf eine neue soziale Organisation von Arbeit und Leben. Die kapitalistische Umstrukturierung steht der Entwicklung von neuen Formen der Zusammenarbeit entgegen, und wenn es sein muß, nimmt sie sich von ihnen, was Marktwert besitzt. Als Ergebnis der lebendigen Arbeit sind Erfindungskraft, Wissenschaft und Technik immer den sozialen Verhältnissen nach gestaltet, um die kapitalistische Aneignung für Verwertungszwecke zu ermöglichen.

Vorausgreifen heißt hier dann immer wieder, sich von den nostalgischen Sprüchen der Gewerkschaften zu lösen ("Recht auf Arbeit", "Rückkehr zur Vollbeschäftigung"). Es heißt jetzt, eigene Forderungen zu haben und im Sinne einer wahren Umverteilung der sozial produzierten Reichtümer zu handeln: für ein Einkommen für die - nicht anerkannte - Gratisarbeit, die wir leisten, für ein Einkommen, das den neuen Produktionsformen ("general intellect", immaterielle Arbeit) entspricht, für ein Einkommen, das unabhängig vom Arbeitsplatz Sozialrechte für jede Arbeit anerkennt, die rund um die offizielle Arbeit herum, neben und unter ihr geleistet wird. Das alles heißt, Aktivitätsformen zu sichern, die über die kapitalistische Rentabilität hinausgehen. Armut ablehnen, Kapazitäten des Widerstands gegen Prekarität schaffen und sich einer neuen Entwicklung öffnen: So könnten die Argumente für ein garantiertes Einkommen für alle zusammen gefaßt werden, und dies nicht nur für sofortige Aktionen, sondern auch für eine tiefe Veränderung unserer Gesellschaft.

Wir sind jedenfalls nicht bereit, irgendeinen Arbeitsplatz anzunehmen, um irgendwas zu produzieren. Es kommt für uns beispielsweise nicht in Frage, sich Kampagnen wie jenen der kommunistischen Partei Frankreichs PCF oder der Gewerkschaft CGT anzuschließen, die sich der Schließung von Rüstungsfabriken, Automobilfabriken und Atomkraftwerken entgegenstellen. Mit so einem "Kampf gegen Arbeitslosigkeit" haben wir nichts am Hut.

Weiterhin sind wir davon überzeugt, daß die Forderung eines garantierten Einkommens die beste Angriffsmöglichkeit bietet, um offensiv eine neue Lohnrunde einzuläuten, und dies aufgrund der derzeitigen Arbeitsbedingungen von Erwerbstätigen (Gratisarbeit, Billiglöhne, Ausbeutung, Diskontinuität). Unter diesem Gesichtspunkt geht unsere Forderung weit über die begrenzte soziale Gruppe, die man unter dem Begriff "Erwerbslose" zusammenfaßt, hinaus. Die Arbeitsprekarität kann nicht als Randerscheinung aufgefaßt werden, die nur eine am Weg zurückgelassene Minderheit betrifft. Die Prekarität steht heute im Zentrum des Produktionssystems. Und so finden wir dann auch die Tradition des offensiven Kampfs des Proletariats wieder, das sich für eine Erhöhung der Löhne mobilisiert, sei es für einen zum größten Teil sozialisierten Lohn (Lohnempfänger mit Arbeitsplatz) oder einen vollständig sozialisierten Lohn (für Lohnempfänger ohne Arbeitsplatz).

Europäische Vernetzung von unten

Eine Zielsetzung einer europaweiten Einkommenskommission wäre es, eine Plattform für die europäische Forderung von Existenzmittel für alle zu sein. Uns schienen vier Texte für solch eine kollektive Ausarbeitung besonders bedeutend:

- Existenzgeld/ 10 Positionen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten, BAG - Erwerbslose, 1992.

- Manifeste pour la garantie des moyens d'existence pour tous, coordination de collectifs de chômeuet précaire1988.

- Platttform des italienischen Verbandes 3RME, 1998.

- Trois arguments pour le revenu, Commission Revenu d'AC!, 1998.

Es gibt sicherlich noch andere wichtige Texte, die in anderen europäischen Ländern kreisen: Schickt sie uns!

Die Kommission wird zweifellos Organisations-, Sprach- und technische Probleme lösen müssen. Da muß halt Erfindungsreichtum bewiesen werden! Und man muß wohl auch von schon vorgesehenen Gelegenheiten profitieren (Die Tagung für die Euromärsche am 23. und 24. Januar 1999 in Köln, das Symposium der Fels-Gruppe in Berlin im März 1999 usw.), sowie von der individuellen Mobilität jedes einzelnen und vom E-Mail, um anzufangen, das alles aufzubauen.

Seid ihr, Kollektiv, Einzelner, Zeitschrift usw. an diesem Projekt interessiert, dann sendet uns eure Anschrift (wenn möglich mit E-Mail oder zumindest Fax) und vor allem: eure Ideen, Vorschläge, Wünsche, Erfahrungen, Texte und alles, was nützen könnte, um dieses europäische Netzwerk für das Einkommen auf die Beine zu stellen (Ihr könnt in jeder beliebigen Sprache schreiben, wir kriegen das schon geregelt, doch seid ihr gewohnt Englisch zu schreiben, zögert nicht!). Die Commission Revenu d'AC! könnte vorrübergehend als Sekretariat dienen. Wenn wir die Initiative zu diesem Schreiben ergriffen haben, so geschah dies, um uns so schnell wie möglich die schlechten Gewohnheiten des Pariser Zentralismus abzugewöhnen:

Commission Revenu d'AC!

Commission Revenu d'AC!

42 rue d'Avron, 75020 Paris, France

Fax (präzisieren: "Commission Revenu"): 00 33 1 43 73 00 03

E-Mail : com. revenu@ras.eu.org

36. Die revanchistische Stadt. Herrschaft und Raumkontrolle in der neoliberalen Metropole

Autor: Klaus Ronneberger · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:05

Bei dem folgenden Text handelt es sich um die redaktionell überarbeitete Fassung eines Vortrags, den Klaus Ronneberger am 25. Januar in Hamburg im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Der große Ausschluß. Gefährliche Orte, urbane Visitenkarten und das ‚Unternehmen Stadt'". gehalten hat. Er beschreibt hier den Zusammenhang zwischen dem globalen "Standortwettbewerb" der Großstädte und dem damit verbundenen Wandel der Kontrolltechniken gegenüber einer zunehmenden sozialen Polarisierung. Eine seiner Hauptthesen: Mit der Auflösung des keynesianischen Wohlfahrtsstaates erfolgt die Kontrolle und Überwachung sozial "verdächtiger" Gruppen über die Kontrolle, Überwachung und Zuteilung der (städtischen) Räume.

Städtische Administration definiert sich zunehmend als dynamisches Management des "Unternehmens Stadt". Der Konkurrenzkampf um Wachstumspotentiale veranlaßt sie zu aufwendigen Eingriffen in die bestehende Raumstruktur. Zum einen versuchen die Stadtregionen, ihre Position innerhalb der internationalen Arbeitsteilung durch die Förderung von Industrien aus dem High-Tech-Bereich zu stärken. Zum anderen rivalisieren die Metropolen um die Ansiedlung von Konzernzentralen, Hauptquartieren der Finanzindustrie oder hochrangigen Regierungs- und Verwaltungssitzen. Als Bestandteil dieses Konzepts werden bestimmte Stadtviertel baulich aufgewertet, die Expansion von Büroflächen gefördert und Festivalisierungsprojekte wie Messen oder Weltausstellungen organisiert.

Schließlich unternehmen die Kommunen auch große Anstrengungen, Touristenströme und einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen anzuziehen. Insbesondere die Zentren sollen der Öffentlichkeit als "Visitenkarte" präsentiert werden. Urbane Kultur und "Lebensqualität" entwickeln sich zu einer wichtigen Kapitalanlage der Städte. Die Kapitalströme fließen verstärkt in die Konsum- und Unterhaltungsindustrie wie etwa Freizeitparks, Musical-Theater, Malls oder Kinozentren. Nachdem die gewerbliche Produktion in den urbanen Zentren weiter zurückgeht, soll diese Art von Dienstleistungsökonomie für die Kommunen neue Beschäftigungseffekte und zusätzliche Steuereinnahmen bewirken.

Ghetto-Diskurs

Komplementär zu solchen Aufwertungsstrategien warnen Medien und KommunalpolitikerInnen seit Beginn der neunziger Jahre vor "amerikanischen Verhältnisse" in den Großstädten. Dem setzen die normativen Vorgaben der Stadtplanung und des Wohnhilfesystems die "sozial durchmischte Stadt" als Ideal entgegen. In verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen finden sich Vorgaben zur Herstellung "ausgewogener" Bewohnerstrukturen in Stadtteilen. Die zuständigen Behörden sind bemüht, eine räumliche Konzentration von MigrantInnen und BezieherInnen von Sozialleistungen zu vermeiden, etwa durch die Festlegung von Belegungsquoten im sozial gebundenen Wohnungsbestand. Solche kommunalen Vergaberichtlinien stehen in der Tradition des deutschen Sozialwohnungsbaus, der für die "breiten Schichten des deutschen Volkes" und nicht für die Ärmsten der Gesellschaft ausgerichtet war.

Heute bedeutet diese Vergabepraxis, daß man billigend in Kauf nimmt, daß sich die Gruppen, die im Sozialwohnungsbestand unerwünscht sind, in heruntergekommen Altbauquartieren oder Notunterkünften konzentrieren. Während die Entwicklung sozialer Ungleichheiten durch die Mechanismen des Wohnungsmarkts verstärkt wird, sehen die wohnungspolitisch Verantwortlichen ihre Hauptaufgabe darin, die unerwünschten sozialen Gruppen im städtischen Raum möglichst zu verteilen.

Die Etikettierung von Quartieren als "(Ausländer-)Ghettos" bildet zugleich die Grundlage für eine restriktivere Interventionsstrategie. So gab etwa der damalige Hamburger Bürgermeister Voscherau Ende 1993 in zahlreichen Interviews kund, daß gefährdete Stadtteile vor einem "ungesteuerten Zuzug von Ausländern" und sogenannter Problemgruppen bewahrt werden müßten. Denn sei es erst einmal zu einer dauerhaften Ghettoisierung gekommen, würde die Großstadt ihre wirtschaftliche Potenz verlieren und sei nicht mehr regierbar. "Verslumung" meint in einer solchen Sprache, daß sich ein "sozialer Konfliktstoff" ansammelt, der sich irgendwann entlädt und unregierbare Verhältnisse produziert.

Daß die zunehmende Polarisierung in den deutschen Metropolen zu einer Verschärfung von sozialer und räumlicher Marginalisierung führt, soll damit überhaupt nicht geleugnet werden. Immer deutlicher zeigt sich in den Kernstädten ein Nebeneinander von Aufwertung und Niedergang auf engstem Raum. Mit der Ausgrenzung von Bevölkerungsschichten aus den Arbeitsmärkten ist in der Nachbarschaft von Wohlstandsinseln eine Verarmung jener Stadtteile zu beobachten, in denen sich schon seit langem ärmere Gruppen konzentrieren und die der Aufwertungswelle bisher nicht zum Opfer gefallen sind. Allerdings kann man bisher nicht von einer "Ghettoisierung" nach amerikanischem Muster sprechen.

Das Beschwören einer "Ghettobildung", der eine "Durchmischung" entgegengesetzt werden müsse, dient weder dazu, politische Strategien zur Bekämpfung der zunehmenden Verarmung und ihrer Begleitprobleme einzufordern, noch dazu, solche Maßnahmen durchzusetzen. Bei der sozialtechnokratische Leitlinie der sozialen und ethnischen Durchmischung handelt es sich vielmehr um eine Ideologie, die sich an einer als homogen imaginierten deutschstämmigen Mittelschicht orientiert.

Die Politik der räumlichen Zerstreuung sogenannter Problemgruppen in bestimmten Stadtbezirken oder Wohnanlagen stellt nur eine Variante der gegenwärtigen urbanen Kontrollszenarien dar. Mit der Ausrichtung der Stadtzentren zu Konsum- und Erlebnislandschaften intensiviert sich zugleich die ordnungspolitische Verwaltung des öffentlichen Raums, die sich vor allem gegen die sichtbare Anwesenheit von Marginalisierten an zentralen Orten und Plätzen richtet. In allen deutschen Großstädten haben sich Allianzen aus Geschäftsleuten und Behörden gebildet, um Verbotszonen oder Bannmeilen für bestimmte Gruppen durchzusetzen.

Als neuer Akteur in der sicherheitspolitischen Landschaft der Städte spielt die Bahn AG eine immer wichtigere Rolle. Diesem nun privaten Unternehmen gehören in allen Städten der Bundesrepublik enorme Flächen in überwiegend zentralen Lagen, die man möglichst profitabel vermarkten will. Zugleich werden die Bahnhöfe zu Shopping Malls und Dienstleistungszentren umgebaut. Um ihr vorgebliches Schmuddelimage als Transportmittel für ärmere Bevölkerungsschichten loszuwerden, ist die Bahn seit ihrer Privatisierung bestrebt, auch das soziale Umfeld der Bahnhöfe selektiv aufzuwerten. Zu dieser Aufwertungsstrategie paßt das "3-S-Konzept" von "Service, Sicherheit, Sauberkeit". Entgegen der Behauptung, die Bahnhöfe zu "urbanen Marktplätzen und Kommunikationsorten" gestalten zu wollen, geht es damit im Kern um die Durchsetzung von Normen, die eher für Vororte oder Kleinstädte typisch sind: konforme Verhaltensstandards, hohe soziale Kontrolle und vor allem keine Unordnung.

Renaissance der Öffentlichen Ordnung

Generell kann man in Deutschland von einer Renaissance der öffentlichen Ordnung sprechen. Aussagen wie "Man muß die Ängste der Bürger ernst nehmen" signalisieren, daß nicht mehr konkrete Straftaten, sondern subjektive Befindlichkeiten zum Gegenstand der inneren Sicherheit werden. Damit rücken Themenfelder wie etwa Unsauberkeit auf Straßen und Plätzen oder Betteln in den Vordergrund, die bisher von keiner strafrechtlichen Bedeutung waren. In diesem präventiven Konzept von öffentlicher Sicherheit findet eine Vermischung von sozialpolitischen, ordnungspolitischen und polizeilich-strafrechtlichen Bereichen statt, die vor allem auf eine Intensivierung der sozialen Kontrolle abzielen.

In den letzten Jahren läßt sich eine Zunahme von Regularien beobachten, die auf eine Art von "Lokal-Justiz" hinauslaufen und zugleich für die wachsende Rückverlagerung der staatlichen Ordnungspolitik in die Kommunen stehen. Durch Straßensatzungen oder ordnungsamtliche Erlasse "zum Schutze der öffentlichen Ordnung" sollen all diejenigen sozialen Aktivitäten verdrängt werden, die dem Klischee von der "sauberen und sicheren Stadt" widersprechen. So wird u.a. die im Jahre 1974 vollzogenen Entkriminalisierung von "Bettelei" und "Landstreichertum" faktisch unterlaufen. Manche lokale Ordnungsämter untersagen mit generellen Bettelverboten bereits das sogenannte "passive Betteln" - also das Aufstellen eines Hutes oder das Ausstrecken der Hand.

Aus der Sicht der Behörden und der sogenannten "Normalbevölkerung" formieren sich Obdachlose, Dealer, Drogenkonsumenten oder junge MigrantInnen zu "unerwünschten" bzw. "gefährlichen Gruppen". Bevorzugtes Thema des Sicherheitsdiskurses ist vor allem der "Ausländer" und zwar nicht als Angehöriger fremder Kulturen, sondern als Krimineller und Drogendealer. Bezogen auf den lokalen Raum findet hier jene nationale Politik ihre Umsetzung, die "innere Sicherheit" als "Massen- und Ausländerkriminalität" artikuliert. Diese

Kampagnen beziehen dabei ihre suggestive Kraft vor allem aus den Diskursen und Bildern der Städte, in denen die gängigen Bedrohungsszenarien entworfen werden.

Die aktuellen Formen der Ausschließung weisen gewisse Parallelen zum 19. Jahrhundert auf. Die Mehrheit des Bürgertums nahm damals Massenarmut nicht als soziales Problem, sondern vor allem als sittlich-moralische Verfehlung der Armen wahr, die zugleich eine Bedrohung für den Bestand der Gesellschaft darstellte. Gegenwärtig erfährt der Typus der "gefährlichen Klassen" eine erneute Aufwertung. Allerdings mit dem großen Unterschied, daß diese Gruppen nicht mehr als ein subversives oder rebellisches Potential eingeschätzt werden, sondern lediglich als Projektionsfläche für verschiedenen Diskriminierungskampagnen dienen.

Mit dem Ende des keynesianischen Wohlfahrtsstaates werden zunehmend ordnungspolitische Mittel zur Krisenlösung populär. Zu den bevorzugten Objekten der Diskriminierungskampagnen zählen neben Flüchtlingen und MigrantInnen jene soziale Klassen, die aus dem vorherrschenden Produktivitäts- und Leistungsmodell herausfallen. Das strategische Moment solcher Moralisierungs- und Bedrohungsszenarien besteht darin, Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zu definieren, Einschränkungen des bürgerlichen Gleichheitspostulats zu legitimieren, Grenzen des Anspruchs auf Anerkennung von sozialen Rechten zu bestimmen und den Zugang zu materiellen Ressourcen zu begrenzen. Die Moral- und Sicherheitsdiskurse zielen jedoch nicht nur auf den Ausschluß der "Unproduktiven" und "Unerwünschten". Sie fungieren auch als Teil einer Integrationsstrategie, die die Ausschließung auserwählter sozialer Gruppen voraussetzt: Ohne diese Grenzziehung können keine Normalitätsstandards gebildet und durchgesetzt werden.

Daß viele Menschen auf solche Kampagnen ansprechen, muß auch im Zusammenhang mit der strukturellen Krise der auf Lohnarbeit gegründeten Gesellschaft und der Durchsetzung einer neuen Marktradikalität gesehen werden. Der wachsende Widerspruch zwischen dem realen gesellschaftlichen Konfliktpotential und dem Rückgang sozialstaatlicher Formen der Problemlösung kollidiert mit vertrauten Vorstellungen von sozialer Sicherheit; bisher gültige Normalitätsvorstellungen von sozialer Absicherung und Reproduktion werden aufgelöst. So verändert sich etwa das bisherige Modell der gesellschaftlichen Risikoverteilung. Der Schwerpunkt verschiebt sich vom Kollektivprinzip zu einer größeren Betonung der präventiven und selbstgesteuerten Eigenverantwortung. Die Menschen werden angehalten, sich aktiv an der Lösung von bestimmten Angelegenheiten und Problemen zu beteiligen, die bis dahin von spezialisierten und autorisierten Staatsapparaten reguliert wurden.

Als Reaktion auf die Deregulierungs- und Flexibilisierungsprogramme verstärken sich autoritär-populistische Strömungen, die dem befürchteten Verlust bestimmter Normalitätsstandards eine harte Grenzziehung und rigide Normativität entgegensetzen. An die Stelle von Integration und sozialer Gerechtigkeit treten deshalb in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zunehmend Ausschluß und Bestrafung.

Moral, Strafe,

soziale Kontrolle

Die Rückkehr des strafenden Staates, und die gegenwärtigen Law-and-Order-Kampagnen sind eindeutige Indikatoren dafür, daß die klassischen Modelle von Überwachen und Strafen nicht verschwunden sind. Diesen Macht- und Herrschaftsmechanismen kommt vielmehr bei der Durchsetzung einer "postfordistischen Normalität" eine wichtige Rolle zu. Indem die ökonomische und soziale Krise auch als eine Krise der Werte und Normen verhandelt wird, ergeben sich spezifische gesellschaftspolitische und staatliche Interventionsmöglichkeiten.

Die Errichtung einer neuen moralischen Ordnung soll nicht nur den Kern der Gesellschaft konsensual zusammenhalten, sondern auch den wachsende Abstand zwischen den verschiedenen Klassen und sozialen Milieus legitimieren und durchgesetzen. Ein übergeordnetes Ziel der gegenwärtigen Kontrollpolitiken besteht darin, die soziale Hierarchisierung und Fragmentierung territorial zu fixieren. Von einander getrennte räumliche Zonen, die sich jeweils durch eine spezifische soziale Homogenität auszeichnen sollen, sollen abgesichert werden. Bei der Herrschaft über den Raum handelt es sich zweifellos um eine der privilegiertesten Formen der Machtausübung. Die Manipulation der räumlichen Verteilung von Gruppen läßt sich nämlich als Instrument der Manipulation und Kontrolle der Gruppen selbst durchsetzen. Die Fähigkeit, den angeeigneten Raum zu dominieren, ermöglicht es, unerwünschte Personen und Ereignisse auf Distanz zu halten. Umgekehrt werden

subalternen Gruppen stigmatisierte und entwertete Territorien zugewiesen. Die Struktur der räumlichen Verteilung sozialer Klassen und Nutzungsweisen läßt sich somit als Resultat sozialer Auseinandersetzungen um "Raumprofite" (Pierre Bourdieu) auffassen.

Gegenwärtig verstärken sich in den Mittelschichten Abgrenzungsbestrebungen, die auf eine Minimierung der Kontakte und räumliche Distanzierung zu den unteren Klassen hinauslaufen. Viele meiden bestimmte städtische Räume, aus Angst überfallen zu werden oder aus Ekel und Abscheu vor bestimmten Milieus.

Die wachsende Präsens der Marginalisierten in den Zentren und in bestimmten Wohnvierteln wird von den Eliten und der Mehrheit der Quartiersbevölkerung als Kontrollverlust über die Stadt wahrgenommen. Aus deren Sicht geht es um die "Wiedereroberung" des öffentlichen Raums und um die Durchsetzung bestimmter Normalitätsstandards. Dafür werden auch Grundrechtseinschränkungen für bestimmte Personengruppen bewußt in Kauf genommen. Der amerikanische Stadtforscher Neil Smith hat exemplarisch für New York gezeigt, daß die gegenwärtige Hierarchisierung der Metropolen nicht nur durch die Kapitallogik einer Vermarktung von Grund und Boden erfolgt. Sie ist auch an eine "revanchistische Politik" gekoppelt, die aus der Gesellschaft kommt. Dabei ist mit "Revanchismus" sowohl Rückeroberung wie auch Rache gemeint. Die repressive Ausgrenzung von Menschen, die sich nicht gemäß den definierten Normen verhalten, wird erfolgreich mit der Wahrung der räumlichen Kontrolle und der sozial-kulturellen Hegemonie der Gemeinschaft der Wohlanständigen legitimiert.

Solche "Sicherheitsgemeinschaften" spielen im Zeitalter des Neoliberalismus eine zunehmend wichtigere Rolle. Es handelt sich vorwiegend um zivilgesellschaftliche Bündnisse, die sich neben staatlich-administrativen Institutionen als private Organisationsweise des "Regierens" und des Herrschens etabliert haben. Als solche Vertragsgemeinschaften können etwa die Bahn AG und die Bahnkunden oder die "gated communities" (privat bewachte und abgesicherte Wohnquartiere) gelten. All diesen Vereinigungen ist gemeinsam, daß sie ihren Mitgliedern bzw. NutzerInnen bestimmte Verhaltensmuster und Pflichten abverlangen. Zunehmend bewegen sich die Individuen in einer Inselwelt der Kontrolle, bei der man von einer "Regierungstasche" zur nächsten gelangt. Jede dieser Taschen hat ihre eigenen Regeln, die die jeweiligen Zugangsweisen und den Kreis der Nutzungsberechtigten in diesen Räumen festlegen. Natürlich werden gerade arme Menschen den größten Teil ihrer Zeit außerhalb solcher Taschen verbringen.

Modell Deutschland II

Daß Revanchismus und neoliberale Stadtentwicklung miteinander korrespondieren, ist offensichtlich. Dennoch handelt es sich um zwei unterschiedliche Projekte, die jeweils ihren eigenen Ort der Entstehung haben. Bereits im sozialdemokratischen "Modell Deutschland" und nach der sogenannten Wende versuchten die politischen Eliten die sich abzeichnende Krise des Wohlfahrtsstaates durch einen diskriminierenden Migrationsdiskurs und Anti-Asyl-Kampagnen zu bearbeiten. Damit wurde schon im letzten Jahrzehnt ein wichtiger Baustein für das Erstarken revanchistischer Strömungen gelegt. Während aber der Neoliberalismus in Ländern wie den USA oder Großbritannien schon gegen Ende der siebziger Jahren dominant wurde, waren das gesellschaftspolitische Klima und viele Alltagspraktiken hierzulande - materiell und ideologisch weiterhin von korporatistischen, sozialstaatlich vermittelten Kompromißstrukturen geprägt. Erst gegenwärtig deutet sich ein Durchbruch des Neoliberalismus an, in dem Sozialpolitik als Bruch mit dem wohlfahrtsstaatlichen Modell formuliert wird. Während etwa noch in den achtziger Jahren das Hilfesystem für Wohnungslose expandierte, versuchen die Kommunen heute, Nichtseßhaftigkeit vor allem als ein Problem der öffentlichen Ordnung und als Imagefrage darzustellen.

Die wachsende Zahl von marginalisierten Gruppen in den Metropolen bei gleichzeitigem Anstieg der Ausgaben für die "innere Sicherheit" legen den Schluß nahe, daß die westlichen kapitalistischen Gesellschaften dabei sind, sich wieder Modellen von Integration und Ausschluß anzunähern, wie sie bis ins 19. Jahrhundert praktiziert wurden. Wiederholt sich etwa eine Sozialpolitik aus Galgen und Gefängnis, wie sie für den Beginn charakteristisch war? Ein Blick über den Atlantik zeigt, um welche mögliche Entwicklung es dabei geht. Gegenwärtig stehen in den USA über sechs Millionen Menschen, also fast fünf Prozent der erwachsenen Bevölkerung, unter irgendeiner Form strafrechtlicher Überwachung. Die Einsperrungsrate hat jetzt eine Höhe von 550 Gefangenen pro 100 000 Einwohner erreicht, in Deutschland sind es achtzig pro 100 000. Damit bewegt sich die USA auf dem Niveau der ehemaligen Sowjetunion. Der Kriminologe Nils Christie spricht deshalb angesichts einer solch horrenden Einsperrung von einem "GULAG Western Style".

Bedeutet dies nun, daß mit dem Erstarken des neoliberalen Revanchismus in Deutschland die viel beschworenen "amerikanischen Verhältnisse" sich auch hier breit machen? Ich glaube nicht. Ein glatter Durchschlag des Neoliberalismus wird in Deutschland u.a. durch den bedeutsamen "Sozialkomplex" aus kirchlichen, karitativen und Wohlfahrtsverbänden modifiziert bzw. gefiltert. Es handelt sich dabei um durchaus einflußreiche Institutionen, die es keinesfalls zulassen werden, daß ihr Klientel größtenteils in Knästen und Lagern verschwindet, in denen noch obendrein jeder Gedanke an eine Resozialisierung aufgegeben ist. Allerdings kommt es gerade mit der Unterstützung des sozialen Sektors zu einer verstärkten Selektion und Ausdifferenzierung von Menschen und Gruppen. Die Scheidelinie sieht etwa so aus: "aggressive Bettler" versus stille, "Intensivtäter und "jugendliche Zeitbomben" versus resozialisierungswürdige Probanden, arbeitssame und gesetzestreue MigrantInnen versus "kriminellen Ausländer".

Was sich in der BRD abzeichnet, könnte man als "Modell Deutschland II" bezeichnen. Die gesellschaftlichen Mitte bildet ein korporatistisch-produktivistischer Kern, der deutlich kleiner ist als im Fordismus. Um diesen Kern herum gruppiert sich ein größer werdendes soziales Feld von mehr oder minder stark prekarisierten Milieus, die auch unterschiedliche Formen von Integrations- und Ausschließungsmechanismen ausgesetzt sind. Schließlich existiert der Bodensatz der mehr oder minder völlig Entrechteten.

Während die Kriminalisierungsdiskurse und -strategien in den USA vor allem auf das Verschwinden der Armen aus der Gesellschaft gerichtet sind, liegt der Schwerpunkt der Kontrollpolitik in Deutschland gegenwärtig darin, einerseits in den zentralen Bereichen der Stadt die städtische Armut unsichtbar zu machen und andererseits einen tief gestaffelten Sicherungsraum gegen Flüchtlinge und Migrationsbewegungen zu installieren. Es schält sich ein Typus von ständischer Bürgerstadt heraus, in der die Hierarchie unterschiedlicher Rechts- und Subjektpositionen nicht mehr als vorübergehendes und damit prinzipiell aufhebares Ungleichgewicht, sondern als natürliche und legitime Voraussetzung der gesellschaftlichen Ordnung gelten soll. Allerdings bedeutet dies nicht die schlichte Rückkehr zum Liberalismus des 19. Jahrhunderts, sondern eine grundlegende Neubestimmung der Topographie des Sozialen.

Klaus Ronneberger

Der Autor ist freier Publizist aus Frankfurt mit dem Arbeitsschwerpunkt urbane Phänome. Er ist zudem Mitglied in dem Projekt Spacelab, einem Arbeitszusammenhang von SoziologInnen, KünstlerInnen und StadtplanerInnen. Im Oktober 1999 wird von dieser Gruppe das Buch "Die Stadt als Beute" erscheinen.

37. Der Kongreß hat getanzt. Ambivalente Existenzgeldkonferenz in Berlin

Autor: dk. · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:17

Die "Arbeitskonferenz für das Existenzgeld und für eine radikale Arbeitszeitverkürzung", die am 19. bis 21. März in Berlin stattfand, ist nicht zum Startsignal für eine "Existenzgeldkampagne" der (radikalen) Linken geworden. Doch die Absage an eine nur vordergründig vereinheitlichende Zauberformel in der "sozialen Frage" ist eher einer der positiven Aspekte des Berliner Treffens.

Die Konferenz, zu der die Berliner Gruppe F.e.l.S. (Für eine linke Strömung) und einige andere eingeladen hatten, traf auf ein erfreulich großes zahlenmäßiges Interesse. Zur Auftaktveranstaltung am Freitag Abend hatten sich ca. 500 Leute in der Humboldt-Universität versammelt, die Arbeitsgruppen und Foren am Samstag und Sonntag besuchten immerhin 200-260 Leute. Allerdings: Es dominierte deutlich ein Publikum aus (ex-) autonomer und universitärer Linke, AktivistInnen aus der sog. Betriebs- und Gewerkschaftslinken waren, mit Ausnahme einiger weniger Einzelpersonen in der AG Prekarisierung, in Berlin überhaupt nicht anwesend, und auch der Bereich der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen spielte eher die marginalisierte Rolle eines Farbtupfers.

Diese Einschränkung des politisch-kulturellen Spektrums und Milieus ist angesichts der Art und Weise der Vorbereitung und Mobilisierung nicht weiter verwunderlich. Um so problematischer war da schon der Umstand, daß die wenigen anwesenden Einzelpersonen und Gruppen aus dem Spektrum der Sozialhilfeinitiativen auch auf der Konferenz selbst sehr stiefmütterlich behandelt worden sind. Die Vorstellung der Sozialhilfeinitiativen, das Thema Existenzgeld nicht als Modelldiskussion zu behandeln, sondern auf unmittelbare Forderungen gegenüber Sozial- und Arbeitsämtern zuzuspitzen, wurde von den MacherInnen der "zuständigen" AG nicht akzeptiert. Hier prallte das Bedürfnis, über die konkrete eigene Politik zu sprechen, unversöhnlich auf die Idee eines Oberseminars zur Regulationstheorie. Es kann darüber spekuliert werden, inwieweit hier auch die Kluft zwischen unterschiedlichen politischen Kulturen eine Rolle gespielt hat. In der Konsequenz mußten die Sozialhilfeinitiativen ihre eigene AG machen, ihre - auch schriftlich formulierte Kritik - blieb folgenlos. Dieser wenn auch nicht böswillige, so aber doch ein Stück weit ignorante Umgang mit einem politischen Spektrum, das dem eigenen Milieu vielleicht fremd ist, fand seinen Ausdruck auch darin, daß einfach vergessen wurde, die AG der Sozialhilfeinitiativen über das am Samstag Abend stattfindende Treffen der AG-KoordinatorInnen zu informieren. So wurden die Sozialhilfeinis zusätzlich von den formalen Austauschwegen der Konferenz ausgeschlossen.

Die Reflexion der eigenen politischen Praxis und der eigenen politischen Erfahrungen mit den Themen Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung war nicht oder nur kaum Thema der Konferenz; entsprechende Befürchtungen (vgl. ak 424) haben sich damit bestätigt. Darüber hinaus beschlich einen während der drei Tage der Verdacht, daß vordiskutierte Gruppenpositionen zu den Themen der Konferenz in Berlin eher Ausnahmen waren. Bei den verschiedenen Statements wurde nur selten klar, ob es sich um individuelle Äußerungen oder politische Positionen eines Arbeitszusammenhangs handelte; inwieweit es sich somit bei der Konferenz im Grundsatz um ein Treffen "arbeitender Gruppen" gehandelt hat, das über den kleinen Kreis der VorbereiterInnen hinausreicht, ist daher zumindest fraglich.

Dabei war das Bedürfnis nach intensiver und konzentrierter Diskussion in Berlin bei allen Beteiligten völlig unverkennbar. Aus allen Arbeitsgruppen wurde von einem ausgesprochen freundlichen und rücksichtsvollen Diskussionsstil gesprochen. Die DiskutantInnen waren sichtlich bemüht, sich zuzuhören und auf die jeweiligen Positionen und Argumente einzugehen. Angesichts der bitteren Erfahrungen mit sektiererischen Grabenkriegen ist dies eine Qualität, die durchaus gewürdigt werden sollte.

Neben der Existenzgeldforderung hatte die Konferenz in ihrem Titel eine radikale Arbeitszeitverkürzung propagiert. Diese Forderung ist in Berlin jedoch niemals Gegenstand der Diskussion gewesen, sie war schlicht kein Thema. Dies ist zum einen ein Indiz dafür, daß die Parole kaum mehr als ein abstraktes Bündnisangebot an die Betriebs- und Gewerkschaftslinke gewesen ist, aber keine ausgearbeitete und reflektierte eigene Position. Darüber hinaus spiegelt sich darin auch wieder, daß die Niederungen des kapitalistischen

Produktionsprozesses und der alltäglichen Ausbeutung auf der Tagung eher ausgeblendet worden sind; die AG Prekarisierung war hier wohl die einzige Ausnahme.

Das zweite inhaltlich hervorstechende Merkmal der Konferenz war die deutliche und breite Absage an die Vorstellung von einem Existenzgeld als unmittelbare Forderung, etwa im Sinne einer neuen Kampagne. Die anwesenden Aktivistinnen aus den Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen, für die die Existenzgeldforderung immerhin seit langem ein fester Bezugspunkt ihrer politischen Arbeit ist, haben in Berlin deutlich von einem Existenzgeldkonzept gesprochen. Gemeint ist damit wohl eine allgemeine politische Orientierung im Sinne eine konkreten Utopie. Für ihre praktische Politik spielt das Existenzgeld als konkrete Forderung jedoch keine Rolle. In ihrer "Kampagne 99" fordern die Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen eher 300 DM mehr für SozialhilfeempfängerInnen, eine Abschaffung der restriktiven Meldepflicht beim Arbeitsamt und die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. (vgl. ak 422).

Lediglich Laurent Guilleteau von AC! hat in seinem Podiumsvortrag den Vorschlag einer Kampagne "Für das Einkommen" präsentiert. Doch auch der Aufruf der Einkommenskommission von AC! (abgedruckt in dieser ak-Ausgabe) versteht sich eher als eine "gesamtgesellschaftliche Lohnforderung" und geht damit im Grunde über die bisherige Existenzgelddebatte in der Bundesrepublik hinaus.

Am weitgehendsten wurde die Existenzgeldforderung bzw. die Existenzgelddiskussion in der AG feministische Ökonomiekritik und von der Gruppe Blauer Montag kritisiert (vgl. die Beiträge von Martin Rheinlaender und der Frauengruppe "Glanz der Metropole" in dieser ak-Ausgabe). In der feministischen Kritik wurde darauf hingewiesen, daß die Existenzgeldforderung die patriarchale geschlechtshierarchische Arbeitsteilung keineswegs aufhebe. Es sei daher kein Zufall, daß entsprechende Forderungen stets additiv hinzugefügt werden müßten. In der Kritik der Existenzgeldforderung ist in der AG dabei auf die alte Kampagne "Lohn für Hausarbeit" zurückgegriffen worden, die zu Beginn der 70er Jahre heftig diskutiert worden war. Bei dieser Bezugnahme ging es wohl nicht so sehr darum, sich diese Position zu eigen zu machen, sondern vordringlich darum, sich Anregungen für eine grundsätzlichere feministische Kritik der (Lohn-)Arbeit und der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung zu holen, als sie die Existenzgeldforderung bietet.

In der AG "Prekarisierung" warnte die Gruppe Blauer Montag davor, daß angesichts der real existierenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse eine Mobilisierung für die Existenzgeldforderung nur zum Vehikel einer neoliberalen Modernisierung der Sozialpolitik wird, ähnlich wie die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung letztlich nur zu einem Flexibilisierungsschub in der Ausbeutung geführt habe. So wie die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung eine historische Niederlage der Betriebs- und Gewerkschaftslinken markiert, läuft die Existenzgeldforderung Gefahr, in Gestalt eines rot-grünen Grundsicherungsmodells zur historischen Niederlage der Erwerbslosenbewegung zu werden.

In der AG Prekarisierung wurde im übrigen ein Thema ausgiebig diskutiert, das ansonsten während der Konferenz kaum eine Rolle spielte: die Lohnarbeit. Deutlich wurde dabei zumindest, daß eine starre, an der statistischen Messung orientierte Kategorisierung von prekärer Beschäftigung und "Normalarbeitsverhältnis" zur Beschreibung der tatsächlichen Klassenzusammensetzung nur bedingt tauglich ist. Dabei wurde die Dynamik von Lebenslagen, Bedürfnissen etc. genauso betont wie die zunehmende Ununterscheidbarkeit von flexibilisierter Ausbeutung im formal regulierten Betrieb, von prekären Beschäftigungsverhältnissen im ersten oder zweiten Arbeitsmarkt und Erwerbslosigkeit.

Die Berliner Konferenz hat unter dem Strich also keinen Stein der Weisen hervorgebracht, keine neue Losung, die es jetzt umzusetzen gilt. Vereinzelt war am Sonntag deswegen auch die Frage nach der "organisatorischen Wende" der Konferenz zu hören. Diesem Ansinnen hat sich das Treffen verweigert. Organisation, Vernetzung, Austausch wird, wenn überhaupt, eher informelle Wege nehmen, auch wenn ein offizielles Nachbereitungstreffen im Juni in Hamburg verabredet worden ist. Dennoch mußte niemand ganz ohne praktische Vorschläge nach Hause fahren: Angesichts einer überall zunehmenden repressiven Armutsverwaltung und angesichts verschärfter Pflichtarbeit für SozialhilfeempfängerInnen und Erwerbslose haben die anwesenden Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen noch mal darauf hingewiesen, daß jeder und jede vor Ort die Möglichkeit habe, sich auf ihre Kampagne '99 zu beziehen.

dk.

38. Wir brauchen keine Zauberformeln. Die Existenzgelddebatte drückt sich um eine Kritik der Arbeit

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:04

Den nachfolgenden Redebeitrag hat Martin Rheinlaender von der Gruppe Blauer Montag im Rahmen der AG Prekarisierung der "Arbeitskonferenz für das Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung" gehalten. Ziel dieser Intervention war es, mit einigen zugespitzten Thesen die Leerstellen in der Debatte um das Existenzgeld zu benennen und damit diese Forderung ein Stück weit zu entmystifizieren. Kernpunkt der Kritik ist, daß in der laufenden Debatte eine theoretische wie praktische Auseinandersetzung mit der real existierenden (Lohn-)Arbeit systematisch ausgeblendet wird.

Diese Konferenz steht unter dem Motto "Für radikale Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld". Zum Abschluß unserer Diskussion über das Thema Prekarisierung will ich deshalb einleitend einige kritische Anmerkungen und Fragen zum Zusammenhang unserer bisherigen Diskussion mit diesen Forderungen (oder Konzepten) formulieren.

Europaweit gehören beide Forderungen mittlerweile zum Standardrepertoire der Linken. Ich lasse hier mal bewußt offen, was dabei jeweils unter dieser Linken zu verstehen ist. Nicht in jedem Fall handelt es sich um reale soziale Bewegungen oder Initiativen, die aus einer konkreten Auseinandersetzung heraus diese Forderungen stellen. Wenn ich von Standardrepertoire spreche, dann meine ich damit ausdrücklich nicht Essentials. Denn beide Forderungen werden durchaus konkurrierend und kontrovers diskutiert. Gestern abend, bei der Podiumsdiskussion, haben Angela Klein (für das Bündnis Euro-Märsche) und Laurent Guilloteau (für die Einkommenskommission von AC! in Frankreich) diese Kontroverse bereits andeutungsweise dargestellt (vgl. zu dieser Debatte auch ak 420, 19.11.1998).

Ich will hier ein paar Einwände gegen solche Forderungen formulieren, und ich verhehle nicht, daß mir schon die Art und Weise, wie sie aufgestellt und propagiert werden, nicht behagt. Sie kommen mir vor wie Zauberformeln, die ein wunderbares Dach für vielfältige Interessen bilden, ohne daß diese halbwegs klar würden. Im übrigen ist das Motto dieser Konferenz in der Doppelung (Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld) auch so eine Zauberei, weil beide Orientierungen schlicht additiv zusammen gebracht werden. Das liest sich dann auf den ersten Blick ganz einleuchtend. Sobald die Diskussion aber beginnt, stellen sich eine Menge offene Fragen, die auf wesentliche Leerstellen weisen. Um eine der wichtigsten Leerstellen gleich vorab zu nennen, sei mein stärkster Einwand als These formuliert: Beide Forderungen (oder Konzepte) umklammern lediglich das Thema "Arbeit als Ausbeutung", ohne daß es wirklich-praktisch in Angriff genommen würde, und zwar buchstäblich als Angriff auf diese Arbeit als Ausbeutung. Das will ich im folgenden, so knapp wie möglich, erläutern.

Deregulierung und

flexible Menschen

Heute morgen haben wir ein Referat über Geschichte und empirischen Bestand von Prekarisierung gehört. Da war von "Fordismus" und "fordistischem Normalarbeitsverhältnis" die Rede. Egal, ob man das Teil "Fordismus" oder anders nennt, in klassenpolitischer Hinsicht bildete sich nach dem zweiten Weltkrieg in vielen kapitalistischen Metropolen so etwas wie ein Sozialpakt heraus. Ein Regulierungsmodell, das unter anderem folgendes beinhaltete: Die Gewerkschaften wurden integriert in die kapitalistische Regulierung, und eines der Resultate war dabei, daß insbesondere sie für eine reibungslose Produktion zu sorgen hatten. Umgekehrt dienten die wohlfahrtsstaatlichen Systeme - ebenfalls unter maßgeblicher Einbeziehung der Gewerkschaften - dazu, die soziale Reproduktion der Arbeitskraft für die Produktion zu sichern. Nicht zu vergessen natürlich die gewerkschaftliche Einkommenspolitik, die ebenfalls die Absicherung der Ausbeutung flankierte.

Dieses Modell ist von mehreren Seiten angegriffen und unterlaufen worden. Wir haben darüber hier in der AG bereits diskutiert. Erwähnt werden sollte aber auch, daß es nicht zuletzt die anwachsende Widerständigkeit, teilweise sogar Renitenz und regelrechte Revolte in dieser Arbeit und gegen diese Arbeit war, die in den 60er

Jahren das "fordistische" Modell von wohlfahrtsstaatlich befriedeter Ein- und Unterordnung im Produktionsprozeß erschüttert hat. Wir haben ferner darüber gesprochen, daß auch der Angriff auf das sogenannte Normalverhältnis teilweise von unten ergänzt wurde. Ich verweise hier nur auf die vielen Beispiele, wo insbesondere jüngere Menschen in den 80er Jahren die Flexibilisierung durchaus im eigenen Interesse definierten.

Zusammengenommen hat sich mit dem Rollback seit den 70er Jahren zweierlei ergeben. Zum einen ein enormer Druck auf das Masseneinkommen, als unmittelbarer Lohndruck und als Druck auf die Sozialleistungen (den 'Soziallohn') mitsamt einem erhöhten Arbeitszwang. Zum anderen können wir, was die Arbeit, also den Ausbeutungsprozeß selbst betrifft, von der Bildung jenes Menschentyps sprechen, den der US-amerikanische Soziologe und Sozialphilosoph Richard Sennett den "flexiblen Menschen" nennt. Ich füge hinzu, daß diese Bildung des flexiblen Menschen teils hochgradig repressiv, teils aber auch mit erheblicher Resonanz bei einzelnen sozialen Gruppen erfolgte.

Was die alte Bundesrepublik betrifft, so gibt es hier eine deutliche Parallelentwicklung von Flexibilisierung und Prekarisierung. Und man kann dazu auch ein Datum nennen, nicht nur symbolisch, sondern ganz realpolitisch. Es waren die Arbeitskämpfe 1984 für die 35-Stundenwoche, also der historische Kampf für den Einstieg in die allgemeine Arbeitszeitverkürzung. In meiner Sicht hat dieser Kampf unter der Hand zu einer historischen Niederlage der Betriebs- und Gewerkschaftslinken geführt. Diese hatte sich in diese Auseinandersetzungen mit allen zur Verfügung stehenden Kräften hineingeworfen,. Und am Ende kam dabei heraus, daß Arbeitszeitverkürzung (damals noch bei vollem Lohnausgleich) zum Synonym für eine extreme Flexibilisierung der Produktion wurde; Arbeitszeitverkürzung wurde gleichbedeutend mit einer immanenten Erosion der Tarifverträge, die in der Folge Prekarisierung in regulierten wie deregulierten Bereichen oft ununterscheidbar werden ließ.

Nach außen hatten die Gewerkschaften einen Erfolg zu verkaufen, nach innen aber war die alte Logik des Sozialpaktes durchgesetzt bzw. wiederhergestellt worden. Wer es heute in Betrieb und Gewerkschaft dabei beläßt, Arbeitszeitverkürzung zu fordern, ohne dabei auf einen Kampf gegen die Arbeitsbedingungen enormer Verdichtung, Intensivierung und Flexibilisierung der Produktion glaubwürdig orientieren zu können, wird üblen Schiffbruch erleiden, zumindest aber höhnisches Gelächter ernten. Bloße, mehr oder weniger radikale, Forderungen reichen dabei nicht aus. Für eine solche glaubwürdige Orientierung wären konkrete Aktionsvorschläge gefragt.

Nun ist mit diesem Durchbruch an Flexibilisierung Mitte der 80er Jahre noch etwas anderes verbunden. Zum damaligen Zeitpunkt konnte man noch halbwegs klar unterscheiden zwischen Kern- und Randbelegschaften. Auch heute wurde dieser Unterschied in der Diskussion noch gemacht. Ich möchte das ein wenig relativieren. Gewiß, Mitte der 80er Jahre waren solche Einteilungen noch plausibel, so plausibel eben wie das Bild von der Zwei-Drittel-Gesellschaft. Aber spätestens seit Beginn der 90er Jahre, im Zusammenhang mit Umstrukturierungen von Unternehmen (Auslagerungen, Auftragsvergabe an Fremdfirmen etc.), aber auch Neuorganisationen innerhalb des Produktionsprozesses selbst, muß man auch von einem unmittelbaren Angriff auf die Kernbelegschaften sprechen.

Das festzuhalten ist wichtig, um die heutige Debatte über die sogenannte Re-Regulierung zu verstehen. Was nämlich früher als Randerscheinung durchging, ist heute zur neuen Norm geworden. Darin sind sich Sozial- und Gewerkschaftspolitik einig. Wer heute programmatische Debatten in den Gewerkschaften verfolgt, wird feststellen können, daß niemand mehr ernsthaft am historischen Normalarbeitsverhältnis festhält, sondern sich nur noch Gedanken macht über eine "realpolitische" Re-Regulierung, die das mittlerweile erreichte niedrige Niveau von Sozialleistungen sowie Lebens- und Reproduktionsbedingungen und die entsprechenden Ausbeutungsbedingungen mehr oder weniger als neue Norm akzeptiert.

Historische Niederlage

der Jobber-Bewegung?

Die aktuelle Debatte über eine Re-Regulierung kennzeichnen u.a. folgende Aspekte: Erstens haben die Auseinandersetzungen um das "Sparpaket" 1996 (ich nenne hier nur: Entgeldfortzahlung im Krankheitsfall) gezeigt, daß die Gewerkschaften den "Sozialabbau" nicht mehr rein tarifpolitisch abfangen bzw. kompensieren können. Hier erfolgt dann der Ruf nach dem Gesetzgeber und nach einem "Bündnis für Arbeit" bzw. einem

"Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit". Zweitens wird "Beschäftigung" an sich durch erhöhte Ausbeutung erkauft. Arbeitszeitverkürzung findet heute real nur noch als kollektive oder individuelle Teilzeit statt. Drittens kommt als neues Element das geforderte Mindesteinkommen hinzu. In der sozialpolitischen Modernisierung der Ausbeutung fungiert dabei die Grundsicherung vor allem als Schmiermittel für den flexiblen Menschen.

Die momentane Phase der Re-Regulierungsdiskussion ist also letzten Endes von nichts anderem als der Logik des historischen Sozialpaktes geprägt. Unter geänderten gesellschaftlichen Verhältnissen geht es auch jetzt um einen Pakt, bei dem eine soziale Mindestsicherung die Ein- und Unterordnung in den Ausbeutungsprozeß sichert. Nehmen wir einmal alle Aspekte, in denen sich heute sozialer Protest äußert, dann können wir feststellen, daß sie alle diese Frage der Integration in bzw. den Widerstand gegen die Ausbeutung offen lassen. Das gilt neben dem Mindesteinkommen bzw. der Grundsicherung auch für die Arbeitszeitverkürzung. Wie sehr sie mittlerweile Synonym für den flexiblen Menschen geworden ist, habe ich bereits erläutert. Kommt noch die Einkommenspolitik hinzu; selbst bei höheren Einkommensstandards wird nur ein höherer Preis für die alltägliche und lebenslange Schinderei ausgehandelt. Im übrigen wird heute eher für dasselbe oder gar unter dem Strich weniger Geld länger und härter gearbeitet.

Ich finde es sympathisch, wenn zum Beispiel die Einkommenskommission von AC! den Kampf für ein Mindesteinkommen als Auftakt für eine gesellschaftliche Lohnrunde begreift und begrüßt (siehe die Erklärung von AC! in dieser ak-Ausgabe). In diesem Fall teile ich aber auch die Kritik anderer Strömungen innerhalb von AC!, die darin eine Vernachlässigung eines Kampfes gegen die Arbeitsbedingungen selbst sieht.

Nun ist auf dieser Konferenz, auch gestern von dem FelS-Genossen auf dem Podium und RednerInnen aus dem Publikum, immer wieder gesagt worden: "Aber wir wollen ja nicht diese Grundsicherung, wie sie in der sozialpolitischen Re-Regulierungsdikussion zur Debatte steht! Existenzgeld ist ja etwas ganz anderes!" Natürlich kenne und begreife ich den Unterschied zwischen einem rot-grünen Grundsicherungsmodell und dem Existenzgeld-Konzept. Aber man kann auch nicht an der realen sozialpolitischen Auseinandersetzung, an den nun einmal wirklich vorherrschenden (Klassen-) Kräfteverhältnissen vorbeigehen. Das lehren doch gerade die Erfahrungen aus den Streiks für Arbeitszeitverkürzung, das lehrt doch die totale Umdrehung der alten Forderung der Betriebs- und Gewerkschaftslinken zur Bildung des flexiblen Menschen.

Als jemand, der damals an den Bewegungen für die 35-Stundenwoche beteiligt war, also als Aktiver aus der Betriebslinken, frage ich da insbesondere meine GenossInnen aus der alten Bewegung der Jobber- und Erwerbsloseninitiativen: Ist vielleicht ihre alte Existenzgeld-Losung nicht schon längst genauso von den Herrschenden zum reaktionären Grundsicherungsmodell umgedreht worden wie unsere damalige Forderung nach der 35-Stunden-Woche? Wenn diese wirklichen Erfahrungen nicht eingeholt und reflektiert werden, bleibt die ganze Debatte hier auf der Konferenz eine Luftnummer. Zumindest werden Losungen als Forderungen oder Konzepte wie Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld ansonsten reine Zauberlosungen bleiben.

Ich möchte abschließend Fragen formulieren, die wir über diese Konferenz hinaus diskutieren sollten. Haben wir in der Gegenwart und in der Zukunft nicht alle Hände voll damit zu tun, vorhandene Grundsicherungsmodelle zu bekämpfen? Geht es nicht vor allem überall und auf allen Ebenen darum, den massiv verstärkten Arbeitszwang zurückzukämpfen? Stehen dabei nicht ganz konkrete Aktionen von Sozialhilfe-Initiativen und anderen Gruppen an, von denen gestern abend auf dem Podium die Rede war? Und ergibt sich nicht aus unserer Diskussion, hier in der AG Prekarisierung, daß unsere vordringliche Aufgabe darin besteht, sich als Arbeitende zu organisieren innerhalb und gegen diese Arbeit?

Ich finde es bedrückend, daß hier auf der Konferenz gewiß mehr als Zweidrittel der TeilnehmerInnen sich alltäglich mit prekären Arbeits- und Lebensbedingungen herumschlagen müssen; daß sie doch selbst Beteiligte in diesen Ausbeutungsverhältnissen sind; daß aber für mich nicht ersichtlich irgendwo intensiv darüber gesprochen wurde, wie denn diese Arbeitsverhältnisse selbst bekämpft werden könnten. Kurz, ich fände es schön, wenn mein Eindruck trügen würde. Aber mir kommt es so vor, als ob hier ganz konkret in diesen politischen Zusammenhängen nichts anders zur Debatte steht als ein anderer Mechanismus der alltäglichen Reproduktion der Arbeitskraft, ohne das Zentrum dieses Mechanismus, also die Ausbeutung mitsamt allen ihren konkreten, alltäglichen Bedingungen und Zusammenhängen, anzugreifen.

Zum Schluß will ich aber noch etwas Versöhnliches hinzufügen. Ich bestreite nicht die "utopische Funktion" von Forderungen oder Konzepten eines Existenzgeldes. Darin wird das Bild menschenwürdiger Existenzbedingungen transportiert, und dieses soziale Ethos ist gerade für eine praktischen, Widerstandsperspektive elementar. Auch wenn ich selbst da noch viel weitergehen würde, als nur im Bild einer gesellschaftlichen Lohnform zu bleiben, erkenne ich dieses ethische Element durchaus an und nehme es ernst. Aber wenn das Existenzgeld als gesellschaftspolitisches Konzept oder als politische Forderung auf den Tisch gebracht wird und dabei die Frage der Ausbeutung selbst nur einkreist, wird hier allzu gutwillig das Tor sperrangelweit aufgemacht für den Durchmarsch real übermächtiger Grundsicherungs- als Arbeitszwangsmodelle. Blitzschnell können dann die Zauberformeln entzaubert werden, und, was das Schlimmste ist, damit gehen dann wiederum massive Demobilisierungstendenzen und auch politische Demoralisierung einher.

Martin Rheinlaender

39. Strategie der Arbeitsverweigerung. Die Existenzgeldforderung klammert Hausarbeit aus

Existenzgeldforderung klammert Rolle der Hausarbeit aus

Autor: Frauengruppe · Rubrik: Sozialpolitik; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:32

Die Frauengruppe Glanz der Metropolen hat auf der Konferenz einen Redebeitrag zur feministischen Kritik an der Forderung nach Existenzgeld gehalten. Zentraler Ansatzpunkt ihrer Kritik ist: Wenn unbezahlte Arbeit/Nicht-Lohnarbeit weiterhin aus dem Begriff des Ökonomischen ausgeblendet wird und zusammen mit dem Sozialen, dem Politischen und dem Kulturellen dem Bereich des Außerökonomischen zugeschlagen wird, kann keine brauchbare Kritik des Lohnarbeitsmodells und des Arbeitsbegriffes entwickelt werden. Die Rolle der unbezahlten Hausarbeit wird bei der geforderten Entkoppelung von Einkommen und Arbeit, die sich nur auf die Lohnarbeit bezieht, verdeckt.

Die Forderung nach Existenzgeld hat den Vorteil, daß sich damit viele unterschiedliche Inhalte verbinden lassen. Es ist aber ebenso möglich, viele Inhalte wegzulassen. Die Forderung selbst ist erst mal leer - hinsichtlich einer gesellschaftsverändernden oder gar einer geschlechtsspezifischen Perspektive. Sie wirkt auf der einen Seite wie eine realpolitische Forderung, die alte Modelle nach einer Umverteilung von Reichtum, nach gleichem Lohn für alle usw. gar nicht mehr berücksichtigt. Auf der anderen Seite verbreitet sie einen Hauch von Utopie, der in der Vorstellung einer Entkoppelung von Lohn und Arbeit und in der Vorstellung von Lohnarbeitsverweigerung liegt. Dieser quasi sozialrevolutionären Seite wollen wir zuerst nachgehen.

Die Idee, es könnte mit einem halbwegs sicheren finanziellen Hintergrund auch ein anderes Leben entstehen, erinnert einige von uns an die 80er Jahre, als die Kritik am Lohnarbeitsmodell politische Kultur einer deutschen (autonomen) Linken war. Die Verweigerung von Lohnarbeit schien das Versprechen eines gemeinschaftlich organisierten, mit Sozi und Arbeitslosenhilfe finanzierten, selbstbestimmten Lebens und politischen Agierens mit sich zu bringen.

Inzwischen finden die meisten dieser Generation gesellschaftliche Anerkennung doch über Lohnarbeit. Und/oder sie leisten Hausarbeit in der Kleinfamilie oder als Alleinerziehende. Und/oder sie sind verbittert über verpaßte Chancen beruflicher Selbstverwirklichung. Die Strukturen gegenseitiger Anerkennung und Unterstützung, eine Neuorientierung des Zusammenlebens jenseits von Kleinfamilie/ patriarchaler Arbeitsteilung und Single-Isolation haben oftmals nicht getragen. (...) Aus einer sich zunächst beiläufig auch in die Gruppen einschleichenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung heraus sind viele der Typen z.B. Verleger oder Akademiker geworden; Frauen arbeiten eher in Projekten im Sozialbereich.

Das weitgehende Scheitern dieser Versuche hat also nicht nur äußere Gründe, z.B. zunehmende Probleme mit dem Sozialamt. Es hat auch damit zu tun, daß bestimmte Fragen nicht gestellt worden sind, die grundsätzlicher an einem Arbeitsbegriff ansetzen, der unser aller Verhältnis zu Arbeit/Reproduktion/Freizeit prägt: die Frage z.B. nach Alternativen zur Polit- oder Lohnarbeit einerseits und der Freizeit in der romantischen heterosexuellen Zweierkiste andererseits, nach einer alternativen Kinderversorgung oder danach, wie der Verzicht auf Prestige und Status durch Lohnarbeit durch etwas anderes ausgeglichen werden kann. Dieser Verzicht bedeutet für Frauen, denen gesellschaftlich - und auch in manchen linken Szenen - Abwasch und Kinderversorgung zugesprochen werden, etwas anderes als für Typen, die sich durch ihren politisch motivierten Verzicht viel eher auch noch als ein ganz besonderes männliches Exemplar mit etwas zusätzlichem Status versorgen können.

WG, Studium, Politgruppe

Das sind Fragen, bei denen der Gewinn und Verlust von Geld auch eine Rolle spielt, aber bei weitem nicht die einzige. Es gibt auch einen Gewinn und Verlust von Status, von Selbst, von Souveränität, der nach einer kapitalistischen Logik funktioniert, d.h. es gibt hier eine kapitalistische Ökonomie, die aber keine monetäre ist. Es wäre unserer Meinung nach wichtig, die bestehenden Erfahrungen nicht unter den Tisch zu kehren, sondern gerade dort anzusetzen.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns auch gefragt, in welchen Verhältnissen die Menschen eigentlich leben, die eine solche Konferenz veranstalten? Lesen wir die Texte, dann stellen wir uns diejenigen vor, die sie geschrieben haben und die ihr (und teilweise auch unser) Modell des Alltagslebens auf alle übertragen wollen: Leben in der WG, Studium, gesellschaftliche Anerkennung über Politgruppen und Texte-Schreiben, oftmals Geld von den Eltern oder die Erbschaft im Hintergrund, noch keine Kinder oder ein Leben - in Berlin - mit einem noch relativ guten Angebot von Ganztagskitas und Kinderläden. "1500 Mark plus Miete" und dieses Leben und sein entsprechender Konsumstandard wäre auf Dauer gesichert.

Er wird allerdings selten auf Dauer gelebt. Und es schließt sich die Frage an, inwieweit dieser Standard auf alle übertragbar ist, inwieweit wir Bedürfnisse von anderen in harte Münze umrechnen können. Daß der Arbeitsbegriff grundsätzlich nicht in Frage gestellt wird, zeigt sich auch bei einem genaueren Blick auf das emphatische Versprechen einer "Entkoppelung von Einkommen und Arbeit", wie es mit der Existenzgeldforderung verbunden wird. Was die Arbeit zu Hause angeht, gibt es für die meisten ArbeiterInnen gar keine Koppelung von Arbeit und Lohn und hat es sie auch noch nie gegeben. Mit der "Entkoppelung von Einkommen und Arbeit" wird bloß eine Kritik der Lohnarbeit formuliert, während Hausarbeit gleichzeitig verdeckt wird.

Diese wird der Welt der Nichtarbeit, der sozialen Existenz, des kommunikativen Sich-selbst-Versorgens zugeordnet, die wir dann nachträglich scheinbar so voluntaristisch umstrukturieren können. Wir denken hingegen, daß man in einer politischen Kampagne das eine nicht ohne das andere adressieren kann.

Lohn für Hausarbeit

Was wäre, wenn wir die Existenzgeldforderung als eine Forderung nach Lohn für Hausarbeit neu definieren würden? Wir würden dann Lohn für Arbeit fordern, statt Geld ohne Arbeit; es ginge darum, "unsichtbare" Arbeit sichtbar zu machen, anstatt sie als Nicht-Arbeit im Sinne von sozialer Existenz zu interpretieren. Wir würden denjenigen, die Hausarbeit leisten, den Status zusprechen, der gesellschaftlich mit dem Ausüben einer Lohnarbeit verbunden wird. Die Vertreterinnen der "Internationalen Kampagne Lohn für Hausarbeit" haben in den 70er Jahren Lohn vor allem deswegen gefordert, um Hausarbeit verweigern zu können, nicht um sie zu machen.

"Wenn z.B. Fabrikarbeiter eine Lohnerhöhung verlangen, dann wissen sie, daß man versuchen wird, sie durch erhöhte Produktivität wettzumachen. Die Frage ist dann nur: Sind die Arbeiter stark genug, um sich dem zu widersetzen? Niemand sagt: ‚Verlangt nicht mehr Geld, weil man Euch vielleicht mehr Produktivität aufzwingen will.` Jeder sagt: ‚Setzt Euch dafür ein, daß Ihr mehr Lohn bekommt und weniger arbeiten müßt!` Genau dasselbe schlagen wir auch für Frauen vor." (Power of Woman Collective, 1973)

Viele der Frauen haben sehr viel Ironie bei ihren scheinbar realpolitischen Forderungen eingesetzt und darüber auch eine Distanz zu der Rolle der Hausfrau hergestellt, die sie ja angreifen wollten. Durch enorme Maßlosigkeit bei ihrer Neudefinition von Arbeit haben sie den Arbeitsbegriff - das, was als Arbeit oder Nicht-Arbeit gilt - immer wieder ins Spiel gebracht. So war Hausarbeit für sie z.B. auch die Mehrarbeit, die für Frauen durch den Mangel an gesellschaftlicher Anerkennung entstehe. Daß sie keine andere Wahl haben, als sich als Feministin zu engagieren, bedeute "wiederum Mehrarbeit, Kämpfe, Durchsetzung von Forderungen". Eine autonome Lesbengruppe erklärte, daß es eine Menge Arbeit koste, den Diskriminierungen entgegenzutreten, die sie als lesbische Frauen treffen, daß es sehr harte Arbeit sei, "deiner Nachbarin etwas anderes zu sagen als deinem Chef." Arbeit entstand für sie sogar da - und das geht vielleicht am weitesten -, wo sie gar keine machen: "all die emotionale und all die sexuelle Hausarbeit, von der wir eine Menge verweigern".

Wir denken, daß es trotzdem problematisch ist, mit dem Begriff der Hausarbeit eine traditionelle Rollenzuschreibung aufzugreifen. Es ist aber ein Ansatz, zu überlegen, wie eine Forderung so formuliert werden kann, daß darin schon eine Verschiebung, eine ironische Distanz zur gegenwärtigen geschlechtsspezifischen und auch rassistischen Arbeitsteilung auftaucht.

Können wir heute ungebrochen an die Situation vor 20 Jahren anknüpfen? Hat sich nicht das Modell der Nur-Hausfrau als komplementär zum fordistischen weißen männlichen Lohnarbeiter längst aufgelöst und verabschiedet?

Hausarbeit immer noch

in Frauen Hand

Eines ist sicher völlig gleichgeblieben: Für die sogenannte Reproduktionsarbeit - d.h. vor allem Hausarbeit und Kinderbetreuung - sind weiter fast ausschließlich Frauen zuständig, wie es auch Zeitbudgetstudien des Statistischen Bundesamtes oder eine Umfrage des Allensbacher Institutes wieder einmal - wir könnten sagen - überflüssigerweise belegen. Eine Zahl hier vielleicht dennoch: 0,1% der Personen, die 1994 Erziehungsgeld in Anspruch nahmen, waren Männer.

Die vieldiskutierte Auflösung der Kleinfamilie geschieht auch nur auf der Grundlage einer absolut zementierten Zuständigkeit von Frauen für Hausarbeit und Kinder: 87% aller Alleinerziehenden sind Frauen - und die Minderheit der 13% alleinerziehende Männer können mit Sicherheit mit mehr sozialem Prestige und sozialer Unterstützung rechnen.

Von der Geschlechterhierarchie her bleibt ökonomisch gesehen - wenn wir den Blick auf die Ökonomie von Seiten der Hausarbeit werfen - also alles beim alten; mit Abbau sozialstaatlicher Mechanismen wird heute sogar von einer zusätzlichen Reprivatisierung der Hausarbeit durch Abbau von Kindergärten und Pflegediensten gesprochen. Als Gruppe Glanz der Metropole weisen wir aber auch darauf hin, daß es eine patriarchale Modernisierung in Bezug auf Hausarbeit gibt. Ein zunehmender Teil der Hausarbeit wird unterbezahlt von Hausangestellten, Babysitterinnen und Putzfrauen geleistet. Berufstätige Mittelschichtsfrauen delegieren die Arbeit, die innerhalb der herrschenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung von ihnen unbezahlt erwartet wird, unterbezahlt an andere Frauen, ohne daß damit die Ökonomie der Geschlechter in Frage gestellt wird. Innerhalb einer rassistischen Struktur des Arbeitsmarktes sind es zunehmend Migrantinnen, die diese Arbeit verrichten. In Bezug auf die Hausarbeit wird inzwischen von einer neuen internationalen Arbeitsteilung gesprochen. Schon an diesem untersten aller Arbeitsmärkte ist ersichtlich, wie tief verankert die Abwertung dieser Arbeiten ist (...).

Das ideologische Modell hat sich, trotz dieser Zementierung der Reproduktionsarbeit, verschoben. Die Doppel- und Dreifach-, Vierfachbelastung von Frauen als Zuständige für Pädagogik, Schöner Wohnen, Karriere, Fortbildung, intensive Partnerschaft und ambitionierte Freizeitgestaltung überschattet das - weiter in der Werbung für Waschpulver oder Margarine präsente - klassische Hausfrauenmodell. Die Hausarbeit wird mit dem zunehmenden Abschied vom ideologischen Hausfrauenmodell noch unsichtbarer (...). Das ganze Modell muß in einer Strategie der Arbeitsverweigerung angegriffen werden. Die beiden Sphären sind nicht zwei getrennte Bereiche politischer Kämpfe, z.B. wirkt auch in Hochlohnbereichen die Erwartung von Beziehungsarbeit und sexualisiertem Verhalten in die Arbeit von Frauen hinein.

Wenn die Forderung nach Existenzgeld als emanzipatorische oder sozialrevolutionäre Forderung Arbeitsverweigerung zum Ziel haben soll, können wir dies also nicht unterschreiben. Eine feministische Strategie der Arbeitsverweigerung hat viel weitergehende Konsequenzen und muß versuchen, nicht leerlaufende Forderungen zu unterstützen wie: "Vom Haus in den Beruf", vom "Beruf in das Haus" oder "Vereinbarkeit von Haus und Beruf".

Die Forderung nach Existenzgeld als realpolitische Forderung können wir dagegen voll und ganz unterstützen. Sie ist eine Politik gegen Armut und gegen die entwürdigende Bürokratie der Sozialhilfe. Unsere Betonungen in einer solchen Kampagne liegen jedoch auf Schwerpunkten, die in der Kampagne vorkommen, aber nicht genug herausgehoben werden. Beim Existenzgeldmodell muß gegenüber dem konservativen familienorientierten deutschen Sozialstaatsmodell positiv unterstrichen werden, daß damit die Unterhaltsabhängigkeit von Eltern und EhepartnerInnen gestrichen würde und eine individuelle Vergabe des Existenzgeldes auch an Kinder vorgeschlagen wird. (...)

Ebensowenig wie die Forderung nach dem Ende patriarchaler Arbeitsteilung ist der Protest gegen den rassistischen Ausschluß aus der Sozialhilfe eine zusätzliche Forderung für diese Tagung, sondern eine grundsätzliche Voraussetzung für eine angemessene Debatte um das Existenzgeld!

Frauengruppe Glanz der Metropole

40. Freiheit für das Elektron. Liberalisierter Strommarkt in Deutschland

Autor: Jürgen Siebert · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:11

Bis vor ca. einem Jahr fanden sich in den Zeitungen höchstens kleinformatige Anzeigen des Informationskreises Kernenergie, in denen die Überlegenheit deutscher Atomenergie demonstriert werden sollte. Nun ist in der deutschen Energiewirtschaft eine Veränderung eingetreten: Die Energieversorgungsunternehmen (EVU) werben mit bunten Bildern und flott formulierten Texten für ihre Leistungsfähigkeit. Was ist geschehen?

Am 29. April 1998 ist das neue deutsche Energierecht in Kraft getreten. Das bisherige Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) aus dem Jahre 1935 beinhaltete als wesentlichen Bestandteil die Gebietsmonopole; die EVU waren in ihrem Territorium alleine für die Stromversorgung zuständig; diese Monopole verhalfen ihnen - trotz staatlicher Preisaufsicht - zu immensen Gewinnen. Der Satz "Stromverkauf ist wie eine Lizenz zum Gelddrucken" umschreibt die Situation eindrücklich.

Obwohl es in Deutschland nahezu tausend Stromversorgungsunternehmen gab, hatten sich auf dem Stromsektor die acht (nach dem Fall der Mauer neun) großen Monopol-EVU herausgebildet, die gnadenlos den gesamten Strommarkt beherrschten und ihm - unterstützt von der Politik, mit der sie vielfach personell und kapitalmäßig verflochten waren sind - ihre Regeln aufzwangen.

Mit dem neuen Energierecht sind die Tage der Gebietsmonopole gezählt. Ab sofort kann (rein theoretisch) jeder Stromverbraucher den Versorger selbst wählen. Ziel des Gesetzes - das noch unter FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt zustande kam - ist, die Strompreise insbesondere für die Wirtschaft zu senken und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Ob - wie behauptet - alle Kundengruppen langfristig von fallenden Strompreisen profitieren werden, ist noch unklar. Unklar ist auch, ob die ökologische Komponente bei diesem Preiswettbewerb eine tragende Rolle spielen wird.

Gebietsmonopole fallen

Täglich lassen sich im Wirtschaftsteil der Zeitungen Meldungen über Abschlüsse von Stromlieferungsverträgen zwischen großen Abnehmern und Stromlieferanten lesen. So hat z.B. die Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) im März in Düsseldorf eine Niederlassung eröffnet. Erklärtes Ziel von EnBW ist es, nach RWE Energie die Nummer zwei in Nordrhein-Westfalen zu werden. Vorstandsvorsitzender Gerhard Goll sagte in diesem Zusammenhang, Nutznießer der Liberalisierung im Strommarkt solle auch der Mittelstand werden. Neben einer Preisanpassung auf breiter Front werde generell das Angebot von Service und Dienstleistung rund um das Kernprodukt Strom steigen. EnBW will auch das Abgeordnetenhaus in Berlin mit Strom versorgen und hat sich beim Kartellamt über die Weigerung des örtlichen Stromversorgers Bewag beklagt, die erforderliche Durchleitung zu gewähren. Der Energiekonzern gilt als einer der aggressivsten Wettbewerber auf dem liberalisierten deutschen Strommarkt. RWE kündigte bereits an, im Gegenzug auch Stromkunden in Baden-Württemberg zu akquirieren.

Die Weigerung der Bewag, die Stromdurchleitung - zu der sie gesetzlich verpflichtet ist - zu den Kunden der EnBW vorzunehmen, begründet diese mit fehlenden technischen Voraussetzungen, die aus der früheren Insellage von Berlin resultieren. Die Stromtrassen würden eine Durchleitung des Stroms derzeit nicht ermöglichen. Mittlerweile ist dieser Fall vor dem Kartellamt anhängig.

Der deutsche Strommarkt zählt zu den lukrativsten in Europa. Rund 350 Milliarden Mark Umsatz machten die Energieversorger allein 1998 mit dem Verkauf von Strom. Fast 30 Milliarden Mark pumpten die Stromkonzerne in den Standort Deutschland; sie verbesserten die Infrastruktur, bauten neue High-Tech-Stromfabriken. Die Masse der Kraftwerke ist längst abgeschrieben. Daher werden die Manager diese Stromfabriken nicht so schnell aufgeben. Vor allem wegen des zunehmenden Wettbewerbsdrucks rechnen sich diese Megawatt-Klötze, die Strom zu absolut günstigen Kosten von teilweise drei, vier Pfennig pro Kilowattstunde produzieren. Weil die Überkapazitäten in Deutschland inzwischen aber weit über 15.000 Megawatt (MW) betragen und der Stromabsatz nahezu stagniert, wird erst in zehn bis 15 Jahren Bedarf für neue

Großkraftwerke bestehen. Die häufig gehörte Drohung, nicht mehr in Deutschland zu investieren, ist kaum mehr als heiße Luft.

Konkurrenz aus dem Ausland

Nach der Liberalisierung reißen sich immer mehr ausländische Anbieter vor allem um die stromschluckenden Industriekunden. So will das britische Unternehmen Powergen ausgerechnet im Braunkohlerevier der RWE Energie AG wildern und in der Nähe von Köln ein Gaskraftwerk mit einer Leistung von 1.000 MW errichten - Investitionsvolumen etwa eine Milliarde Mark. Zum Vergleich: Mit der Braunkohle aus Garzweiler II will die RWE AG die 2.100 MW Blöcke im Kraftwerk Frimmersdorf bei Neuss befeuern und billigen Strom erzeugen. Drei Milliarden Mark betragen allein die Aufschlußkosten für den 48 Quadratkilometer großen Tagebau, noch einmal fast vier Milliarden kostet die Modernisierung des RWE-Kraftwerksparks in Frimmersdorf. Die Konsequenz: der heftig umstrittene Braunkohletagebau Garzweiler II ist überflüssig.

Knapp 80 Kilometer nordwestlich, im münsterländischen Ahaus - bekannt als Standort eines Atommüllzwischenlagers - planen amerikanische Investoren zwei Gas-und Dampfturbinen-Kraftwerke (GuD) mit einer Kapazität von über 2.000 MW. Sie wollen dem Dortmunder Energieversorger VEW Kunden abnehmen. Aufgemischt wird auch der ostdeutsche Markt, bisher fest in Händen der Veag. Der deutsch-schwedische Energieversorger Vasa Energy will auf dem Gelände des stillgelegten Atomkraftwerks Greifswald-Lubmin bis zum Jahre 2002 ein modernes GuD-Projekt mit einer Kapazität von 1.200 MW bauen.

Deutsche EVU auf Einkaufstour

Die Chefs der deutschen Energiekonzerne haben erkannt, daß Akquisitionen und Investitionen im Ausland zwingend zur Überlebensstrategie auf dem Markt zählen. Die PreussenElektra AG geht im Norden und im Osten Europas auf Einkaufstour. Die Weichen hierfür hat sie schon im November 1998 gestellt, als Preag-Chef Hans-Dieter Harig den amerikanischen Strommarkt ins Visier genommen hat: Vier Milliarden Mark will PreussenElektra in eine Beteiligung an dem US-Konzern Southern Energy stecken.

AKWs spielen in den zukünftigen Planungen der Strommanager derzeit nur eine untergeordnete Rolle. Vor 2010 sei kein Neubau eines Reaktors notwendig, heißt es in den Vorstandsetagen. Auch für den neuen Europäischen Druckwasserreaktors (EPR) geben die Konzerne nur widerwillig Geld aus, denn aufgrund der riesigen Kapitalkosten rechnen sich Investitionen in neue AKWs gegenüber den GuD-Anlagen zur Zeit überhaupt nicht. Einzig die Bayernwerke AG will auf Geheiß des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber und zur Unterstützung des in München ansässigen Siemens-Konzerns einen Standort für den EPR ausschreiben.

Gleichzeitig aber haben die Bayernwerke AG und die österreichische Verbund dieser Tage mit dem größten russischen Stromversorger Rossii unter Einschluß der Ukraine ein Joint-Venture angekündigt. Aus Rußland sollen Stromlieferungen von 1.200 MW erfolgen, und zwar jeweils 600 MW für Bayernwerk und Verbund. Die Größenordnung des jährlichen Lieferpakets entspricht der Kapazität eines AKW. Der Erlös für Rossii wird auf 100 bis 200 Mio. DM pro Jahr veranschlagt; bezogen auf die Kilowattstunde (kWh) könnte das Entgelt 1,5 Pf für Rossii ausmachen. Die Bayernwerk AG kann wie Österreichs Verbund die Elektrizität für deutlich unter fünf Pfennig pro Kilowattstunde frei Grenze beziehen. Mit Strombezugspreisen im Bereich von drei Pfennig pro Kilowattstunde, die derzeit für die Elektrizitätsbeschaffung aus Mittel- und Osteuropa genannt werden, und der längerfristig vereinbarten Lieferung kann sich das Bayernwerk für den härter werdenden Wettbewerb vorzüglich positionieren. Und die Viag-Tochter hat in Richtung Bonn signalisiert, daß die Elektrizitätsimporte eine außerordentlich kostengünstige Option darstellen. Das gelte vor allem für den Fall, daß hierzulande für die Stromerzeugung die politischen Handikaps vergrößert werden sollten. Bayernwerk-Chef Majewski verhehlte nicht, daß angesichts der Überkapazitäten in Europa von 30.000 bis 35.000 MW das Angebot aus Rußland eine besonders wettbewerbsfähige Bezugsoption darstelle. Das Gesamtpaket ermögliche aber für Bayernwerk und Verbund immerhin den Verzicht auf ein eigenes Kraftwerk auf Atomenergiebasis; nicht zuletzt hierdurch verbessert sich auch die Verhandlungsposition bei den Energiekonsensgesprächen mit der Bundesregierung. Rußlands Energieanlagen könnten mit den Stromdevisen modernisiert werden. (vgl. auch ak 419, S.3)

Was von dieser Option tatsächlich zu halten ist, wird sich erst in Zukunft zeigen. Vielleicht gehört sie zunächst nur in den Bereich der Drohkulisse angesichts der Bonner Konsensverhandlungen. Den Strom über solch weite Strecken zu transportieren rechnet sich eigentlich nicht, da die Netzverluste mit steigender Entfernung

größer werden und zudem die Gebühren für die Stromdurchleitung durch fremde Netze auch ins Gewicht fallen.

Offene Netze - Strom als Handelsware

Das Herzstück der Energiereform ist der offene Netzzugang für Verbraucher und Versorger. Die EVUs müssen ihre Übertragungsnetze von allen anderen unternehmerischen Aktivitäten trennen (Unbundling) und in Zukunft als gesonderte Betriebsabteilung führen - mit eigener Bilanz, eigener Gewinn- und Verlustrechnung und eigenen Konten. Die Netze müssen diskriminierungsfrei für Durchleitungen zur Verfügung gestellt werden. Die Zugangsbedingungen dürfen nicht ungünstiger sein, als sie in vergleichbaren Fällen innerhalb des EVUs selbst sind. Durch diesen diskriminierungsfreien Netzzugang wird der Strom zur ganz normalen Handelsware.

Unternehmen und Privatleute werden nun also vor die Frage gestellt: "Wie kaufe ich Strom ein?" Hier zeigt ein Blick ins Ausland, wie beispielsweise nach England, Norwegen, Schweden oder Kalifornien/USA, wo es bereits liberalisierte Energiemärkte gibt, wohin die "Reise" geht. Kennzeichen eines wettbewerblich geöffneten Energiemarktes ist, daß sich ein Spotmarkt für Strom etabliert. Dort wird Strom zu jeweils schwankenden Stundenpreisen ge- oder verkauft. Es werden sich auch Termin- und Optionsmärkte zur Absicherung des Strompreises herausbilden, analog dem vom Aktienmarkt her bekannten Derivatenhandel.

Einige Stromhändler sind schon auf dem deutschen Markt aktiv, um sich eine gute Ausgangsposition zu verschaffen. Dabei handelt es sich überwiegend um ausländische Unternehmen wie beispielsweise ENRON Energie, Bergen Energi und Vasa Energy. Diese Unternehmen haben bereits in ihren heimischen Energiemärkten Erfahrungen mit dem Stromhandel gesammelt und expandieren jetzt mit diesem Know-how nach Deutschland. Dies zeigt, wie interessant der deutsche Strommarkt für ausländische Akteure ist.

Ob sich im liberalen Strommarkt ein florierender Handel mit der Ware Strom entwickelt oder nicht, hängt entscheidend von den Bedingungen für den Netzzugang ab. Die Stromnetze sind verbleibende Monopole und in der Regel von den Beteiligten zu nutzen. Damit soll verhindert werden, daß neue Stromleitungen wie Pilze aus dem Boden schießen. In einigen Fällen werden sich allerdings auch Direktleitungen vom Erzeuger zum Verbraucher lohnen.

Um allen Beteiligten einen freien Zugang zu den Stromnetzen zu sichern, haben sich der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), der Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V. (VIK) und die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke e. V. (VDEW) Anfang April 98 auf eine "Verbändevereinbarung über Kriterien zur Bestimmung von Durchleitungsentgelten" geeinigt. Ziel der Vereinbarung ist es, einfache und transparente Prinzipien für die Berechnung der Stromdurchleitung vorzugeben als Grundlage für individuelle Durchleitungsverträge zwischen Netzbetreiber und Netznutzer.

Darin ist für die Höchstspannungsebene ab einer Entfernung von mehr als 100 Kilometern ein entfernungsabhängiger Tarif von 12,50 Mark pro kW und Jahr vorgesehen. Auf den darunterliegenden Spannungsebenen werden die Kosten unabhängig von der Entfernung mit Pauschalen abgegolten (sogenannter Briefmarkentarif). Grundsätzlich sollen die Entgelte für die Netzbetreiber kostendeckend sein.

Ein Industriekunde mit Anschluß an das Höchstspannungsnetz (220/380 kV) muß bei einer Nutzungsdauer von 6.000 Stunden pro Jahr, einer Luftlinienentfernung zum Erzeuger von 200 Kilometern und einer Durchleitungsleistung von 25 MW mit einem Durchleitungsentgelt von rund einem Pfennig pro Kilowattstunde rechnen. Bei einer Entfernung von 650 Kilometern verdoppelt sich der Preis auf rund zwei Pfennig pro Kilowattstunde. Das bedeutet, daß der nur 200 Kilometer weit entfernte Stromerzeuger einen Preisvorsprung von rund einem Pfennig pro Kilowattstunde gegenüber dem 650 Kilometer weit entfernten Stromerzeuger hat.

Die Verbändevereinbarung soll zunächst bis zum 30. September 1999 gelten. BDI, VDEW und VIK sind sich einig, daß die Durchleitung auch danach auf der Grundlage einer Verbändevereinbarung stattfinden sollte. Sie werden sich daher rechtzeitig auf notwendige Änderungen aufgrund der dann zwischenzeitlich gemachten Erfahrungen verständigen und die Gespräche so frühzeitig fortsetzen, daß ohne Unterbrechung eine Anschlußregelung möglich wird. Sollte sich die Verbändevereinbarung in der Praxis nicht bewähren, wird das Bundesministerium für Wirtschaft eine Rechtsverordnung erlassen. Aus Sicht kritischer Stromverbraucher festigt die Verbändevereinbarung die Monopolstellung der EVU, da sie durch überzogene Durchleitungsgebühren den Versorgerwechsel erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen.

Haushalte werden geschröpft

Die grüne Bundestagsabgeordnete Michaele Hustedt machte ihre eigenen Erfahrungen mit dem liberalisierten Strommarkt. Sie bezieht ihren Strom in Bonn jetzt aus einem Windpark in der Eifel. Für diesen Strom zahlt sie statt der bisherigen 27,49 Pfennig an die Stadtwerke Bonn 43 Pfennig. Der entscheidende Kostenfaktor hierbei ist die Höhe der Durchleitungsgebühr, die der Stromlieferant VASA Energy künftig an die Netzbetreiber Stadtwerke Bonn und RWE überweisen muß: sie beträgt 18,22 Pfennige. Hinzu kommen noch Meßkosten für das Ablesen des Zählers in Höhe von 69,60 DM pro Jahr. Diese 18,22 Pfennige Durchleitungsgebühr entsprechen in keinster Weise den Selbstkosten, die sich RWE und Stadtwerke Bonn selbstverständlich für den Betrieb der in ihrem Besitz befindlichen Stromleitungen in Rechnung stellen müssen. Die Vergleichswerte in Skandinavien liegen bei 4-6 Pfennigen. Grundsätzlich ist also der private Wechsel des Stromerzeugers möglich - nur die Mehrkosten sind ein Skandal.

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat mittlerweile bundesweit ca. 60.000 Privatkundinnen und -kunden - darunter ca. 1.000 Gewerbebetriebe - registriert, die ab 2000 den Strom von einem Anbieter beziehen wollen, der weder Atom noch Kohle und mindestens die Hälfte aus regenerativen Quellen für die Stromproduktion einsetzt. Dieser Strom dürfe 20 Prozent mehr kosten als herkömmlicher Strom. Zudem müssen der oder die Stromversorger eine Reihe ökologischer Kriterien erfüllen. Interessant an den Vorgaben von Greenpeace ist, daß der Stromlieferant keinerlei Verflechtungen mit Atomstromkonzernen haben darf. Bis Juni soll geklärt sein, ob es einen solchen Anbieter in Deutschland überhaupt gibt. Die VASA Energy, die von der grünen Abgeordneten Hustedt gewählt wurde, kommt auf jeden Fall nicht in Frage, denn die ist mit der schwedischen Vattenfall AB verflochten. Letztere betreibt die AKW Ringhals und Forsmark.

Jürgen Siebert

41. Anti-AKW-Bewegung will heißen Herbst. Frühjahrskonferenz in Heidelberg beschließt bundesweite Demo

Autor: DSe · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:53

Mit nur rund 150 TeilnehmerInnen fand vom 9. bis 11. April 99 in Heidelberg die Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung statt. Eine geringe Beteiligung, wenn man bedenkt, daß die Verhandlungen um einen Atomkonsens zwischen Bundesregierung und Atomwirtschaft weitergehen.

Drei Themen standen im Mittelpunkt der Konferenz: Eine geplante Großdemonstration gegen das Atomprogramm im Herbst, der NATO-Krieg im Kosovo und der Vorwurf des Bundesumweltministers Trittin, Castorblockaden gegen den aus Frankreich und England zurückkommenden Atommüll seien "nationalistisch".

Bundesweite Demo

in Hannover

Nachdem bereits auf einigen Treffen vor der Konferenz über eine bundesweite Demonstration für den atomaren Sofortausstieg diskutiert worden war, sollte die Frühjahrskonferenz abschließend darüber beraten.

Viele Anti-AKW-AktivistInnen kritisieren seit Monaten, daß die Bewegung öffentlich kaum wahrnehmbar sei. Nach dem Castorskandal im letzten Jahr und dem eher mißglückten dezentralen Aktionstag im September 1998 (vgl. ak 418, S.9/10) stehen viele Initiativen ohne Betätigungsfeld da. Lediglich zum ersten Konsensgespräch in Bonn konnte eine kleine Demonstration organisiert werden (vgl. ak 423, S. 10), die öffentlich wahrgenommen wurde. Nicht nur Standorte-Initiativen sondern auch die Hamburger Mobilisierungsgruppe oder das Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim haben deshalb gefordert, die Anti-AKW-Bewegung müsse auch unabhängig von Castortransporten präsent sein und ihre Position gegen Atomkonsens, Standortlager und Restlaufzeiten von AKWs in die öffentliche Auseinandersetzung einbringen.

Strittig war nicht so sehr die politische Notwendigkeit einer solchen Demonstration. Allerdings bestanden über den Ort der Demonstration Differenzen. Vor allem aus Süddeutschland kam Kritik am geplanten Ort Berlin, wie es das Standorte-Treffen (vgl. ak 424, S. 14) empfohlen hatte. Neben praktischen Erwägungen (zu lange Anreise für Süddeutsche) wurde vor allem kritisiert, daß mit Berlin als Regierungssitz der falsche Ort ausgewählt sei. Die Demo sollte lieber am Standort eines Atomkonzerns stattfinden und nicht vor dem Bundeskanzleramt in Berlin, weil die tatsächlichen Entscheidungen nicht von der Politik, sondern von den Konzernen getroffen würden. Das Aktionsbündnis Neckarwestheim schlug daher Hannover (Sitz von PreussenElektra und Expo-Stadt) oder Essen vor (Sitz der RWE und der Gesellschaft für Nuklearservice / GNS, Castorbehälterhersteller). Hannover, so wurde argumentiert, würde aufgrund der Nähe zum Wendland gute Mobilisierungschancen bieten.

Demgegenüber wurde Berlin als Ort damit begründet, daß der Sitz der Bundesregierung für eine breite Bündnispolitik bessere Voraussetzungen liefere. Die für den 9. Oktober terminierte Demo könnte nach rund einem Jahr Rot-Grün für viele soziale Bewegungen, für Gewerkschaften, kirchliche Gruppen etc. Anknüpfungspunkte bieten. Auch ein angestrebtes Bündnis mit der Friedensbewegung, gerade nach dem Beginn des Kosovo-Krieges, spreche für Berlin als Austragungsort, da hier nicht nur die Anti-AKW-Bewegung sondern eben auch andere Bewegungen und Gruppen den "richtigen Adressaten" vorfänden.

Die Konferenz beschloß schließlich eine bundesweite Demonstration am 9. Oktober und empfahl Hannover als Ort. Im Mai soll ein erstes großes Bündnistreffen organisiert werden, um ein Konzept und einen Aufruf zu erarbeiten.

"Nationalistische" Anti-AKW-Bewegung?

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hatte im Februar während eines Besuchs bei der BI Lüchow-Dannenberg die Anti-AKW-Bewegung kritisiert. Wer sich bei den möglicherweise noch in diesem Jahr anstehenden Rücktransporten von Atommüll aus der Wiederaufarbeitung aus Frankreich ins Gorlebener Zwischenlager quer

stelle, verhalte sich nationalistisch. Deutschland sei für den Atommüll in Frankreich verantwortlich: "Diesen Müll müssen wir zurücknehmen", so Trittin.

Dieser Vorwurf nahm auf der Konferenz in Heidelberg breiten Raum ein. Dabei reichten die Auffassungen von "was schert mich Jürgen Trittin" bis "bloß keine Blockaden direkt an der deutsch-französischen Grenze". Einig war man sich, daß Trittin selbst nicht besonders ernst zu nehmen ist. Denn obwohl er angesichts des Gefährdungspotentials des Atommüll die Franzosen nicht auf dem deutschen Atommüll sitzen lassen will, läßt er auch in Zukunft weitere Transporte aus deutschen Atomkraftwerken zur Wiederaufarbeitung und damit noch mehr Atommüll zu. Vor diesem Hintergrund ist der Vorwurf von Trittin tatsächlich ein Witz.

Allerdings weiß auch die Anti-AKW-Bewegung, daß es für Massenaktionen gegen Castortransporte bislang nur in Ahaus und Gorleben reichte. Zwar gibt es bereits seit über zehn Jahren auch Blockaden gegen die Atomtransporte aus den AKWs zu den Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und England, aber an den Aktionen haben selten mehr als einige hundert Menschen teilgenommen. Lediglich vor dem AKW Krümmel fand im September 1997 mit rund 2.000 TeilnehmerInnen eine größere Demonstration gegen die WAA-Transporte statt. (vgl. ak 405, S. 2) Auch arbeiten inzwischen mehrere Initiativen, darunter u.a. die BI Lüchow-Dannenberg oder auch das Neckarwestheim-Bündnis, mit französischen AKW-GegnerInnen zusammen. Erst vor wenigen Wochen traf man sich in Verdun, um über die Castortransporte zu beraten. Eingeladen waren auch englische AtomgegnerInnen, die aber nicht erschienen. Insofern erscheint der Nationalismus-Vorwurf gegen die organisierten Teile der Anti-AKW-Bewegung nicht besonders stichhaltig.

Jedoch gibt es durchaus eine Erklärungslücke, warum vor allem die Transporte nach Gorleben und Ahaus so "beliebt" sind. Von einer Antwort auf diese Frage ist die Anti-AKW-Bewegung aber noch weit entfernt. Marburger AtomgegnerInnen plädierten dafür, eine intensivere Debatte um den Begriff "Grenze" und Nationalismus zu führen. Dazu solle auch die Debatte mit den antirassistischen Initiativen gesucht werden.

Anti-AKW

gegen NATO-Krieg

Angesichts der Bombardierung Jugoslawiens beschloß die Konferenz mit nur wenigen Gegenstimmen eine Resolution, die sich deutlich gegen den NATO-Einsatz aussprach: "Rechtzeitig zum 50jährigen Jubiläum der NATO-Gründung zeigt der Pakt, wozu er fähig ist. Auf dem Balkan gibt er uns einen Vorgeschmack, wohin das neue strategische Konzept der NATO führen wird, das im April in Washington verabschiedet werden soll:

- Beibehaltung der nuklearen Erstschlagoption,

- Selbstmandatierung und

- die Änderung des Art. 5 der NATO-Charta dahingehend, daß nicht mehr territoriale Grenzen der Mitgliedsländer verteidigt werden sollen, sondern deren weltweite ‚Sicherheitsinteressen`."

Ausdrücklich wird die Rolle der BRD kritisiert. Seit Jahren habe sie auf die "Zerschlagung" Jugoslawiens hingearbeitet (Anerkennung von Slowenien, Kroatien etc.) Auch gegen die Politik der serbischen Regierung bezog die Anti-AKW-Konferenz Position: "Unabhängig von der Bewertung der NATO-Politik verurteilen wir die seit Jahren andauernde rassistische und nationalistische Politik der serbischen Regierung gegen die kosovo-albanische Bevölkerung. Wir verurteilen aber auch die gegen die serbische Minderheit im Kosovo gerichtete Gewalt und die großalbanisch-nationalistischen Ziele der UCK."

Bereits am Samstag waren einige Konferenz-TeilnehmerInnen von Heidelberg aus zur Blockade der US-Air-Base Spangdahlem gefahren. Von dort starten die Tarnkappenbomber zu ihren Einsätzen gegen Jugoslawien. Ebenso beteiligten sich AtomkraftgegnerInnen an der am Samstag in Heidelberg stattgefunden Demo gegen den NATO-Krieg.

DSe

42. Ist Konsens Nonsens? Replik von Michael Jäger auf Christoph Jünke

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:16

"Konsens und Gegenmacht" war der Artikel von Christoph Jünke überschrieben, der in ak 424 veröffentlicht wurde. Michael Jäger antwortet in dieser ak-Ausgabe auf die in diesem Artikel geäußerte Kritik an seiner - laut Jünke - "linksreformistischen Konsensstrategie".

I.

Erst nach mehrmaligem Lesen habe ich die Struktur von Jünkes Argument gegen "Danton & Co.", meinen Artikel in Freitag 6/1999, begriffen: Erstens, ich soll der Meinung gewesen sein, die tragenden Kräfte der neuen Regierung hätten ihren Wahlsieg in einem "taktisch brillanten Machtspiel", das heißt bei Stillschweigen über ihre wahren rot-grünen Absichten errungen, weil er anders nicht errungen worden wäre; zweitens, er, Jünke, widerlegt diese Meinung, indem er zeigt, daß es bei Vorliegen solcher Absichten zu einer anderen Regierungsstrategie nach dem Wahlsieg gekommen wäre. Die Regierung hätte nämlich Unterstützung für sich organisiert, um nach dem Sieg zu tun, was vor dem Sieg nicht ging, nämlich "die strukturellen Hindernisse für ein rot-grünes Reformprojekt aus dem Weg zu räumen". Da frage ich, warum muß man mir etwas unterstellen, was in meinem Text nicht steht? Dort steht: "Man wird mehrere Perspektiven ausprobieren müssen. Ist das eine Roßtäuscher-Regierung oder bereiten sich große Veränderungen vor? Ich halte beides sogar gleichzeitig für möglich und sehe deshalb vorerst gar keinen Zwang, die Frage zu entscheiden."

Aus heutiger Sicht kann ich so entscheiden: Das ist eine Roßtäuscher-Regierung, und es bereiten sich große Veränderungen vor.

Keine guten, wie man leider voraussagen muß. In meinem Kommentar zum Lafontaine-Rücktritt (Freitag 12/1999) habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß es doch etwas ungewöhnlich ist, wenn ein Kanzler offen sagt, er wolle und werde nichts gegen "die Wirtschaft" tun: Dieser Schritt von der faktischen zur offenen Diktatur der Großbourgeoisie wirft die Frage auf, ob wir uns im Übergang zu einer anderen Herrschaftsmethode befinden. Man kann sie jetzt schon beschreiben: Die Parteien und damit die Parlamente werden sinn- und funktionslos, ungefähr wie der Senat unter den römischen Kaisern, statt dessen findet Herrschaftsausübung in mehrheitsfeindlichen korporatistischen Arrangements und in einer offen parteienfeindlichen "Mediendemokratie" à la Berlusconi statt. Diese Methode zeichnete sich, als Lafontaine die SPD-Führung übernahm, schon klar ab; er hat sie aufgehalten; jetzt, wo er entsorgt ist, scheint sie mit aller Wucht durchbrechen zu wollen. Sie ist auch nötig: Wenn die Probleme dieser Gesellschaft nicht auf dem Weg Lafontaines, das Kapital zur Kasse zu bitten, gelöst werden sollen, bleibt systemimmanent nur der Weg, noch mehr Menschen aus ihr zu entfernen, die Ausbeutung weiter zu verschärfen, demokratische Methoden zu diskreditieren, Brot und Spiele zu veranstalten.

Als ich jenen Text schrieb, hielt ich es noch für möglich, daß ganz andere Veränderungen bevorstanden, Veränderungen im Sinn Lafontaines. Das war damals auch möglich. Es gab einen Kampf der Linien zwischen Lafontaine und Schröder, der noch nicht entschieden war. Oder von außen beobachtet: Es gab eine objektive Zweideutigkeit, deren Auflösung noch nicht gelingen konnte. Was tut man in einer solchen Situation? Ich denke, man unterstützt die bessere Linie, falls an ihr "etwas dran ist"; das war der Fall. Meine Unterstützung als Publizist bestand darin, daß ich das Entscheidungskriterium zur Auflösung der Zweideutigkeit herauszuarbeiten begann. Deshalb meine Frage in "Danton & Co.": Was würden demokratische Kommunisten in der Situation tun, in der sich die rot-grüne Regierung befand? Jünkes Annahme, mit der Frage hätte ich die Regierung rechtfertigen wollen ("eine Apologie der besonderen Art"), läßt sich nicht belegen, sie ist falsch. Ich habe zum Beispiel nicht, wie er behauptet, die "Militärpolitik der Herrschenden lobgepriesen", sondern sie "inhaltlich ungenügend, wenn auch formal gekonnt" genannt. Ich habe gefragt, "was all die Parteitagsdebatten über den Auftrag der Bundeswehr wert waren".

In einem Punkt will ich ihm recht geben: Hier zeigte sich, daß meine Herangehensweise "einen Preis hat". In Jünkes empörter Sprache war das der Preis, daß die "Einbindung in ein imperialistisches Militärbündnis" bei mir "zur Pokerkarte im Konsensspiel verkommt". Die Formulierung ist starker Tobak, aber es ist im Prinzip wahr. Ich habe die Entsendung einer Kampftruppe in den Kosovo - wie sie damals von Schröder und Fischer

begründet wurde: als Truppe, die einmarschiert, wenn auch Milosevic einverstanden ist - zwar abgelehnt ("inhaltlich ungenügend"), dies aber nicht zum Hauptthema der Beurteilung der Regierung gemacht. Das "Konsensspiel" war mir wichtiger. Ich habe die Militärfrage als Aspekt der Konsensfrage und nicht die Konsensfrage als Aspekt der Militärfrage behandelt. "Konsens und Gegenmacht" ist Jünkes Kritik an mir überschrieben. Das beschreibt unseren Gegensatz. Zwar habe ich nicht behauptet, daß die Schröder-Regierung aus demokratischen Kommunisten besteht - im Gegenteil: sie konnte eine "Roßtäuscher-Regierung" sein, als solche hat sie sich tatsächlich erwiesen -, aber bei der Frage, woran man dergleichen erkennt, behauptete ich: daran jedenfalls nun gerade nicht, daß sie das Konsensspiel zu spielen schien!

Nicht das Konsensspiel, sondern der Abbruch oder die entlarvte Unredlichkeit des Konsensspiels, die zu Lafontaines Rücktritt führte, ist der Skandal der Schröder-Regierung: das Eingeständnis nämlich, daß mit "Konsens" die Unterdrückung und Ausbeutung aller durch "die Wirtschaft" gemeint war, während "Konsens" doch die Einigung aller mit allen bedeutet, in welchem Fall "die Wirtschaft" in der Minderheit ist und sich überstimmen lassen muß. Das ist doch das alte Thema, mit dem Kommunisten schon immer befaßt waren: Gibt es demokratischen Konsens oder ist der Konsens Ideologie?

II.

Was sind demokratische Kommunisten? Was ist das Konsensspiel? Was ist der Zusammenhang zwischen demokratisch und Konsens?

Unter "Kommunisten" verstehe ich Leute, die auf gesellschaftliche ökonomische Planung, Absterben des Staates und ein Ende der Klassengesellschaft hinarbeiten. In diesem Sinn bin ich Kommunist. Die Bezeichnung "Kommunist" in der Öffentlichkeit anzunehmen, ist kein Zuckerschlecken: Ich habe mich zu dieser Selbstbezeichnung erst entschlossen, als ich meinte, in die Schwarzbuch-Debatte eingreifen zu sollen. Jünke verweigert sie mir aber, weil er Kommunisten nicht als Menschen mit bestimmten Zielen, sondern mit einer bestimmten Methode zur Durchsetzung dieser Ziele begreift: "Kennzeichnend" sei, "daß sie niemals die Staatsmacht angetreten hätten, wenn sie nicht die Bereitschaft der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit, die weitreichenden politischen Folgen einer solchen Regierung mitzutragen, hinter sich gewußt hätten". Diese Definition scheint mir unhaltbar zu sein. Erstens: Es ist falsch, eine bestimmte Durchsetzungsmethode überhistorisch zu kanonisieren. Sie kann sich ja als verfehlt erweisen und muß dann durch eine andere Methode ersetzt werden. Zweitens: Die von Jünke genannte Methode hat sich als verfehlt erwiesen. Es gibt nämlich keinen einzigen Fall, in dem sie auch nur den Anfangserfolg, eine kommunistische Staatsmacht zu etablieren, ermöglicht hätte.

Oder will Jünke etwa behaupten, die Bolschewiki hätten die Macht übernommen, weil sie davon ausgingen, daß die Bevölkerungsmehrheit "die weitreichenden politischen Folgen" dieses Schritts gebilligt, ja auch nur erkannt habe? Also den jahrelangen mörderischen Bürgerkrieg, die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Zurückstellung des Konsums hinter den Primat der Schwerindustrie, schließlich den Zweiten Weltkrieg? Das ist völlig absurd. Die Bolschewiki haben sich zur Machtübernahme vielmehr deshalb berechtigt gesehen, weil sie von sich wußten, daß sie als einzige Partei entschlossen waren, "Land und Frieden" zu bringen. Dahin ging der Wille der Bevölkerungsmehrheit, und nicht im mindesten hatte er etwas Kommunistisches an sich. Die Bolschewiki waren bereit, einen ganz und gar nichtkommunistischen Auftrag entgegenzunehmen. In diese Lage waren sie nicht einmal hineingeschlittert, sondern gerade so hatten sie selber sich die Bedingungen der Machtübernahme vorgestellt: als Übernahme einer Regierung für demokratische Ziele - wie Land und Frieden ja "weiter nichts", wenn man so sagen will, als demokratische Ziele waren -, was unter den russischen Bedingungen aber eben nur Kommunisten gelingen konnte.

Ich staune selbst immer wieder, was sich von der russischen Revolution noch heute lernen läßt (es gibt eben doch eine Kontinuität der Geschichte, mag das vom Imperialismus noch so versteckt und bestritten werden): Genau die Frage von Konsens und Gegenmacht war schon damals die Schicksalsfrage. Was war Lenins Neue Ökonomische Politik anderes als ein Konsensspiel? Die Art, wie die Gesellschaft durch Kommunisten in den Jahren des Bürgerkriegs gelenkt wurde, betrachtete er nicht als Kommunismus, sondern als Kriegskommunismus. Als die Lage sich normalisierte, setzte er auf die Entwicklung des Bewußtseins der bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit und natürlich auf die Debatte mit ihr. Davon, daß die Bauern a priori seine "weitreichende Politik" mittrugen, ging er nicht aus. Die russische Katastrophe begann, als Stalin die

Konsensmethode aufgab und zur Zwangskollektivierung schritt. Was nun aber die Gegenmacht angeht, so gab es überhaupt niemals eine bolschewistische Gruppe, die sie sich zum Ziel gesetzt hätte - weil das eine, um Jünkes Ausdruck zu benutzen, lediglich "linksreformistische" Methode ist.

Gegenmacht setzt Macht voraus und erkennt sie an. Immer wenn es Gegenmacht gibt, sitzt Macht im Sattel. Es ist deshalb ganz korrekt, die Gegenmacht-Methode als "links" zu bezeichnen - ich selbst bin nicht "links", auch Marx hat sich und seine Politik nie so genannt -, denn immer wenn es links gibt, ist rechts die andere und übrigens fast immer stärkere Körperhälfte. "Die Revolution hatte keine Gegner mehr, also war sie entwaffnet", schreibt Marx irgendwo. Er hätte genausogut schreiben können: Die Macht hatte keine Gegenmacht mehr; oder: Die Rechten hatten keine Linken mehr. Wenn keine Gegenmacht da ist, muß sie von der Macht erfunden werden. Wenn es keine Sowjetunion mehr gibt, dann her mit den kleinen Schurkenstaaten! Nein, die Gegenmacht-Methode ist nicht die Methode von Marx. Sicher läßt sich ein Teil des Kampfes, der geführt werden muß, mit dem Begriff Gegenmacht-Bildung beschreiben. Zum Beispiel müssen unbedingt Gewerkschaften gebildet werden. Aber darin, daß Gewerkschaften Gegenmacht sind, liegt nicht nur ihre Stärke, sondern auch ihre Schwäche, um derentwillen es eben auch Parteien oder andere dezidiert "politische" Zusammenschlüsse geben muß. Die Schwäche der Gegenmacht ist ihr eher defensiver als offensiver Charakter. Das zeigt sich auch auf der Ebene der Staaten. Natürlich bleibt einem kommunistischen Staat, der sich als "Sozialismus in einem Lande" einrichtet, nichts anderes übrig, als sich zur Gegenmacht aufzurüsten, weil er andernfalls von den antikommunistischen Staaten überfallen wird. Aber daß diese Aufrüstung nicht nur eine Stärke, sondern auch eine Schwäche ist, ja mittelfristig eher eine Schwäche als eine Stärke, brauche ich nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts nicht erst umständlich zu beweisen.

Das alles ist nicht erstaunlich, denn wer kommt auf den Gedanken, eine Gegenmacht bilden zu wollen, wenn nicht die schwächere Seite? Was ist eine Gegenmacht, wenn nicht der Versuch der schwächeren Seite, sich nicht noch schwächer machen zu lassen? Eine Methode, zur stärkeren Seite zu werden, ist sie jedenfalls nicht. Genau das muß aber das Ziel der Kommunisten sein. Kommunisten sind nicht, wie Jünke meint, Leute, die nur die Regierungsmacht ergreifen, wenn die überwältigende Mehrheit hinter ihnen steht, sondern es sind Leute, die auf einen Charakterwandel der überwältigenden Mehrheit hinarbeiten: vom Charakter, trotz Mehrheit enteignet zu sein, zum Charakter, die Minderheit der Enteigner zu enteignen. Das Problem besteht darin, daß diese überwältigende Mehrheit zwar immer da ist, aber nur als ökonomische, nicht als politische Mehrheit. Daher der Versuch der Kommunisten, aus der ökonomischen eine politische Mehrheit zu machen. Mit bloßer Gegenmacht-Bildung wird ein solcher Versuch nur abgebrochen. Denn sie ist selbst wieder eine Aktion, die zur Gegenaktion, und nun der stärkeren Seite, reizt. Ich wiederhole: Das spricht nicht gegen die Gegenmacht-Bildung unter gegebenen Bedingungen, die man sich ja nicht aussuchen kann. Wohl aber spricht es gegen die Annahme, mit ihr ließen sich die kommunistischen Ziele erreichen.

Wie läßt sich aus einer Minderheit eine Mehrheit machen? Einzig und allein indem die Minderheit das "Konsensspiel" spielt. Das Konsensspiel ist die Methode der Auflösung, während das Gegenmachtspiel die Methode der Spaltung ist. Auflösung heißt: Eine Formation verliert die Einheitlichkeit, sie zerlegt sich in ihre Elemente. Das ist etwas anderes, als wenn eine Minderheit sich von der Mehrheit abspaltet, denn in diesem Fall bleibt die Mehrheit Mehrheit und die Minderheit Minderheit. Daß die Minderheit Mehrheit wird, indem sie die vorgefundene Mehrheit auflöst, das kann im Prinzip immer gelingen. Wie löst man eine Mehrheit auf? Indem man ihr beweist, daß sie konfus ist. Wenn mehrere Menschen sich davon überzeugt haben, daß ihre Eintracht auf einer Konfusion beruht, werden sie sich trennen. Ebenso wird jedes Individuum, das sich von der Konfusion seines eigenen Gedankens überzeugt, diesen Gedanken als Konglomerat mehrerer Gedanken erkennen und zwischen ihnen eine Wahl treffen. Wie aber kann man eine Mehrheit, ein Individuum oder sich selbst davon überzeugen, daß da ein Zusammenhalt auf nichts als Konfusion beruht? Nur dadurch, daß man ein Gespräch führt. Die Methode, ein Gespräch zu führen, ist eben das Konsensspiel. Wer sie nicht anwendet, hat keine Chance, die Mehrheit aufzulösen.

Damit liegt auch der Zusammenhang zwischen "demokratisch" und "Konsens" auf der Hand. Das Konsensspiel ist die Antwort auf die Frage, wie man eine Chance hat, eine Minderheit in eine Mehrheit zu verwandeln. Daß eine Mehrheit sich freiwillig, wenn auch durch "Gespräch", in seine Elemente zerlegt, so daß es zum Mehrheitswechsel kommt, ist die Antwort auf die Frage nach der Demokratie. Nun gibt es nicht wenige Minderheiten, deren Ziele von vornherein gar nicht "mehrheitsfähig" sind. Die werden sich sagen, daß es sehr wohl möglich ist, auch ohne Mehrheit zu herrschen. Die brauchen keinen Konsens. Die müssen den Dissens in

Konsens umlügen. Aber wir reden hier ja vom Kommunismus. Kommunismus ist nur als demokratischer Kommunismus denkbar. Anders als im Konsensspiel läßt er sich weder durchführen noch herbeiführen. Wenn demokratische Kommunisten einen in Konsens umgelogenen Dissens vorfinden, werden sie die Lüge nicht noch dadurch von außen befestigen, daß sie eine Gegenmacht dagegensetzen, sondern werden ihrerseits das Konsensspiel spielen.

Was wird passieren, wenn wir wirklich mal von demokratischen Kommunisten regiert werden? Nehmen wir dann an ihrer Bekämpfung teil? Dagegen möchte ich denn doch lieber anschreiben.

43. "Er spielte stets, er kämpfte nie...". Vor 60 Jahren starb Österreichs "Jahrhundertspieler" Matthias Sindelar

Autor: D. Schulze-Marmeling · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:03

Er spielte Fußball wie kein zweiter

Er stak voll Witz und Phantasie

Er spielte lässig, leicht und heiter

Er spielte stets, er kämpfte nie.

(aus Friedrich Torbergs Sindelar-Hymne "Auf den Tod eines Fußballspielers")

Wien, April 1938: Kurz vor der "Volksabstimmung" über den "Anschluß" Österreichs an Hitler-Deutschland erhalten Österreichs Fußballer ein letztes Mal die Gelegenheit, sich mit einem eigenen Nationalteam zu präsentieren. Der Gegner heißt Deutschland, und offiziell wird die Begegnung als "Deutschösterreich gegen Altreich" angekündigt. Angeblich gibt es eine Anweisung "von oben", die den Gastgebern das Toreschießen untersagt. In der ersten Halbzeit vergibt ihr schmächtiger Stürmer Matthias Sindelar eine Unzahl von hundertprozentigen Torchancen. Erst nach dem Wiederanpfiff verwandelt der "Papierene", wie ihn der Wiener Volksmund ruft, einen Abpraller zur österreichischen 1:0-Führung. Als sein Freund "Schasti" Sesta auf 2:0 erhöht, zieht Sindelar vor die von Nazigrößen okkupierte Ehrentribüne und führt wahre Freudentänze auf.

Die Wiener Fußballkultur

Deutschland versus Österreich, genauer: Wien - schon bevor die Nazis an die Macht gelangten, war das eine Fußballkonkurrenz, die es in sich hatte. Das Wiener "Scheiberlspiel", das sich durch Individualität, Listigkeit und Technik auszeichnete, und der preußische Kraftfußball galten als unvereinbar. Der NS-Fußball verstärkte diese Differenz noch, zumal Spieler wie der "schwächliche" Sindelar und der gedrungene, bullige Muskelprotz Sesta ganz und gar nicht dem nationalsozialistischem Ideal entsprachen. Im Wiener Fußball mischten sich jüdische und tschechische Elemente mit proletarischer Vorstadt- und bohèmistischer Kaffeehauskultur. In Wien, Budapest und Prag wurde das Spiel in einem weitaus stärkeren Maße von den Mittelklassen verfolgt als etwa im "Altreich".

Letztlich erschien die Unvereinbarkeit mit dem "Altreichsfußball" größer als die mit dem NS-Regime. Der Fußballhistoriker Matthias Marschik über die "Widerständigkeit" des Wiener Fußballs: "Der ‚Widerstand` des Wiener Fußballs gegen alle Ein- und Übergriffe von außen war dem Ziel verpflichtet, als autonomer Bereich am Leben zu bleiben, und zwar außerhalb und abgehoben von der Politik. Daher brauchte sich die ‚Widerständigkeit` auch gar nicht gegen den Nationalsozialismus zu richten, weil sie sich prinzipiell gegen jede politische Beeinflussung stellte. Die primäre Stoßrichtung war daher auf der gleichen Ebene zu suchen und zu finden, nämlich in der ‚deutschen` Fußballkultur, im ‚deutschen` Spielsystem, und nur auf dem Umweg über diese Instanzen ging es auch gegen das Regime, dort nämlich, wo der Einfluß der Politik auf den ‚deutschen Sport` evident wurde. Die ‚Widerständigkeit` des Wiener Fußballs ist nicht auf dem politischen Terrain und daher auch nicht mit einer politischen Begrifflichkeit in den Griff zu bekommen. Die Verteidigung des Wiener Fußballs war ein Kampf um die Aufrechterhaltung des ‚Anderen`. Der ‚Show-Charakter` der Wiener Fußballkultur war durch den Nationalsozialismus gefährdet, und er sollte erhalten bleiben. Diese Show wollten sich die Wiener nicht wegnehmen lassen, weil sie ihnen eines der letzten Versprechen von ‚Utopie` repräsentierte."

"Der beste Spieler der Welt"

Zurück zu Matthias Sindelar: Der "Papierene" stammt aus dem Wiener Stadtteil Favoriten, wo Ende des 19. Jahrhunderts ausgedehnte Ziegeleien mit riesigen Barackenanlagen entstanden waren, in denen vorwiegend aus Böhmen und Ungarn stammende Arbeiter mit ihren Familien lebten. Auch die Sindelars waren Zuwanderer.

Matthias Sindelar schließt sich der Austria an. Anders als der Lokalrivale Rapid ist die Austria kein proletarischer Vorortverein, sondern ein bürgerlicher "City-Klub". Auch in ihrer Spielweise unterscheidet sich die Austria von den rustikaleren Hütteldorfern: "Tore nie gewaltsam schießen", lautet ihr Motto auf dem Rasen. Der berühmte Aggressionsforscher Friedrich Hacker ergötzt sich am "lustvoll-spielerischen Element" der Austria und urteilt über die "Violetten": "In der Begeisterung künstlerisch, in der Verzweiflung dilettantisch". Die Austria gilt als typischer Vertreter des "intellektuellen Spiels", und niemand zelebriert dieses gekonnter als Matthias Sindelar. Der gelernte Autoschlosser gilt als "denkender Fußballer", der spielerische Intelligenz und Technik dem kraftvollen Einsatz vorzieht und seine körperlich überlegenen Gegenspieler mit spielerischer Leichtigkeit düpiert. Das nahezu körperlose Spiel der Austria und Sindelars firmiert als "Wiener Schule" und erlangt in den dreißiger Jahren Weltgeltung.

Mit seiner Austria gewinnt Sindelar zweimal den Mitropa-Cup, einen Vorläufer der späteren Europacup-Wettbe- werbe, an dem die Meister und Pokalsieger von fünf zentral- und südeuropäischen Ländern teilnehmen. Für die österreichische Nationalelf absolviert Sindelar zwischen 1926 und 1938 44 Länderspiele, in denen er 27 Tore erzielt. Sindelar ist auch der Star jenes legendären österreichischen "Wunderteams" aus Filigrantechnikern, gegen das die deutsche Nationalmannschaft in Berlin (Mai 1931) mit 0:6 und in Wien (September 1931) mit 0:5 untergeht. 1924, als in Deutschland noch der sogenannte "Nachtmahl-Ama- teurismus" herrschte, hatte Österreich als erstes Land auf dem Kontinent den Profifußball legalisiert. Der DFB reagierte darauf mit einem "ethisch" begründeten Länderspielboykott gegen das Nachbarland.

Auch Sindelar ist Berufsfußballer. Sein internationaler Marktwert wird in diesen Jahren auf 40.000 britische Pfund geschätzt. Überdies ist er einer der ersten "Werbeprofis". Mit Sindelar, "dem besten Spieler der Welt", wird u.a. für Molkereiprodukte und Uhren geworben.

Tod durch Gas

Am 14. März 1938 tritt das "Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" in Kraft. Für Sindelars Austria brechen nun schwere Zeiten an, denn der Klub firmiert in der Öffentlichkeit nicht nur als "nobel", sondern auch als "jüdisch". Zunächst muß Austrias jüdischer Präsident Dr. Emmanuel Schwarz sein Amt quittieren. Statt seiner übernimmt ein von den Nazis eingesetzter "Vereinsführer" die Leitung des Traditionsklubs. Aber der als anhänglich charakterisierte Sindelar bleibt seinem alten Präsidenten treu: "Der neue Vereinsführer hat uns verboten, daß ma Ihna griaß'n. I, Herr Doktor, wer' Ihna oba immer griaß'n." Auch die Mannschaft fällt auseinander: Austria-Kapitän Walter Nausch und Camillo Jerusalem emigrieren. Der Jude Jerusalem geht nach Frankreich, der mit einer Jüdin verheiratete Nausch wechselt zu Grashoppers Zürich.

Währenddessen bemüht sich "Reichstrainer" Herberger, den "Papierenen" für seine "großdeutsche" Auswahl zu gewinnen. Sindelar verweist auf sein Alter, aber trotz seiner 35 Jahre gilt er immer noch als einer der besten Mittelstürmer Europas, weshalb Herberger zeitlebens politische Motive vermutet: "Ich brauchte einen Mann wie Sindelar wegen seiner Erfahrung, seiner Spielübersicht und seiner Autorität. Aber Sindelar wollte nicht, und zwar aus politischen Gründen. Das gab er mir gegenüber freilich nicht zu."

Am Morgen des 23. Januar 1939 verbreitet sich in Wien wie ein Lauffeuer die Nachricht vom Tod des Matthias Sindelar. Der Kicker war leblos in seinem Bett aufgefunden worden, neben seiner bewußtlosen Lebensgefährtin Camilla Castagnola. Die "halbjüdische" Italienerin katholischen Glaubens stirbt wenige Tage später ebenfalls.

Ist es Mord, Selbstmord oder Doppelselbstmord? Oder handelt es sich bei den Toten lediglich um Opfer eines Unglücksfalles? Polizeibericht und Sachverständigengutachten sprechen von "Tod durch Kohlenoxydgasvergiftung infolge Rohrgebrechens". Die Staatsanwaltschaft führt Nachforschungen in der "Strafsache Matthias Sindelar gegen unbekannte Täter", indes halbherzig und erfolglos. Herberger vermutete wohl, das Fußballgenie habe seinem Leben selbst ein Ende bereitet: "Ohne daß ich es wußte, befand er sich damals schon in einer ausweglosen Situation." Auch Friedrich Torberg ging von Selbstmord aus und zog eine Verbindung zwischen der braunen Herrschaft und dem plötzlichen Tod des Wiener Ballgenies:

Bis eines Tages ein anderer Gegner

ihm jählings in die Quere trat,

ein fremd und furchtbar Überlegner

vor dem's nicht Regel gab noch Rat.

Von einem einzigen harten Tritte

fand sich der Spieler Sindelar

verstoßen aus des Planes Mitte,

weil dies die neue Ordnung war.

(...)

Er war gewohnt zu kombinieren,

er kombinierte manchen Tag.

Sein Überblick ließ ihn erspüren,

daß seine Chance im Gashahn lag.

Der Historiker Wolfgang Maderthaner hält indes die Unfall-Version für die wahrscheinlichste. Für den Mythos Sindelar seien die äußeren Umstände seines Todes jedoch letztlich völlig irrelevant. "Genies, zumal in Wien, sind früh vollendet und sterben häufig in jungen Jahren. Erst ihr Ableben vor der Zeit fördert jene Legenden- und Mythenbildung durch die Nachwelt, die sie in den Rang unsterblicher und unantastbarer Heroen emporhebt. So auch bei Matthias Sindelar."

Ein "unpolitischer" Nazi-Gegner

Da die Polizeiakten in den Kriegswirren verschwanden, wird wohl nie geklärt werden, was an jenem Januarmorgen tatsächlich geschah. Das Favoritener Arbeiterkind sympathisierte mit der Sozialdemokratie, aber in der Öffentlichkeit gab sich Sindelar völlig unpolitisch. Der "deutsch-preußische" Nationalsozialismus war Sindelar völlig fremd. Doch Abneigung und Verachtung für das neue Regime waren ausschließlich passiver Natur und hinderten ihn nicht daran, im August 1938 ein arisiertes Café in der Wiener Laxenburgerstraße zu erwerben. Allerdings zahlte Sindelar dem ihm gut bekannten jüdischen Vorbesitzer Leopold Simon Drill mit 20.000 RM eine Summe, die dem tatsächlichen Wert der Liegenschaft ungefähr entsprach.

Nach Sindelars Tod wollte zunächst seine Mutter das Café übernehmen, doch der zuständige "Kreispersonalamtsleiter" erklärte sie für "einer Förderung durch den NS-Staat nicht würdig." Der "Nationaltschechin" wurde vorgeworfen, sie habe "für die Bewegung absolut nichts übrig. Sie war stets gegnerisch eingestellt, verteilte an tschechische Kinder Lebensmittel, ist eine große Egoistin, die nur auf sich bedacht ist." Als dann Sindelars Schwestern die Weiterführung beantragten, zögerte die Gauleitung der NSDAP zunächst ebenfalls. Sindelar sei als "sehr judenfreundlich" bekannt gewesen, und seine Angehörigen würden wohl ähnlich eingestellt sein. Außerdem habe sich die Leitung des Kaffeehauses gegenüber Sammlungen der Partei "ziemlich ablehnend" verhalten, und Plakate seien nur sehr widerwillig oder überhaupt nicht angebracht worden. Die Schwestern durften das Unternehmen dann schließlich doch noch weiterführen. Wolfgang Maderthaner vermutet, "weil Sindelar von den Nazis, die fürchteten, dessen Popularität könne nach seinem Tod gegen sie ausschlagen, vereinnahmt und zum ‚bekanntesten Soldaten des Wiener Fußballs` stilisiert wurde."

Zu Sindelars Beisetzung am 28. Januar 1938 auf dem Wiener Zentralfriedhof kamen 15.000 Menschen. In Favoriten wurde später eine Straße nach ihm benannt.

Dietrich Schulze-Marmeling

Literatur:

Gerhard Fischer/Ulrich Lindner: Stürmer für Hitler. Vom Zusammenspiel zwischen Fußball und Nationalsozialismus, Göttingen 1999

Wolfgang Maderthaner: Der papierene Tänzer - Matthias Sindelar, ein Wiener Fußballmythos, in: Roman Horak/Wolfgang Reiter (Hg.): Die Kanten des runden Leders. Beiträge zur europäischen Fußballgeschichte, Wien 1991

Matthias Marschik: Vom Nutzen der Unterhaltung. Der Wiener Fußball in der NS-Zeit: Zwischen Vereinnahmung und Resistenz, Wien 1998

Dietrich Schulze-Marmeling: Der gezähmte Fußball. Zur Geschichte eines subversiven Sports. Göttingen 1992

44. Rot-Grün ist tot. Grüne "Modernisierer" starten durch

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:12

Manchmal muß man in der Politik über Bande spielen. Allerdings läuft man dabei Gefahr, mißverstanden zu werden. Dieses Malheur ist Jürgen Trittin passiert. Dabei hat er nur ausgesprochen, was auch andere Grüne denken: Daß sich nach dem Rückzug Oskar Lafontaines die Bedingungen für Rot-Grün in Bonn geändert haben. Nach dem Abgang Lafontaines seien SPD und CDU kaum noch unterscheidbar.

"Rot-Grün als Reformprojekt ist tot", so brachte Trittin es auf den Punkt. Mittelfristig spreche für die CDU als Partner genauso viel (oder so wenig) wie für die SPD. Seine Schlußfolgerung ist durchaus konsequent: Eine grüne Partei, die auf Machtbeteiligung fixiert ist, muß prinzipiell mit jeder der beiden Großparteien koalieren können, zumal wenn CDU und SPD inhaltlich wenig trennt.

Daß gerade der Parteilinke Trittin Schwarz-Grün ins Spiel bringt, irritiert. Wer den Bundesumweltminister schwarz-grüner Ambitionen verdächtigen will - wie die Mehrzahl der eigenen Parteifreunde und der Presse - tut ihm allerdings Unrecht. In der Vergangenheit war Trittin einer der schärfsten Gegner einer bei den Grünen immer mal wieder diskutierten Zusammenarbeit mit der CDU.

Vielmehr geht es ihm wohl darum, angesichts der aus grüner Sicht frustrierenden Regierungspraxis die Erwartungen an die Bonner Koalition zu dämpfen. Der Abschluß der Koalitionsverhandlungen im vergangenen Jahr verdeutlichte, daß diese Bundesregierung kein Reformbündnis ist, so wie es in den 80er Jahren angedacht worden war. Die grüne Regierungsbeteiligung erschien durch drei Vorhaben gerechtfertigt: die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, den Atomausstieg und die Einführung der Ökosteuer. Alle drei Vorhaben sind mittlerweile aber gescheitert. Trittins Abgesang auf das rot-grüne Projekt und die Kennzeichnung des Regierungsbündnisses als stinknormale Koalition sollten so den realen Verhältnissen Rechnung tragen.

Aber sein Vorstoß ist natürlich auch ein Beitrag zur innerparteilichen Diskussion über den weiteren Weg der Bündnisgrünen. Außer den Grünen gebe es "niemanden mehr mit einem sozial-ökologischen Profil" - so zeigte sich Trittin nach dem Abgang Lafontaines überzeugt. Eine Zukunft könne es für die Bündnisgrünen nur geben, wenn sie sich als die eigentliche Reformkraft der Koalition darstellten. Anstatt sich der "politischen Mitte" zu öffnen, solle die Partei sich auf die linke Seite des politischen Spektrums konzentrieren. Eine Tatsache hat Trittin allerdings bei allem Taktieren ganz vergessen: Mittlerweile existiert eine Partei, die nur darauf wartet, den vom "rot-grünen Reformbündnis" enttäuschten WählerInnen eine neue politische Heimat zu geben - die PDS.

Nicht nur die Reaktionen seiner Parteifreunde haben klar gemacht, daß Trittin mit seinem Unterfangen scheitern wird. Außer bei der Bundesvorstandssprecherin Antje Radcke und einigen wenigen anderen, z.B. Annelie Buntenbach und Volker Beck, stieß Trittin mit seinen Äußerungen auf Unverständnis und Ablehnung. "Abwegiges" (Kerstin Müller) "Gequatsche" (Joschka Fischer) sei das und "verrückt" (Michael Vesper), so die flügelübergreifende Bewertung.

In einer ersten Stellungnahme sprach Antje Radcke davon, daß man zukünftig mit zwei "bürgerlichen Parteien" zu tun habe, "die beide um die sogenannte Mitte buhlen". In dieser Situation sollten sich die Bündnisgrünen als "Reformmotor" der Koalition profilieren, in dem sie "Wirtschaftspolitik konzeptionell in den Kontext von Sozialpolitik und Ökologie stellen". (1) In einem Thesenpapier des Bundesvorstandes zur Sitzung des Parteirats am 23.3.1999 wird der Gedanke aufgenommen. Hinsichtlich der Überlegungen Trittins heißt es aber: "Gefährlich wäre es ..., wenn wir versuchen würden, im Bündnis mit den in der SPD verbliebenen schwachen Resten von linken Strukturkonservativen eine Alternative zu Schröder innerhalb der Koalition auszubauen." Statt dessen solle die Partei dadurch Profil gewinnen, daß sie "insbesondere" ihre "eigenständigen Positionen in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Bildungspolitik deutlicher hervorhebe". (2)

Wie diese eigenständigen Positionen aussehen, zeigte einige Tage später eine von 17 grünen Bundestagsabgeordneten unterbreitete "Initiative für Investition, Arbeit und Umwelt". Ziel müsse sein, "Nachfragepolitik und echte Angebotspolitik in ein vernünftiges Verhältnis zu setzen". (3) Nach Meinung der

AutorInnen - u.a. Michaela Hustedt, Andrea Fischer, Matthias Berninger, Reinhard Loske und Oswald Metzger - sei in den ersten Monaten der neuen Regierung genug für die Nachfrage getan worden. Jetzt müßten Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ein verläßliches Angebot für Investitionen darstellen.

So werden an erster Stelle Steuergeschenke für Unternehmen und Besserverdienende gefordert. Die Unternehmenssteuersätze sollen auf 35% begrenzt und der Spitzensteuersatz auf 47% ("besser 45%") gesenkt werden. Daß hier Überzeugungstäter am Werk sind, zeigt eine Presseerklärung von Christine Scheel und Klaus Müller, die beide die Initiative unterstützen. Anhand aktueller Zahlen der OECD kommen beide zu dem Ergebnis, daß der Anteil der Unternehmenssteuern am Gesamtsteueraufkommen in der BRD in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen ist. Das hindert sie aber nicht daran, Vorschläge zu unterbreiten, die zu einer weiteren Entlastung der Kapitalisten führen.

Im dem Papier der 17 Abgeordneten fordert man munter einen teilsubventionierten Lohnsektor. Vor allem im Niedriglohnbereich "zwischen Einkommen von 630,- DM (Teilzeitmauer) und 1.250,- DM (Steuergrenze)" wollen die AutorInnen neue Arbeitsplätze schaffen. Dazu soll ein mit steigendem Einkommen sinkender "Zuschuß zu den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber" eingeführt werden. Konsequenterweise verlangt man dann auch, daß Arbeitslose gezwungen werden müßten, jeden ihnen angebotenen Job anzunehmen. Komplettiert werden die Überlegungen durch alle gängigen Schlagworte des Neoliberalismus: Verschlankung des Staates, Deregulierung, Haushaltskonsolidierung etc.. Diesen Grünen geht es halt um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Und als hätten 16 Jahre angebotsorientierter Politik nicht zur Genüge bewiesen, daß an dem Zirkelschluß "Investitionsfähigkeit des Kapitals steigern, um Arbeitsplätze zu schaffen", irgend etwas falsch sein muß, wird genau dieser Logik gehuldigt.

Was die 17 grünen Bundestagsabgeordneten hier vorgelegt haben, läßt keine Unterschiede zu den "Modernisierern" der SPD mehr erkennen. Kerstin Müller bescheinigte der "Initiative für Investitionen, Arbeit und Umwelt", sie beruhe ganz wesentlich auf der Arbeit der letzten Bundestagsfraktion und greife auch die Diskussionen der Arbeitskreise der neuen auf. (4) Inhaltlich besteht kein Widerspruch mehr zu den Vorstellungen des "Genossen der Bosse", Gerhard Schröder, und seines Kanzleramtsministers Bodo Hombach.

Welche Partei hat Trittin bloß vor Augen, wenn er vorschlägt, den vermeintlich durch Lafontaines Rücktritt frei gewordenen linken Part in der Regierungskoalition einzunehmen? Weder sind die Grünen bereit, offen über ihr Wirken in der Koalition zu diskutieren und in diesem Zusammenhang auch ihre strategische Orientierung auf Regierungsbeteiligung zu hinterfragen. Noch sind die innerparteilichen Kräfteverhältnisse so, daß es ein inhaltliches Profil auf sozial- und wirtschaftspolitischem Gebiet links von der Sozialdemokratie geben könnte. Ganz im Gegenteil: Maßgebliche Grüne arbeiten weiter daran, in die Fußstapfen der FDP zu treten.

mb., Berlin

Anmerkungen:

1) Antje Radcke: Rot-Grün kein Reformprojekt mehr?, Bonn, 17.3.99

2) Wieder Reformmotor werden. Thesenpapier des BuVo für den Parteirat. http://www.gruene.de/archiv/pm/PM9903/reformmotor.htm.

3) Matthias Berninger, Thea Dückert, Franziska Eichstedt-Bohlig, Hans-Josef Fell, Andrea Fischer, Katrin Göring-Eckhardt, Kristin Heyne, Winnie Herman, Antje Hermenau, Michaela Hustedt, Reinhard Loske, Oswald Metzger, Klaus Müller, Christine Scheel, Albert Schmidt, Margareta Wolf: Initiative für Investitionen, Arbeit und Umwelt, Bonn, 23.3.99

4) Kerstin Müller: Anmerkungen zum vorgelegten Papier "Initiative für Investition, Arbeit und Umwelt", Bonn 19.3.99

45. Verbrecherisch von Anfang an? Das "Schwarzbuch des Kommunismus" und die Debatte. Wochenendseminar des KB Nürnberg

Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:30

Das "Schwarzbuch des Kommunismus" und die Schwarzbuch-Debatte

Wochenendseminar des KB Nürnberg am 12. und 13. Juni 1999

Das Seminar wird sich mit folgenden Themenkomplexen beschäftigen:

Welche zentralen Aussagen enthält das "Schwarzbuch"?

Welche Diskussion löste es bisher aus?

Es sollen zunächst die wichtigsten Thesen und Inhalte des 1000-Seiters vorgestellt werden. Ob dieses Buch "den Blick auf dieses Jahrhundert verändern" (Verlagstext) wird und welche Reaktionen und Diskussionen es bisher ausgelöst hat, versuchen wir in der Folge zu umreißen.

Die "Kulakenverfolgung" in der Sowjetunion aus linker Sicht

Die "Kulakenverfolgung" in der Sowjetunion resultierte letztendlich in der Vernichtung einer selbständigen Bauernklasse. Dies und die verheerenden Hungersnöte von 1921/22 und 1932/33 stehen mit im Zentrum der Kommunismus-Kritik des "Schwarzbuch"-Autors Nicolas Werth. Wir versuchen, eine eigenständige Kritik der sowjetischen "Kulakenverfolgung" im Kontext der damaligen ökonomischen und politischen Verhältnisse zu liefern.

Ideologische Parallelen? Ideologische Kontinuitäten?

Totalitarismus-Theoretiker behaupten, die Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus seien geringer als die Parallelen. Wir stellen die wichtigsten Theorien vor, ordnen das "Schwarzbuch" in diesen Kontext ein und kritisieren die Totalitarismus-Theorien. Wir drücken uns jedoch nicht vor einer kritischen Sichtung marxistischen Gedankenguts und beschreiben Theorieelemente, bei denen sich der "Stählerne" (Stalin) bedienen konnte.

Zeitplan (Vorschlag)

Samstag:

10.30 bis 12.30h: Die Inhalte und Thesen des "Schwarzbuchs": Referat u. Diskussion

12.30 bis 14.00h: Mittagspause

14.00 bis 14.30h: Videoausschnitt: TV-Diskussion zum "Schwarzbuch"

14.30 bis 16.00h: Rezeption des "Schwarzbuchs" in der BRD (und Frankreich):

Referat und Diskussion

16.00 bis 16.45h: Kaffeepause

16.45 bis 19.00h: Kulakenverfolgung in der SU: Referat und Diskussion

Sonntag:

10.00 bis 11.30h: Totalitarismustheorien: Referat und Diskussion

11.30 bis 12.30h: Mittagspause

12.30 bis 14.00h: Von Marx zu Stalin? Referat und Diskussion

14 bis ca. 15.00h: Abschlußdiskussion

Termin: Samstag, 12.6.99, 10.30 bis 19.00h; Sonntag, 13.6.99, 10.00 bis ca. 15.00h

Seminarort: Ganzheitliche Bildung und Rehabilitation in der Altenpflege, Austr. 108, 90429 Nürnberg (U1, Haltestelle Bärenschanze)

Anmeldung bis 30.5.99 schriftlich oder per Fax:

U. Dahlinger, Moltkestr. 7, 90429 Nürnberg, Fax 0911 / 635022

Schlafplätze werden bei Bedarf organisiert. - Seminarbeitrag incl. Reader & Brotzeit am Sonntag: 20.- DM. Geld bitte beilegen oder per Scheck.

Ein Seminar des KB Nürnberg

Anmeldeformular:

Ich/wir nehmen am Seminar 12./13.6.99 mit ..... Personen teil.

Adresse:.....

20 DM p.P. für den Reader lege ich bei (bar / Scheck)

Name: ..... Telefon:.....

46. Gegen EU- und G8-Gipfel. Aufruf des Bündnisses Köln "99

Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak425/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:33

"Der Kapitalismus ist für uns kein zu realisierender Traum, sondern ein bereits existierender Alptraum." (Eduardo Galeano)

In Köln findet vom 3. bis 4. Juni 1999 der nächste Gipfel der EU - diesmal unter deutschem Vorsitz - statt. Vom 18. bis zum 20. Juni folgt ihm der letzte Weltwirtschaftsgipfel in diesem Jahrhundert.

Von ihrem laut verkündeten Ziel, weltweit das wirtschaftliche Wohlergehen zu fördern, ist die herrschende Weltordnung weit entfernt. In ihrem aktuellen Gewand des Neoliberalismus stellt diese Ordnung nach wie vor eine Bedrohung für die Menschen dar. Sie zerstört die Umwelt ebenso wie die soziale Sicherheit. Sie verschärft Armut und Ausgrenzung, Erwerbslosigkeit und die Verschuldung der "Dritten Welt". Sie verfestigt und begünstigt die Unterdrückung und Ausbeutung besonders von Frauen weltweit. Ökologischer Raubbau und kriegerische Gewalt nehmen zu.

Bei gleichzeitigem Reichtum und Warenüberfluß wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte haben die Schulden der arm gemachten Länder gigantische Größenordnungen erreicht. Die Schuldenfalle läßt ihnen kaum eine Entwicklungsperspektive: Die reichen Gläubiger haben sich damit auf Generationen hinaus die "Rechte" an Ressourcen und zukünftigen Arbeitsleistungen der Schuldnerländer angeeignet. Gleichzeitig müssen sich die Schuldnerländer den Auflagen von IWF und Weltbank beugen, die darauf hinauslaufen, daß sich die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern.

Über 100 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Armut, Krieg, Unterdrückung und Umweltzerstörung. Weit davon entfernt, ihre Verantwortung für diese Situation anzuerkennen, errichten die EU- und G7-Staaten rund um ihre Grenzen Zäune und Mauern. Flüchtlinge werden verjagt und zum Teil sogar getötet, wenn sie versuchen, diese zu überwinden. Flüchtlinge und EinwanderInnen werden diskriminiert, ausgegrenzt und zum Teil abgeschoben. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bedrohen häufig ihr Leben. Staatliche Politik und alltäglicher Rassismus reichen sich die Hand.

Die ungleiche Verteilung des Wohlstandes nimmt beständig zu, sowohl zwischen den Industrieländern und der "Dritten Welt" als auch innerhalb der reichen kapitalistischen Länder. In der Bundesrepublik z.B. verfügen 10% der Haushalte über 50% des gesamten Vermögens, während die ärmeren 50% gerade mal 2,5% des Vermögens besitzen. Deregulierung und Erwerbslosigkeit führen zu verstärkter Ellenbogenmentalität, Ausgrenzung und Entsolidarisierung.

Gegen diese "Ordnung" der Welt hat sich längst international Widerstand organisiert. In allen Teilen der Welt kämpfen Menschen gegen die verschiedensten Formen der Ausbeutung und Unterdrückung.

Menschen setzen sich gegen Naturzerstörung, ökologischen Raubbau und Ressourcen-Vergeudung zur Wehr. Sie wenden sich gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung aller, die als nicht "normal" definiert werden, wie Schwule und Lesben oder Behinderte.

Frauen wehren sich gegen allgegenwärtige patriarchale Strukturen, gegen die Ausbeutung in Familie und am Arbeitsplatz, gegen Mißbrauch und Gewalt.

Nicht nur in den Schuldnerländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Osteuropas gibt es Bewegungen, die sich gegen die Schuldenfalle und die Globalisierung des Elends wehren. Auch in den Gläubigerstaaten fordern immer mehr Menschen und Institutionen Schuldenstreichung. Überall fordern einige darüber hinaus Entschädigung für die bisherige Ausbeutung.

Erwerbslose und Beschäftigte haben begonnen, sich international zusammenzuschließen und grenzübergreifende Aktionen zu organisieren.

Illegalisierte, Flüchtlinge und MigrantInnen haben sich zusammengeschlossen, und es hat sich eine Vielfalt antirassistischer Initiativen quer durch die Gesellschaft herausgebildet, die Solidarität gegen Rassismus organisiert.

Ungeachtet der Tatsache, daß inzwischen in allen europäischen G7-Ländern sozialdemokratisch geführte Regierungen bestehen, kommt es darauf an, sich jetzt nicht mit kosmetischen Kurskorrekturen zufriedenzugeben. Gesellschaftlicher Druck ist notwendig, um tatsächliche grundlegende Veränderungen zu erreichen.

Für das nächste Jahrtausend müssen die Weichen der Weltwirtschaftsordnung umgestellt werden. Nicht die Gewinninteressen der transnationalen Konzerne und Banken, sondern die Interessen der großen Mehrheit der Menschen wie das Recht auf Nahrung, Wasser, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung, intakte Umwelt, Bildung und Arbeit müssen auf der Tagesordnung stehen. Es reicht nicht, sie in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" unverbindlich zu kodifizieren, sondern sie müssen die tatsächlichen Eckpfeiler einer neuen Weltwirtschaftsordnung sein. Es geht nicht darum, Almosen zu verteilen, sondern wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die weder auf Ausbeutung noch auf Unterdrückung basieren.

Wie bei den vergangenen Weltwirtschaftsgipfeln und EU-Gipfeln wollen wir auch diesmal in Köln dafür sorgen, daß diese Gipfel nicht ohne lautstarke Proteste verlaufen. Mit unseren Aktionen wollen wir unsere Alternativen vorstellen und zeigen, daß viele Menschen nicht bereit sind, die bestehende zerstörerische Weltordnung einfach hinzunehmen. Sie sollen auch öffentliches Forum sein für die Opfer dieses Weltsystems, z.B. für illegalisierte Flüchtlinge, Erwerbslose, verfolgte GewerkschafterInnen und politische Gefangene und für VertreterInnen von Befreiungsbewegungen.

Wir fordern:

- Streichung aller Schulden der armen Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas!

- Existenzsicherung und Recht auf sozial geschützte Arbeit!

- Eine Welt ohne Grenzen, ohne Rassismus und Ausgrenzung, ohne Abschiebung. Gleiche Rechte für alle,

unabhängig von ihrer Herkunft!

- Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach sozialen und ökologischen Kriterien!

Deshalb rufen wir zu folgenden Aktionen auf:

- Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Ausgrenzung und Rassismus von Mitte bis Ende Mai

- Demonstration gegen den EU-Gipfel am 29.05.99

- EU-Alternativgipfel vom 28.05.-02.06.99

- G7-Alternativgipfel vom 16.-18.06.99

- Demonstration gegen den G7-Gipfel am 19.06.99

Spendenkonto für steuerabzugsfähige Spenden: WEED; Kto.-Nr. 94 74 66, SPARDA Bank Köln; BLZ: 370 605 90 Kennwort: Köln 99

UnterzeichnerInnen:

AKE Bildungswerk in Vlotho; AK Globalisierung im Verein "Zukunftsfähiges Bonn e.V."; AK Süd - Nord der Internationalen Vereinigung der Ärzte und Ärztinnen gegen den Atomkrieg (IPPNW); Allerweltshaus Köln e.V.; ak - analyse und kritik, Hamburg; AStA FH Wiesbaden; BBU - Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz; Bonner Arbeitskreis gegen Gentechnik; Bund Deutscher PfadfinderInnen e.V. (BDP); BUND - Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland, Bundesvorstand; BUKO - Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen; Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Ausgrenzung & Rassismus, Bundeskoordination; BUNDjugend Lüneburg; BürgerInnen gegen Castor e.V. (Lüneburg); Dritte Welt Forum Aachen e.V.; Eine Welt Forum, Bonn; EIRENE - internationale christliche Friedensdienste; ESG-Bundesverband (Evangelische StudentInnengemeinde in der BRD); freier zusammenschluß von studentInnenschaften; ila (Informationsstelle Lateinamerika e.V.); Grün-alternatives Jugendbündnis; IMUN - Initiative gegen M.A.I. und Neoliberalismus, Bochum; Informationsstelle Guatemala e.V.; Informationsstelle Kurdistan; INKOTA Netzwerk; Institut für Theologie und Politik, Münster; Internationaler Menschenrechtsverein

Bremen e.V.; International Union of Students; iz3w Freiburg (informationszentrum 3. welt); Jugendumweltbüro Lüneburg; JungdemokratInnen/Junge Linke NRW; Jusos Bundesverband; Karawanebündnis für die Rechte der Flüchltlinge und MigrantInnen bundesweit; Kein Mensch ist illegal Köln; Kölner Appell gegen Rassismus; Kolleginnen & Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit bei der Bayer AG Leverkusen; Komitee Widerstand gegen das M.A.I.; Kritische Aktionärinnen und Aktionäre, Dachverband; Lüneburger Bündnis gegen Gen; medico international; Naturfreundejugend Deutschland; Naturfreundejugend Rheinland; NRO Frauenforum; OXFAM Deutschland; Play Fair Europe!; Radikale Linke Köln; Sozialistische Zeitung - SoZ; Südafrikakomitee Köln; Tübinger Bündnis gegen EU und WWG; Über den Tellerrand hinaus e.V.; VEN - Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen; VSP -Vereinigung für Sozialistische Politik; WEED - Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung; Weltladen Bonn; Vorstand Weltladen Dachverband (Klaus Wöldecke).

47. Quelldatei 18.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak425/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:18

- Leserbriefe - Leserbriefe -

Betr.: Kalender, ak 424

Jungle World!!!

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe zwar Verständnis dafür, daß Euch in Hamburg die Zeitungslandschaft im fernen Berlin nicht ganz so vertraut ist, trotzdem war ich bisher davon ausgegangen, daß es sich inzwischen herumgesprochen haben müßte, daß es eine Wochenzeitung namens "Jungle World" und eine Tageszeitung namens "Junge Welt" gibt. Die Veranstaltungsreihe über "Antisemitismus in der Sowjetunion und Rußland", auf die Ihr im "Kalender" in ak 424 hinweist, wird von der "Jungle World" in Zusammenarbeit mit dem Aufbau- und dem Unrast-Verlag durchgeführt, nicht aber wie von Euch gemeldet von der "Jungen Welt".

Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich als gewerkschaftlich engagierter Mensch nie auf die Idee käme, bei einer Veranstaltung der "Jungen Welt" zu referieren. Betrachte ich zudem die Berichterstattung der "Jungen Welt" zum oben genannten Thema, dann halte ich es für mehr als unwahrscheinlich, daß ausgerechnet die "Junge Welt" eine Veranstaltungsreihe dazu organisieren würde.

Mich ärgert dieses Mißgeschick um so mehr, als der/die Verantwortliche sich ja sogar die Mühe gemacht hat, die Telefonnummer der "Jungen Welt" zur Kontaktaufnahme herauszusuchen. Ich bin froh, daß ich solche mangelnde Sorgfalt bisher noch nicht bei den inhaltlichen Beiträgen des ak feststellen mußte.

Mit Gegrummel, aber

solidarischen Grüßen,

Jean Cremet

Die Redaktion entschuldigt sich für diesen groben Fehler. Es soll nicht wieder vorkommen ...

Linke Wochenzeitung

Hallo!

Vor einigen Jahren habt Ihr mit der Soz eine Zusammenarbeit begonnen. Damals war wohl auch eine Wochenzeitung im Gespräch. Seit der Existenz der von Euch nicht so geliebten Jungle World gibt es wieder eine linke Wochenzeitung (den sozialdemokratischen Freitag mal vergessen). Damit erreichen endlich wieder die letzten Dörfer regelmäßig linke Positionen. Weil wir häufiger auch mal in der Megaprovinz Infotische machen, wissen wir, daß mensch diese Lücke echt nicht zu gering schätzen darf. In der Hinsicht finde ich die Jungle World erstmal sehr wichtig. Sicher hat das Euch auch Leser/innen gekostet, denn bis dahin war der ak nun wirklich die einzige linke Zeitung, die regelmäßig aus allen Themengebieten berichtet hat. Nun ist mir zwar die Jungle World auch lieb, aber natürlich hat die eine andere Ausrichtung. Eher mal Zynismus statt Aktion könnte mensch zusammenfassen. In Sachen Praxisbezug seid Ihr einfach viel wichtiger. Warum also keine zweite linke Wochenzeitung machen. Führt Ihr eigentlich noch Diskussionen mit der Soz? Ein Grund dafür wäre auch - spricht der Büchertisch-Mensch - Eure unmöglichen Erscheinungsweisen. Der ak erscheint alle vier Wochen statt monatlich (Scheiß Tradition!). Ich glaube, das sorgt echt für Verwirrung! Der Zweiwochenrhythmus der Soz ist noch schrecklicher, zumal er vom Soz-Magazin und einigen Doppelnummern unterbrochen wird. Ich weiß nicht, ob das zuviel ist, und ob das zwischen dem ak und der Soz genug Gemeinsamkeiten gibt. Ich will Euch dazu nur gerne motivieren!

Grüße aus'm Ruhrpott,

Martin / Notstand

48. Quelldatei 49.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak425/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:49

Kalender - Kalender - Kalender - Kalender

Liebe VeranstalterInnen,

Wenn ihr uns per Mail, Fax oder Post Veranstaltungen mitteilt, die wir ankündigen sollen, könnt ihr gleichzeitig Probeexemplare von ak - analyse & kritik und unsere Werbefaltblätter anfordern. Ihr bekommt die entsprechende Menge kostenlos zugeschickt und könnt sie auf der Veranstaltung auslegen. Solltet ihr uns zusätzlich unterstützen wollen, dann wäre natrülich der Verkauf der Zeitung oder eine Spende auf unser Konto eine schöne Sache. Bitte nutzt dieses Angebot hemmungslos!

Präventiver Sicherheitsstaat

"Supergrundrecht Innere Sicherheit" - Von den Berufsverboten bis zum großen Lauschangriff. Rolf Gössner gibt einen Überblick über den Um- und Aufbau des umfangreichen Apparates der Inneren Sicherheit.

Essen, 20. April, 20h, Kulturzentrum Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Deutsche Interessen

Dr. Gundi Dilberz (Historiker), Karin Leukefeld (Autorin des Buches "Solange noch ein Weg ist. Die Kurden zwischen Verfolgung und Widerstand) und Selim Ferat (Soziologe) informieren und diskutieren über die Situation in Kurdistan. Das Motto: Deutsche Außen- und Innenpolitik kontra Befreiungskampf.

Berlin, 21. April, 19h, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165

Rundreise geht weiter

Die gruppe demontage ist auch im Frühjahr on tour - Fortsetzung der Lesereise in Sachen "Postfordistischer Guerilla".

Oberhausen, 21. April, Rest unbekannt; Bochum, 22. April, 18h, Kulturcafé des AStA der Ruhruniversität Bochum; Hamburg, 19. Mai, HWP, Von-Melle-Park.

Geschichtspolitik

Primär geht es bei der Debatte um Daniel Goldhagen und das "Schwarzbuch des Kommunismus" um die NS-Vergangenheit. Da möchte man "bewältigen", "heraustreten", um "normal" und "selbstbewußt" zu werden. Wolfgang Wippermann widmet sich in einem Vortrag mit anschließender Diskussion der Geschichtspolitik in der "Berliner Republik". Sie habe eine neue Qualität erhalten: noch nie wurde dem Revisionismus und Revanchismus so wenig entgegengesetzt.

Bonn, 22. April, 20h, Le Sabot, Breitestr. 76

Ringvorlesung: Vernichtungskrieg

Vom 1. Juni bis zum 11. Juli wird die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" zum zweiten Mal in Hamburg gezeigt. Begleitet wird die Ausstellung von einem umfangreichen Rahmenprogramm, u.a.:

28. April, "Wehrmacht und Widerstand im Widerstreit der Deutungen und Interessen", Prof. Dr. Peter Steinbach; 5. Mai, "Antikommunismus und Rußlandbild in der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit", Dr. Peter Jahn; alle Veranstaltungen um 18h, Universität Hamburg, Von Melle-Park 6, Hörsaal: Phil D

WWG-Gegenmobilisierung

Es finden wieder eine Reihe von Veranstaltungen statt:

Bonn, 28. April, 20h, "Die Existenzgeldforderung - ein ideologischer Klapperkasten" - Wildcat, Uni-Mensa, Nassestr. 11; 4. Mai, 19.30h, "Nichts als Arbeit? Recht auf Arbeit oder Ende der Arbeitsgesellschaft?" mit Thomas Seibert und Horst Schmitthenner, DGB-Haus, Endenicher Allee 127

Rot-grüne Ausländerpolitik

Mit Spannung erwarten wir den Vortrag von Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der PDS, zur Asyl- und Flüchtlingspolitik der rot-grünen Bundesregierung.

Wiesbaden, 29. April, 20 h, GMZ Gewerbeschule, Wellritzstr. 38.

Europol

Im Zuge der Gegenmobilisierungen zum Treffen der EU-Chefs und des WWG in Köln will die Rote Hilfe informieren über Vorgeschichte, Aufbau und Kompetenzen von Europol.

Bielefeld, 2. Mai, 15h, Internationales Begegnungszentrum (IBZ), Teuteburger Str. 106; Oberhausen, 7. Mai, 20h, (Ort bitte bei Roter Hilfe Oberhausen, c/o Druckluft, Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen erfragen) Hamburg, 19. Mai, 20h, B5, Brigittenstr. 5.

controlled demolition

30 Filme zu Geld, Gipfeln und Gegenwehr aus Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika, den USA sowie West- und Osteuropa werden in Köln aus Anlaß der Regierungsgipfel Ende Mai/Anfang Juni gezeigt. Teilweise sind die Regisseure anwesend. Ergänzt wird das Ganze durch die Fotoausstellung "Kein Mensch ist illegal" - Kurdische Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl.

Köln, 5.-12. Mai, Kino im Kölner Filmhaus, Maybachstr. 111, Infos: FilmInitiative Köln, Brüsseler Str. 23, Tel./Fax: 0221/239714, www.journalismus.de/ FilmInitiative

EU-Gegenmobilisierung

"Gegen ein Europa des Kapitals - soziale Widerstandsperspektiven in Euroland" - so der Titel einer Veranstaltung, auf der eine Analyse der sozialen Kämpfe in Frankreich und der BRD geleistet werden soll. Referenten: Eine Vertreterin von AC!, Martin Dieckmann (IG Medien, Hamburg) und ein Vertreter des Bündnisses Erwerbslosentage Bielefeld.

Hamburg, 6. Mai, 19.30h, Werkstatt 3, Nernstweg 32-24

Krieg im Paradies

Der mexikanische Schriftsteller und Journalist Carlos Montemayor liest aus seinem gleichnamigen Roman und informiert über die aktuelle Situation in Guerrero und Chiapas.

Hamburg, 10. Mai, Werkstatt 3; Berlin, 12. Mai, Schwarze Risse; Bochum, 14. Mai, Bahnhof Langendreer; Nürnberg, 19. Mai, CECLAM, München, 21. Mai, Ökumenisches Büro

Rechtsrock

"Fascho sein" ist heute "in", das Geschäft mit der "Begleitmusik zu Mord und Totschlag" boomt und die Hilflosigkeit demgegenüber nimmt zu. Eike Wunderlich zeichnet die Entwicklung der neonazistischen Subkultur nach. Es werden auch Informationen über die lokale "Rechtsrock"-Struktur geliefert.

Düsseldorf, 10. Mai, 20h, ZAKK, Fichtenstr. 40

kein mensch ist illegal

"Menschen ohne Papiere in Europa." Beiträge und Diskussion zur "Bekämpfung illegaler Migration" in der EU sowie bestehender Widerstandsstrukturen.

Frankfurt, 18. Mai, 19.30h, Dritte Welt Haus, Falkstr. 74

Rote Hilfe

Die Geschichte der Roten Hilfe ist älter als 70 Jahre. Darüber und um die Politik seit ihrer Neugründung 1997 geht es bei einem Diavortrag in Bochum. Die Rote Hilfe versteht sich als überparteiliche linke Solidaritätsorganisation, die alle Linken bei Problemen mit staatlicher Repression finanziell und politisch unterstützt.

Bochum, 20. Mai, 18h, Kulturcafe des AStA der Ruhruniversität Bochum

49. Quelldatei 50.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak425/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:50

Neue NATO

Kurz bevor sich die NATO anläßlich ihres 50jährigen Jubiläums auf dem Balkan ein "Fest" der besonderen Art organisierte, veröffentlichte das Komitee für Grundrechte und Demokratie eine kleine Broschüre, die durch den Krieg besondere Bedeutung gekommen hat. Ihr Titel: "Die Neue NATO - Instrument zur Durchsetzung westlicher Interessen". Während die Grünen die letzten Reste an Pazifismus über Bord werfen, bleiben die Leute vom Komitee ihren Überzeugungen treu: "Nicht neue NATO - keine NATO, lautet die friedenspolitische Devise". Der Abschnitt über die ideologische Beeinflussung der Menschen durch die Militärpolitiker wird durch die aktuellen Vorgänge voll und ganz bestätigt. Dem "Mythos von der humanitären militärischen Intervention" stellt das Komitee die Realität entgegen: den heuchlerischen und vom eigenen Interesse geleiteten Umgang der "Staatengemeinschaft" mit Menschenrechtsverletzungen. Politisch aktiven und belesenen Linken bringt das Heftchen wenig Neues. Als handliche Agitationsschrift ist sie besonders zur breiten Verteilung geeignet - die aktuell stattfindenden Aktionen gegen den NATO-Krieg bieten reichlich Gelegenheit, mit Menschen außerhalb der linken Szene ins Gespräch zu kommen. Dem Komitee-Motto ist voll zuzustimmen: "Lesen, bestellen, weiterverteilen und handeln!"

Die Neue NATO. Instrument zur Durchsetzung westlicher Interessen. 32 Seiten; zu bestellen beim Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, Tel.: 0221/97269-30, Fax: -31. 10 Exemplare 10 DM incl. Porto - nur gegen Vorauszahlung.

Grüne und NATO

Wer Mitglieder der Partei Bündnis90/Die Grünen zu seinem Bekanntenkreis zählt, sollte sich unbedingt die aktuelle Ausgabe der "Zeitschrift für bündnisgrüne Politik" schrägstrich ausleihen (sie ist nur im Abo zu beziehen, grüne Mitglieder erhalten sie gratis). Bei Lektüre der einschlägigen Texte wird insbesondere die extreme Wendigkeit der grünen Außen- und MilitärpolitikerInnen sichtbar. In der dokumentierten Resolution des Erfurter Parteitags zum Kosovo-Konflikt lesen wir noch vom grundsätzlichen Widerstand der Grünen "gegen eine NATO-Selbstmandatierung für Militäreinsätze". Der grüne Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, haut in seinem Beitrag zum NATO-Jubiläum in die gleiche Kerbe. Anders als die US-Regierung, welche die "extensive Variante" von NATO-Interventionen betreibt, werde man eher "die restriktivere Variante anstreben" - allerdings ohne sich mit dem NATO-Partner ernsthaft anzulegen. Volmer schreibt im schönsten Diplomatendeutsch: "Daß ein grünes Außenministerium versuchen wird, auf der Basis grüner Grundwerte und Programme, eingegrenzt durch die Möglichkeiten und Beschränkungen des Koalitionsvertrages, seinen eigenen Part zu spielen, ist selbstverständlich." Wenige tage nach Erscheinen des Heftes war von den grünen "Grundwerten" keine Rede mehr - jetzt war Bündnistreue gefragt. Und ihren "eigenen Part" spielen die Grünen vor allem gegenüber der Friedensbewegung, die sich der Macht- und Militärpolitik der NATO entgegenstellt. Schneller und für viele anders als erwartet hat die grüne Partei ihre "Kampagnenfähigkeit" wiedergewonnen. "Populär polarisieren" müßten die Grünen, fordert Bundesgeschäftsführer Bütikofer - genau das tun sie. Wie ihnen das bekommt, wird sich bei den kommenden Europawahlen zeigen.

Bündnis 90/Die Grünen (Bundesvorstand): schrägstrich. Zeitschrift für bündnisgrüne Politik Nr. 3-4.1999

Deutsche und Antirassismus

Die Februarausgabe der Zeitschrift alaska widmet sich anläßlich des Doppelpaßdebakels mit erfrischender Polemik der Analyse und Kritik von Rassismus in der deutschen bzw. weißen Linken. Ausgehend von der Frage, ob die Kampagne von Becker, Müller-Westernhagen und Gottschalk nun richtungsweisend oder verwerflich oder aber überhaupt relevant war, wird der Bogen gespannt zur Debatte um die kulturelle Konstruktion von "whiteness" als Herrschaftskonzept bis zur Geschichte des "wissenschaftlichen" Rassismus. "Es ist Ausdruck des Deutschtums und der ‚whiteness` der radikalen Linken, daß ihr, wenn man sich denn entscheiden muß, der Antinationalismus vor dem Antirassismus kommt", stellt Christoph Spehr im Eingangsbeitrag fest; daß er dabei "Deutschtum" als Charaktereigenschaft in letztlich rassistischer Manier konstruiert, ist zwar ärgerlich, ändert aber am anregenden Charakter seines wie der weiteren Artikel nichts.

Streiten könnte man mit dem einen Autor oder der anderen Autorin auch über klammheimliche Avantgarde-Konzepte oder neuaufgelegte Verschwörungstheorien. Insgesamt aber gibt das Heft informative Anstöße für notwendige Diskussionen einer Linken, die sich antirassistisch nennt.

alaska, Zeitschrift für Internationalismus, Februar 1999, Heft 224. Bernhardstr. 12, 28203 Bremen; Fon. und Fax. 0421/72034; 46 Seiten, 8 DM

Kultur aus Lateinamerika

Lateinamerikanische Filme, lateinamerikanische Kultur: Ein Schwerpunkt des 296. Heftes der Lateinamerika-Nachrichten. Berichtet wird über das 20. Festival des Neuen Lateinamerikanischen Films in Havanna sowie über lateinamerikanische Filme auf der Berlinale. Und zwar so, daß man am liebsten sofort ins Kino stürmen würde, um die beschriebenen Szenen mit eigenen Augen zu sehen; Szenen wie etwa die aus Fernando Perez' "La vida es silbar" (Das Leben ist Pfeifen), bei der auf dem Malecón in Havanna "Liebespaare wie Vögel auf der Stange sitzen und sich von niemandem stören lassen" - oder ähnliche. Lust bekommt man auch - nach Berichten über aktuelle Entwicklungen in der Samba- und Tangoszene - aufs Schmökern. Hier wiederum weckt insbesondere der von Ann-Catherine Geuder unter dem Titel "Liebe und El Salvador" beschriebene Roman "Der Himmel ist ewig" von Demetria Martinez die Neugier der zukünftigen Leserin. Kurzum: Diese Ausgabe der Lateinamerika-Nachrichten macht - unter anderem - Sehnsucht nach Urlaub...

Lateinamerika-Nachrichten, Heft 296, Februar 1999, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin; Tel.: 030/6946100, Fax.: 6926590; 66 Seiten, 7 DM

50. Die NATO wollte den Krieg

CD-Datei: daten/aksuche/ak425/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:51

Rambouillet-Abkommen:

Die NATO

wollte den Krieg

Bei den Rambouillet-Verhandlungen hat sich die NATO nicht darauf verlassen, daß Milosevic eine Autonomieregelung für den Kosovo ablehnen würde. Sie hat den militärischen Teil des Abkommens so formuliert, daß es einem NATO-Besatzungsstatut für ganz Jugoslawien gleichgekommen wäre. Kein Regierungschef eines souveränen Landes hätte diese Bestimmungen akzeptieren können.

Artikel 6

a) Die NATO genießt Immunität vor allen rechtlichen Verfahren - ob zivil-, verwaltungs- oder strafrechtlich.

b) Die zur NATO gehörenden Personen genießen unter allen Umständen und zu jeder Zeit Immunität vor der Gerichtsbarkeit der Konfliktparteien (gemeint sind die Kosovo-Albaner und die Belgrader Regierung, d. Red.) hinsichtlich sämtlicher zivil-, verwaltungs-, straf- oder disziplinarrechtlicher Vergehen, die sie möglicherweise in der Bundesrepublik Jugoslawien begehen.

Die Konfliktparteien sollen die an der NATO-Operation beteiligten Staaten dabei unterstützen, ihre Jurisdiktion über ihre eigenen Staatsangehörigen auszuüben.(...)

Artikel 8

Das NATO-Personal soll sich mitsamt seiner Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge und Ausrüstung innerhalb der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien inklusive ihres Luftraumes und ihrer Territorialgewässer frei und ungehindert sowie ohne Zugangsbeschränkungen bewegen können.

Das schließt ein - ist aber nicht begrenzt auf - das Recht zur Errichtung von Lagern, die Durchführung von Manövern und das Recht auf die Nutzung sämtlicher Regionen oder Einrichtungen, die benötigt werden für Nachschub, Training und Feldoperationen.(...)

Artikel 10

Die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien sollen den Transport von Personal, Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen, Ausrüstung oder Nachschub der NATO durch den Luftraum, Häfen, Straßen oder Flughäfen mit allen angemessenen Mitteln und mit Priorität ermöglichen.

Der NATO dürfen keine Kosten berechnet werden für die Starts, Landung oder Luftraum-Navigation von Flugzeugen.

Ebenso dürfen keine Zölle, Gebühren oder andere Kosten erhoben werden für die Nutzung von Häfen durch Schiffe der NATO.

Fahrzeuge, Schiffe oder Flugzeuge, die bei der NATO-Operation eingesetzt werden, unterliegen keiner Verpflichtung zur Genehmigung, Registrierung oder kommerziellen Versicherung.

51. Kraftvoll zubeißen

Gegen den Nato-Krieg - nicht ohne ak!

CD-Datei: daten/aksuche/ak425/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:52

Die Anti-Kriegsbewegung ist erfreulicherweise in die Gänge gekommen. Auf zahlreichen Demonstrationen und Veranstaltungen wird gegen den Kriegskurs der rot-grünen Bundesregierung protestiert. Die ak-Redaktion hat unter der Überschrift: "Stoppt den Krieg! Rettet die Menschen im Kosovo!" eine Erklärung gegen die NATO-Aggression und zur Lage im Kosovo abgegeben. Diese Erklärung kann als kopierfähige Vorlage für ein doppelseitiges DIN-A4-Flugblatt bei uns angefordert werden. Zudem finden sich in der aktuellen und in den vorhergehenden Ausgaben von ak - analyse & kritik zahlreiche Artikel zum Krieg und zur Nato-Politik. Unser Angebot: Bestellt (kostenlose) Probeexemplare von ak, um sie auf den Antikriegs-Veranstaltungen zu vertreiben und viele Menschen klug und aktionsbereit zu machen. Ihr braucht uns dazu nur per Fax, Mail, Anrufbeantworter, Brief oder über unsere Homepage mitteilen, wo ihr ak verteilen wollt und wieviele Exemplare ihr braucht. Wir werden dann sofort die bestellten Mengen verpacken und der Post überantworten. Verhindern wollen wir auch nicht, daß ihr ak auf diesen und anderen Veranstaltungen zum Verkauf anbietet. Wer als ak-VerkäuferIn durch die Veranstaltungssäle ziehen möchte, kann dabei auch richtig Geld verdienen. Wir bieten 30% der Umsatzerlöse ab einer Menge von fünf verkauften Exemplaren.

Ebenso sinnvoll, aber leider ohne jeden ökonomischen Anreiz, ist der Einsatz der Werbefaltblätter. Auch diese könnt ihr unbürokratisch (s.o.) über die Redaktion bestellen. Hingewiesen sei an dieser Stelle auch auf die neue Möglichkeit, Probeexemplare und Werbefaltblätter direkt über unsere Homepage www.akweb.de zu ordern. Dort haben wir jetzt Bestellformulare, die es euch noch leichter machen sollen, an das begehrte Material zu kommen.

Und ein letzter Punkt in der Rubrik Service für unsere LeserInnen. Wer uns seine Email-Adresse schickt und im Betreff-Feld das Stichwort ak-mailservice Inhalt einträgt, wird von uns per Email an das Erscheinungsdatum erinnert und kann sich sofort über den Inhalt der neuen analyse & kritik ins Bild setzen.

52. Rechtlose Flüchtlinge

CD-Datei: daten/aksuche/ak425/asyl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:asyl

Der Protest gegen Menschenrechtsverletzungen kommt unseren Politikern und Politikerinnen leicht über die Lippen, wenn es um die Zustände in anderen Ländern geht. Aktuell wird gar der NATO-Krieg gegen Serbien damit begründet, es gelte Leben, Freiheit und Menschenwürde der Kosovo-AlbanerInnen zu verteidigen. Daß das pure Heuchelei ist, zeigt die Behandlung von Kriegsflüchtlingen, auch aus dem Kosovo, durch die deutschen Behörden. Mit besonderer Härte geht die Hauptstadt Berlin dabei vor. Das dem Asylbewerberleistungsgesetz zugrundeliegende Abschreckungsprinzip - "Sachleistungen" statt Bargeld, Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften - wird dort auf die Spitze getrieben. Viele Sozialämter unterstellen gerade Kosovo-AlbanernInnen, sie seien nur wegen der Sozialhilfe nach Deutschland gekommen. Daß ihnen jegliche Hilfe verweigert wird, ist eher die Regel als die Ausnahme. Flüchtlinge werden ohne Bargeld gelassen, damit zum Schwarzfahren gezwungen und schließlich kriminalisiert. In extremen Fällen wird Menschen, deren Identität den Behörden "ungeklärt" erscheint, sogar Unterkunft und Verpflegung verweigert. Andere, die in Sammelunterkünften wohnen und verpflegt werden, erhalten auch bei akuter Erkrankung keine Krankenscheine. Über die Entrechtung von Flüchtlingen schreibt Georg Classen. Seite 14

53. Rebellion und Poesie

CD-Datei: daten/aksuche/ak425/chi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:chi

Nicht um feststehende Wahrheiten durchzusetzen, nicht um die Gültigkeit eines geschlossenen Weltbildes festzuschreiben und nicht um staatliche Macht zu erobern, riefen die ZapatistInnen vor fünf Jahren in Chiapas den Aufstand aus. Sondern um "gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft" zu kämpfen - Grund genug für das krisengeschüttelte internationalistische Spektrum hierzulande, Hoffnung zu schöpfen auf neue politische Perspektiven. Insbesondere die weltweite - "interkontinentale" - Vernetzung antikapitalistischer Kämpfe sollte jetzt endlich verwirklicht werden. Zentraler Begriff dabei ist und war die "Zivilgesellschaft" als Garantin für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Das fünfjährige Jubiläum des Aufstandes und fünf Jahre Solidarität mit den ZapatistInnen sind Anlaß genug, kritisch Bilanz zu ziehen und nach den Realisierungschancen dieser Politikansätze zu fragen - und auch, ob es möglich ist, Solidarität ohne Romantizismus zu leisten.

Seite 16

54. Stoppt den Krieg!

CD-Datei: daten/aksuche/ak425/erkl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:erkl

Rettet die Menschen im Kosovo!

Deutschland ist an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beteiligt. Eine rot-grüne Regierung hat es zu verantworten, daß deutsche Soldaten wieder auf dem Balkan kämpfen und töten. Es ist noch nicht lange her, da war es bis weit ins konservative Lager hinein Konsens, daß deutsches Militär angesichts der von der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg begangenen Greueltaten und Verbrechen auf dem Balkan nichts zu suchen habe. Das ist Schnee von gestern. Jetzt heißt es: "NATO, NATO über alles" (so die griechische Zeitung Eleftherotypia). Nicht mehr nationales Machtstreben begründet angeblich den Einsatz, sondern die Solidarität mit den Partnern im Bündnis, welches im Kosovo lediglich militärisch eingreife, um eine "humanitäre Katastrophe" zu verhindern und ein Friedensabkommen durchzusetzen.

Das ist scheinheilig und unglaubwürdig. Die Situation der Menschen, denen man angeblich helfen wollte, hat sich seit Beginn der NATO-Luftangriffe noch verschlimmert. Nach dem Abzug der OSZE-Beobachter und der humanitären Hilfsorganisationen aus dem Kosovo können serbische Sicherheitskräfte völlig ungehindert ihren Terror gegen die albanische Zivilbevölkerung entfalten. Der antimilitaristischen und demokratischen Opposition in Serbien wird durch die NATO-Aggression die Luft zum Atmen genommen. Große Teile der serbischen Bevölkerung schließen sich noch enger hinter Milosevic zusammen. Das Friedensabkommen von Rambouillet wird von der serbischen Seite zu Recht als ein NATO-Diktat wahrgenommen, das unter dem Druck militärischer Drohung stand. Es ist durch die Ereignisse der letzten Tage zu Makulatur geworden.

Es mag Situationen geben, in denen Völkermord tatsächlich nur durch militärische Intervention von außen gestoppt werden kann - erinnert sei an die Intervention Vietnams in Kambodscha, um den Terror der Roten Khmer gegen das eigene Volk zu beenden. In der gegenwärtigen Lage im Kosovo ist das nicht der Fall. Wer - wie die rot-grüne Regierungstruppe - damit argumentiert, daß es keine Alternative zur NATO-Intervention gegeben habe, sagt wissentlich die Unwahrheit. Das Friedensabkommen von Rambouillet ist auch daran gescheitert, daß die NATO auf der Stationierung NATO-geführter militärischer Kräfte zur Überwachung des Abkommens im Kosovo bestanden hat - eine Alternative hierzu wäre die Ausweitung der OSZE-Mission und/oder die Stationierung von Blauhelmen gewesen. Interesse der NATO aber ist es, OSZE und UNO zu marginalisieren, Rußland zu demütigen und sich selbst als einzig handlungsfähige Weltordnungsmacht zu etablieren. In Serbien wird vorweggenommen und praktiziert, was die NATO auf ihrer Jubelfeier zu ihrem 50. Geburtstag im April in Washington als neues strategisches Konzept absegnen will: Die "Selbstmandatierung" für militärische Interventionen, wann immer und wo immer man das für richtig hält - mit anderen Worten: Die NATO beansprucht für sich das Recht, für die Durchsetzung der eigenen Interessen Krieg zu führen. Darum geht es - und nicht um "humanitäre" Beweggründe.

Fortsetzung auf Seite 4

xxxDas Humanitätsgefasel der NATO-Oberen und "unserer" Regierungsleute ist widerlich und inhuman. Hier wird das Leid und Sterben von Menschen zum Vorwand genommen, um eine eiskalte Machtpolitik zu exekutieren. Selbstherrliche Machtpolitiker, die sich einen Dreck um tausend- und abertausendfaches Sterben in Ruanda, Sudan, Indonesien, Türkisch-Kurdistan und Dutzenden weiterer Kriegs- und Krisengebiete dieser Welt scheren bzw. geschert haben, entdecken plötzlich ihr weiches Herz und wissen sich nicht mehr anders zu helfen, als ihre Bombenflugzeuge loszuschicken.

Die umfassende deutsche militärische Beteiligung bedeutet einen qualitativen Sprung gegenüber allem, was zu Zeiten der Kohl-Regierung praktiziert wurde - nämlich die Beteiligung an einem Angriffskrieg in vorderster Front. Auch sie hat selbstverständlich zuallererst machtpolitische Gründe. Es geht darum zu beweisen, daß man zur Durchsetzung des deutschen Führungsanspruchs in Europa auch willens und in der Lage ist, massiv militärische Mittel einzusetzen. Die Zeiten machtpolitischer Selbstbeschränkung sollen endgültig vorbei sein.

Aufgabe linker, antimilitaristischer Politik ist es zu versuchen, der Kriegspolitik Einhalt zu gebieten und so die Situation scheinbarer Stärke der NATO in ihr Gegenteil zu verkehren. Sie ist zwar militärisch unschlagbar stark, aber politisch verwundbar. Sie selbst hat sich mit ihrer Aggression in eine Sackgasse manövriert, sie ist jetzt Gefangener der von ihr eingeleiteten militärischen Eskalationsdynamik - wie etwa die Diskussion über den

Einsatz von Bodentruppen zeigt. In den Bevölkerungen der NATO-Staaten ist dieser Kurs zusehends schwerer vermittelbar. Trotz aller von den Massenmedien geschürten Kriegspropaganda stehen immer mehr Menschen dem Krieg skeptisch bis ablehnend gegenüber. In der NATO selber zeigen sich Risse (man denke an die Position Griechenlands und die Debatten in Italien).

Die NATO hat ihre öffentlich propagierten Ziele mit den Militäraktionen nicht erreicht. Damit verliert die von ihr zur Legitimation benutzte Ideologie, mit militärischen Mitteln "Frieden" schaffen und "Menschenrechte" durchsetzen zu können, an Glaubwürdigkeit. Die antimilitaristische Linke muß versuchen, die Legitimationsbasis der NATO und damit diese selbst schwächen, um die Alternative ziviler Konfliktbearbeitung stärken zu können. Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Argumente können dabei hilfreich sein, sollten aber nicht überbewertet werden. Im Kern geht es um politische Fragen. Kommt die NATO mit militärisch gestützter Machtpolitik durch, kann sie sich als Weltpolizist etablieren - oder gelingt es, ihr Knüppel zwischen die Beine zu werfen und damit den Raum für friedenspolitische Alternativen zu öffnen?

Eine solche gegen die NATO gerichtete Politik ist nicht mißzuverstehen als Unterstützung für die menschenverachtende Strategie und Praxis des Milosevic-Regimes, das im Kosovo mit brutalsten Mitteln eine nationalistische und rassistische Politik der ethnischen Vertreibung verfolgt. Es geht nicht um die Legitimierung der offiziellen serbischen Politik, sondern um Bekämpfung der Kriegspolitik der eigenen Oberen, getreu der Devise eines großen deutschen Antimilitaristen: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" Erst wenn die NATO-Aggression gestoppt werden kann, wird auch wieder der Raum geöffnet für Versuche einer politischen Lösung des Kosovo-Problems. Erst dann bekommen jene Kräfte auf serbischer und albanischer Seite eine Chance, die zu friedlicher Konfliktbearbeitung willens sind. Antimilitaristisch-friedenspolitische Doppelaufgabe ist mithin, dazu beizutragen, daß die NATO politisch stark beschädigt aus diesem Krieg herauskommt und den vertriebenen BewohnerInnen des Kosovo großzügig geholfen wird. Hier ist insbesondere die restriktive Flüchtlingspolitik der BRD und der übrigen EU-Staaten zu kritisieren. Sie zeigt im übrigen erneut, wie hohl das Gerede von der Sicherung der Menschenrechte in Wahrheit ist. Wo humanitäre Hilfe einfach zu leisten wäre, wird sie auf das Nötigste beschränkt oder ganz verweigert.

Es ist müßig, die rotgrüne Regierung an ihre Devise zu erinnern: "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik". Denn diese Regierung hat sich dazu entschieden, treibende Kraft der NATO-Kriegspolitik zu sein. Davon kann sie allenfalls massiver gesellschaftlicher Druck abbringen. Und insofern ist es nicht müßig, an Mitglieder der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen zu appellieren, Druck auf ihre Vorleute zu machen und sie unter Rechtfertigungszwang zu setzen. Wir denken, daß auch den "einfachen" Mitgliedern und vielen FunktionsträgerInnen von SPD und Grünen speiübel wurde, als sie "ihren" Schröder, Scharping, Fischer auf den TV-Bildschirmen sich als Kriegsherren spreizen sahen. Wir begrüßen es, daß in beiden Regierungsparteien sich nach einer Phase anfänglicher Lähmung antimilitaristische Stimmen verstärkt zu Wort melden. Wir begrüßen die klare und eindeutige Haltung der PDS-Bundestagsfraktion gegen die NATO-Aggression. Und wir sind besonders froh, daß sich verschiedene Gruppen der Friedensbewegung rasch und mit allen ihren (zugegeben bescheidenen) Kräften gegen den Kriegskurs gestellt haben. Auch die Ostermärsche und Demos der letzten Wochen haben Mut gemacht.

Wir fordern unsere Leserinnen und Leser auf, sich überall in die Diskussionen über Krieg und Frieden einzuschalten, für einen Stop der NATO-Aggression und der menschenverachtenden Vertreibungspolitik des serbischen Regimes einzutreten und sich an Demonstrationen und Aktionen zu beteiligen. Die NATO darf nicht durchkommen! Die Vertreibungspolitik des Milosevic-Regimes muß beendet werden!

ak-Redaktion

55. Quelldatei leiste.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak425/leiste.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:leiste

NATO-Bomben auf Belgrad Seite 3

Gute Serben, böse Albaner - linke Verschwörungstheorien Seite 9

Die Parteien in Frankreich zum NATO-Krieg Seite 12

Italiens Rückkehr auf den Balkan Seite 13

Zwischen ai und Roter Hilfe Seite 16

Unterwegs mit Alexander Lebed Seite 21

Grüne "Modernisierer" starten durch Seite 34

Klaus Ronneberger: Die revanchistische Stadt Seite 25

EU-Wahlkampf in Frankreich Seite 19

Aufstand im Call Center Seite 23

Opel-Belegschaft kämpft gegen Flexibilisierung Seite 22

Matthias Sindelar: Österreichs "Jahrhundertspieler" Seite 33

56. Quelldatei sp990412.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak425/sp990412.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:sp990412

Summe bis 12.2.99 29.536,56

Bremerhaven 800

G.R., Niemetal 70

D.Sch.-M., Altenberge 100

S.H.-N., Muggensturm 200

N.N., Lüneburg 100

J.M.-Z.M., xy 30

P.P., Hamburg 500

P.P., Hamburg 500

K.A., Hamburg 100

K.R., xy 25

R.H., Berlin 23

V.B., Berlin 350

K.T., Hamburg 100

Flocke, Berlin 50

N.G., Nürnberg 50

E.A., Hamburg 800

G.B, Hamburg 200

K.A., Hamburg 150

J.D., xy 100

K.R., xy 50

H.-J.G., Schwülper 100

D.H., Hamburg 100

H.-H.T., Hamburg 100

H.K., Hamburg 80

W&B-AC 1.000

W.K., Twedt 200

Summe bis 09.04.99 5.878,00

Gesamt 35.414,56

57. Spendensammlung für ak

CD-Datei: daten/aksuche/ak425/spenden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:spenden

Es fehlt noch ein Rest!

Auch in diesem Jahr haben wir unsere Leserinnen und Leser dazu aufgerufen, die weitere Herausgabe der Zeitung ak - analyse & kritik mit einer Spende zu unterstützen. Das gesetzte Ziel von DM 40.000 ist dieses Mal nicht erreicht worden. Es fehlen knapp 5.000 DM. Das bedeutet, daß wir natürlich einerseits darauf hoffen, daß noch ein paar "NachzüglerInnen" eine Spende auf den Weg bringen, aber andererseits überlegen, wie wir an der einen oder anderen Ecke versuchen können, den "Fehlbetrag" einzusparen.

Trotzdem - wir haben uns über die Spendenbereitschaft gefreut. Für uns bedeutet es auch immer wieder, daß ihr unsere Arbeit wichtig findet. Allen, die uns auch dieses Jahr wieder mit kleinen und großen Beträgen ihre Solidarität gezeigt haben, und damit zum Ausdruck gebracht haben, daß sie wollen, daß ak weiterhin erscheint, sagen wir ein ganz herzliches Dankeschön.

Für diejenigen, die noch spenden wollen, hier noch einmal unser Spendenkonto: Robert Gatermann, Konto 464584-204, Bankleitzahl 200 100 20, Postbank Hamburg

ak-Redaktion

58. Existenz und Geld

CD-Datei: daten/aksuche/ak425/titex.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:425:titex

Die autonome und radikale Linke interessiert sich für die "soziale Frage". Auf der Konferenz "Für das Existenzgeld und radikale Arbeitszeitverkürzung" haben 260 meist junge Menschen vom 19. bis 21. März in Berlin solidarisch über Sozialstaat, Grundsicherungsmodelle, feministische Ökonomiekritik und prekäre Beschäftigung diskutiert. Für viele derjenigen, die bisher eher im Rahmen der autonomen Antifa oder antirassistischer Zirkel Politik gemacht haben, waren die Themen der Konferenz häufig genug spannendes Neuland. Vor diesem Hintergrund ist das Zustandekommen einer solchen Tagung eine beachtliche Leistung, auch wenn keine großen Würfe dabei herausgekommen sind.

Viel war in Berlin vom Existenzgeld die Rede, und falls hier irgendjemand Hoffnungen auf die neue Zentrallosung mit einer entsprechenden Kampagne gehegt hatte, so ist ihm und ihr dieser Zahn gezogen worden. Zu sehr stand die Existenzgeldforderung als eine unmittelbare politische Forderung in der Kritik. Das heißt nicht, daß die Forderung nicht ihre Verdienste hätte, etwa als Ansatz, um überhaupt wieder einmal über soziale Bedürfnisse ins Gespräch zu kommen.

So viel wie in Berlin über das Existenzgeld gesprochen worden ist, so wenig war von einer Kritik der Lohnarbeit und der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung die Rede. Bei allem Interesse an "der sozialen Frage": Die Niederungen der real existierenden Ausbeutung sind in Berlin geflissentlich gemieden worden, genau wie der Austausch über die eigene politische Praxis zu den Themen der Konferenz.

Nachbetrachtungen zur Konferenz Seite 26

Feministische Kritik an der Existenzgeldforderung

Seite 28

Das Existenzgeld - keine neue Zauberformel Seite 27